

FORSCHUNGSBERICHT 2000

Ausgewählte Befunde aus der
Forschungsarbeit an WiSo-Lehrstühlen

Nürnberg, Mai 2001

**Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg**

Lange Gasse 20
90403 Nürnberg
Postfach 3931
90020 Nürnberg

Dekanat:
Ludwig-Erhard-Gebäude
Findelgasse 7/9
90402 Nürnberg
Tel.: 0911/5302-727
Fax.: 0911/5302-621

Vorwort

Mit diesem Forschungsbericht tritt die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg schon zum fünften Mal an die Öffentlichkeit. Seit seinem Start im Jahr 1997 hat sich der WiSo-Forschungsbericht zu einer Art Markenzeichen der Fakultät entwickelt, das in vielfältiger Weise die Ergebnisse der Forschungsaktivitäten des jeweils vorhergehenden Jahres widerspiegelt. Der Bericht läßt die beeindruckende Vielfalt an Fächern und Disziplinen deutlich werden, die an der WiSo anzutreffen ist. Er verweist außerdem auf die praktische Interdisziplinarität des Forschungsprozesses, die Ausdruck der engen Kooperation zwischen den verschiedenen Lehrstühlen und Instituten ist. Der Forschungsbericht macht deutlich, daß die WiSo – die 1961 aus der ursprünglich städtischen Nürnberger Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hervorgegangen ist – aus ihrer lokalen Tradition heraus neben den klassischen volks- und betriebswirtschaftlichen Fächern über zahlreiche sozial- und rechtswissenschaftliche Lehrstühle verfügt, die dem Lehrangebot und den Forschungsinitiativen der Fakultät eine spezifische Breite und (häufig auch) Anwendungsnähe geben.

Dieser Forschungsbericht erscheint zu einer Zeit, zu der die Universitäten seit längerem im Mittelpunkt wissenschaftspolitischer Auseinandersetzungen stehen. Mit dem postmodernen Verlust ihrer umfassenden Weltentwürfe ist auch die Idee der Universität als Hort zweckfreier Erkenntnis ins Wanken geraten. Politik und Wirtschaft fordern Effizienz, Praxis- und Berufsbezogenheit. So wichtig und berechtigt diese Forderungen auch sein mögen, so deutlich muß andererseits der nach wie vor gültige Auftrag der Universitäten in Erinnerung gerufen werden. Die Auslieferung an den schnellen Nutzen verstellt den Blick auf das Ganze, auf den Menschen und auf die Zukunft. Nur wem Offenheit über Sicherheit, ständiges Weitersuchen über das Finden geht, schafft jene schöpferische Aufbruchstimmung, von der auch der Wirtschaftsstandort abhängt.

Der Forschungsbericht der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ist ein Beitrag zu diesem ständigen Bemühen um Erkenntnis. Schon ein erstes Durchsehen läßt das hinter ihm stehende Ideal erkennen: dem Glauben an die Möglichkeit zur Selbstentfaltung des Individuums durch die Persönlichkeitsbildende Suche nach Wahrheit in Wissenschaft (und Kunst) Ausdruck zu verleihen. Liest man den Bericht unter dieser Perspektive, so gestaltet sich die in nüchterner Wissenschaftssprache gehaltene Auflistung von Publikationen und Beschreibung von Projekten zu einer geradezu spannend-fesselnden Lektüre.

Der im März 2000 veröffentlichte Hochschulentwicklungsplan der Friedrich-Alexander-Universität listet unter der Rubrik „Forschungsprofil der WiSo-Fakultät“ folgende Punkte auf: Dienstleistungswirtschaft; Globalisierung; Informatisierung; Internationale Rechnungslegung und integriertes Controlling; Wert- und marktorientierte Unternehmenssteuerung; Prozessorale Orientierung; Elektronischer Handel (E-Commerce); Lieferkettenmanagement (Supply Chain Management); Existenzgründung; Kommunikations- und Medienforschung; Krankenhausmanagement; Forschung im Internet; Arbeitsmarktforschung; Kapitalmarktforschung; Entwicklungsökonomie; Entwicklungssoziologie; Industrie-

ökonomik und Wettbewerbspolitik. Die folgenden Seiten mit den Angaben zu den wichtigsten Forschungspublikationen belegen in beeindruckender Weise diese Forschungsschwerpunkte und lassen darüber hinaus deutlich werden, daß in vielen Fällen die Fakultätsmitglieder noch zahlreiche andere Forschungsschwerpunkte gesetzt haben.

Eine diachrone Lektüre der verschiedenen WiSo-Forschungsberichte (1996 – 2000) läßt die Richtung der Fakultätsentwicklung, die Schwerpunktbildung und den Profilbildungsprozeß der letzten Jahre erkennen. Dem Leser muß das Urteil dazu überlassen bleiben. Nur eines sei zur grossen Linie bemerkt. Unverkennbar dominant sind die Forschungsthemen zur Internationalität und Informatisierung der Wirtschaft. Man kann also wohl ohne Übertreibung sagen: aus der Vielzahl der im Entwicklungsplan genannten profilbildenden Forschungsfelder ragen die internationalen und die informatischen Fragestellungen als besonders prägend heraus.

Der Forschungsbericht wird diesmal nicht in der gewohnten Stückzahl als Buchdruck erscheinen. Die Internet-Fassung hat sich in den vergangenen Jahren bestens bewährt und wird nach unserer Einschätzung v.a. deshalb häufiger benutzt als der Buchdruck, weil die Suche anhand von key words weit bequemer ist als systematisches Nachschlagen, zumal der formale Aufbau nach Organisationseinheiten beibehalten ist, aber das Auffinden von Querschnittsthemen notwendig erschwert.

Formal ist dieser Forschungsbericht nach dem Organisationsbescheid der Universität gegliedert: Er beginnt mit dem Betriebswirtschaftlichen Institut, auf dieses folgen das Volkswirtschaftliche und das Institut für Wirtschaftsrecht, sodann schließt sich das Sozialwissenschaftliche Institut an. Innerhalb der Institute sind die Lehrstühle in der alphabetischen Abfolge ihrer Inhaber angeordnet.

Zur Orthographie: Da die einzelnen Forschungsberichte teils nach den Regeln der alten, teils der neuen Rechtschreibordnung erstellt worden sind, wurden dem Wunsch der Verfasser entsprechend, beide orthographische Varianten beibehalten.

Für die aufwendige Zusammenstellung des Forschungsberichtes danke ich Frau cand. rer. pol. Doris Keßler sehr herzlich. Der Hermann Gutmann-Stiftung danke ich im Namen der Fakultät vielmals für die finanzielle Förderung dieses Berichts.

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät übergibt diesen Forschungsbericht der Öffentlichkeit mit Freude; sie hofft auf breite Akzeptanz und eine rege Anteilnahme in Form von Stellungnahmen und Kritik.

Nürnberg, Frühjahr 2001

Professor Dr. Harald Herrmann
Dekan

Inhaltsübersicht

A. Betriebswirtschaftliches Institut	1
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsinformatik II (Prof. Dr. F. Bodendorf)	3
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Marketing (Prof. Dr. H. Diller)	11
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Internationales Management (Vertr.: Prof. Dr. S. Eckert)	21
Lehrstuhl für Pädagogik, insbes. Wirtschaftspädagogik Prof. Dr. Dieter Euler/Prof. Dr. J. Stender (Komm. Lehrstuhlvertretung seit WS 2000/01)	25
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Bank- und Börsenwesen (Prof. Dr. W. Gerke)	31
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Unternehmensführung (Prof. Dr. H. Hungenberg)	39
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Logistik (Prof. P. Klaus, D.B.A.)	43
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Rechnungswesen und Öffentliche Betriebe (Prof. Dr. W. Männel)	47
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsinformatik I (Prof. Dr. Dr. h. c. mult. P. Mertens)	53
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Prüfungswesen (Prof. Dr. V. H. Peemöller)	63
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Steuerlehre (Prof. Dr. W. Scheffler)	69
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Gesundheitsmanagement (Prof. Dr. O. Schöffski, MSP)	79
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Industriebetriebslehre (Prof. Dr. K.-I. Voigt)	83

B. Volkswirtschaftliches Institut	89
Lehrstuhl für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung (Prof. Dr. G. Buttler)	91
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Finanzwissenschaft (Prof. Dr. K.-D. Grüske)	97
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Internationale Wirtschaftsbeziehungen (Prof. Dr. W. Harbrecht)	105
Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie (Prof. Dr. I. Klein)	111
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschafts- und Entwicklungspolitik (Prof. Dr. h.c. W. Lachmann, Ph. D.)	119
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftstheorie (Prof. Dr. M. Neumann)	123
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik (Prof. Dr. C. Schnabel)	129
C. Institut für Wirtschaftsrecht	133
Lehrstuhl für Privat- und Wirtschaftsrecht (Prof. Dr. H. Herrmann)	135
Lehrstuhl für Deutsches und Internationales Steuerrecht, Finanz- und Haushaltsrecht (Prof. Dr. W. Reiß)	139
Lehrstuhl für Öffentliches Recht (Prof. Dr. K. A. Schachtschneider)	143
D. Sozialwissenschaftliches Institut	149
Lehrstuhl für Soziologie (Prof. Dr. J. Bacher)	151
Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (Romanischsprachige Kulturen) (Prof. Dr. W. L. Bernecker)	159

Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (Englischsprachige Kulturen) (Prof. Dr. R. R. Doerries)	167
Lehrstuhl für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte (Prof. Dr. W. Feldenkirchen)	171
Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie (Prof. Dr. H. Kreutz)	177
Lehrstuhl für Psychologie, insbes. Wirtschafts- und Sozialpsychologie (Prof. Dr. K. Moser)	187
Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie (Prof. Dr. G. Peyke)	195
Professur für Sozialpolitik (Prof. Dr. H. Scherl)	205
Lehrstuhl für Kommunikations- und Politikwissenschaft (Prof. Dr. W. Schulz)	209

A. Betriebswirtschaftliches Institut

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsinformatik II

Prof. Dr. Freimut Bodendorf

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

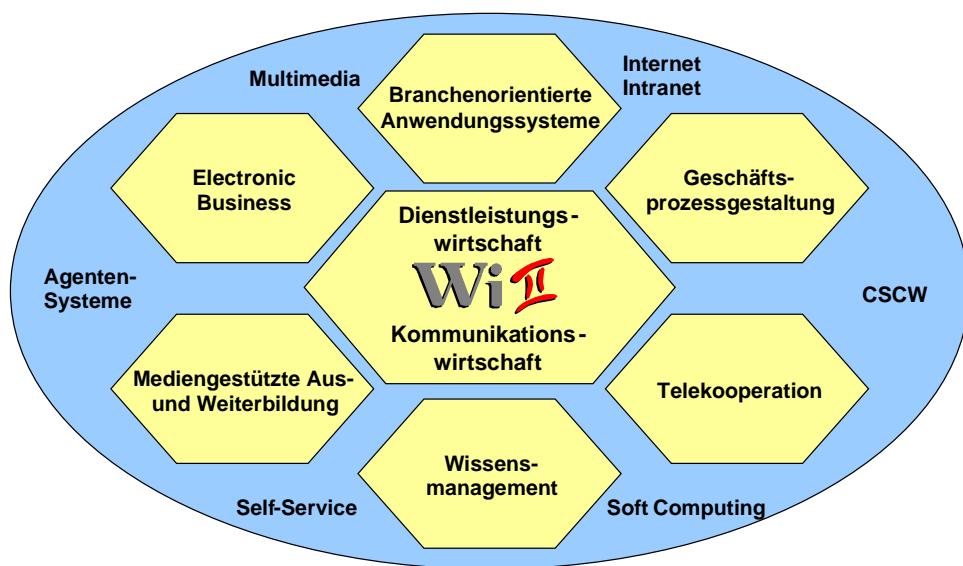
Tel.: 0911/5302-450

Fax: 0911/5302-379

E-mail: bodendorf@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wi2.uni-erlangen.de>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls



- Anwendungssysteme in der Dienstleistungswirtschaft
 - im Finanzsektor (Banken, Versicherungen)
 - in Handel, Transport und Verkehr
 - in der Touristik
 - in der Unternehmensberatung
 - in der Aus- und Weiterbildung
 - im Gesundheitswesen
 - im Bereich der kommunalen Dienstleister
- Electronic Business
 - Electronic Commerce und Mobile Commerce

- Koordinations- und Kooperationssysteme im Business-to-Business Bereich
- Software-Agenten für E-Business-Transaktionen
- Geschäftsprozessgestaltung
 - Geschäftsprozessmodellierung und -optimierung
 - Workflow-Management-Systeme
- Mediengestützte Aus- und Weiterbildung
 - Multimediales Telelehrnen und Telelernen
 - Internet- und Intranet-basierte Lehr-/Lernumgebungen
- Wissensmanagement
 - Wissensorganisation im Unternehmen
 - Wissensorientierte Systeme
- Telekooperation
 - Telearbeit und virtuelles Büro
 - verteilte und mobile Teamarbeit

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Koordination zwischenbetrieblicher Geschäftsprozesse in der Dienstleistungswirtschaft mit Hilfe eines konfigurierbaren Mehr-Agenten-Systems

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Dominik Deschner, Dr. Oliver Hofmann

Projektstart und -ende: September 1997 – September 2000

Charakterisierung: Die zu beobachtenden Veränderungen von Unternehmensstrukturen hin zu dezentralen, lose gekoppelten, elektronisch verknüpften Organisationen sind Ausgangspunkt des Forschungsprojektes. Untersucht werden Koordinationsvorgänge, die eine effiziente Leistungserstellung in solchen Organisationen ermöglichen. Im Zentrum der Arbeit stehen die Fragestellungen, welche Koordinationssituationen in diesen geänderten Unternehmensstrukturen entstehen, und wie Koordinationsmechanismen aufgrund der organisatorischen und technologischen Veränderungen angepasst werden müssen. Auf der Basis dieser Analysen wird insbesondere untersucht, auf welche Weise agentenbasierte Ansätze für eine effiziente elektronische Koordination realisiert und eingesetzt werden können.

Zu einer detaillierteren Beschreibung des Projekts vgl. Abschnitt 4.

3.2 Erstellung einer multimedialen Lernumgebung zum Thema 'Electronic Business Networking'

Bearbeiter: Dipl.-Hdl. Manfred Schertler

Projektstart und -ende: Februar 2000 – November 2000

Charakterisierung: Als Erweiterung des traditionellen Hochschulstudiums und zur Ergänzung und Spezialisierung bestehender Studiengänge bietet die Virtuelle Hochschule Bayern (VHB) ein breites Spektrum an telematik-basierten Kursen an. Der Lehrstuhl Wirtschaftsinformatik II beteiligt sich seit der Pilotphase der VHB (offizieller Start: 15.5.2000) mit dem Lehrangebot 'Electronic Business Networking' an diesem Verbund aller Universitäten und Fachhochschulen Bayerns. Das Angebot 'Electronic Business Networking' umfasst dabei die gleichnamige Vorlesung von Prof. Dr. F. Bodendorf und Dr. S. Robra-Bissantz, die Vorlesung 'Communications Industry', die von Partnern aus der Unternehmenspraxis in englischer Sprache abgehalten wird, sowie die als Fallstudien durchgeführten Übungen zu diesen beiden Vorlesungen. Im Laufe des Projekts wurden die einzelnen Lehr-/Lernsequenzen (Vorlesungen und Fallstudien) mit Hilfe einer am Lehrstuhl entwickelten Autorenumgebung in sogenannte Lecture-on-Demand-Module überführt. Grundlage der Lecture-on-Demand-Module ist die Bereitstellung von Videoaufzeichnungen der Veranstaltungen in Verbindung mit ergänzenden Zusatzmaterialien. Die Videosequenzen werden in den entsprechenden realen Vorlesungen gewonnen und digitalisiert. Im anschließenden Authoring-Prozess werden die linearen Videosequenzen aufgebrochen und einzelne, thematisch in sich geschlossene Lecture-on-Demand-Module erzeugt, die flexibel zu Paketen zusammensetzbare sind.

Bei der Gestaltung der Lecture-on-Demand-Pakete wird die implizite didaktische Präsentationsfolge um zusätzliche Elemente erweitert bzw. modifiziert. Zur Erweiterung dienen neben den Vorlesungsmaterialien (Vortragsfolien, verwendete Animationen oder Visualisierungen) vor allem Frageblöcke (Quizzes), die das Wissen und Verständnis der Sachverhalte testen (Multiple-Choice-Fragen, Entscheidungsfragen, offene Fragen nach Begriffen), sowie Verweise auf Ressourcen im World Wide Web.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Koordination zwischenbetrieblicher Geschäftsprozesse in der Dienstleistungswirtschaft mit Hilfe eines konfigurierbaren Mehr-Agenten-Systems

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Dominik Deschner, Dr. Oliver Hofmann

Projektstart und -ende: September 1997 – September 2000

4.1 Motivation

Durch die zunehmend geforderte Produktindividualisierung entsteht für Unternehmen der Dienstleistungsbranche erhöhter Abstimmungsbedarf mit Kunden und Lieferanten. Besondere Beachtung verdienen Dienstleistungen und immaterielle Produkte, die sich digitalisieren und damit auch IV-gestützt bündeln lassen. Insbesondere dem Handel mit digitalen Produkten, die sich über elektronische Netze vertreiben lassen, eröffnet das Internet ein weltweites Wirkungsfeld.

Bislang realisierte Lösungen im E-Commerce beschränken sich zumeist auf weitgehend standardisierte Leistungen, die in definierten Abläufen erstellt und vertrieben werden (z.B. Shopping Malls, EDIFACT-Abwicklung). Auch weitergehende Ansätze (wie z.B. netzbasierte Auktionen) erreichen bei weitem nicht die Vielfalt der Handlungsmöglichkeiten und die Flexibilität auf realen Märkten, die jederzeit ad-hoc-Interaktionen mit beliebigen Marktteilnehmern gestatten.

4.2 Ziele

Die zu beobachtenden Veränderungen von Unternehmensstrukturen hin zu dezentralen, lose gekoppelten, elektronisch verknüpften Organisationen sind Ausgangspunkt des Forschungsprojektes. Untersucht werden Koordinationsvorgänge, die eine effiziente Leistungserstellung in solchen Organisationen ermöglichen. Im Zentrum der Arbeit stehen die Fragestellungen, welche Koordinationssituationen in diesen geänderten Unternehmensstrukturen entstehen, und wie Koordinationsmechanismen aufgrund der organisatorischen und technologischen Veränderungen angepasst werden müssen. Auf der Basis dieser Analysen wird insbesondere untersucht, auf welche Weise agentenbasierte Ansätze für eine effiziente elektronische Koordination eingesetzt werden können. Ziel ist es, sowohl den Wandel bestehender Unternehmungen als auch neuartige Formen unternehmungsübergreifender Koordination und das Entstehen neuartiger Unternehmungen auf den Netzmärkten zu untersuchen und unter Verwendung der Analysen Gestaltungsempfehlungen für praktisch realisierbare effiziente elektronische Koordinationsformen zu geben und umzusetzen.

4.3 Projektverlauf

Im ersten Schritt werden Koordinationsmechanismen ausgewählter zwischenbetrieblicher Geschäftsprozesse im Dienstleistungsbereich untersucht. Dazu werden u.a. für verschiedene Auktionsformen (Englische Auktion, Holländische Auktion, First-Price-Sealed-Bid-Auction, Second-Price-Sealed-Bid-Auction) Koordinationsrollen (Auktionator, Käufer) in einer formalen Notation beschrieben, die zugrundeliegenden Verhaltensmuster klassifiziert, Gemeinsamkeiten herausgearbeitet und daraus elementare, übertragbare Koordinationsmoduln entwickelt. Diese und andere Moduln sind als Referenzmuster in einem Koordinationsbaukasten abgelegt, aus dem Koordinationsmodelle für den Einsatz in verschiedenen Koordinationssituationen komponiert werden können.

Als Anwendungsgebiete dienen die Bereiche Transportlogistik und Finanzdienstleistungen. Exemplarisch wird die Eignung der Koordinationsmechanismen im Hinblick auf die Abstimmungsvorgänge im Luftfrachtbereich nachgewiesen. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Lufthansa AG entstand ein agentenbasiertes Auktionssystems für die Koordination zwischen Luftfrachtanbietern (Airlines) und

den Nachfragern (Spediteuren). Ebenfalls wurde ein Prototyp eines modularen Market-Maker-Verhaltensmusters zur Abwicklung von Finanztransaktionen implementiert.

Als Referenzszenario für zwischenbetriebliche Koordinationsaufgaben dient die Bündelung von Teilprodukten zu Kundenlösungen auf Netzmärkten. Hierzu werden ein formales Modell operationalisiert und darauf aufbauend Ansätze zur maschinellen Planung von Transaktionen auf Netzmärkten untersucht.

Die formale Beschreibung von Koordinationsbausteinen ist Grundlage für eine maschinelle Ausführung der Koordinationsmechanismen. Die Beschreibung dient zur Konfiguration generisch konzipierter Softwareagenten, die Koordinationsrollen wahrnehmen können und somit als elektronisches Koordinationssystem die geforderte IV-Unterstützung bei der Abwicklung von Geschäftsprozessen bieten.

Die konzipierte Agentenarchitektur bedient sich bereits vorhandener, etablierter Standards wie z.B. der Unified Modeling Language zur Darstellung der Designergebnisse und der Vorschläge der FIPA bei der Implementierung der Agentenplattform. Die Agentenarchitektur ist durch ein Framework konfigurierbarer Teilkomponenten (Wissensbasis, Planungskomponente, Verhaltenskomponente, Entscheidungskomponente) realisiert, das sowohl die Erweiterung als auch den Austausch von Teilkomponenten durch Alternativimplementierungen erlaubt. Damit ergeben sich auch für Softwareagenten Referenzbausteine, aus denen Agenten für verschiedene Koordinationsrollen konfiguriert werden können. Die Implementierung der Agentenplattform ist FIPA-konform. Sie integriert die Internet-Multicasttechnologie und stellt damit die Skalierbarkeit von Multi-Agentensystemen im Bezug auf die Anzahl der Agenten sicher. Derartige Anforderungen ergeben sich z.B. bei der Implementierung von Handelssystemen.

Die entwickelten Konzepte dienen als Referenzmodelle zum Entwurf und zur Implementierung eines Multi-Agentensystems für Tracking&Tracing im Logistiksektor. Die realisierten Prototypen gingen in konkrete Lösungen ein, die heute beim SIEMENS-Konzern im operativen Einsatz sind. Die Ergebnisse sind in mehreren wissenschaftlichen Veröffentlichungen dokumentiert. Darauf aufbauend werden weitergehende Einsatzfelder für Tracking&Tracing untersucht und das generelle Einsatzpotenzial von Agentensystemen ausgewiesen.

Ebenso werden die Konzepte zur Entwicklung von Multi-Agentensystemen zur unternehmensübergreifenden Bündelung von Versicherungsdienstleistungen eingesetzt. Dieses System ermöglicht als internetbasierte Self-Service-Anwendung die individuelle Konfiguration von Versicherungsprodukten und -dienstleistungen.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Mertens, P., Bodendorf, F., König, W., Picot, A., Schumann, M.: Grundzüge der Wirtschaftsinformatik, 6. Auflage, Berlin 2000.

Robra-Bissantz, S.: Strukturen, Entwicklungen und Strategien der externen Unternehmenskommunikation - nachfrageorientierte Analyse und computerbasierte Prognose, Berlin 2000.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

- Bodendorf, F.:** E-Services – Auf dem Weg zur elektronischen Dienstleistungsgesellschaft, in: Scheffler, W., Voigt, K.-I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven im Electronic Business – Grundlagen, Strukturen, Anwendungsfelder, Wiesbaden 2000, S. 153-172.
- Bodendorf, F.; Hofmann, O.:** Agent based Information Retrieval in Electronic Business Networks, in: Debnath, N. (Hrsg.), Computer Applications in Industry and Engineering, Cary/NC 2000, S. 268-271.
- Bodendorf, F.; Reinheimer, S.:** Approaches to a Decentralized Architecture for an Electronic Market: A Study for the Air Cargo Business, in: Khosrowpour, M. (Hrsg.), Challenges of Information Technology Management in the 21st Century, Hershey-London 2000, S. 62-67.
- Bodendorf, F.; Saueressig, G.:** Internet Based Self Service Systems for Customer Oriented Processes in Public Administration, in: Hansen, R., Bichler, M., Mahrer, H. (Hrsg.), ECIS 2000 – A Cyberspace Odyssey, Proceedings of the 8th European Conference on Information Systems, Wien 2000, S. 1131-1135.
- Bodendorf, F.; Schertler, M.:** Lecture on Demand als Baustein einer virtuellen Hochschullandschaft, in: o.Hrsg., 24. Jahrestagung des Gesellschaft für Klassifikation, Book of Abstracts, Passau 2000, S. 54.
- Bodendorf, F.; Schertler, M.:** Media Based Cooperative Teaching Between University and Industry, in: Wagner, E., Szücs, A. (Hrsg.), Research and innovation in open and distance learning, Book of Essays 1st EDEN Research Workshop, Prague 2000, S. 88-90.
- Bodendorf, F.; Schertler, M.:** Support Environment for Distributed Case Studies, in: AACE (Hrsg.), Proceedings of ED-MEDIA 2000, Montréal 2000, S. 1474-1475.
- Deschner, D.; Hofmann, O.:** Koordinationsmuster für elektronische Koordinationssysteme, in: Bodendorf, F. Grauer, G. (Hrsg), Verbundkonferenz Wirtschaftsinformatik, Aachen 2000, S. 30-41.
- Hofmann, O.; Bodendorf, F.:** A Framework for Agent Mediated Electronic Business, in: Shin, S.Y. (Hrsg.), 15th International Conference on Computers and Their Applications (CATA 2000), New Orleans 2000, S. 120-123.
- Hofmann, O.; Bodendorf, F.:** Agent Mediated Inter-Organizational Business Process Coordination, in: Trappl, R. (Hrsg.), Cybernetics and Systems 2000, Wien 2000 S. 615-620.
- Langenbach, C.; Bodendorf, F.:** Media-Based Learning Resources for an Electronic Education Market, in: Young, G. H. (Hrsg.), World Wide Web - Technologies and Applications for the New Millenium, Athens/USA 2000, S. 131-137.
- Schertler, M.; Uelpenich, S.:** Telemediale Fallstudien in der universitären Aus- und Weiterbildung, in: Uellner, S., Wulf, V. (Hrsg.), Vernetztes Lernen mit digitalen Medien, Nürnberg 2000, o.S.
- Uelpenich, S.; Bodendorf, F.:** Management of Explicit and Implicit Knowledge in Consulting Companies, in: Staab, S., O'Leary, D. (Hrsg.), Bringing Knowledge to Business Processes, 2000 AAAI Symposium Technical Report SS-00-03, Menlo Park/USA 2000, S. 37-43.
- Uelpenich, S.; Bodendorf, F.:** Software-Agenten zur Unterstützung der Knowledge Asset Creation in Beratungsunternehmen, in: o.Hrsg., KnowTech 2000 Knowledge Engineering Management, Leipzig 2000, S. 1-5.

Uelpenich, S.; Bodendorf, F.: Wissensmanagement in Unternehmensberatungen mit Hilfe von Knowledge Asset Repositories, in: Gronau, N. (Hrsg.), Technologien des Wissensmanagements, Oldenburg 2000, S. 45-55.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Bodendorf, F.: Multimodales Telelehren und Telelernen an Virtuellen Universitäten, Zeitschrift für Betriebswirtschaft (ZfB), Ergänzungsheft 3 (2000), S. 73-91.

Bodendorf, F.: Virtual Working Environment for Multimedia Based Telecooperation, Issues in Information Systems 1 (2000) 1, S. 34-40.

Bodendorf, F.; Bauer, C.; Langenbach, C.; Schertler, M.; Uelpenich, S.: Vorlesung auf Abruf im Internet, PIK Praxis der Informationsverarbeitung und Kommunikation 23 (2000) 3, S. 137-147.

Bodendorf, F.; Langenbach, C.: Media-based Education and Training – Realisation Approaches and Market Perspectives, Engineering Science and Education Journal 9 (2000) 4, S. 169-177.

Deschner, D.; Hofmann, O.; Bodendorf, F.: Agent-Based Coordination Support for Business Processes, Information Systems and Operational Research, 38 (2000) 3, S. 283-292.

Langenbach, C.; Bodendorf, F.: The Electronic Education Mall - A Virtual Service Center for Distance Learning, International Journal of Electronic Commerce 4 (2000) 2, S. 5-24.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Marketing

Prof. Dr. Hermann Diller

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-214

Fax: 0911/5302-210

E-mail: wsma01@wsns0.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.marketing.wiso.uni-erlangen.de>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Preismanagement
- Beziehungsmarketing
- Handelsmarketing
- Organisation und Vertrieb
- Internationales Marketing
- Electronic-Commerce und Multimedia
- Hochschulmarketing

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Fachbesucherregistrierung im Messewesen

Kooperationspartner: Mülleradress + Neue Mediengesellschaft Ulm mbH & Co. OHG

Bearbeiter: Prof. Dr. H. Diller, Dipl.-Kfm. Björn Ivens, cand. rer. pol. Meike Bracke

Projektstart und -ende: August 1999 - Februar 2000

Charakterisierung: Evaluation alternativer Techniken der Besucherregistrierung hinsichtlich der Eignung für ein Messe-Controlling

3.2 Einflussfaktoren der Neukundengewinnung und Kundenbindung im Agenturgeschäft des Versandhandels

Kooperationspartner: Quelle AG

Bearbeiter: Dipl.-Kff. Susanne Spintig, cand. rer. pol. Astrid Kloos

Projektstart und -ende: Juni 1999 - März 2000

Charakterisierung: Empirische Untersuchung der Erfolgsfaktoren des Verkaufs über Agenturen im Versandhandel

3.3 Strategien in elektronischen Märkten

Kooperationspartner: Hewlett Packard Deutschland GmbH
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Diller, Dipl.-Kfm. Björn Negelmann, Studierende
Projektstart und -ende: September 1999 - März 2000
Charakterisierung: Optimierung einer E-Commerce-Plattform auf Basis einer empirischen Erhebung bei potenziellen Nutzern (Endkonsumenten und SOHOs)

3.4 Dissertation: „Discounting – Konzeption und Anwendbarkeit des Discount als Marketingstrategie“

Kooperationspartner: Roland Berger & Partner GmbH
Bearbeiter: Dr. Alexander Haas
Projektstart und -ende: August 1996 - April 2000
Charakterisierung: Theoretisch orientierte Untersuchung zur Konzeption und Anwendbarkeit des Discount als Marketingstrategie

3.5 Das Preisimage im Bäckereigewerbe

Kooperationspartner: Der Beck
Bearbeiter: Dipl.-Kff. Iris Müller, cand. rer. pol. Marco Camdic
Projektstart und -ende: Oktober 1999 - Mai 2000
Charakterisierung: Empirische Analyse des Preisimage-Konstruktes nach Diller am Beispiel der Bäckereifilialkette „Der Beck“

3.6 Determinanten der Kundenbindung im Messewesen

Kooperationspartner: NürnbergMesse GmbH und Spielwarenmesse e.G.
Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Cornelia Grimm, Studierende
Projektstart und -ende: März 2000 - Juli 2000
Charakterisierung: Theoretische Aufarbeitung der Kundenbindungsproblematik am Beispiel des Messewesens mit empirischer Studie zur Identifikation von Determinanten der Besucherbindung

3.7 Marketing-Dienstleister als Wirtschaftsfaktor - dargestellt an der Region Nürnberg

Kooperationspartner: Hermann Gutmann-Stiftung
Bearbeiter: Dipl.-Kff. Susanne Spintig, cand. rer. pol. Bettina Hofmann
Projektstart und -ende: September 1999 - August 2000
Charakterisierung: Empirische Studie zur wirtschaftlichen Bedeutung von Marketing-Dienstleistungen am Beispiel der Stadt Nürnberg

3.8 Die Überprüfung und Neuausrichtung der Kundenorientierung anhand eines Beispiels aus der Produktivgüterbranche

Kooperationspartner: KENNAMETAL HERTEL AG
Bearbeiter: Dipl.-Kff. Susanne Spintig, cand. rer. pol. Jochen Krätschmer
Projektstart und -ende: November 1999 - September 2000
Charakterisierung: Evaluation der Optimierungsmöglichkeiten der Kundenorientierung eines Herstellers von Werkzeugen und Hartstoffen (Fallstudie)

3.9 Kundenzufriedenheit in Buying Centers am Beispiel des Heavy Rail Geschäfts

Kooperationspartner: Siemens Verkehrstechnik Heavy Rail
Bearbeiter: Dipl.-Kff. Cornelia Grimm, cand. rer. pol. Katja Tscheschlock
Projektstart und -ende: März 2000 - Oktober 2000
Charakterisierung: Theoretische und empirische Ermittlung der Kundenzufriedenheit in Buying Centers unter besonderer Berücksichtigung der Multipersonalität. Grundlage bildeten Expertengespräche mit Key Account Managern und Interviews mit Buying Center-Mitgliedern unterschiedlicher Nationen.

3.10 Euro-Preispolitik

Kooperationspartner: GLOBUS Handelsbetriebe GmbH & Co. KG
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Diller, Dipl.-Kff. Iris Müller, Dipl.-Kfm. Björn Ivens
Projektstart und -ende: Januar 2000 - Oktober 2000
Charakterisierung: Analyse der Herausforderungen an die Preispolitik eines SB-Warenhauses im Rahmen der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung "EURO"

3.11 Preiszufriedenheit im Messewesen

Kooperationspartner: NürnbergMesse GmbH und Spielwarenmesse e.G.
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Diller, Dipl.-Kff. Cornelia Grimm
Projektstart und -ende: 3 Befragungen während der Dauer unterschiedlicher Messen (23.3.-26.3., 16.5.-19.5. und 15.11.-17.11.2000)
Charakterisierung: Empirische Studie zur detaillierten Ermittlung der Preiszufriedenheit von Messebesuchern und deren Einfluss auf die Gesamtzufriedenheit mit einer Messe

3.12 Dissertation: „Strategisches Fakultätsmarketing“

Kooperationspartner: u.a. Hermann Gutmann-Stiftung, Müller Verlag, WiSo-Fakultätsbund
Bearbeiter: Dr. Kai-Stefan Schober
Projektstart und -ende: Januar 1997 bis November 2000
Charakterisierung: Problematik, Konzeptualisierung, Implementierung eines Fakultätsmarketing auf Basis empirischer Erkenntnisse am Beispiel der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät Nürnberg

3.13 Das Preisverhalten beim Kauf langlebiger Gebrauchsgüter – dargestellt am Beispiel Weißer Ware

Kooperationspartner: GfK AG
 Bearbeiter: Dipl.-Kff. Iris Müller, cand. rer. pol. Julia Schmitt
 Projektstart und -ende: Januar 2000 - November 2000
 Charakterisierung: Analyse der Rolle des Preises im Kaufentscheidungsprozess (Schwerpunkt: das Preisverhalten von Konsumenten beim Kauf langlebiger Gebrauchsgüter) auf Basis von GfK-Paneldaten

3.14 Preisentwicklung und Preisgestaltung in Non-Food-Märkten

Kooperationspartner: GfK AG
 Bearbeiter: Dipl.-Kff. Iris Müller, cand. rer. pol. Mário Nuno da Costa Barbosa
 Projektstart und -ende: Januar 2000 - November 2000
 Charakterisierung: Empirische Untersuchung der Ursachen des Preisverfalls in Non-Food-Märkten (Wasch- und Kaffeemaschinen) auf Basis von GfK-Paneldaten

3.15 Mystery Shopping als Methode zur Analyse der Verkäufer-Käufer-Interaktion und des Verkäufereinflusses auf die Markenwahl von Haushaltsgroßgeräten

Kooperationspartner: BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH
 Bearbeiter: Prof. Dr. H. Diller, Dr. Alexander Haas, cand. rer. pol. Christian Maget
 Projektstart und -ende: April 2000 - Dezember 2000
 Charakterisierung: Theoretische Konzeption und empirische Analyse der Verkäufer-Käufer-Interaktion im Hinblick auf Kaufentscheidung und Markenwahl

3.16 Prozessmanagement als Basis von Kernkompetenzen - dargestellt am Beispiel des Vertriebs eines Luxusgüterherstellers

Kooperationspartner: Jaeger LeCoultrre Deutschland GmbH
 Bearbeiter: Dr. Alexander Haas, cand. rer. pol. Sascha Rauer
 Projektstart und -ende: April 2000 - Dezember 2000
 Charakterisierung: Empirische Studie zu den vertriebsbezogenen Kernkompetenzen der Anbieter auf einem Luxusgütermarkt

3.17 Preispolitik für digitale Güter in elektronischen Märkten am Beispiel von Marktfor-schungsdaten

Kooperationspartner: GfK AG, GIM – Gesellschaft für Innovatives Marketing
 Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Björn Negelmann, cand. rer. pol. Anna Voutchkova
 Projektstart und -ende: Februar 2000 - Dezember 2000
 Charakterisierung: Empirische Analyse der Preisbereitschaft für Fachinformationen und Entwicklung einer Preisstrategie beim Vertrieb von Fachinformationen im Internet

3.18 Dissertation: „Key Account Management und E-Commerce im Business-to-Business am Beispiel des Systemgeschäfts“

Bearbeiter: Dr. Nancy Storp

Projektstart und -ende: März 1999 - Dezember 2000

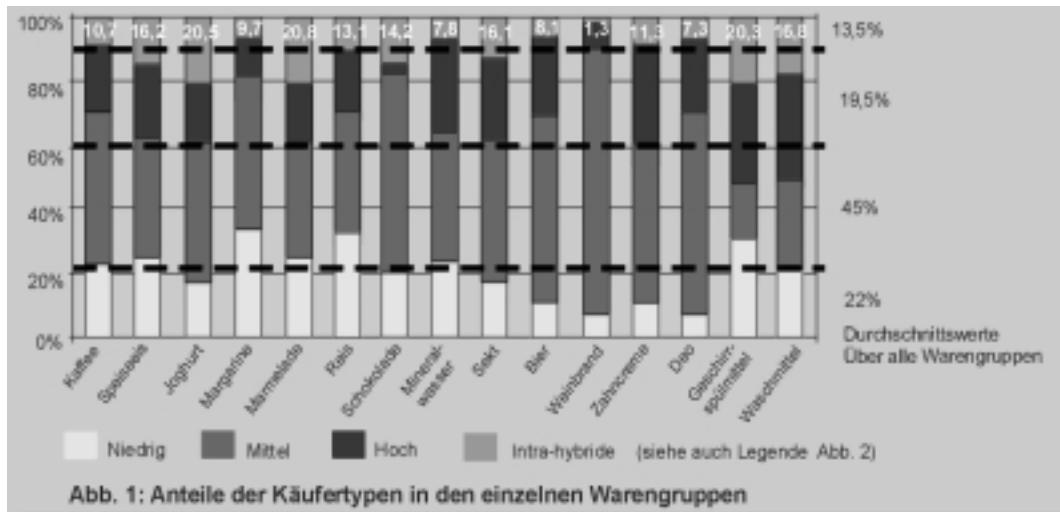
Charakterisierung: Fallstudiengestützte Analyse der Unterstützungsmöglichkeiten des Key Account Management – als eine stark persönlich geprägte Kundenbeziehung - durch E-Commerce

4. Ausführlicher Bericht aus einem ausgewählten Forschungsprojekt: Hybrider Verbraucher – Phantom oder Realität?

In der Marketing-Fachliteratur wird seit Mitte der 80er Jahre ein Phänomen diskutiert, das von vielen Autoren als „neuer Konsument“ bezeichnet wird. Dieser Verbraucher, der angeblich immer häufiger zu finden ist, zeigt bei seinem Konsum völlig unterschiedliche, ja paradoxe Verhaltensmuster. Einerseits gibt er sich extrem sparsam und feilscht um jeden Pfennig. Andererseits ist er in anderen Bereichen äußerst großzügig, ja fast verschwenderisch. In seinem Bemühen, die beste Offerte zu erstehehen, schwindet seine Marken- und Einkaufsstättentreue. Dieses zwittrhafte bzw. hybride Kaufverhalten stellt das Marketing vor die Schwierigkeit, dass dieser neue Konsument keiner Typologie zuordenbar und sein Verhalten nicht mehr prognostizierbar ist. Dadurch wird für Unternehmen die Marktsegmentierung und Zielgruppendefinition immer diffiziler.

In Rahmen einer Studie am Lehrstuhl für Marketing wurde in Zusammenarbeit mit der GfK Nürnberg auf Basis von Haushaltspaneldaten das hybride Kaufverhalten bei Fast Moving Consumer Goods untersucht. Die 12.000 Haushalte wurden über einen Zeitraum von einem Jahr (1998) beobachtet, um ein solches Verhalten sowohl innerhalb einer Warengruppe als auch über verschiedene Warengruppen hinweg eruieren zu können. Als Arbeitsdefinition wurde daher als Intrawarengruppen-Hybridität das Einkaufsverhalten bezeichnet, bei dem Konsumenten innerhalb einer Warengruppe in einem bestimmten Zeitraum sowohl niedrig- als auch hochpreisige Produkte erwerben. Die Interwarengruppen-Hybridität wird als Einkaufsverhalten definiert, bei dem der Verbraucher in verschiedenen Warengruppen unterschiedliche Produktklassen (äquivalent Preisklassen) wählt.

Für die Untersuchung wurden insgesamt 15 Warengruppen ausgewählt: sieben Warengruppen aus dem Nahrungsmittelbereich, vier aus dem Bereich Getränke, zwei aus dem Bereich Körperpflege und zwei aus dem Bereich Waschen/ Putzen/ Reinigen (vgl. auch Abb. 1). Bei der Auswahl wurde unter anderem auf die Prestigewirkung und das Involvement der verschiedenen Warengruppen geachtet, da diese die Verbraucherhybridität nachgewiesermaßen beeinflussen.

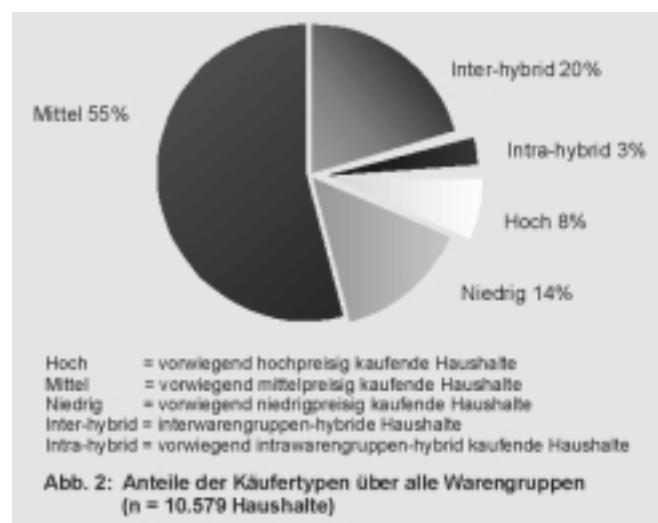


Zur Klassifikation der Haushalte in die oben definierte Intra- und Interwarengruppen-Hybridität sind in einem ersten Schritt deren Einkäufe als niedrig-, mittel- und hochpreisig einzustufen. Es ist davon auszugehen, dass Käufer immer bestrebt sind, ihre Marken (Qualität) zu einem günstigen Preis zu kaufen. Ein Haushalt kauft also auch dann in derselben Klasse ein, wenn er sein Produkt als Sonderangebot ersteht. Die Einordnung der Waren in Warengruppen erfolgt sowohl anhand eines standardisierten Durchschnittspreises als auch mit Hilfe der Marke. Dazu wurde ausgehend vom mittleren Preisempfinden als Trennkriterium je eine halbe Standardabweichung von Mittelwert nach unten und oben festgelegt: Marken mit einem standardisierten Durchschnittspreis von unter -0,5 werden also als niedrigpreisig, Marken mit Durchschnittspreisen zwischen -0,5 und +0,5 als mittelpreisig und über +0,5 als hochpreisig angesehen. Diese Vorgehensweise bietet den Vorteil eines einheitlichen Trennkriteriums, das auf alle Warengruppen angewandt werden kann. Problematisch ist dabei allerdings, dass Marken mit nahezu identischen Preisen in unterschiedliche Klassen eingeteilt werden. Aus diesem Grund wurden die Marken in Nähe der Trennlinien nochmals einer näheren Betrachtung unterzogen und mit Hilfe der Experten der GfK fallspezifisch anhand der Marke aufgeteilt. Diese Vorgehensweise erwies sich als gut praktikabel, da sich an den Grenzwerten -0,5 und +0,5 in den meisten Warengruppen Preissprünge befanden. Eine Umgruppierung erfolgte nur bei den Warengruppen Marmelade und Kaffee.

In einem nächsten Schritt war ein Kriterium festzulegen, welches einen Haushalt als hybride gelten lässt. Aufgrund der festgestellten Korrelation zwischen der Anzahl der Kaufakte und der Hybridität war ein allgemeingültiges Gesetz aufzustellen, welches diesen Sachverhalt mit der relativen Anzahl der Kaufakte in einer Warenklasse berücksichtigt. Denn je häufiger ein Konsument innerhalb einer Warengruppe kauft, desto wahrscheinlicher ist es, dass er dabei in verschiedenen Preisklassen einkauft. Ein Haushalt, der beispielsweise 49 Mal einen "billigen" Joghurt kauft und ein Mal zu einem "teuren" greift, ist deswegen noch nicht als hybride einzustufen. Daher gilt in dieser Studie ein Haushalt immer dann als hybride, wenn er mindestens 15% seiner Waren in der niedrigpreisigen Kategorie und gleichzeitig mindestens 15% in der hochpreisigen Kategorie kauft. Als zusätzliche Einschränkung dürfen maximal 60% der Kaufakte in der mittelpreisigen Produktgruppe getätigt werden. Weiterhin musste der Haushalt mindestens drei Käufe innerhalb einer Warengruppe getätigt haben. Dieses Kriterium wurde sowohl für die Intra- als auch für die Interwarengruppen-Hybridität festgelegt.

Zur Untersuchung der Intrawarengruppen-Hybridität war nun die Anzahl der Kaufakte innerhalb einer Produktgruppe, bei denen ein Haushalt niedrig-, mittel- oder hochpreisig kauft, auszuzählen. Die Durchführung der Auszählung ergibt die in Abb. 1 dargestellte Anzahl hoch-, mittel-, niedrigpreisiger und hybrider Käufer in den einzelnen Warengruppen. Insgesamt kaufen die Konsumenten zwischen 1,32% und 20,81% der Haushalte intrawarengruppen-hybride. Besonders bei den Warengruppen Joghurt, Marmelade und Geschirrspülmittel ist mit über 20% eine relativ hohe Anzahl an hybriden Käufen zu erkennen. Diese innerhalb der Warengruppe Hybriden verfügen großteils nur über ein unterdurchschnittliches Einkommen. Ein weiterer, hinter diesem Verhalten stehender Faktor, der begründet, warum in bestimmten Warengruppen besonders hybride gekauft wird und in anderen weniger, konnte nicht ausgemacht werden. Durchschnittlich kaufen 13,5% der Konsumenten innerhalb einer Warengruppe hybride, d.h. in verschiedenen Produktklassen ein. Alle anderen Haushalte bleiben entweder den Niedrig-, Mittel- oder Hochpreisprodukten treu. Dies zeugt von relativ starker Beständigkeit im Verhalten der Konsumenten. Die Annahme der immer größer werdenden Gruppe von hybriden Käufern muss in Bezug auf bestimmte Produktgruppen zunächst abgelehnt werden.

Die Hybridität zwischen den Warengruppen bei Fast Moving Consumer Goods sollte in einem nächsten Schritt untersucht werden. Zur Analyse werden die nicht-hybriden Haushalte herangezogen, die innerhalb einer Warengruppe einer Produktklasse treu bleiben, d.h. Niedrig-, Mittel- oder Hochpreiskäufer sind. Als Kriterium für die Klassifikation der Haushalte wird das gleiche Kriterium wie bei der Intrawarengruppen-Hybridität angewendet: Alle Haushalte, die mindestens in 15% der Warengruppen billig, in mindestens 15% der Warengruppen teuer oder in maximal 60% der Warengruppen mittelpreisig gekauft haben, werden als interwarengruppen-hybride eingestuft. An dieser Stelle ergeben sich die in Abb. 2 dargestellten fünf Käufergruppen.



Insgesamt lässt sich festhalten, dass zumindest im Bereich der Fast Moving Consumer Goods das hybride Kaufverhalten noch keine allzu großen Ausmaße angenommen hat. Von einem hybriden Verhalten bei der Hälfte aller Käufe, wie in manchen Publikationen behauptet, kann also nicht die Rede sein. Ein gutes Fünftel der Haushalte kauft in verschiedenen Warengruppen hybride. Dazu kommen drei Prozent, die intrawarengruppen-hybride einkaufen. Mehr als die Hälfte der Haushalte kaufen vorwiegend in mittleren Preislagen. Das Marketing kann also Fast Moving Consumer Goods bei einem Großteil der Verbraucher von "normalen" Käufern aussehen.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls 2000

5.1 Bücher

Cornelsen, J.: Kundenwertanalysen im Beziehungsmarketing: Theoretische Grundlegung und Ergebnisse einer empirischer Studie im Automobilbereich, GIM-Verlag, Nürnberg 2000 (Dissertation). *Ausgezeichnet mit dem „Wissenschaftspreis des Deutschen Marketingverbandes 2000“ und dem „ZMU-Preis für Dissertationen 2000“ des Zentrums für Marktorientierte Unternehmensführung der WHU Koblenz.*

Diller, H.: Preispolitik, 3., vollständig neu bearbeitete Auflage, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 2000.

Haas, A.: Discounting – Konzeption und Anwendbarkeit des Discount als Marketingstrategie, GIM-Verlag, Nürnberg 2000 (Dissertation).

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Diller, H.: Die instrumentale Orientierung in der Marketingwissenschaft – Eine Zwischenbilanz, in: Backhaus, K. (Hrsg.): Deutschsprachige Marketingforschung: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Stuttgart 2000, S. 123-140.

Diller, H.: Customer Loyalty: Fata Morgana or Realistic Goal? Managing Relationships with Customers, in: Hennig-Thurau, T.; Hansen, U.: Relationship Marketing. Gaining Competitive Advantage Through Customer Satisfaction and Customer Retention, Berlin 2000, S. 29-48.

Diller, H.; Gentner, J.; Müller, I.: Hybrides Kaufverhalten - Phantom oder Realität, Hrsg.: GfK Nürnberg e.V. (2000).

Diller, H., Goerdt, T.: Einflußfaktoren der Kundenbindung im Lebensmittel-Einzelhandel. Ergebnisse von Panelanalysen für Güter des täglichen Bedarfs, in: Trommsdorff, V. (Hrsg.), Handelsforschung 1999/2000, Wiesbaden 2000, S. 163-194.

Haas, A.; Diller, H.: Market Entry with Innovative Strategies: Assessing the Strategic Window for Discounters, Vortragsmanuskript für den EAERC-Kongress „Retail Innovation“ in Barcelona, in: Proceedings-CD-ROM, Datei 36.

Ivens, B. S.: The Role of Contracts in the Relationship Marketing Mix, in: Proceedings of the Fifth Research Conference on Relationship Marketing (2000), Emory University, Atlanta, GA.

5.3 Veröffentlichungen in Zeitschriften

Diller, H.: Preiszufriedenheit bei Dienstleistungen, in: DBW – Die Betriebswirtschaft, 60. Jg., Heft 5 (2000), S. 570-587.

Diller, H.: Zustelldienste: Nutzeneffekte noch wenig bekannt, in: Dynamik im Handel, 44. Jg., Heft 1 (2000), S. 58-60.

Diller, H.; Ivens, B. S.: Passage à l'Euro et psychologie des prix. Fondements théoriques et résultats empiriques, in : RAM - Recherche et Applications en Marketing, Numéro spéciale Prix, Heft 3 (2000), S. 29-41.

Donath, H.; Ivens, B. S.: Interkulturelle Geschäftsbeziehungen: komplexe Herausforderungen im Auslandsvertrieb, in: Organisationsentwicklung, Heft 4 (2000), S. 70-75.

Haas, A.: Premiummarke – quo vadis?, in: Markenartikel, Heft 3 (2000), S. 36-42.

Ivens, B. S.: Preisrisiken im Marketing, in: JAVF - Jahrbuch der Absatz- und Verbrauchsforschung, 46. Jg., Heft 3 (2000), S. 315-328.

Ivens, B. S.; Grether, M.: Coca Cola mit Vitamin B - neuere Tendenzen in Forschung und Praxis des Beziehungsmarketing, in: Technischer Vertrieb, 9. November 2000.

5.4 Arbeitspapiere

Nr. 84: Ivens, B. S.; Donath, H.: Internationale Geschäftsbeziehungen – Eine empirische Studie mit Hilfe der MDS, Nürnberg 2000.

Nr. 85: Diller, H.; Gentner, J.; Müller, I.: Hybrides Kaufverhalten – Empirische Analyse anhand von Haushaltspaneldaten, Nürnberg 2000.

Nr. 86: Brambach, G; Koob, U.: Die Wahrnehmung und Beurteilung von Preisnachlässen – Theoretische Grundlagen und empirische Analysen unterschiedlicher Formen der Auslobung am Beispiel von Trendsportartikeln, Nürnberg 2000.

Nr. 87: Spintig, S.; Hofmann, B.: Marketing-Dienstleister. Branchenstruktur und Perspektiven dargestellt an der Wirtschaftsregion Nürnberg, Nürnberg 2000.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Internationales Management

Prof. Dr. Stefan Eckert (Lehrstuhlvertretung)

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-452

Fax: 0911/5302-470

E-mail: marion.wehner@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/IM/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Globalisierung und Gesellschaft
- International Corporate Finance
- International Corporate Governance
- Multinationale Unternehmen und globale Verantwortung
- Projektmanagement in internationalen Strategischen Allianzen
- Managementstrategien deutscher Unternehmen in Asien
- Management deutsch-chinesischer Unternehmenskooperationen
- Human Resource Management in MNU
- Rolle der multinationalen Unternehmen beim Strukturwandel in Asien

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Auswirkungen der Globalisierung auf das Personalmanagement in multinationalen Unternehmen

Kooperationspartner: accenture, München

Bearbeiter: Prof. Dr. S. Eckert, Dipl.-Kfm. Alexander Mohr, Dipl.-Kfm. Wolf Bonsiep,
Dipl-Kff. Birgit Ensslinger, Dipl.-Kfm. David Rygl

Projektstart und –ende: Oktober 2000 – Februar 2001

Charakterisierung: Dieses Projekt befasste sich mit den Herausforderungen, welche die Globalisierung an das Personalmanagement in weltweit agierenden Unternehmen stellt. Neben einer Untersuchung einzelner Funktionen des Personalmanagements (Rekrutierung, Entwicklung etc.) wurde auch die Personalarbeit in verschiedenen Branchen vor dem Hintergrund der zunehmenden Internationalisierung der Unternehmenstätigkeit betrachtet.

3.2 Deutsch-chinesische Unternehmenskooperationen in der Volksrepublik China

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Alexander Mohr, cand. rer. pol. Stephan Lechner, cand. rer. pol.
Chia-Shing Tsai, cand. rer. pol. Jing Yang

Projektstart: August 1999

Charakterisierung: Die Studie befasst sich mit Problemfeldern deutsch-chinesischer Kooperationen wie der inter-kulturellen Unterschiede zwischen Kooperationspartnern oder das in Kooperationen bestehende Spannungsfeld zwischen Kontrolle und Vertrauen. Im Rahmen dieses Projektes wurden zahlreiche Interviews mit deutschen und chinesischen Managern sowohl in Deutschland als auch in China durchgeführt.

3.3 Auswirkungen der Asienkrise auf deutsche Direktinvestitionen in Südostasien

Bearbeiter: Prof. Brij Nino Kumar, Dipl.- Kfm. Alexander Mohr

Projektstart und –ende: Oktober 1998 – Dezember 2000

Charakterisierung: Die Auswirkungen der Asienkrise auf die Strategien und Direktinvestitionen westlicher Unternehmen wurden vor dem Hintergrund der Theorie der Direktinvestitionen untersucht und durch eine empirische Untersuchung überprüft.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Kulturschock in Deutschland? - Empirische Untersuchung des kulturellen Anpassungsprozesses von Asiaten in Deutschland

Bearbeiter: Prof. S. Eckert, Dipl.- Kfm. Wolf Bonsiep, cand. rer. pol. Stefanie Mayer

Projektstart und –ende: Mai 2000 – Mai 2001

Die Fähigkeit, international zu agieren, gilt heute als eine entscheidende Anforderung der modernen Unternehmensführung. Vormals lediglich national tätige Unternehmen weiten ihren Aktionskreis über Landesgrenzen hinweg aus, gründen Tochtergesellschaften im Ausland, gehen Kooperationen mit ausländischen Partnern ein oder beteiligen sich an Unternehmen im Ausland. Gleichwohl beschränkt sich der Internationalisierungsprozess des Unternehmens nicht allein auf die Ausweitung des Engagements auf Auslandsmärkte bzw. auf die Verlagerung von Wertschöpfungsaktivitäten ins Ausland. Vielmehr gewinnt aus Gründen des verschärften Wettbewerbs zunehmend ein weiterer Aspekt der Internationalisierung von Unternehmen an Relevanz, nämlich die länderübergreifende Koordination des gegenseitigen Austausches von Ressourcen zwischen den geographisch gestreuten Teileinheiten des internationalen Unternehmensverbunds.

Wenngleich der Austausch von Ressourcen zwischen Teileinheiten des internationalen Unternehmensverbunds ein hinlänglich bekanntes Problem darstellen, gewinnen diese bei derartigen netzwerkbasierten Internationalisierungskonfigurationen eine neue Qualität. Und dies gilt in ganz besonderer Weise für den Bereich des Personalmanagements. Empirische Befunde unterstützen die Ver-

mutung, dass der Austausch von Mitarbeitern zwischen Teileinheiten des internationalen Unternehmens immer intensiver wird. Im Rahmen dieses Austausches von Mitarbeitern über Landes- und Kulturgrenzen hinweg treten indes besondere Probleme auf. Der Entsendete ist konfrontiert mit einer verminderten Anschlussfähigkeit des eigenen lebensweltlichen Orientierungssystems an die lebensweltlichen Orientierungssysteme fremdländischer Kontextgemeinschaften, welche sich im Allgemeinen negativ auf den Vollzug des Entsendungsauftrags auswirkt.

Vor diesem Hintergrund war es Ziel der Untersuchung, die kulturelle Anpassung asiatischer Entsandter in Deutschland empirisch zu analysieren. In der einschlägigen Literatur wird häufig ein U-förmiger Verlauf des Anpassungsprozesses unterstellt, bei dem sich nach einer gewissen Zeit ein als Kulturschock bezeichnetes Phänomen einstellen würde. Über die Analyse des zeitlichen Verlaufs der Anpassung hinaus wurde auch untersucht, welche weiteren Einflussfaktoren auf den Anpassungsprozeß wirken. Umgesetzt wurde dieses Forschungsziel in Form einer schriftlichen Befragung fernostasiatischer Manager, die in Deutschland ansässigen Tochtergesellschaften fernostasiatischer Unternehmen tätig waren.

Im Verlauf der Untersuchung wurde ersichtlich, daß die Anpassung der asiatischen Führungskräfte an das kulturelle Umfeld in Deutschland ein sehr komplexer Prozeß ist, der von sehr vielen unterschiedlichen Faktoren, insbesondere auch von persönlichen Erlebnissen, beeinflußt wird. Die untersuchten Variablen wirken aufgrund der individuellen Unterschiede nicht immer gleich und sind auch nicht über die Zeit hinweg stabil. Daher ist ein „Auf und Ab“ des Anpassungsverlaufes sehr wahrscheinlich und folglich nicht unbedingt ein Zeichen mißlungener Anpassung.

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse kann ein U-förmiger Verlauf hinsichtlich der Anpassung asiatischer Manager in Deutschland nicht belegt und daher auch von keinem Kulturschock dieses Personenkreises in Deutschland gesprochen werden. Es wurde allerdings ein enger Zusammenhang zwischen der Anpassung des Entsendeten und dem Arbeitserfolg in Deutschland festgestellt. Daraus läßt sich schließen, daß es sinnvoll ist, den Anpassungsprozeß eines asiatischen Expatriates in Deutschland bestmöglich zu fördern.

Als Ansatzmöglichkeiten zur besseren Integration der Entsandten ergaben sich insbesondere folgende Zusammenhänge: Wie schon viele Untersuchungen zuvor bestätigt auch diese Untersuchung, daß die Anpassung der Familien eine entscheidende Einflußgröße für die soziokulturelle Anpassung der Expatriates darstellt. Außerdem steigt die Anpassung im zwischenmenschlichen Bereich, sowohl im Privaten als auch in der Interaktion mit deutschen Kollegen, durch gute Deutschkenntnisse. Darüber hinaus ist die Persönlichkeit des Entsendeten ein wichtiger Faktor, was die Rolle der Personalauswahl in den Vordergrund rückt. Zusätzlich erweisen sich Rollenkonflikte im Arbeitsumfeld für die Anpassung als hinderlich. Wie erwartet, wird die Anpassung der asiatischen Expatriates in der Interaktion mit Deutschen relativ stark von Vorkenntnissen über Deutschland (Sprache, Kultur, Bräuche, politisches System) beeinflußt, während von vorherigen Deutschlandaufenthalten v.a. die Anpassung im Arbeitsumfeld profitiert.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Beiträge in Sammelwerken

- Kumar, B. N.; Graf, I.:** Auslandsgesellschaft, in: Bühner, R. (Hrsg.), Lexikon des Managementwissens (erscheint demnächst)
- Kumar, B. N.; Graf, I.:** Multinationale Unternehmen und die Herausforderungen einer neuen Weltwirtschaft: Einige Thesen zu Bedeutung, Aufgaben und Strategien für eine nachhaltige Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung der Chemie-Branche, in: zu Knyphausen-Aufseß, D. (Hrsg.) (2000), Globalisierung als Herausforderung der Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden
- Kumar, B. N.; Graf, I.; Birkmann, K.:** Globalization and Management Education in the 21st Century: Some Propositions, in: Borkowski, E. (Hrsg.) (erscheint demnächst)
- Kumar, B. N.; Graf, I.; Zeiss, H.:** Multinationale Unternehmen und internationale Korruption: Steuerungsdefizite des rechtlichen Rahmens und betriebswirtschaftliche Präventionsmaßnahmen, in: Schachtschneider, K.-A. (Hrsg.) (erscheint demnächst)
- Kumar, B. N.; Mohr, A. T.:** Rekrutierung von Führungskräftenachwuchs via Internet; Eine empirische Untersuchung über Einsatz und Erfolg aus der Sicht von Unternehmen und Bewerbern, in: Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Grundlagen - Strategien - Anwendungsfelder, Wiesbaden 2000, S. 246-273.
- Kumar, B. N.; Mohr, A. T.:** Export, in: Handwörterbuch des Managementwissens (erscheint demnächst)
- Kumar, B. N.; Mohr, A.T.:** Competition for Cooperation - How exchange enabling assets influence a firm's success in international cooperations, in: Banerjee, P.; Richter, F.-J. (Hrsg.): Intangibles in Competition and Cooperation, Macmillan (erscheint demnächst)

5.2 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

- Bonsiep, W.; Fischer, T.; Klich, J.:** The Balanced Scorecard - a suitable framework for strategic control? In: przeglad organizacji 2/00, S. 14-18.
- Bonsiep, W.; Fischer, T.; Klich, J.:** Implementacja zrównoważonej karty wyników w praktyce przedsiębiorstw, in: In: przeglad organizacji 3/00, S. 11-14.

5.3 Arbeitspapiere

- Kumar, B. N.; Graf, I.; Birkmann, K.:** Education and Human Resource Development in Asia in the 21st Century: Opportunities for Cooperation between Asia and Europe based on a Framework of Cross-cultural Understanding, INSEAD (Hrsg.), Fontainebleau (erscheint demnächst)

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Pädagogik, insbes. Wirtschaftspädagogik

Prof. Dr. Dieter Euler/Prof. Dr. Jörg Stender (Komm. Lehrstuhlvertretung seit WS 2000/01)

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-322

Fax.: 0911/5302-354

E-mail: stender@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/WiPd/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Das aktuelle Forschungsprofil des Lehrstuhls bestimmt sich aus den nachfolgend skizzierten Forschungs- und Entwicklungsprojekten mit einer ein- bis dreieinhalbjährigen Laufzeit. Um diese Projekte herum sind spezifische Dissertations- und Habilitationsprojekte gruppiert, die Einzelfragen in vertiefender Form aufnehmen und theoretisch bearbeiten. Im einzelnen:

1. Förderung von kunden- und teamorientierten Sozialkompetenzen in der kaufmännischen Berufsbildung (Wirtschaftsmodellversuch in Zusammenarbeit mit der IHK Nürnberg)
2. Teleteaching/Telelearning Referenzsysteme und Service Center im Breitband Wissenschaftsnetz (Kooperationsprojekt mit dem Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik II)
3. Evaluation des Modellversuchsprogramms „Kooperation der Lernorte in der beruflichen Bildung (KOLIBRI)“ (Programmträgerschaft im Auftrag der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung)
4. Qualifizierung von Lehrpersonal in innovativen Berufen (QLIB) (Verbundmodellversuch der Bund-Länder-Kommission; Kooperation der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein)

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Dissertation: Entwicklung von Sozialkompetenzen als Herausforderung für Führungskräfte

Im November 2000 schloß Herr Michael Dumpert, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl und im Modellversuch "Förderung von kunden- und teamorientierten Sozialkompetenzen in der kaufmännischen Berufsbildung" seine Promotion mit "summa cum laude" ab. Die Dissertationsschrift zum Thema "Entwicklung von Sozialkompetenzen als Herausforderung für Führungskräfte" nimmt sich des oftmals erkannten, allerdings nur unzureichend konzeptualisierten Zusammenhangs zwischen dem Führungshandeln und der Förderung von Sozialkompetenzen der Mitarbeiter an. Dazu werden die Zielkategorien Sozialkompetenzen und Kundenorientierung grundlegend geklärt und in ein curricula-

res Konzept überführt, das beispielhaft für die Zielgruppe von Kundenberatern in der Finanzdienstleistungsbranche umgesetzt wird.

3.2 Multimedia und Telekommunikation an beruflichen Schulen (Wissenschaftliche Begleitung eines bayerischen Schulmodellversuchs)

Kooperationspartner: Verschiedene bayerische Schulen, Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung, Lehrstuhl für Pädagogik der Technischen Universität München

Bearbeiter: Prof. Dr. Dieter Euler, Dipl.-Hdl. Andrea Brönnner

Projektstart und -ende: September 1997 – Februar 2000

Charakterisierung: In dem Modellversuch wurden Unterrichtskonzepte zum Einsatz multimedialer Software und Telekommunikation im Berufsschulunterricht entwickelt, erprobt und evaluiert. Darüber hinaus konnten Instrumente und Maßnahmen ausgearbeitet werden, um die Ergebnisse für alle bayerischen Berufsschulen nutzbar zu machen.

3.3 Förderung sozial-kommunikativer Handlungskompetenzen durch spezifische Ausprägungen des Lehrgesprächs (DFG-Projekt)

Kooperationspartner: Verschiedene bayerische Schulen

Bearbeiter: Prof. Dr. Dieter Euler, Dipl.-Hdl. Annette Bauer-Klebl, Dr. Angela Hahn

Projektstart und -ende: September 1997 – Februar 2000

Charakterisierung: siehe Punkt 4.

4. Ausführlicher Bericht eines beendeten Forschungsprojekts: Förderung sozial-kommunikativer Handlungskompetenzen durch spezifische Ausprägungen des Lehrgesprächs (DFG-Projekt, s. auch 3.3)

4.1 Forschungsziele

Der Begriff der Sozialkompetenz gehört aktuell zu jenen Kategorien der Pädagogik, die häufiger zitiert als definiert werden. Im Zuge der Herausforderungen, die sich für die Berufsbildung stellen, werden Sozialkompetenzen neben Fach- und Methodenkompetenzen als eine Säule der beruflichen Handlungskompetenz gehandelt. Allerdings bezeichnet Sozialkompetenz noch immer eine programmatistische Formel, deren semantische Klärung und didaktische Umsetzung mit zahlreichen Fragezeichen versehen sind. Zudem stellt sich die Frage, durch welche Lehrmethoden Sozialkompetenzen im Rahmen von schulischem Unterricht gefördert werden können.

Wenn in dieser Untersuchung das Lehrgespräch aufgenommen und auf seine Geeignetheit zur Förderung von Sozialkompetenzen analysiert wird, hat dies im wesentlichen zwei Gründe: Das Lehrgespräch ist in Schule und Betrieb auch heute noch die Normalform des Unterrichts und kann damit aus einer Betrachtung nicht ausgespart bleiben. Zudem sind auch im Rahmen von handlungsorientierten Unterrichtsformen Phasen des Lehrgesprächs zu finden, so daß zwischen diesen unterschiedlichen

methodischen Zugängen keineswegs ein Gegensatz, sondern wohl eher ein Ergänzungsverhältnis besteht. Vor diesem Hintergrund begründet sich unser Forschungsziel. Es gilt herauszufinden, inwieweit durch eine gezielte Gestaltung des dialogorientierten Lehrgesprächs die Entwicklung ausgewählter Sozialkompetenzen gefördert werden kann.

Dieses Forschungsziel kann über folgende Fragen ausdifferenziert werden:

- Was soll unter Sozialkompetenzen verstanden werden?
- Welche Möglichkeiten bietet ein Lehrgespräch für sozial-kommunikatives Handeln bzw. welche sozial-kommunikativen Kompetenzen können im Rahmen eines Lehrgesprächs zur Anwendung kommen?
- Welche Maßnahmen sind im Rahmen eines Lehrgesprächs denkbar, um diese sozial-kommunikativen Handlungskompetenzen zu fördern?

4.2 Theoretischer und methodischer Ansatz

Die Forschungen repräsentieren eine explorative Theoriebildung, die sich im Rahmen einer iterativen Präzisierung und Ausdifferenzierung eines theoretischen Bezugsrahmens vollzieht. Die Untersuchungen beginnen dabei mit der Ausweisung einer Leitfrage, die eine erste Orientierung für folgende Suchprozesse vorgibt und in noch grober Form den Bezugsrahmen konturiert. In mehreren Schritten wird der Bezugsrahmen präzisiert, indem in Auseinandersetzung mit Literatur und empirischem Fallmaterial weiterführende Strukturierungen entwickelt und neue Fragen begründet werden. Ergebnis dieses Prozesses sind problemfelddifferenzierende Typologien und Klassifikationen, nicht auflösbare Gegensätze führen zur begründeten Entscheidung für spezifische Alternativen oder Positionen. Das Vorgehen kann gedacht werden als ständiger Wechsel von Fragen an das Untersuchungsfeld, Suche nach und Überprüfung von möglichen Antworten, Einordnung der generierten Informationen in den aufgebauten Bezugsrahmen, kritische Reflexion des so aktualisierten Bildes über und Formulierung weitergehender Fragen an das Untersuchungsfeld. Dieser zirkuläre Prozeß manifestiert sich als eine kontrollierte Erschließung des Ganzen aus den Teilen bzw. der Teile aus dem Ganzen i. S. e. herme-neutischen Zirkels.

Die iterative Präzisierung des Bezugsrahmens erfolgt dabei unter Verwendung unterschiedlicher qualitativer Verfahren. So wurde bei der Entwicklung einer Typologie zum Lehrgespräch eine Literaturanalyse durchgeführt. Die Analyse der Möglichkeiten für sozial-kommunikatives Handeln im Rahmen von Lehrgesprächen sowie die Generierung von Fördermaßnahmen stützen sich auf eine Fallanalyse von vier Unterrichtsstunden, zu denen Videoaufzeichnungen erstellt und Interviews mit ausgewählten Schülern geführt wurden. Zudem wurde jeder Ergebnisschritt mit Lehrkräften kommunikativ validiert.

4.3 Hauptergebnisse

Ausgangspunkt ist die semantische Klärung des Begriffs Sozialkompetenz. Ergebnis ist ein Grundmodell sozial-kommunikativen Handelns, das die für ein kompetentes Handeln als wesentlich erachteten Kategorien in einen systematischen Zusammenhang stellt.

Hieran ansetzend werden konkrete Sozialkompetenzen ermittelt, die im Rahmen eines Lehrgesprächs zur Anwendung kommen können. Das Lehrgespräch wird dabei als ein Situationstyp betrachtet, in dem ein situationsangemessenes sozial-kommunikatives Handeln gezeigt werden kann.

Allerdings gibt es nicht das Lehrgespräch, sondern das Lehrgespräch weist eine Vielzahl unterschiedlicher Ausprägungen auf, die ihrerseits verschiedene Potentiale für sozial-kommunikatives Handeln bieten. So ergibt sich etwa in einem Lehrgespräch, welches das Ziel verfolgt, Standpunkte im Rahmen von Diskussionen klären zu lassen, für die Lernenden ein vergleichsweise großer Freiraum, sich auf verschiedenen Ebenen zu artikulieren, während in Lehrgesprächen, in denen Vorkenntnisse aktualisiert oder Lernergebnisse wiederholt werden, diese Spielräume eher gering sind. Entsprechend wird eine Systematisierung der unterschiedlichen Lehrgesprächsformen vorgenommen. Im Ergebnis entstehen somit für abgegrenzte Lehrgesprächsformen je spezifische sozial-kommunikative Teilkompetenzen.

Anschließend werden Maßnahmen zur Förderung dieser sozial-kommunikativen Handlungskompetenzen generiert. Nutzen Schüler das grundsätzliche Handlungspotential einer Lehrgesprächsform nicht aus, so liegen Defizite in ihrem sozial-kommunikativen Handeln im Rahmen von Lehrgesprächen vor. Ansetzend an diesen Defiziten und an den Gründen, die Schüler für die Nichtausschöpfung des Handlungspotentials nennen, werden Lehrimpulse entwickelt. Diese Impulse sollen die Schüler darin unterstützen, ihre Defizite abzubauen bzw. die nicht vorhandene sozial-kommunikative Kompetenz aufzubauen. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen wie ‚den Schüler direkt ansprechen‘, ‚Blitzlichtabfragen‘ oder um metakommunikative Einschübe. Diese Lehrimpulse sind in die Gestaltung eines Lehrgesprächs integrierbar.

Um die Fördermaßnahmen für die schulische Praxis handhabbarer und übersichtlicher zu gestalten, werden anhand der ermittelten Defizite und der speziellen Gründe des Handelns der einzelnen Schüler Schülertypen entlang dem Kontinuum ‚still - aktiv‘ gebildet. Diesen Schülertypen (Beispiele sind etwa ‚still, weil man Angst hat, sich vor der Gruppe und dem Lehrer zu äußern‘, ‚still aufgrund von Trägheit und fehlendem Wissen‘, ‚Aktive, die gegen eine Regel verstößen, weil diese nicht akzeptiert wird‘) werden Fördermaßnahmen zugeordnet, die an den jeweiligen Defiziten ansetzen.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Buchveröffentlichung

Euler, D.; Jongebloed, H.-C.; Sloane, P. F. E. (Hrsg.): Sozialökonomische Theorie - sozialökonomisches Handeln, Konturen und Perspektiven der Wirtschafts- und Sozialpädagogik, Kiel 2000

5.2 Aufsätze in Sammelbänden und Zeitschriften

Bauer-Klebl, A.; Euler, D.; Hahn, A.: Förderung von Sozialkompetenzen durch Formen des dialog-orientierten Lehrgesprächs, in: Wirtschaft und Erziehung, Heft 3/2000, S. 104-108

Brönner, A.; Euler, D.: Wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs MUT im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung, in: Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung München, Abteilung Berufliche Schulen (Hrsg.): Arbeitsbericht Nr. 311, Dokumentation einer Fachtagung zum Modellversuch "Multimedia und Telekommunikation für berufliche Schulen", München 2000, S. 14-22

- Brönner, A.; Euler, D.:** Wie können die Ergebnisse aus MUT auf andere Schulen übertragen werden?, in: Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung München, Abteilung Berufliche Schulen (Hrsg.): Arbeitsbericht Nr. 311, Dokumentation einer Fachtagung zum Modellversuch "Multimedia und Telekommunikation für berufliche Schulen", München 2000, S. 110-112
- Euler, D.:** Über den Transfer wissenschaftlicher Theorien in die Berufsbildungspraxis, in: Metzger, C.; Seitz, H.; Eberle, F. (Hrsg.): Impulse für die Wirtschaftspädagogik, Zürich 2000, S. 563-588
- Euler, D.:** Bekannt, aber nicht anerkannt - Zur Weiterentwicklung der Berufsausbildung in schulischer Trägerschaft, in: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): Krise und Aufbruch in der beruflichen Bildung, Frankfurt 2000, S. 51-67
- Euler, D.:** Neue Medien - alte Pädagogik? Multimediales und telekommunikatives Lernen zwischen Potenzialität und Aktualität, in: Wirtschaft und Erziehung, Heft 7-8/2000, S. 251-257
- Euler, D.:** Neue Medien - alte Lehrerbildung? - Überlegungen zur Vorbereitung von Wirtschaftspädagogien auf die Vermittlung von informationstechnischen Handlungskompetenzen, in: Schweizerische Zeitschrift für kaufmännisches Bildungswesen, Heft 3/2000, S. 63-78
- Euler, D.:** Programmträgerschaft zu Modellversuchsschwerpunkten - (auch) ein Instrument für die Berufsbildungsforschung, in: Kaiser, F.-J. (Hrsg.): Berufliche Bildung in Deutschland für das 21. Jahrhundert, Nürnberg 2000, S. 545-552
- Euler, D.:** High Teach durch High Tech? - Überlegungen zur Neugestaltung der Universitätslehre mit Hilfe der neuen Medien, in: Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Wiesbaden 2000, S. 53-80
- Euler, D.:** Theorien schreiben - Theorien in der Praxis leben: über die persönliche Seite wissenschaftlicher Theorien, in: Euler, D.; Jongebloed, H.-C.; Sloane, P. F. E. (Hrsg.): Sozialökonomische Theorie - sozialökonomisches Handeln, Konturen und Perspektiven der Wirtschafts- und Sozialpädagogik, Kiel 2000, S. 81-95
- Euler, D.:** Die Rolle der überbetrieblichen Bildungsstätten in der Modernisierung der Berufsbildung, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Überbetriebliche Berufsbildungsstätten: Partner für moderne Berufsbildung, Bielefeld 2000, S. 57-73
- Hahn, A.:** Vollzeitschulische Berufsausbildung in ihrer Ergänzungsfunktion zum dualen System: Neue Entwicklungen und Potentiale, in: Kaiser, F. J. (Hrsg.): Berufliche Bildung in Deutschland für das 21. Jahrhundert, Nürnberg 2000, S. 451-458
- Hahn, A.:** Vollzeitschulische Berufsausbildung - eine alte Diskussion mit neuen Perspektiven, in: Zimmer, G. (Hrsg.): Zukunft der Berufsausbildung, Bielefeld 2000, S. 155-168
- Hahn, A.:** Unterrichtsstörungen als didaktisches Problem - ein Vorschlag zu einer hochschuldidaktischen Konzeption, in: Euler, D.; Jongebloed, H.-C.; Sloane, P. F. E. (Hrsg.): Sozialökonomische Theorie - sozialökonomisches Handeln, Konturen und Perspektiven der Wirtschafts- und Sozialpädagogik, Kiel 2000, S. 153-171
- Lasch, S.:** Welche Lehrkompetenzen sind für multimediales und telekommunikatives Lernen erforderlich und wie können sie gefördert werden?, in: Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung München, Abteilung Berufliche Schulen (Hrsg.): Arbeitsbericht Nr.

- 311, Dokumentation einer Fachtagung zum Modellversuch "Multimedia und Telekommunikation für berufliche Schulen", München 2000, S. 95–106
- Stender, J.:** Kooperation durch Telekommunikation – Die Weiterbildungsbranche auf dem Weg zu virtuellen Qualifizierungsnetzwerken?, in: Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.): Entwicklungs-perspektiven im Electronic Business, Wiesbaden 2000, S. 81–106.
- Stender, J.:** Kooperative und kontinuierliche Qualifizierung von Lehrpersonal in innovativen Berufen – Eine Projektskizze zu einem Verbundmodellversuch der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, Sonderschrift des VLW 2000
- Stender, J.:** Matthias Zimmermann: Berufliche Eingliederung. Zur Entwicklung einer erziehungswis-senschaftlichen Theorie des beruflichen Verbleibs. Rezension, in: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik Heft 1/2000, S. 151–152

5.3 Arbeitspapiere

- Dumpert, M.; Euler, D.; Hanke, B.; Hegmann, K.; Reemtsma-Theis, M.:** Zweiter Zwischenbericht des Modellversuchs „Modernisierung und Differenzierung der dualen Berufsausbildung am Beispiel der Förderung von kundenorientierten Sozialkompetenzen. Nürnberg 2000
- Bauer-Klebl, A.; Euler, D.; Hahn, A.:** Förderung sozial-kommunikativer Handlungskompetenzen durch spezifische Ausprägungen des dialogorientierten Lehrgesprächs, Nürnberg 2000
- FAU 2000:** Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschaftsinformatik II/ Wirtschaftspädagogik, Zwischen-bericht zu Meilenstein 2 des Vorhabens "Teleteaching/ Telelearning Referenzsysteme und Service Center im Breitband-Wissenschaftsnetz", Nürnberg 2000
- FAU 2000:** Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschaftsinformatik II/ Wirtschaftspädagogik, Zwischen-bericht zu Meilenstein 3 des Vorhabens "Teleteaching/ Telelearning Referenzsysteme und Service Center im Breitband-Wissenschaftsnetz", Nürnberg 2000

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Bank- und Börsenwesen

Prof. Dr. Wolfgang Gerke

Postfach 11 91 40

Josephsplatz 1

90101 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-403

Fax.: 0911/5302-466

E-mail: wolfgang.gerke@prof-gerke.de

URL: <http://www.prof-gerke.de>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Institutionelle Rahmenbedingungen von Börsen
 - Einsatz neuer Medien im Börsenwesen
 - Probleme mittelständischer Unternehmen beim Zugang zum Kapitalmarkt
 - Theorie der Finanzintermediation
- Experimentelle und Empirische Kapitalmarktforschung
 - Markt-Mikrostruktur-Theorie
 - Empirische Unternehmensforschung
 - Informationsverarbeitung an Wertpapiermärkten
 - Börsenpsychologie und Anlegerverhalten
- Strategisches Bankmanagement
 - Rechnungswesen und Controlling
 - Cash- und Finanzmanagement
 - Allfinanz
 - Risikomanagement
- Kapitalmarkttheorie
 - Kapitalstrukturtheorie
 - Investitions- und Finanzierungstheorie
- Betriebliche Altersversorgung
- Venture Capital Finanzierung
- Repowerment
- Stromhandel

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Die Marktwirkung von Insiderhandel an Wertpapierbörsen

Bearbeiter: Dr. Stefan Arneth (Diss.)

Charakterisierung: Herr Arneth zeigt in einer wissenschaftlichen Analyse auf, dass die Verfolgung des Insiderhandels aus Gründen der Fairness unter den Marktteilnehmern ihre Rechtfertigung haben mag, dass aber damit eine marktschädigende Wirkung von Insiderhandel noch nicht bewiesen ist. Mit seiner experimentellen Untersuchung ist es dem Autor gelungen, die ökonomische Analyse der Marktwirkungen von Insiderhandel wesentlich zu erweitern. Abschließend fordert er bei der Novellierung der Finanzmarktförderungsgesetze eine Melde- und Publikationspflicht von Managertransaktionen an das Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel.

3.2. Market-Maker als liquiditätsspendende Intermediäre in Börsenmärkten – eine empirische Analyse des Betreuerkonzeptes

Bearbeiter: Dr. Robert Bosch (Diss.)

Charakterisierung: Herr Bosch unterzieht das Betreuerkonzept der Deutschen Börse einer umfassenden Analyse und entwickelt daraus Verbesserungsvorschläge. Dazu werden zunächst verschiedene Market – Maker – Systeme und ein Auktionssystem experimentell untersucht. Darauf aufbauend unterzieht der Autor das Quotierungsverhalten der Designated Sponsors einer empirischen Analyse. Er kommt zu dem wichtigen Ergebnis, dass das Betreuerkonzept insgesamt zu einem deutlich liquideren Handel in den entsprechenden Aktientiteln führt. Herr Bosch empfiehlt eine Ausweitung des Betreuerkonzeptes auf weitere Marktsegmente an der Börse.

3.3 Die Performance von Unternehmen vor und nach dem Börsengang – eine empirische Studie

Bearbeiter: Dr. Ferdinand Mager (Diss.)

Charakterisierung: In einer umfangreichen empirischen Studie wird die fundamentale Performance von Unternehmen vor und nach dem Börsengang untersucht. Es werden wichtige Erkenntnisse über das Verhalten von Emissionsunternehmen am deutschen Markt gewonnen, die die zahlreichen Studien zum Underpricing in einem neuen Licht erscheinen lassen. Der Autor belegt, wie Altunternehmer durch sogenanntes Window Dressing Ihre Unternehmen auf den Börsengang vorbereiten. Folgen des Börsengangs und der Kontrolle durch die Kapitalmärkte sind nicht effizientere Kapitaleinsätze, sondern dem Shareholder Value widersprechende Überinvestitionen. Die Untersuchung von Herrn Mager wird allen Anlegern zum Studium empfohlen,

die davon ausgehen, dass Neuemissionen automatisch eine positive Performance aufweisen sollten.

3.4 Die dezentrale Hauptversammlung

Bearbeiter: Dr. Dietmar Schieber (Diss.)

Charakterisierung: Herr Schieber untersucht in seiner Dissertationsschrift die Möglichkeiten Hauptversammlungen deutscher Aktiengesellschaften dezentral abzuhalten. Hohe Kontrollkosten, ausgedehnte Sitzungen und lange Anreisen erschweren privaten Aktionären zur Zeit noch die persönliche Teilnahme an Hauptversammlungen. Dies erhöht den bereits bestehenden Einfluß institutioneller Investoren. Untermauert durch empirische Studien spricht der Autor sich für dezentrale Hauptversammlungen aus und zeigt Hemmnisse auf, die z.B. dezentralen Hauptversammlungen im Internet entgegenstehen. Es wird eine breit angelegte Befragung auf Unternehmens- und –aktionärsseite als Grundlage für die Konzeption zukünftiger Hauptversammlungen genutzt.

3.5 Buchprojekt: Handwörterbuch des Bank- und Finanzwesens (HWF) in 3. Auflage

Tätigkeit von Prof. Gerke als Herausgeber (zusammen mit Prof. Steiner):

Das Handwörterbuch des Bank- und Finanzwesens hat sich bereits als finanzwirtschaftliches Grundlagenwerk bestens bewährt. Durch die vielen rechtlichen und institutionellen Änderungen ist eine Neuauflage dieses Standardwerkes dringend notwendig geworden. Der Leser erhält in den über 200 Beiträgen einen Überblick über den aktuellen Stand der finanzwirtschaftlichen Diskussion. Jedes Stichwort beinhaltet einen abgeschlossenen wissenschaftlichen Aufsatz. Durch die sachlich verwandten Stichwortverweise und das umfangreiche Sachregister sowie die weiterführenden Literaturangaben zu jedem Stichwort ist es für wissenschaftliches Arbeiten als Informationsquelle gut geeignet.

Prof. Gerke als Autor folgender Beiträge im HWF:

- Agency-Theorie
- Betriebliche Pensionsfonds
- Börsenpsychologie
- Portefeuille-Theorie
- Venture Capital

Veröffentlichungszeitpunkt der 3. Auflage: Herbst 2001

3.6 Beschäftigungsperspektiven im Bereich von Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen Finanzdienstleistern unter besonderer Berücksichtigung der Informationstechnologie

Kooperationspartner: Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim

Projektleiter: Prof. Dr. W. Gerke

Charakterisierung: Die Studie hat zum Ziel, eine empirisch fundierte Einschätzung der künftigen Beschäftigungsentwicklung bei Banken, Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern zu geben. Besondere Beachtung wird dabei den Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Beschäftigung im Finanzsektor geschenkt. Es werden aber auch die indirekten Beschäftigungswirkungen, die die Nachfrage nach Informations- und Kommunikationstechnologien aus dem Finanzsektor im IKT- produzierenden Gewerbe induziert, berücksichtigt. Rahmenbedingungen für eine bestmögliche Ausschöpfung zukünftiger Beschäftigungspotenziale werden gleichfalls aufgezeigt.

3.7 The Changing Role of Institutional Investors – a German Perspective

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Gerke, Dr. habil. Matthias Bank, Dr. Max Steiger
 Projektstart und -ende: Januar 2000 – März 2000
 Charakterisierung: In dieser Projektstudie wird diskutiert, welche zukünftige Rolle institutionelle Investoren im Kontext veränderter informationstechnologischer Rahmenbedingungen spielen können und werden. Hierbei wird vor allem auf die europäischen bzw. deutschen Verhältnisse eingegangen. Es wird sowohl der wachsende Einfluss institutioneller Investoren an den Finanzmärkten dargestellt als auch, wie die Entwicklung der Informationstechnologie das Umfeld für institutionelle Investoren verändert. Das Ergebnis sind konkrete Thesen über die sich verändernde Rolle institutioneller Investoren.

3.8 Erstellung eines Fragebogens für Privatanleger „Fit für die Börse“

Kooperationspartner: Zeitschrift BIZZ
 Bearbeiter: Prof. Dr. W. Gerke, Dr. habil. Matthias Bank; Dr. Stefan Arneth, Dipl.-Kfm. Enno Braune
 Projektstart und -ende: Juni 2000 – September 2000
 Charakterisierung: Privatanleger verfügen bei Anlageentscheidungen oft nicht über das nötige Grundlagenwissen. Damit jeder Anleger sein Wissen in den verschiedensten Gebieten rund um das Thema Börse testen und besser einschätzen kann, wurde ein umfangreicher Fragebogen entwickelt. Die ausführlichen Lösungshinweise und das zugrundeliegende didaktische Konzept sollen es dem Privatanleger ermöglichen, fehlendes Fachwissen gezielt zu verbessern.

3.9 Stock Splits am deutschen Aktienmarkt – eine empirische Untersuchung

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Gerke, Dipl.- Kfm. Michael Thier
 Projektstart und -ende: Januar 2000 – Juni 2000
 Charakterisierung: Seit 1994 nutzen deutsche Unternehmen verstärkt die Möglichkeit, die Kurse durch Veränderungen des Nennwerts ihrer Aktien optisch niedriger er-

scheinen zu lassen. Die Studie gibt einen Überblick über Erklärungsansätze für einen Kurseffekt um die Ankündigung und Umsetzung von Stock Splits und fasst Ergebnisse bisheriger Studien zusammen. Die erstellte empirische Untersuchung weist signifikante Kursreaktionen am Tag der Ankündigung von Splits nach.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Agentensysteme zur Entscheidungsunterstützung für Wertpapierdienstleistungsunternehmen zur Orderplazierung an Aktienbörsen (Projekt im Rahmen der DFG-Forschergruppe "Effiziente elektronische Koordination in der Dienstleistungswirtschaft")

Bearbeiter: Prof. Dr. W.Gerke; Dr. Stefan Arneth; Dipl.-Kfm. Carlo Beck, Dipl. Wirtsch.-Ing. Felix Breuer

4.1 Problemstellung

Mit zunehmender Beliebtheit der Aktie als Anlageinstrument haben sich auch für Wertpapierdienstleister Veränderungen ergeben. Mehr Kleinanleger werden von Kreditinstituten beraten, bzw. Wertpapierdienstleister übermitteln gegen Entgelt die Aufträge der Anleger, die selbständig ihr Vermögen verwalten. Die Konkurrenzsituation verschärft sich, was zu sinkenden Provisionen führt. Gleichzeitig sind die Kunden kostenbewußter geworden. Ansatzpunkte, die Dienstleitung der Orderübermittlung zu erweitern bzw. individuell auf die Kundenbedürfnisse abzustimmen, werden bislang nicht verfolgt. Die Anstrengungen der Wertpapierdienstleistungsunternehmen beschränken sich derzeit darauf, explizite Transaktionskosten zu senken. Es wurden noch keine Versuche unternommen, die aus der Börsenstruktur resultierenden impliziten Transaktionskosten zu minimieren bzw. die angebotene Dienstleistung zu bereichern.

Auch die Börsen sind bestrebt, den Handel möglichst effizient zu gestalten. Ziel ist es, die Attraktivität des Handelssystems durch geringe Kosten zu steigern, um zukünftig im internationalen Wettbewerb der Finanzmärkte den eigenen Marktanteil auszubauen. Bestehende Marktunvollkommenheiten wie z.B. eine schlechte Liquidität, verursachen beim Anleger zusätzliche (implizite) Transaktionskosten. Durch Veränderungen der Marktstruktur wird versucht, diese Kosten des Handelns zu verringern. In Auktionssystemen werden deshalb professionelle Marktteilnehmer (Market-Maker; Designated Sponsors) integriert, deren Aufgabe es ist, dem Markt Liquidität zuzuführen, indem sie Kauf- und Verkaufsgebote in den Markt stellen.

4.2 Ziel und Ablauf des Projektes

Die impliziten Transaktionskosten können je nach Handelssegment bei einem Vielfachen der expliziten Transaktionskosten liegen. Ziel dieses Projektes ist es deshalb, diese auf Marktunvollkommenheiten beruhenden Transaktionskosten zu reduzieren. Hierzu wird an zwei Seiten angesetzt: Zum

einen auf Investoren-, zum anderen auf Market-Maker/Betreuer-Seite. Das Projekt teilt sich somit in nachfolgende Teilprojekte:

Teilprojekt A

Für den **Privatanleger** soll ein Agentensystem entwickelt werden, das bei der Auftragsausführung unterstützend mitwirkt, indem es die Order selbständig weiterleitet und überwacht. Dabei wird die der aktuellen Marktsituation am besten entsprechende Order generiert. Es werden historische Marktdaten analysiert, die dann in die Zukunft prognostiziert werden. Mit Hilfe der Daten über die Liquidität eines Marktes können Ausführungswahrscheinlichkeiten und erzielbare Preise gegeneinander abgewogen werden. Die Order wird unter Berücksichtigung der Kundenpräferenzen so spezifiziert, daß die erwarteten Transaktionskosten minimiert werden.

Teilprojekt B

Aufbauend auf denselben Grundüberlegungen bezüglich der Kurs- und Orderentwicklung wie in Teilprojekt A wird für **Market-Maker und Betreuer** ein Agentensystem entwickelt, das die Stellung von Bid-Ask-Spreads unterstützt. Dadurch sollen die gestellten Spreads verringert und damit die impliziten Transaktionskosten für den Anleger gesenkt werden.

Mit dem Projekt werden Agentensysteme für Wertpapierdienstleister entwickelt, die Orderstrategien unter Berücksichtigung der individuellen Kundenpräferenzen optimieren. Hierzu greift ein Agentensystem auf eine komplexe Datenbank mit historischen Order- und Kursdaten zurück. Aus diesen wird die zu erwartende Entwicklung der Liquidität für unterschiedliche Börsen prognostiziert. Gleichzeitig werden die Ausführungswahrscheinlichkeiten unterschiedlicher Limitorderstrategien errechnet. Der Gewinn durch eine Limitorder relativ zur Bestenausführung wird mit den Ausführungswahrscheinlichkeiten gewichtet. Unter Berücksichtigung der Anlegerpräferenzen wird dann das ideale Orderlimit festgelegt. Weiterhin kann das Agentensystem in modifizierter Form als Risiko-Management-System von Market-Makern eingesetzt werden. Durch die bereitgestellten Informationen können Geld- und Briefkurse so gesetzt werden, daß diese einer vorab definierten Risikoeinstellung entsprechen.

Beispielhafte Erläuterung einer Orderstrategie

Alternativ zur Bestensorder kann ein Investor eine **Limitorder** in den Markt geben. Durch das Setzen eines Limits erhält er die Chance, das Wertpapier im Vergleich zur Bestensorder günstiger zu kaufen/verkaufen. Mit anderen Worten: Er kann die unvollkommene Liquidität selbst ausnutzen, indem er versucht, das Wertpapier über dem Gleichgewichtspreis zu verkaufen bzw. darunter zu kaufen. Er wird selbst zum Anbieter von Liquidität. Dabei kann das Limit innerhalb oder außerhalb der bestehenden Spanne gesetzt werden (vgl. Graphik). Grundsätzlich stellt der Anleger mit einer limitierten Order eine free trading option in den Markt, auf die andere Handelsteilnehmer reagieren können (vgl. Stoll (1992)). Neben dieser Chance auf einen besseren Kurs kommt jedoch für den Auftraggeber das Risiko hinzu, daß die Transaktion nicht zustandekommt.

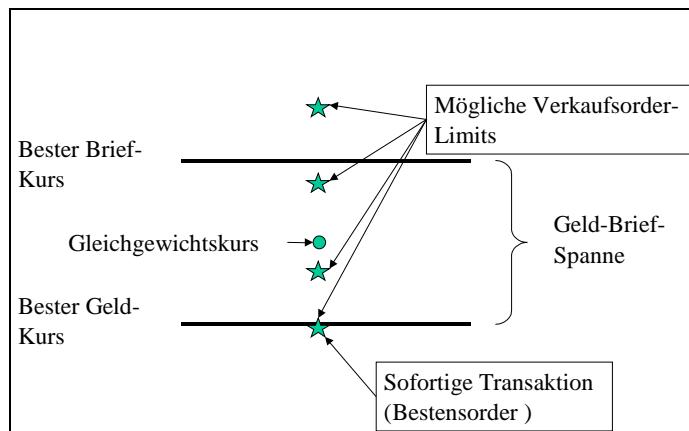


Abb.: Orderstrategien am Beispiel einer Verkaufsorder

Der Anleger sieht sich mit der Entscheidung, eine Limitorder aufzugeben, einem Optimierungsproblem gegenüber, das in der Wahl des Limits besteht. Im Falle einer angestrebten Verkaufstransaktion hat zum Zeitpunkt der Ordererteilung das Limit die höchste Ausführungswahrscheinlichkeit, welches das bestehende beste Verkaufslimit unterbietet, denn eintreffende Bestensorders werden mit der Orderbuchspitze gematcht. Je näher ein Limit an die Marktgegenseite gesetzt wird, desto attraktiver wird eine Transaktion für potentielle Käufer. Grundsätzlich gilt, daß die Ausführungswahrscheinlichkeit mit zunehmender Annäherung des Limits an das beste Kauflimit steigt. Gleichzeitig sorgt ein Gravitational Pull-Effekt dafür, daß die offene Spanne bestehen bleibt (Cohen et al. (1981)). Dieser Effekt resultiert daraus, daß mit zunehmender Annäherung an die Marktgegenseite eine Bestensorder vorteilhafter wird.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Gerke, W.; Hennies, M.; Schäffner, D.: Der Stromhandel, Frankfurt, FAZ-Verlag, 2000.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Gerke, W.: Missbrauch der Medien zur Aktienkursbeeinflussung – Ehrenkodex für Analysten und Journalisten, in: Finanzkommunikation durch Meinungspflege – das Geschäft mit dem Vertrauen, hrsg. von Rolke, L. und V. Wolff, Frankfurt, FAZ-Verlag, 2000, S. 151-169.

Gerke, W.: Repowerment und Menschenwürde – Ende der Arbeitslosigkeit, in: W. Stützel im Jahre 2000 (Gedenkband), hrsg. vom Institut für Geld- und Kapitalverkehr, erscheint demnächst im Siebeck-Verlag.

Gerke, W.: Die deutsche Aktienkultur – Herausforderung für Banken und Politik, in: Banken und Politik, hrsg. von B. Theilacker, FAZ-Verlag, Frankfurt, 2000.

Gerke, W.: Börsenaufsicht, in: Handwörterbuch der Rechnungslegung und Prüfung, hrsg. von W. Ballwieser, A. G. Coenenberg und K. v. Wysocki, Schäffer-Poeschel-Verlag, Erscheinungszeitpunkt noch unbekannt.

Gerke, W.; Bank, M.: Spezialfonds als Instrument im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung, in: Handbuch Spezialfonds, hrsg. von M. Kleeberg und C. Schlenger, Bad Soden, 2000, S. 213-230.

Gerke, W.; Steiger, M.: Einfluß der Kapitalmärkte auf die Corporate-Governance-Strukturen in Europa, in: Handbuch Europäischer Kapitalmarkt, hrsg. von D. Hummel und R.E. Breuer, Wiesbaden, Gabler Verlag, 2000, S. 207-224.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Gerke, W.; Arneth, S.; Fleischer, J.: Kursgewinne bei Aufnahmen in den DAX 100, Verluste bei Entnahmen: Indexeffekt am deutschen Kapitalmarkt, erscheint demnächst in ZfB.

Gerke, W.; Arneth, S.; Syha, C.: The Impact of the Order Book-Privilege on Traders' Behavior and the Market Process - an Experimental Study, in: Journal of Economic Psychology, Vol. 21, April 2000, S. 167-189.

Gerke, W.; Bienert, H.; Syha, C.: Auswirkungen des Orderbuchprivilegs an einer experimentellen Aktienbörsen, erscheint demnächst in Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung (zfbf).

Gerke, W.: Ehrenkodex für Analysten und Journalisten. In: DBW, Editorial, Heft 3/2000.

Gerke, W.; Arneth, S.; Bosch, R.: The Market Maker Privilege in an Experimental Computerised Stock Market, in: Kredit und Kapital, Sonderheft 15, 2000, S. 173 – 201.

5.4 Arbeitspapiere

Gerke, W.; Bank, M.; Steiger, M.: The Changing Role of Institutional Investors – a German Perspective, Arbeitspapier, vorgetragen am 30./31. März 2000 in Siena, erscheint demnächst.

Gerke, W.; Bosch, R.: Designated Sponsors im XETRA-Handel – eine empirische Analyse, Deutsche Börse AG, Frankfurt, 2000

5.5 Sonstiges

Der Lehrstuhlinhaber ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Betriebswirtschaft“ (DBW).

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Unternehmensführung

Prof. Dr. Harald Hungenberg

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-314

Fax.: 0911/5302-474

E-Mail: Hungenberg@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/UF/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- „War for Talents“ – der Wettbewerb um High Potentials
- Performance Measurement und Führung diversifizierter Unternehmen
- Strategisches Management im e-Business
- Theoretische Entwicklungen im Strategischen Management

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Dissertation „Strategische Unternehmensführung integrierter Telekommunikationsanbieter“

Bearbeiter: Dipl.-Wirtsch.-Inf. Johannes Dengler

Projektstart und -ende: Mai 1998 – Juli 2000

Charakterisierung: Die Telekommunikationsbranche verdient aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung und ihrer großen technologischen und wettbewerblichen Dynamik besonderes Interesse. Vor diesem Hintergrund ist in den letzten Jahren eine akademische Debatte entbrannt, mit welchen Strategien sich integrierte Telekommunikationsanbieter, die traditionell die Telekommunikationsbranche dominiert haben, in der sich verändernden Wettbewerbslandschaft behaupten können. Die vorliegende Arbeit versucht, einen Beitrag zur strategischen Führung dieser Unternehmen zu leisten, indem sie ihr strategisches Problem im Kontext der sich verändernden Unternehmensumwelt klärt und wesentliche Handlungsalternativen herausarbeitet.

3.2. Dissertation „Entwicklung eines ganzheitlichen Wissensmanagements zur erfolgreichen Umsetzung von industriellen Innovationen“

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Philipp Schmiedel-Blumenthal

Projektstart und –ende: Mai 1998 – Juli 2000

Charakterisierung: Innovationen sind ein wesentlicher Treiber der Entwicklung von Unternehmen. Das Management von Innovationen stellt daher eine Führungsaufga-

be von besonderer Bedeutung dar, die sich jedoch heute, bei zunehmender Dynamik und Komplexität der Unternehmensfelder, immer schwieriger gestaltet. Die vorliegende Dissertation verfolgt vor diesem Hintergrund die Frage, wie ein Wissensmanagement von Unternehmen gestaltet werden kann, das einen positiven Beitrag zum Management von Innovationen leistet. Speziell zielt sie darauf ab, ein integratives Konzept des Wissensmanagements zu entwickeln, das zu einer schnelleren und friktionsärmeren Umsetzung von Innovationen beiträgt.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: „War for Talents“ – Der Wettbewerb um High Potentials

Die zunehmende Wettbewerbsdynamik, die weltweit fast alle bedeutenden Branchen kennzeichnet, stellt Unternehmen nicht nur auf den Absatzmärkten für ihre Produkte, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt vor ganz neue Herausforderungen. Mit dem Wandel des Wettbewerbsumfelds von Unternehmen hat die Bedeutung von Mitarbeitern und Management als Basis für Wettbewerbsvorteile und damit als Grundlage für den langfristigen Erfolg von Unternehmen stark zugenommen. Gleichzeitig haben sich auch die Anforderungen an Mitarbeiter und Führungskräfte erhöht. Insbesondere die Ansprüche an Flexibilität, Eigeninitiative, Kreativität und Lernbereitschaft sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Dadurch wächst der Bedarf an herausragenden Nachwuchskräften, sogenannten „High Potentials“, die sich vom durchschnittlichen Mitarbeiter deutlich abheben.

Gleichzeitig erweist es sich für Unternehmen als immer schwieriger, solche High Potentials – die Führungskräfte von morgen – in ausreichender Zahl zu rekrutieren. Der langfristige Erfolg eines Unternehmens hängt jedoch in hohem Maße davon ab, ob es ihm gelingt, im „war for talents“ zu bestehen, d.h. sich auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich gegenüber seinen Konkurrenten zu behaupten – nicht nur bei der Ersteinstellung, sondern auf dem gesamten Karriereweg der High Potentials. Dabei kommen auf Unternehmen drei zentrale Aufgaben zu, nämlich die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um High Potentials zu rekrutieren, im Unternehmen zu halten und sie entsprechend des Bedarfs zu fördern und weiterzuentwickeln.

Im Rahmen des Forschungsprojekts „War for talents – Der Wettbewerb um High Potentials“ werden diese Aufgaben aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, nämlich aus der Sicht der High Potentials und - in zweifacher Weise - aus der Sicht von Unternehmen. Dementsprechend gliedert sich das Forschungsprojekt in drei Teilprojekte, die parallel bearbeitet werden können.

Teilprojekt I: Ziele und Verhaltensweisen von High Potentials

Wenn Unternehmen geeignete Maßnahmen treffen wollen, um High Potentials für sich zu gewinnen, im Unternehmen zu halten und sie richtig zu fördern, so setzt dies differenzierte Kenntnisse über High Potentials, ihre Ziele und Verhaltensweisen voraus. Vielen Unternehmen scheinen diese Kenntnisse bisher zu fehlen, und auch aus einem Literaturüberblick lässt sich kein einheitliches Bild von High Potentials gewinnen.

Das Ziel des Teilprojekts „Ziele und Verhaltensweisen von High Potentials“ besteht deshalb darin, ein differenziertes Bild der High Potentials bzw. einzelner Typen von High Potentials zu entwerfen und insbesondere Ziele und Verhaltensweisen im Laufe ihrer beruflichen Karriere näher zu beleuchten.

Teilprojekt II: Erwartungen von Unternehmen an High Potentials

High Potentials sind für Unternehmen gerade deshalb so wichtig, weil sich aus ihrem Kreis die zukünftigen Führungskräfte des Unternehmens rekrutieren sollen. Was ein High Potential ist, kann also nur von den Unternehmen selbst definiert werden. Wenn Unternehmen High Potentials auswählen und fördern, müssen sie dementsprechend bestimmte Vorstellungen davon haben, was diese High Potentials mitbringen sollen und welche zusätzlichen Qualifikationen sie noch erwerben müssen, um tatsächlich einmal zu guten Führungskräften zu werden. In der Praxis – wie auch in der Literatur – zeigt sich jedoch, daß die Vorstellungen davon, was ein High Potential ist, keineswegs eindeutig sind. Dies gilt erst recht für die Frage, was eine zukünftige Führungskraft können muß.

Das Ziel des Teilprojekts „Erwartungen von Unternehmen an High Potentials“ besteht deshalb darin, zum einen zu klären, was ein High Potential aus Sicht von Unternehmen überhaupt ist, und zum anderen zu ermitteln, welche Anforderungen eine zukünftige Führungskraft - ein „Manager von morgen“ - besitzen muß, welche Fähigkeiten die High Potentials auf ihrem „Weg nach oben“ also noch erwerben müssen. Angesichts der Heterogenität der Anforderungen sowohl an High Potentials als auch an zukünftige Führungskräfte scheint hier ein differenziertes Vorgehen notwendig zu sein. Dementsprechend sollen unterschiedliche Branchen oder Unternehmenstypen getrennt untersucht werden.

Teilprojekt III: Personalmanagement für High Potentials

Bereits heute entfalten Unternehmen zahlreiche Aktivitäten, um High Potentials zu rekrutieren, im Unternehmen zu halten und entsprechend den Bedürfnissen des Unternehmens weiterzuentwickeln. Wenn man aus den Erkenntnissen über die Ziele und Verhaltensweisen von High Potentials einerseits und den Erwartungen von Unternehmen andererseits sinnvolle Handlungsempfehlungen ableiten will, muß man zunächst einmal wissen, was Unternehmen bisher in diesem Bereich überhaupt tun.

Dementsprechend besteht das Ziel des Teilprojekts „Personalmanagement für High Potentials“ darin zu ermitteln, welche Maßnahmen Unternehmen heute zur Rekrutierung von High Potentials ergreifen, wie Anreizsysteme für High Potentials gestaltet sind und welche Personalentwicklungsmaßnahmen gewählt werden. Auch hier bietet sich ein differenziertes Vorgehen an.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls 2000

5.1. Bücher

Hungenberg, H.: Strategisches Management in Unternehmen, Wiesbaden 2000

Hungenberg, H.: Unternehmung, Gesellschaft und Ethik, Wiesbaden 2000 (mit B. Schwetzler)

5.2 Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und Sammelwerken

Hungenberg, H.: Transformation in Ostdeutschland, in: WiSt, 12. Jg, S. 669-677 (mit T. Wulf)

Hungenberg, H.: Komplexitätskosten, in: Fischer, T. (Hrsg.): Kosten-Controlling, Stuttgart 2000, S. 539–553

Hungenberg, H.: Kooperation und Konflikt aus Sicht der Unternehmensverfassung, in: Hungenberg, H.; Schwetzler, B. (Hrsg.): Unternehmung, Gesellschaft und Ethik, Wiesbaden 2000, S. 125–141

5.3 Arbeitspapiere und sonstige Veröffentlichungen

Hungenberg, H.: Problemlösungs- und Kommunikationskultur, in: Frankfurter Allgemein Zeitung, 18. März 2000, Nr. 66, S. 71

Hungenberg, H.: Fallstudie “Sachsenring (A): The Decline of Sachsenring Automobilwerke GmbH”, ECCH – The European Case Clearing House, Re: 300-037-1 (mit T. Wulf)

Hungenberg, H.: Fallstudie “Sachsenring (B): The Resurrection of Sachsenring Automobiltechnik AG”, ECCH -The European Case Clearing House, Re: 300-038-1 (mit T. Wulf)

Hungenberg, H.: Reform der Deutschen Bundesbank: Zentrale Organisation oder Beibehaltung föderaler Strukturen, in: ifo-Schnelldienst, Ausgabe 35/36, 53. Jg, S. 3-22

Hungenberg, H.: Fallstudie Jenoptik (A): The famous Zeiss in Ruins, ECCH - The European Case Clearing House, Re: 300-166-1 (mit T. Wulf)

Hungenberg, H.: Jenoptik (B): Rising from the Ashes, ECCH - The European Case Clearing House, Re: 300-170-1 (mit T. Wulf)

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Logistik

Prof. Peter Klaus, D.B.A./Boston Univ.

Theodorstr. 1

90489 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-444

Fax: 0911/588789-33

E-mail: klaus@logistik.uni-erlangen.de

URL: <http://www.logistik.uni-erlangen.de>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Unternehmerische und organisatorische Fragen der betriebswirtschaftlichen Logistik, insbesondere im Bereich der Logistik-Dienstleistungswirtschaft und der Konsumgüterwirtschaft;
- Optimale Gestaltung und Mobilisierung von logistischen Ketten und Netzwerken unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Fragen des „Supply Chain Managements“ und „Efficient Consumer Response (ECR)“;
- Verkehrslogistik und Anwendungen moderner Kommunikationstechnologien in Transport, Verkehr und Logistik, insbesondere Fragen der Mobilität in Ballungsräumen und des intermodalen Transports;
- Konzeptionelle Grundlagen des Managements von „Fließsystemen“ als Grundlagen betriebswirtschaftlicher und dienstleistungstheoretischer Analysen.

Die Forschungaktivitäten des Lehrstuhls vollziehen sich in engem Verbund mit dem vom Lehrstuhlinhaber geleiteten Fraunhofer Anwendungszentrums für Verkehrslogistik und Kommunikationstechnik (AVK), sowie dem bayerischen „Forschungsverbund Verkehrs- und Transportsysteme (FORVERTS)“, dessen Geschäftsführung am Lehrstuhl angesiedelt ist.

3. Ausgewählte Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 IDIOMA – Innovative Distribution with Intermodal Freight Operation in Metropolitan Areas

Bearbeiter: Dipl.-Kfm Axel Eisele, Dipl.-Kfm. Markus Walther

Projektstart und -ende: Februar 1999 - Mai 2001

Charakterisierung: Demonstration multimodaler Transportlösungen im Güterverkehr unter besonderer Berücksichtigung der Vor- und Nachlaufproblematik bei kombinierten Verkehren.

3.2 Innovative Supply Chain Gestaltung: Branchenstudie „Papier-Büro-Schreibwaren (PBS) an der Schwelle zum E-Commerce“

Bearbeiter: Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Mirko Wilhelm (MSC Coventry Univ.)
 Projektstart und –ende: März 2000 - März 2001
 Charakterisierung: Branchenstudie im Bereich Papier-Büro und Schreibwaren, die sich mit den Auswirkungen und Zukunftstrends der Branche im Bereich E-Commerce auseinandersetzt.

3.3 Unternehmensübergreifende Optimierung von logistischen Prozessketten in der mittelständischen Konsumgüterwirtschaft unter Integration logistischer Dienstleister

Bearbeiter: Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Mirko Wilhelm (MSC Coventry Univ.)
 Projektstart und –ende: September 1998 - August 2000
 Charakterisierung: s. Punkt 4

3.4 Unterstützung und Begleitung eines Benchmarkingprojektes von Werkseisenbahnen

Bearbeiter: Dipl.-Oec. Nicole Lubecki, Dipl.-Kfm. Andreas Hofmann
 Projektstart und –ende: Februar 2000 - Dezember 2000
 Charakterisierung: Prozess-Benchmarking der Ladestellenbedienung von Werkseisenbahnen

3.5 Lagerbenchmarking für BASF

Bearbeiter: Dipl.-Oec. Nicole Lubecki, Dipl.-Kfm. Thomas Krupp
 Projektstart und –ende: März 2000 - Dezember 2000
 Charakterisierung: Benchmarking von Produktivitäts-, Qualitäts- und Kostenkennzahlen für 12 ausgewählte Lagerstandorte von BASF.

3.6 Effekte von E-Commerce auf Supply Chains und die Konsequenzen für die Anbieter von Logistik-Systemen

Bearbeiter: Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Mirko Wilhelm (MSC Coventry Univ.)
 Projektstart und –ende: Januar 2000 - April 2000
 Charakterisierung: Detaillierte Profilanalyse und Charakterisierung von bestehenden Geschäftsmodellen des E-Commerce und Ableitung kritischer Erfolgsfaktoren für die Anbieter von Logistik-Systemen.

3.7 Der „BvDP Liberalisierungsindex[®]“ – Postmärkte im Wandel

Bearbeiter: Dipl.-Ing. Christian Kille
 Projektstart und –ende: Juli 2000 - Dezember 2000
 Charakterisierung: Vergleich der europäischen und US-amerikanischen Postmärkte hinsichtlich Liberalisierungsfortschritte im rechtlichen und wettbewerblichen Bereich

4. Ausführlicher Bericht zu einem ausgewählten Forschungsprojekt: Unternehmensübergreifende Optimierung von logistischen Prozessketten in der mittelständischen Konsumgüterwirtschaft unter Integration logistischer Dienstleister

Projektleiter: Dr. Günter Prockl, Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Mirko Wilhelm (MSC Coventry Univ.)

4.1 Gegenstand und Hintergrund

Efficient Consumer Response, Supply Chain Management und eBusiness sind die Themen der späten 90er Jahre und des Beginns des neuen Jahrtausends. Während diese Konzepte bedeutende Potenziale für große Unternehmen bieten, ist es fraglich, ob kleine und mittelständische Unternehmen daran in ähnlich großem Umfang partizipieren können. Insbesondere stellt sich die Frage inwieweit durch die Integration logistischer Dienstleister Rationalisierungseffekte in einer unternehmensübergreifenden Optimierung der logistischen Prozesskette realisiert werden können.

4.2 Vorgehensweise und Ergebnisse

Als Ausgangsbasis für weitere Untersuchungen in diesem Projekt ist zunächst der State-of-the-Art des Efficient-Consumer-Response aufgearbeitet worden. Ferner wurden die aktuellen Konzepte des Supply Chain Management und des eBusiness in die Betrachtung integriert, um ein möglichst umfassendes Bild der Ausgangssituation zu zeichnen. Betrachtet man die Schlüsselkonzepte derjenigen Unternehmen, die Vorreiterrollen übernommen haben, wird schnell deutlich, dass die beschriebenen Konzepte nur mit entsprechenden Anpassungen auf den Mittelstand übertragbar sind.

Dieser Eindruck konnte durch eine umfassende empirische Befragung mittelständischer Unternehmen bestätigt werden. Wesentliches Ergebnis war, dass existierende ECR Konzepte für den Mittelstand nur dann eine Rolle spielen, wenn diese den kleineren Unternehmen von großen oder globalen Akteuren „übergestülpt“ werden.

Parallel zu der empirischen Befragung wurde durch eine Experteneinschätzung eine Vorselektion von Branchen durchgeführt, die im Rahmen der Mittelstandsorientierung des Projekts für eine Detaillierung interessant erscheinen. Zwei dieser Branchen wurden anschließend detailliert analysiert. Auf Basis eines Supply Chain Referenzmodells wurden insbesondere Schlüsselprozesse in den unternehmensübergreifenden Versorgungsketten herausgearbeitet sowie typische Geschäftsprozesse und Best Practices identifiziert. Als Ergebnis konnten eine Reihe von Ansatzpunkten für Verbesserungen im Sinne der ECR Konzeption unter Einbeziehung von Logistikdienstleistern und innovativen Technologien herausgearbeitet werden, die für zahlreiche weitere mittelständische Branchen interessant sind.

Auf dieser Basis wurden Pilotprojekte entwickelt, um Kosteneinsparungspotenziale quantifizieren zu können und technische Anwendungslösungen im Betrieb auszutesten. So wurde auf der Grundlage realer Sendungsdaten und mit Hilfe professioneller Analysewerkzeuge bewertet, welche Einsparung

aus einer kooperativen Distribution durch einen Logistikdienstleister für repräsentative mittelständische Unternehmen resultieren. Die ermittelten Einsparpotenziale, die sich allein auf Herstellerseite durch die Bündelung der Ausgangssendungen ergeben, sind bereits bedeutsam. Hinzu kommen noch schwer quantifizierbare Wirkungen durch einen höheren Servicegrad und neue Möglichkeiten zum verbrauchsnahen Replenishment für kleinere Händler. Gleichzeitig deutet der beträchtliche Aufwand, um die mittelständischen Unternehmen zur Freigabe ihrer Sendungsdaten zu bewegen, auf Problem-potentiale hin, die sich bei der praktischen Umsetzung einer kooperativen Distribution ergeben dürften.

In den technisch geprägten Pilotprojekten wurden typische potenzielle Anwendergruppen mit spezifisch entwickelter Hard- und Software ausgestattet, um diese dann im Betrieb auszutesten. Die hohe Akzeptanz der Anwender und das mehrfach geäußerte, große Interesse an einer Weiterentwicklung und Verfeinerung der Prototypen belegt die praktische Relevanz, die auch und insbesondere von Mittelständlern solchen Konzepten beigemessen wird.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Beiträge in Sammelwerken (Auswahl)

Klaus, P.: Zum ‚materiellen Internet‘. Herausforderungen des E-Commerce an die Logistik. In: Entwicklungs-perspektiven im Electronic Business, Grundlagen – Strategien – Anwendungsfelder. Hg. Wolfram Scheffler und Kai-Ingo Voigt. Wiesbaden 2000, S.135-151.

Klaus, P.: Innovativer Ressourceneinsatz im Verkehr der Stadt. In: Die ressourcensparende Stadt – Tagungsunterlagen 3. Xantener Stadtkongreß. Hg. Helmut Hardt, Robert Kläsener, Xantener Berichte. Dortmund: Praxiswissen, 2000, S. 123-142

5.2 Wissenschaftliche Veröffentlichungen

Hofmann, A. J.: Je innovativer, desto attraktiver: Benchmarking für innovative Logistikdienstleistungen. In: DVZ, Nr. 127, 24. Oktober 2000, S. 6.

Kille, C.: Einkaufen mit Scanner. In: DVZ ecom. 03/2000. S. 18-19.

Kille, C.: Wer über seinen Schatten springt, gewinnt. In: FUTURE – die Zukunftsbeilage der DVZ. 12/2000. S. 4-5.

Klaus, P.: Der Club der Umsatzmilliardäre. In: LOGISTIK HEUTE 1-2/2000. S. 32-35.

Klaus, P.: Die letzte Meile ist noch zu teuer. In: Lebensmittel-Logistik eine Sonderbeilage der Deutschen Verkehrs-Zeitung. DVZ 148 (12.12.00). S. 13.

Klaus, P.: Intelligente Lagerlogistik gefragter denn je. In: Lagerlogistik – eine Sonderbeilage der Deutschen Verkehrs-Zeitung. DVZ 57 (13.05.00) S.13-14.

Lubecki, N.: Benchmarking zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. In: Internationales Verkehrs-wesen. 12/2000. S. 571-572.

Pflaum, A.; Kille, C.; Prockl, G. u.a.: Consumer Direct – The Last Mile. Oktober 2000. Eigenverlag der Fraunhofer Gesellschaft.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Rechnungswesen und Öffentliche Betriebe

Prof. Dr. Wolfgang Männel

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-213

Fax: 0911/5302-445

E-mail: wsrw00@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/RW/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Integriertes Finanz- und Rechnungswesen
- Produktions- und Kostentheorie
- Kostencontrolling und Kostenmanagement
- Leistungs- und Ergebniscontrolling
- Konzepte, Methoden und Softwaresysteme für die Kostenrechnung, Betriebsergebnisrechnung und Deckungsbeitragsrechnung
- Investitionscontrolling und rentabilitätsorientierte Unternehmenssteuerung
- Bilanzlehre und Internationale Rechnungslegung
- Bilanzpolitik und Bilanzanalyse

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Zur Bedeutung der Methode des internen Zinssatzes als Instrument des rentabilitätsorientierten Rechnungswesens

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Männel

Charakterisierung: Die bereits im Jahr 1999 mit ersten Zwischenergebnissen durchgeföhrten Untersuchungen zu investitionsrechnerischen Kalkülen wurden im Jahr 2000 weiter ausgebaut und führten zu Publikationen. Die Literatur zur Investitionsrechnung hat sich mit der Methode des Internen Zinses intensiv befasst. Die Autoren beurteilen dieses Rechenverfahren sehr kontrovers. Das Spektrum der Evaluierungen reicht von nahezu durchgängigen Befürwortungen bis zu krassen Ablehnungen. Zurückzuföhren sind diese Meinungsverschiedenheiten insbesondere auf die unterschiedliche Beurteilung der Anwendungsprämissen und auf die divergente Bewertung des Gesamtzusammenhangs von Investition und Finanzierung. Dennoch erfreut sich die Methode des Internen Zinses in der Praxis einer beachtlichen Beliebtheit. Auch die Nähe der Methode des Internen Zinssatzes zum wertorienten

tierten Cash Flow Return on Investment (CFROI) macht eine Analyse des Internen Zinssatzes als ein Kernelement des renditeorientierten Controllings erforderlich. Ziel des Projektes war es daher, die Diskrepanz zwischen praktischer Verbreitung und teilweise sehr kritischer Beurteilung zu analysieren. Das Verfahren des Internen Zinses ist demnach gut geeignet für die Quantifizierung der Ertragskraft einzelner Investitionsvorhaben im Vorfeld erst noch zu konkretisierender Finanzierungspläne. Des weiteren wurde gezeigt, dass dieses Investitionsrechnungsverfahren auf einer Ausschüttungsprämisse basiert. Bei der kritischen Analyse kam es auf die Verbindung betriebswirtschaftlich relevanter Kapitalbindungsüberlegungen mit bisher rein finanztheoretischen Analysen an. Überdies präsentierte die 2000 erschienene Veröffentlichung für die vermeintliche Mehrdeutigkeit des Internen Zinses eine betriebswirtschaftliche Interpretation. Ebenso wird das oft behauptete Versagen der Methode für den Fall negativer Cashflows widerlegt. Die von dieser Forschung befruchtete kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept des CFROI wird Mitte 2001 Gegenstand einer Veröffentlichung in einer Zeitschrift sein.

3.2 Auf vollständige Finanzpläne abstellendes Investitionscontrolling

Bearbeiter:	Prof. Dr. W. Männel
Charakterisierung:	Auch die 1999 begonnene investitionstheoretische Forschung auf dem Feld der Endwertmethode und der vollständigen Finanzpläne wurde im Jahr 2000 ausgebaut. Vollständige Finanzpläne (VOFI) als Weiterentwicklung von Endwertkalkulationen sind neben dem Internen Zins weitere Instrumente zur rentabilitätsorientierten Steuerung der Investitionstätigkeit eines Unternehmens. Ziel des Projektes war die Beschreibung der Methodik sowie das Aufzeigen von Nutzenpotential und Problembereichen der beiden Verfahren. Problematisch bei dem im Gegensatz zur Kapitalwertmethode vorwärtsschreitenden Rechenalgorithmus der Endwertmethode ist vor allem die Wiederanlageprämisse für Investitionsüberschüsse. Dadurch werden einem zu evaluierenden Investitionsprojekt rentierliche Kapitalanlagen zugeordnet, die ursächlich mit der zu beurteilenden Investition nichts zu tun haben. Die VOFI-Methode kann ihren gesamten Nutzwert letztlich nur dann entfalten, wenn der zu betrachtenden Investition ein bestimmtes Finanzierungsprogramm kausal zuordenbar ist. Die Aussagefähigkeit der ergänzend zur Ermittlung absoluter Vermögensendwerte bestimmbaren VOFI-Eigenkapitalrentabilitäten und VOFI-Gesamtkapitalrentabilitäten leidet wiederum unter der Wiederanlageprämisse und sind daher gänzlich unbrauchbar. Es ist deshalb ratsam, die Rentabilität von Investitionen anhand des Internen Zinses zu beurteilen, da dieser sich ausschließlich auf die spezifische Ertragskraft eines Investitionsprojektes, gegebenenfalls anhand der

eigenkapitalbezogenen internen Verzinsung, bezieht. Diese und weitere Ergebnisse sind den im Jahr 2000 publizierten Arbeiten zu entnehmen.

4. Ausführlicher Bericht über ein ausgewähltes Forschungsprojekt: „Erfolgskonzeptionen, Rentabilitätskalküle und Rentabilitätsmaße“

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Männel

Den Forschungsschwerpunkt des Jahres 2000 bildete eine umfassende Bestandsaufnahme und Analyse der verfügbaren Kalküle für das Rentabilitätsorientierte Controlling. Märkte sind nur begrenzt aufnahmefähig sind und die zur Unternehmensfinanzierung benötigten Finanzmittel stehen nur in einem limitierten Umfang zur Verfügung. Deshalb sind Umsatzrentabilität und Kapitalrentabilität sehr bedeutsame Ausprägungsformen des unternehmensspezifischen Erfolgsziels. Da die Unternehmensführung stets zielorientiert agieren und entscheiden muss, ist sie wegen der großen, in marktwirtschaftlich organisierten Systemen sogar dominierenden Bedeutung des Erfolgsziels unbedingt zu einer rentabilitätsorientierten Steuerung aller Aktivitäten verpflichtet.

Dies war der Grund dafür, dass die Betriebswirtschaftslehre schon vor längerer Zeit begann, rentabilitätsorientierte Kennzahlensysteme zu entwickeln. Neuerdings geht auch die Managementlehre verstärkt auf Rentabilitätsfragen ein, indem sich das wertorientierte Controlling besonders engagiert mit der Messung der Rentabilität ganzer Unternehmen und Geschäftsfelder auseinandersetzt. Dazu wurde der anspruchsvolle Versuch unternommen, bewährte Konzepte und Methodiken des üblicherweise auf Einzelinvestments abstellenden Investitionscontrollings auf ganze Unternehmen und Geschäftsfelder zu übertragen. Bei näherer Betrachtung lassen sich die vielfältigen Evaluierungsverfahren im wesentlichen auf zwei unterschiedliche Ansätze zurückführen. Einerseits konzentrieren sich die Aussagen zur Messung der Performance von Unternehmen auf kapitalbezogene Wachstumsraten. Andererseits spielen Diskontierungsverfahren eine große Rolle, die geeignet sind, unternehmensspezifische Barwerte zu quantifizieren.

Die Theorie der Investitionsrechnung hat sich vor allem mit der rentabilitätsorientierten Investitionsplanung befasst und demzufolge vorrangig Planungsrechnungen zur Beurteilung der Vorteilhaftigkeit von Einzelinvestitionen, zum Alternativenvergleich und zur Steuerung von Investitionsprogrammen ausgearbeitet. Demgegenüber stellt die vom Jahresabschluss ausgehende Erfolgsanalyse vornehmlich auf die retrospektive Überwachung und Nachkalkulation der Unternehmensrentabilität ab.

Wenn investitionspolitische Entscheidungskompetenzen delegiert werden, muss man den für eine dezentrale Kapitalbudgetierung Verantwortlichen generell die durch den Kapitaleinsatz entstehenden Kapitalkosten vorgeben, auch wenn sich ein zu diesem Zweck zu bestimmender Mischkostensatz ex ante nur näherungsweise berechnen lässt. Solche Kapitalkostenvorgaben versetzen auch die dezentralen Entscheidungsträger in die Lage, die investitionsspezifische Kapitalrentabilität mit den finanziungsrelevanten Kapitalkosten zu vergleichen. Bei einer hierauf abzielenden Kalkulation von Mischzinssätzen müssen die Unternehmen neben den Fremdkapitalzinsen auch für das von den Anteileignern aufgebrachte Kapital eine angemessene Eigenkapitalverzinsung veranschlagen. Da es sich

hierbei um ein Gewinnelement handelt, kommt es anlässlich einer solchen Mischzinssatz-Berechnung unweigerlich zur Vorgabe einer eigenkapitalbezogenen Mindestrentabilität.

Der Vorgabe eigenkapitalbezogener Mindestrenditen kommt bislang vor allem im innerbetrieblichen Rechnungswesen eine große Bedeutung zu. Die Veranschlagung kalkulatorischer Zinsen ist ein Grund dafür, dass das Betriebsergebnis des innerbetrieblichen Rechnungswesens möglicherweise beachtlich vom bilanziellen Betriebsergebnis abweicht. Das Konzept des Economic Value Added (EVA) zielt auf die analytische Berechnung jenes Mehrgewinnes ab, der nach Deckung der vorgegebenen Kapitalkosten, mithin also nach Bedienung der Fremdkapitalgeber und der Eigenkapitalgeber als frei verwendbarer, prinzipiell reinvestierbarer Überschuss verbleibt. Dabei orientiert man sich an wirtschaftszweigspezifischen Rentabilitäten und Risikofaktoren, was in analoger Weise auch für die Berechnung der Steigerung des Unternehmenswertes durch das Unternehmenshandeln nach der Discounted Cash Flow-Methodik gilt. Diese und alle anderen Kapitalwertberechnungen setzen voraus, dass die exogen vorgegebenen (auch die Eigenkapitalverzinsung umfassenden) Kapitalkosten direkt in den rechnerischen Kalkül einbezogen werden.

Die Analyse der vielfältigen Rentabilitätskalküle deckt einschlägige Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf und kommt zu folgenden ausgewählten Ergebnissen:

Einperiodisch erfolgsorientierte Rentabilitätsmaße wie der konventionelle Return on Investment (ROI) weisen bei diskontinuierlicher Reinvestitionspolitik das Problem hoher Abhängigkeit vom Anlagenalter auf und sind kein direkt entscheidungsrelevantes Rentabilitätsmaß, da die aktuellen Restbuchwerte regelmäßig nicht mit den durch Desinvestitionen liquidierbaren Resterlöswerten übereinstimmen.

Der Ausbau des statischen ROI zum dynamischen ROI als mehrperiodisch erfolgsorientiertes Rentabilitätsmaß nivelliert zwar Schwankungen des Kapitaleinsatzes und der Ergebnisse, bleibt aber ein jahresbezogen quantifiziertes und durchschnittsbezogenes Rentabilitätsmaß und ermittelt wegen der Ausblendung unterjähriger Amortisationseffekte regelmäßig eine zu geringe Rendite.

Dem aktuellen, auf der „ökonomischen Abschreibung“ modifizierten CFROI-Ansatz der Boston Consulting Group (BCG) mit einem über die Betrachtungsdauer angenommenen konstanten Kapitaleinsatz haften die prinzipiellen Probleme der von Wiederanlageprämissen ausgehenden Verzinsungsmodelle an. Investitionsrechnerische Komplettierungen, die nur aus rechenalgorithmischem Gründen mit Wiederanlagefiktionen operieren, sollte man generell unterlassen, um sicherzustellen, dass die Renditeberechnung nicht durch investitionsfremde Effekte verfälscht wird.

Die in einem eigenen Forschungsprojekt (siehe 3.1) untersuchten Rentabilitätskalküle nach der Methode des Internen Zinsfußes bilden dagegen die Ertragskraft einer Investition unverfälscht ab. Die Methode des Internen Zinssatzes berechnet regelmäßig auch dann ein werthaltiges Rentabilitätsmaß, wenn inmitten des Investitionszyklus (etwa wegen umfänglicher Großreparaturen) und/oder zum Ende der Investitionsdauer (etwa wegen aufwendiger Demontage- und Entsorgungsmaßnahmen) ausnahmsweise negative Cash Flows anfallen. Die Methode des Internen Zinsfußes versagt grundsätzlich auch nicht beim Alternativenvergleich, weil man unterschiedlich kapitalintensive Investitionen differenzanalytisch beurteilen und dabei vom Internen Zinssatz der Differenzinvestition ausgehen kann.

Wenn es um die Bewertung gemischt finanziertes Investitionsprojekte geht, kann man (wie unter 3.2 eingehend untersucht) auf der Grundlage einer kompletten Finanzplanung nach der Shareholder's Discounted Cash Flow-Methode auch einen eigenkapitalbezogenen Internen Zinsfuß berechnen und so auf solider Basis eine Berechnung der Eigenkapitalrentabilität vornehmen.

Auch die Ergebnisse dieser Untersuchung und deren ausführliche Begründung sind in einer Publikation des Jahres 2000 nachzulesen.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls im Jahr 2000

5.1 Bücher und Lehrmaterialien

Männel, W.: Grundlagen der Kostenrechnung, 9. Aufl., Lauf a.d. Pegnitz 2000.

Männel, W.: Beiträge zum Investitionscontrolling, Lauf a.d. Pegnitz 2000.

Männel, W.: Rentabilitätskalküle, Interner Zinssatz und CFROI, Lauf a.d. Pegnitz 2000.

Männel, W.: Investitionscontrolling, Lauf a.d. Pegnitz 2000.

Männel, W.: Wertorientiertes Controlling, Lauf a.d. Pegnitz 2000.

5.2 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Männel, W.: Rentabilitätsorientiertes Investitionscontrolling nach der Methode des Internen Zinssatzes, in: Kostenrechnungspraxis, 44. Jg. (2000), H. 6, S. 325-341.

Männel, W.: Gedanken zum Qualitätskostenbegriff, in: Kostenrechnungspraxis, 44. Jg. (2000), Sonderheft 1/2000, S. 5-9.

Sasse, A.: Systematisierung der Qualitätskosten und der Abweichungskosten für das Qualitätskostenmanagement, in: Kostenrechnungspraxis, 44. Jg. (2000), Sonderheft 1/2000, S. 43-55.

Günther, M.; Pampel, J.: Implementierung eines Konzepts zur Kapazitätsrechnung als Element einer integrierten Leistungsrechnung, in: Zeitschrift für Unternehmensentwicklung und Industrial Engineering (FB/IE), 49. Jg. (2000), H. 6, S. 300-306.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsinformatik I

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Mertens

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-284

Fax: 0911/536634

E-mail: mertens@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wi1.uni-erlangen.de>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

2.1 Informations- und Softwarelogistik

- Branche und Betriebstyp als Klassifikationskriterien von Referenzmodellen für Industrie- und angrenzende Dienstleistungsbetriebe
- DATEV-Komponenten-Repository
- Einsatz von Zwischenformen betriebswirtschaftlicher Anwendungssysteme: Object-oriented Enterprise Frameworks
- IMPACT - Workflow-Management-System als Instrument zur koordinierten Prozessverbesserung
- IV-Unterstützung der Reklamationsbearbeitung
- KEBBA – Kooperative Entwicklung von branchen- und betriebstyporientierten Anwendungsarchitekturen
- Kosten- und Nutzen-Abschätzungen von Workflow-Management-Systemen
- Wirtschaftlichkeit von Qualitäts- und Umweltmanagement-Methoden

2.2 IV-Anwendungssysteme im Controlling

- AIDAR - Außen- und Innendarstellung von Unternehmen
- COBRAS - Rechnerunterstützung umfangreicher Präsentationen der Marktentwicklung vor Führungsgruppen
- FiBRE - IV-Unterstützung der Finanz-, Bilanz-, Risiko- und Ergebnisplanung zur Strategischen Unternehmensführung
- INTEX - Integration von Controlling- und Marktforschungsdaten in einem Expertisesystem, Kern-Schalen-Modell für Planungs- und Kontrollsysteme
- MINT - Management-Informationen aus dem Internet

2.3 IV in Marketing und Vertrieb

- Adaptivität Multimedialer Branchenkataloge
- Basis- und Zusatzdienste in Electronic Shopping Malls

- EPK-Editor für Elektronische Produktkataloge
- Franken-Mall - Regionaler elektronischer Marktplatz und regionales Informations- und Beratungssystem im Freizeitbereich für Mittelfranken
- Freizeit- und Tourismusberatung im Internet
- Maschinelles Lernen bei Angebotssystemen
- One-to-One-Marketing
- PBK - Editor für Elektronische Produktberatungskomponenten

2.4 IV in der Logistik

- Branchentypisches Supply Chain Management
- CADCAS - Integration von Produktentwurf und -präsentation
- CW-SCM - Supply Chain Management mit Componentware für kleine und mittlere Unternehmen
- Netzwerk für Arbeit
- Verbindung von Elektronischen Märkten und Logistik
- Vertikale Marktplätze im Internet

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Entwurf eines Marktplatzes für heterogene Komponenten betrieblicher Anwendungssysteme

Bearbeiter: Dipl.-Wirtsch.-Inf. Thomas Kaufmann

Projektstart und -ende: Juni 1995 – Juni 2000

Charakterisierung: Die Arbeit beschreibt einen Marktplatz, auf dem Komponenten verschiedener Hersteller gehandelt werden, die ein Integrator zu einem kundenindividuellen betrieblichen Anwendungssystem zusammenstellt. Die Auswirkungen auf die Teilnehmer am Marktgeschehen werden beschrieben und Hilfsmittel konzipiert. Ebenso sind die notwendigen Voraussetzungen für das Szenario eines solchen Marktes Gegenstand der Arbeit, die anhand von aktuellen Entwicklungen die Plausibilität der Annahmen verdeutlicht.

3.2 Schnittstellenorientierung und Middleware-basierte Busarchitekturen als Hilfsmittel zur Integration heterogener betrieblicher Anwendungssysteme

Kooperationspartner: IBM Anwendungssysteme GmbH, Rödl & Partner Consulting GmbH, AST-RUM GmbH

Bearbeiter: Dipl.-Inf. Harald Ließmann

Projektstart und -ende: Oktober 1995 - Januar 2000

Charakterisierung: Middleware kommt oft punktuell dort zum Einsatz, wo der Bedarf an Integration am höchsten scheint. Schnittstellen werden ad hoc definiert, um den Austausch der für das Unternehmen entscheidenden Informationen zu gewährleisten. Die Gestaltung der Middleware-Ebene wie auch das Setzen von Schnittstellen sind bislang schöpferische, sehr individuelle Aufgaben.

Wünschenswert wäre jedoch, mehr konstruktive, standardisierte Elemente in diesen Prozess einzubringen.

Der Begriff „Schnittstelle“ wird aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet, um Einflussfaktoren auf deren Gestaltung zu identifizieren. Dabei sind neben einer technischen und einer betriebswirtschaftlichen Sichtweise auch weitere Aspekte von Bedeutung, wie etwa die Auswahl von Standards oder der Trend, immer mehr Unternehmen umzustrukturieren.

Die Existenz von geeigneten Schnittstellen alleine genügt jedoch nicht. Überdies ist eine wahllose Kopplung der heterogenen Anwendungssysteme zu vermeiden. Stattdessen soll die IV als Busarchitektur geformt werden, um die Vorteile standardisierender Austauschprotokolle, wie etwa der Open Applications Group Integration Specification (OAGIS), effizient nutzen zu können. Das im Bereich der Hardware bereits erfolgreich eingesetzte Prinzip verspricht, auch für IV-Architekturen einen Beitrag zur Adaptivität zu liefern.

Integrationsexperimente zeigen, wie Schnittstellen im praktischen Einsatz unter Zuhilfenahme einer Busarchitektur zu modellieren sind. Außerdem werden weitere Möglichkeiten zur Gestaltung der IV-Landschaft unter der Voraussetzung einer Busarchitektur skizziert. Abschließend erfolgt eine kritische Betrachtung der OAGI-Standards.

3.3 Integration externer Daten in Planungs- und Kontrollsysteme - Ein Redaktions-Leitstand für Informationen aus dem Internet

Kooperationspartner: SAP AG

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Marco Meier

Projektstart und -ende: November 1996 - April 2000

Charakterisierung: Interne und externe sowie quantitative und qualitative Führungsinformationen zu kombinieren gewinnt für die Entscheidungsunterstützung zunehmend an Bedeutung. Gegenwärtig lassen sich externe Informationen schnell über das Internet beschaffen. Da deren Qualität und Quantität schwanken, sind sie für eine systematische Integration in Planungs- und Kontrollsysteme redaktionell aufzubereiten. Um das Problem der Informationsüberflutung nicht weiter zu verschärfen, wurde ein „Redaktions-Leitstand“ entwickelt, mit dem sich externe Daten leichter sammeln und verteilen lassen. Dieser wird derzeit von dem Kooperationspartner SAP AG zur Marktreife weiterentwickelt und ist bereits bei ersten Pilotkunden im Testbetrieb.

3.4 Ein System zu individualisierten Informationsvermittlung - dargestellt am Beispiel eines multimedialen Branchenkatalogs der Technischen Keramik

Kooperationspartner: Deutsche Keramische Gesellschaft e.V., Köln, finanziell gefördert von der Stiftung Industrieforschung, Köln

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Marc Rössel
Projektstart und -ende: Januar 1997 - März 1999
Charakterisierung: Wesentliches Ziel war es, ein umfassendes, flexibles und damit vielseitig nutzbares multimediales Informationsvermittlungssystem für die Branche der Technischen Keramik bereitzustellen. Zum einen sollten die hervorragenden Möglichkeiten multimedialer Präsentationen genutzt werden, um das ständig anwachsende Erfahrungswissen auf dem Gebiet Technischer Keramik interessant und verständlich darzubieten. Zum anderen erforderten Komplexität der zu vermittelnden Informationen und Heterogenität der Zielgruppe ein Anwendungssystem, das den Benutzer möglichst individuell anspricht. Die notwendige Adaptivität des Systems wurde u.a. durch die Entwicklung und Integration eines Benutzermodells ermöglicht.

3.5 Beiträge zur Verwendung der Framework-Technologie bei der Entwicklung und Einführung von Systemen der betrieblichen Informationsverarbeitung

Bearbeiter: Dipl.-Wirtsch.-Inf. Benno Schmitzer
Projektstart und -ende: Mai 1998 - Dezember 2000
Charakterisierung: Der Einsatz und die Erweiterung betriebswirtschaftlicher Frameworks im unternehmensspezifischen Umfeld sind Teilbereiche im Spektrum von Zwischenformen mit den beiden Gegenpolen Individual- und Standardsoftware. Zentrale Untersuchungsgegenstände sind das objektorientierte SanFrancisco-Framework der IBM, die Entwicklungspfade sowie der Vergleich mit anderen aktuellen Entwicklungen der objektorientierten Enterprise-Frameworks. Dabei spielen Kosten-Nutzen-Betrachtungen ebenso eine Rolle wie die Identifizierung geeigneter Einsatzfelder. Neben der Spezifizierung und Entwicklung Framework-basierter Geschäftsobjekte sowie deren Erweiterung ist die Eingliederung der Teil-Frameworks in eine heterogene Software-Umgebung von wesentlicher Bedeutung.

4. Ausführlicher Bericht eines ausgewählten Forschungsprojekts:

Internet-Rekrutierung Entwicklungsszenarios Netzwerke für die Beschäftigung

Jobbörsen im Internet haben einen Nachteil: Da sie untereinander nicht vernetzt sind, müssen Arbeitgeber verschiedene Angebote für die Rekrutierung nutzen. Eine Studie des Bayerischen Forschungsverbundes Wirtschaftsinformatik (FORWIN) mit Sitz in Nürnberg in Zusammenarbeit mit Siemens Business Services GmbH & Co. OHG (SBS) zeigt Möglichkeiten für vernetzte Internet-Jobmärkte.

1999 meldeten die 40 größten Internet-Jobbörsen 60.000 freie Stellen, ein Jahr später hat sich die Zahl der Offerten mit 200.000 mehr als verdreifacht. Unter Einbeziehung des Angebotes der Bundes-

anstalt für Arbeit (BfA) finden sich gegenwärtig im Internet rund 600.000 Stellen. Für einige Branchen, beispielsweise den IT-Bereich, sind Jobbörsen im World Wide Web schon heute eine bedeutende Quelle für die Personalrekrutierung. Der Anteil der Online-Bewerbungen liegt bereits deutlich über 50 Prozent.

FORWIN hat den aktuellen Entwicklungsstand der Online-Jobbörsen erhoben. Die beiden wichtigsten Gruppen sind originäre und derivative Jobbörsen.

- Originäre Jobbörsen betreiben die Veröffentlichung von Stellenangeboten und -gesuchen, verbunden mit komplementären Dienstleistungen wie z.B. Newsletter, als Kerngeschäft (Beispiele: www.arbeitsamt.de oder www.jobpilot.de).
- Derivate Jobbörsen laufen bei Personalberatungen, Verlagen, Verbänden oder selbstständigen Unternehmern als Zusatzgeschäft, z.B. www.jobs.zeit.de oder www.wiwo.de/jobs.htm.

Hinsichtlich ihrer Funktionalität lassen sich zwischen diesen beiden Gruppen keine Unterschiede feststellen. Für die Personalabteilungen ist es weniger zeit- und kostenaufwändig, sich auf der Suche nach potenziellen Neueinsteigern einen Überblick über den Arbeitsmarkt im Internet zu verschaffen als in Printmedien. Dennoch ist der „Besuch“ aller für ein Unternehmen relevanten Jobbörsen notwendig, was jedes Mal die erneute Eingabe von Suchmerkmalen oder Präferenzen erfordert.

Jobbörsen sind unübersichtlich

Die Situation heute ist gekennzeichnet durch die schon angedeutete Unübersichtlichkeit. Um potenzielle Kandidaten mittels Online-Jobbörsen zu finden, ist meist eine intensive Suche in spezialisierten Personalvermittlungsplätzen im Internet erforderlich. Der jeweilige Eingabeaufwand und die damit verbundene Zeit für Unternehmen sind zwar geringer als die Suche in Printmedien, jedoch einer gesteigerten Nutzung des World Wide Web zur Personalbeschaffung nicht förderlich.

Eine Kopplung dieser einzelnen Jobbörsen mit Unternehmen oder einem Unternehmensnetzwerk kann die Rekrutierung vereinfachen. Höhere Einspareffekte sind wie folgt möglich:

Szenario: Linkliste

Eine vergleichsweise einfach zu realisierende Erleichterung würden aus Sicht eines Privatanwenders Linklisten darstellen, die auf die Existenz von ähnlichen oder komplementären Jobbörsen hinweisen. Die Seiten würden Verweise auf inhaltlich verwandte (berufs- oder branchenbezogene) und damit verbundene Angebote enthalten. Kann ein Personalbedarf durch Einschaltung einer einzelnen Jobbörse nicht gedeckt werden, so ist eine Rückmeldung in folgendem Wortlaut denkbar: „Leider haben wir derzeit kein Angebot für Sie, bitte versuchen Sie es aber bei [Name/n der anderen Jobbörse/n]“.

Sowohl der private Benutzer als auch das suchende Unternehmen hätten sich somit den Suchaufwand nach der nächsten interessanten Stellen- oder Kandidatensammlung im Netz gespart.

Szenario: Jobbörsen-Mall

Die nächst höhere Stufe stellt die Jobbörsen-Mall dar. Dabei handelt es sich um eine Verbindung oder Kooperation von elektronischen Stellenvermittlungsplätzen, die unter einer URL zusammengefasst sind. Die Beteiligten haben entweder die gleiche Syntax oder die Mall kann die Anfragen geeig-

net umsetzen. Diese Variante hat für Unternehmen einen höheren Nutzen als für Privatanwender, weil sie besser von der Jobbörsen-Vielfalt profitieren. Ein Privatanwender könnte Zusatznutzen in eventuell vorhandenen Mehrwertdiensten (zum Beispiel regionalen Gehaltsspiegeln) finden. Als Beispiel mag www.worldwidejobs.de dienen. Nach Eingabe von Suchbegriffen werden passende Angebote verschiedener Unternehmen auf einer Seite aufgelistet.

Szenario: Verteilte Lösung

Die größte Herausforderung für ein Zusammenspiel von Jobbörsen und Unternehmen stellt die Verteilte Lösung dar, denn sie beinhaltet das höchste Rationalisierungspotenzial für suchende Unternehmen. Dabei werden im Vergleich zur Jobbörsen-Mall als homogenem Gebilde unter einheitlicher URL jetzt auch verschiedene Zugangsformen zugelassen. Der Einsatz von intelligenten Such-Agenten bietet sich hier an. Der Personalsuchende hinterlegt dazu in einer Datenbank Anforderungsprofile, die der Agent permanent mit den eingehenden Bewerberprofilen vergleicht. Trifft das Suchprogramm auf Wunschkandidaten, wird eine entsprechende Erfolgsmeldung an den Auftraggeber weitergeleitet.

Die Profile der Arbeitskräfte lassen sich nicht wie bei der Jobbörsen-Mall über einen gemeinsamen Einstiegspunkt ermitteln, sondern sind auf verschiedenen Datenbanken verstreut. Ein Beispiel für eine Verteilte Lösung ist www.cesar.de. Der Agent bezieht das Angebot des Arbeitsamts in die Suche mit ein.

Szenario: Unternehmensnetzwerke

Ein Arbeitsportal dient dem Unternehmensnetzwerk als Zugang zu allen Hilfsmitteln, um Personaldispositionen im World Wide Web durchzuführen. Es besteht aus verschiedenen Teilnehmern und einer Mittlerinstanz, die die besten „Matches“ aus Anforderungs- und Qualifikationsprofilen an den jeweiligen Teilnehmer zurückmeldet. Dies sind Jobsuchende, Personaldienstleister und Unternehmen mit Personalbedarf oder -überschuss.

Ging man bisher davon aus, dass die Mitarbeiter eines Unternehmens den Arbeitsplätzen des gleichen Betriebes zuzuordnen sind, so ist es in der Zukunft nicht ausgeschlossen, dass mehrere Unternehmen einer Region als „Extended Enterprise“ auftreten. Damit wird ein kurz- sowie mittelfristiger Auf- und Abbau von Personalkapazität denkbar. Ein Hilfsmittel hierfür können die zahlreichen Jobbörsen im Internet sein, die ein breites Spektrum an Arbeitskräften vermitteln.

Unter „Extended Enterprise“ ist ein Verbund aus rechtlich selbstständig bleibenden Unternehmen zu verstehen, die bei Teilaufgaben unter Zurückstellung von „unternehmensegoistischen“ Motiven einen gemeinsamen Vorteil anstreben. In einem solchen Modell könnten Betriebe einer Region einen Mitarbeiter-Pool gründen. Personalbedarf und -überschuss werden einer zentralen Mittlerinstanz gemeldet, die als so genannter Personalleitstand funktioniert.

Möglichkeiten zur Umsetzung

Mithilfe eines Matching-Verfahrens werden die besten Passungen zwischen Anforderungs- und Qualifikationsprofilen ermittelt und diese an die jeweiligen Beteiligten via E-Mail, Short Message Service (SMS) oder Fax zurückgemeldet. So können etwa Mitarbeiter, die auf ein Projekt mit Start in einigen

Wochen warten, noch davor an ein anderes Unternehmen ausgeliehen werden, um beispielsweise bei der Durchführung oder beim Abschluss einer verwandten, im Kompetenzbereich des Mitarbeiters liegenden Aufgabe behilflich zu sein. Der gemeinsame Vorteil für beide Betriebe ist die bessere Auslastung des vorhandenen Personals. Das eine Unternehmen erzielt für unterbeschäftigte und somit ausgeliehene Mitarbeiter Einnahmen, die den Ausgaben für Löhne und Gehälter gegenüberstehen. Das andere kann durch die zusätzlichen Mitarbeiter Deckungsbeiträge realisieren, auf die es sonst auf Grund von Personalengpässen hätte verzichten müssen.

Zunächst ist die Frage zu beantworten, welche Informationen dieser unternehmensübergreifende Personalleitstand zur Verfügung stellen soll. Neben Matching Tools, Anforderungs- und Qualifikationsprofilen der infrage kommenden Aufgaben und Personen benötigen die beteiligten Unternehmen Zugriffsrechte auf Administrations- und Dispositionssysteme im jeweiligen Personalsektor. Ein bedeutender Faktor wird der Datenschutz sein, um Persönlichkeitsrechte und Firmengeheimnisse zu bewahren.

Ein innerbetrieblicher Personalleitstand könnte als Vorbild für die IT-Lösung in Unternehmensnetzwerken dienen. Mit bereits existierenden Softwarelösungen zur Personaleinsatzplanung wären dann viele Teilziele und Restriktionen zu bewältigen. Anschließend wird der so generierte Vorschlag vom Disponenten kontrolliert, modifiziert und freigegeben. Derartige Systeme müssen in den nächsten Jahren in den Kontext „Extended Enterprise“ übertragen werden.

Ausblick: Chancen und Risiken

Unternehmensnetzwerke, in denen durch Zusammenarbeit von Jobbörsen, Netzwerken von Jobbörsen und Personaldienstleistern Personaldipositionen durchgeführt werden, übernehmen auch eine häufig geforderte soziale Verantwortung für ihre Region. In Analogie zu einem „Bündnis für Arbeit“ liegen regionale „Netzwerke für Arbeit“ zur Sicherung der Beschäftigung nahe.

Mögliche Hinderungsgründe für eine Entwicklung zu solchen Netzwerken liegen im Arbeitsrecht, das grundsätzlich langfristige Vertragsbeziehungen fordert. Weiterhin fehlen bisher ausgefeilte Anreizmechanismen, welche die Menschen dazu motivieren, sich dem System mit wechselnden Arbeitgebern in einer Region zu öffnen. Individuelle Vergünstigungen und Anreize (zum Beispiel regionale Personenverkehrsverbünde zur Erhöhung der Mobilität oder nicht auf die Einwohner einer Kommune beschränkte Kindergärten) könnten Mitarbeitern die Entscheidung erleichtern, die bisherige Stelle gegen eine interessantere einzutauschen, die jedoch weiter entfernt liegt.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Mertens, P.: Integrierte Informationsverarbeitung, Band 1: Administrations- und Dispositionssysteme in der Industrie, 12. Aufl., Wiesbaden 2000.

Mertens, P. et al.: Grundzüge der Wirtschaftsinformatik, 6. Aufl., Berlin u. a. 2000.

Mertens, P.; Giese, J.: Integrierte Informationsverarbeitung, Band 2: Planungs- und Kontrollsysteme in der Industrie, 8. Aufl., Wiesbaden 2000.

Mertens, P.; Knolmayer, G.; Zeier, A.: Supply Chain Management auf Basis von SAP-Systemen: Perspektiven der Auftragsabwicklung für Industriebetriebe, Berlin u. a. 2000.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Meier, M.; Fülleborn, A.; Mertens, P.: Vertical Integration of Business News from the Internet within the Scope of SAP Strategic Enterprise Management (SAP SEM), in: Chung, M. H. (Hrsg.), Proceedings of the 2000 Americas Conference on Information Systems, S. 663-668.

Mertens, P.; Cas, K.; Schmitzer, B.: Bayerisches Förderprogramm zum leichteren Übergang in eine Gründerexistenz (FLÜGGE), G-Forum Jahrestagung 2000,
http://www.fgf-ev.de/dwd/jahrestagung/konferenzbeitrag36605_0.pdf.

Mertens, P.; Höhl, M.; Zeller, Th.: Wie lernt der Computer den Menschen kennen? Bestandsaufnahme und Experimente zur Benutzermodellierung in der Wirtschaftsinformatik, in: Scheffler, W.; Voigt, K.I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Grundlagen - Strategien - Anwendungsfelder, Wiesbaden 2000, S. 21-52.

Mertens, P.; Lohmann, M.: Branche oder Betriebstyp als Klassifikationskriterien für die Standardsoftware der Zukunft?, in: Bodendorf, F.; Grauer, M. (Hrsg.), Verbundtagung Wirtschaftsinformatik 2000, Aachen 2000, S. 110-135.

Mertens, P., Meier, M.: Collecting Business News from the Internet for Active Decision Support, in: Carlsson, S.; Brezillon, P.; Humphreys, P.; Lundberg, B. G.; McCosh, A.M.; Rajkovic, V. (Hrsg.), Decision Support through Knowledge Management, S. 255-270.

Schmitzer, B.; Ließmann, H.: Rahmenwerk zur Integration von Software-Komponenten - Untersuchung und kritische Betrachtung des Teil-Frameworks „Order Management“ im IBM SanFrancisco Framework, in: Flatscher, R.G., Turowski, K., Tagungsband des 2. Workshop Komponentenorientierte betriebliche Anwendungssysteme (WKBA 2), Wien 2000, S. 95-114.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Friedrich, J.-M.; Kampker, R.: Supply Chain Management für kleine und mittlere Unternehmen - Ein komponentenbasiertes System, PPS-Management 5 (2000) 4, S. 9-15.

Horstmann, R.; Butterwegge, G.: Internet-Auktionen, DSWR 29 (2000) 8, S. 206-209.

Maier, M.; Kronewald, K.; Mertens, P.: Vernetzte Jobbörsen und Unternehmensnetzwerke - eine Vision, WIRTSCHAFTSINFORMATIK 42 (2000) Sonderheft IT & Personal, S. 124-131.

Meier, M.; Beckh, M.: Text Mining, WIRTSCHAFTSINFORMATIK 42 (2000) 2, S. 165-167.

Meier, M.; Mertens, P.: Integration von Internetdaten in Führungsinformationssysteme, WISU - Das Wirtschaftsstudium 29 (2000) 3, S. 353-360.

Meier, M.; Schröder, J.: Integration interner und externer Führungsinformationen in einem Pharmaunternehmen - Probleme und Lösungsansätze, WIRTSCHAFTSINFORMATIK 42 (2000) 2, S. 137-146.

Mertens, P.; Schmitzer, B.: What Knowledge Is Important to a Software Professional? (von Timothy C. Lethbridge), Rubrik „Für Sie gelesen“, WIRTSCHAFTSINFORMATIK 42 (2000) 5, S. 447-450.

Mertens, P.; Hartmann, P.; Faisst, W.: Virtuelle Unternehmen - Virtuelle Staaten: Polarisierung in diesem Jahrhundert?, Industrie Management 16 (2000) 6, S. 19-23.

5.4 Arbeitspapiere

Barbian, D.; Häutle, M.; Hartmann, P.; Studt, R.: Prozessorientierte Kostenrechnung und ihre Integration in Workflow-Management-Systeme, dargestellt am Beispiel eines Maschinenbauunternehmens, Arbeitspapier 2/2000 des Bereichs Wirtschaftsinformatik I, Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg 2000.

Barbian, D.; Schmidt, Y.: IMPACT: Workflow-Management-System als Instrument zur koordinierten Prozessverbesserung - WMS-Komponenten, Arbeitspapier 1/2000 des Bereichs Wirtschaftsinformatik I, Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg 2000.

Barbian, D.; Schmidt, Y.: IMPACT: Workflow-Management-System als Instrument zur koordinierten Prozessverbesserung - IV-Konzeption und Implementierung, Arbeitspapier 3/2000 des Bereichs Wirtschaftsinformatik I, Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg 2000.

Barbian, D.; Schmidt, Y.: IMPACT: Workflow-Management-System als Instrument zur koordinierten Prozessverbesserung - Anwendung und Fallstudie, Arbeitspapier 4/2000 des Bereichs Wirtschaftsinformatik I, Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg 2000.

Friedrich, J.-M.; Kampker, R.; Treutlein, P.: Unternehmensübergreifende Kooperation in KMU-Netzwerken, gemeinsamer Arbeitsbericht des Bereichs Wirtschaftsinformatik I der Universität Erlangen-Nürnberg und des Forschungsinstituts für Rationalisierung an der RWTH Aachen, 2000.

Friedrich, J.-M.: Konzeption eines Componentware-basierten Supply-Chain-Management-Systems für kleine und mittlere Unternehmen, FORWIN-Bericht, Nürnberg 2000.

Maier, M.; Prell, M.: Bestandsaufnahme zu Jobbörsen im WWW, FORWIN-Bericht, Nürnberg 2000.
Schmitzer, B.: Klassifikationsaspekte betriebswirtschaftlich orientierter Frameworks, FORWIN-Bericht, Nürnberg 2000.

5.5 Sonstiges

Barbian, D.; Hartmann, P.; Studt, R.: ARIS an der Universität Erlangen, in: IWImation 48 (2000) 8, S. 5-6.

Maier, M.: Netzwerke für Arbeit, Kopplung von Elektronischen Vermittlungsplätzen für Personal, Vortrag auf dem Zukunftskongress der Stadt Nürnberg, Workshop: Wandel der Arbeitswelten und Zukunft der Arbeit, Nürnberg, 2000-09-26.

Maier, M.: Regionales Netzwerk für Arbeit, Nürnberger Personalleiterkreis, Flughafen Nürnberg GmbH, Nürnberg, 2000-12-14.

Meier, M.: Integration interner und externer Führungsinformationen aus dem Internet - Forschungsergebnisse und deren Umsetzung in SAP SEM-BIC, Vortrag bei der 13. Deutsche Notes User Group (DNUG) Konferenz, AK VII Knowledge Management, Mannheim, 2000-11-27.

Meier, M.: Nutzung von Internet-Informationen für Planungs- und Kontrollsysteme, Vortrag auf dem Kongress Controlling und Kostenmanagement, Frankfurt am Main, 2000-11-09.

- Mertens, P.:** Bayerisches Förderprogramm zum leichteren Übergang in eine Gründerexistenz (FLÜGGE): Idee, Konzeption und Erfahrungen, Vortrag auf der G-Forum Jahreskonferenz, Wien, 2000-10-06.
- Mertens, P.:** Virtuelle Unternehmen - Virtuelle Staaten, Vortrag auf dem Postgradualen Managementlehrgang „Master of Advanced Studies“ der Universität Innsbruck in Zusammenarbeit mit der SAP Österreich GmbH, Wien, 2000-02-14.
- Mertens, P.:** Informationsverarbeitung für die Führungsebene, Vortrag auf dem Postgradualen Managementlehrgang „Master of Advanced Studies“ der Universität Innsbruck in Zusammenarbeit mit der SAP Österreich GmbH, Wien, 2000-02-14.
- Mertens, P.; Lohmann, M.:** Branche oder Betriebstyp, Klassifikationskriterien für die Standardsoftware der Zukunft, Vortrag auf der Referenzmodellierung 2000 im Rahmen der Verbundtagung Wirtschaftsinformatik 2000, Siegen 2000.
- Mertens, P.; Meier, M.:** Integration interner und externer Führungsinformationen im Rahmen der SAP-Initiative „Strategic Enterprise Management“, Vortrag auf der Fachtagung Knowledge Management an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, 2000-04-07.
- Mertens, P.; Meier, M.:** Der Redaktions-Leitstand - Unterstützung der Informationslogistik im Rahmen der Initiative SAP „Strategic Enterprise Management“ (SAP SEM), Vortrag auf dem KnowTech-Forum, Leipzig, 2000-09-08.
- Mertens, P.; Meier, M.:** Integration interner und externer Führungsinformationen im Rahmen der SAP-Initiative „Strategic Enterprise Management“, Vortrag auf den IBB Kunden-Informationstagen, Schweinfurt, 2000-07-20.
- Schmitzer, B.:** Untersuchung und kritische Betrachtung des Teil-Frameworks „Order Management“ im IBM SanFrancisco Framework, Wien, 2000-02-25.
- Zeller, T.:** C-Teile-Einkauf via Online-Handelsplattformen, Vortrag auf der Konferenz C-Teile-Beschaffung, Management Circle, Wiesbaden, 2000-12-06.

Aktuelle Ergänzungen im WWW zu folgenden Büchern:

Mertens, P.: Integrierte Informationsverarbeitung 1, <http://www.wi1.uni-erlangen.de/buecher/iv1/>

Mertens, P.; Bodendorf, F.; König, W.; Picot, A.; Schumann, M.: Grundzüge der Wirtschaftsinformatik, <http://www.wi1.uni-erlangen.de/buecher/iv4/>

Mertens, P.; Bodendorf, F.: Programmierte Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, <http://www.wi1.uni-erlangen.de/buecher/pu/>

Mertens, P. et al. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsinformatik, <http://www.wi1.uni-erlangen.de/buecher/lexikon/>

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Prüfungswesen

Prof. Dr. Volker H. Peemöller

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-437

Fax: 0911/5302-401

E-mail: Peemoeller@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/PW/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Erstellung und Prüfung des Einzel- und Konzernabschlusses
- Internationale Rechnungslegung und Prüfung
- Ausgestaltung einer effizienten Internen Revision
- Unternehmensbewertung
- Ausgewählte Fragestellungen des Controlling
- Nationale und internationale Bilanzanalyse
- Fragen des Genossenschaftswesens
- Auswirkungen der Einführung des EURO auf die Rechnungslegung

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Zwischenergebniseliminierung nach US-GAAP

Bearbeiter: Prof. Dr. V. H. Peemöller, Dipl.-Kfm. Sven Weichert

Projektstart und –ende: September 1998 – Oktober 2000

Charakterisierung: Vor dem Hintergrund der zunehmenden Inanspruchnahme des Kapitalmarktes der USA durch deutsche Unternehmen und der hiermit verpflichtend verbundenen Konzernrechnungslegung nach US-GAAP, werden spezielle Anforderungen der Zwischenergebniseliminierung herausgearbeitet und Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt.

3.2 Untersuchung der unterschiedlichen Prüfungswege zum Wirtschaftsprüfer

Bearbeiter: Prof. Dr. V. H. Peemöller

Projektstart und –ende: August 1999 – November 2000

Charakterisierung: Ziel der Untersuchung war, den Ist-Zustand der Prüfungswege zum Wirtschaftsprüfer zu erfassen, Anforderungen aus den Sichtweisen der rele-

vanten Berufsgruppen zu ermitteln, Vorschläge für eine Vereinheitlichung der Prüfungswege zu unterbreiten und mögliche Änderungen bei den Prüfungsinhalten zu definieren.

Im Ergebnis zeigte sich, dass die derzeit existenten unterschiedlichen Zugangswege dazu führen, dass die Erfahrungen und Kenntnisse der Kandidaten deutliche Unterschiede aufweisen, die einem einheitlichen Berufsbild entgegenstehen. Zur Anpassung an die Gegebenheiten in der Zukunft werden deshalb folgende Vorschläge unterbreitet: Verkürzung der Prüfungszeit auf drei Jahre, keine Ausnahmen von der Tätigkeit bei einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine zweigeteilte Prüfung, die im ersten Teil modular aufgebaut ist und dafür sorgen soll, dass die Kandidaten über das Basiswissen verfügen. Den Nachweis der Fähigkeit, das Wissen in der Praxis anzuwenden, sollte durch eine komplexe praxisorientierte Prüfung am Ende der Ausbildungszeit erfolgen. Ausnahmen sollten bezüglich Ausbildungsweg und Prüfung nicht zugelassen werden.

3.3 Seminar- und Buchprojekt Internationale Rechnungslegung und Prüfung

Bearbeiter: Prof. Dr. Wolfgang Blomeyer, Prof. Dr. V. H. Peemöller, Studierende

Projektstart und –ende: Mai 1999 – Juni 2000

Charakterisierung: Das Themengebiet der internationalen Rechnungslegung und Prüfung enthält eine Fülle an betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen. Diesen Fragen wurde in einem interdisziplinären Seminar nachgegangen, das vom Lehrstuhl für Wirtschafts- und Arbeitsrecht der Juristischen Fakultät von Prof. Dr. W. Blomeyer und dem Lehrstuhl für Prüfungswesen veranstaltet wurde. Die gemeinsame Behandlung der einzelnen Themen hat ungemein befruchtend auf die Arbeit der beiden Lehrstühle gewirkt und lebhafte Diskussionen in den einzelnen Sitzungen ausgelöst, an denen auch Praktiker beteiligt waren. Auf Basis der Seminararbeiten der Seminarteilnehmer entstand ein Werk mit dem Titel: Internationale Rechnungslegung und Prüfung; Betriebswirtschaftliche und juristische Aspekte: HGB, IAS, US-GAAP und ISA.

3.4 Aufgaben und Grenzen eines Controlling in mittleren Handelsbetrieben unter besonderer Berücksichtigung der Instrumente des operativen Controlling

Bearbeiter: Dr. Boris R. Stöckl

Projektstart und –ende: Juni 1991 - Mai 2000

Charakterisierung: Es werden Kerninstrumente eines operativen Controlling hinsichtlich ihrer Eignung zur Nutzung in mittleren Handelsbetrieben untersucht und beurteilt. Diese Instrumente werden in den Gesamtzusammenhang des operativen und strategischen Controlling gestellt. Gestaltungsempfehlungen für das operativen Controlling in den untersuchten Unternehmen werden entwickelt.

3.5 Die Bilanzierung und Prüfung von behebungspflichtigen und nicht behebungspflichtigen ökologischen Lasten

Bearbeiter: Dr. Uwe Lauerwald

Projektstart und –ende: Juli 1995 - Januar 2000

Charakterisierung: Es wird das bilanzielle Instrumentarium für die Abbildung ökologischer Lasten abgeleitet und eine bilanzierungsorientierte Systematisierung erarbeitet. Spezifische Einzelprobleme, die sich aus der Tatbestandsmäßigkeit von ökologischen Lasten ergeben, werden gesondert berücksichtigt. Darüber hinaus werden die konzeptionellen Grundlagen einer speziellen Verkehrswertermittlung für kontaminierte Grundstücke gelegt. Problembereiche, die durch ökologische Lasten im Rahmen der Jahresabschlussprüfung entstehen, werden aufgezeigt. Eine Skizzierung praktikabler Lösungsmöglichkeiten schließt sich an.

3.6 Konzeption und Anwendung eines risikoorientierten Prüfungsansatzes in der Internen Revision

Bearbeiter: Dr. Sandra Krey

Projektstart und –ende: Juni 1997 - Januar 2000

Charakterisierung: Es wird der Frage nachgegangen, wie ein risikoorientierter Ansatz in der Internen Revision umgesetzt werden kann, um vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen zielgerichteter agieren zu können. Erfolgsfaktoren für eine wirksame Umsetzung des risikoorientierten Revisionsansatzes werden dargelegt und Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der Internen Revision herausgearbeitet.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Erstellung einer Software zur Unternehmensbewertung

Bearbeiter: Prof. Dr. V. H. Peemöller; Dipl.-Kfm. Stefan Kunowski; WP/StB Dr. Matthias

Popp

Projektstart und –ende: November 1999 - November 2000

Die Ertragswertverfahren halten in letzter Zeit immer häufiger Einzug in die Praxis der Unternehmensbewertung. Im Zuge dieser Entwicklung ist auch der Bedarf an einer PC-Unterstützung zur Durchführung von Unternehmensbewertungen gewachsen. Ziel des Forschungsvorhabens war es deshalb, eine theoretisch fundierte und zugleich bedienerfreundliche Softwarelösung für diese Problemstellung zu entwickeln.

Im Ergebnis liefert die Anwendung Auswertungen nach dem Ertragswertverfahren nach IDW und dem Total-Cash-Flow-Ansatz der Discounted-Cash-Flow-Verfahren. Grundlage der Berechnungsmethoden sind die in Deutschland zugrunde liegenden rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse nach den

neuen Vorschriften durch das StSenkG. Die Rechtsform des zu bewertenden Unternehmens und die sich daraus ergebenden steuerlichen Konsequenzen finden somit Einfluss in das Bewertungsergebnis. Entsprechend den Anforderungen an eine ordnungsmäßige Unternehmensbewertung enthält das Programm ein Modul zur Vergangenheitsanalyse (drei Perioden). Die Planungsphase umfasst fünf Perioden mit anschließender Fortschreibung (ewige Rente). Die Unternehmensplanung beinhaltet neben der Plan-Gewinn- und Verlustrechnung auch die Aufstellung einer Planbilanz sowie einer Investitions- und Finanzierungsplanung.

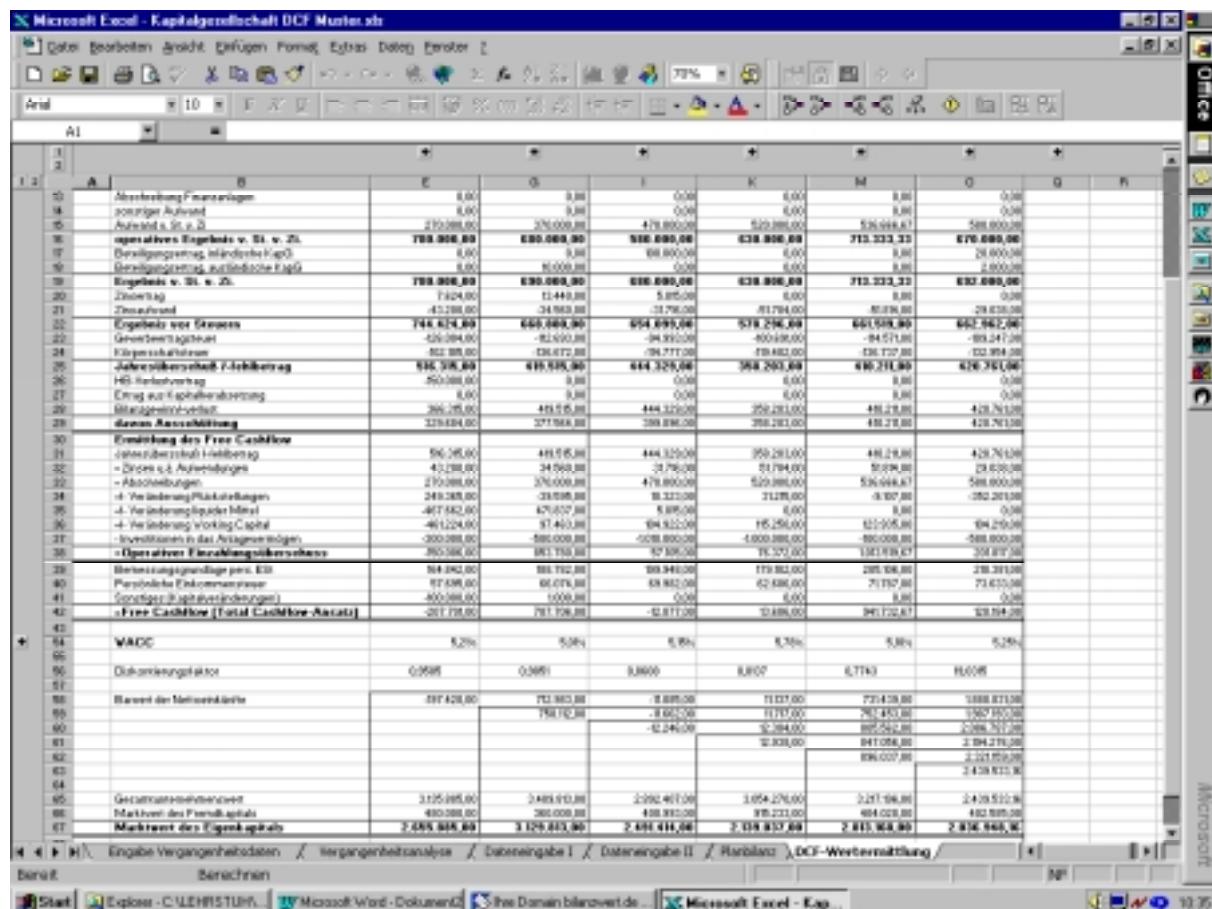
Insgesamt enthält das Programmpaket folgende Leistungsmerkmale:

- Systematische Analyse der Vergangenheitsdaten als Grundlage für die Prognoseüberlegungen
- Aufbereitung der Vergangenheitsdaten durch Bildung geeigneter Kennzahlen und Trendanalysen
- Unterstützung bei der Formulierung der Planungsprämissen
- Bewertung von Verlustvorträgen
- Abfrage der Unternehmensplanung und Erstellung einer integrierten Plan-GuV sowie Planbilanz mit konsistenter Investitions- und Finanzierungsplanung
- Einbeziehung der Unternehmenssteuerbelastung (GewSt sowie Definitiv-KSt) und der persönlichen Ertragsteuer des Eigentümers (typisiert oder individuell)
- Bestimmung des Unternehmenswertes nach Discounted-Cash-Flow-Verfahren (TCF-Ansatz) für Kapitalgesellschaften und Ertragswertverfahren nach IDW S 1 für Personen- und Kapitalgesellschaften jeweils mit Berücksichtigung der persönlichen oder typisierten Ertragsteuerbelastung der Anteilseigner
- Anschauliche Darstellung der Berechnung für die Integration in das Bewertungsgutachten
- Muster-Bewertungsgutachten für eine einfache Berichterstattung

Das Programm basiert auf dem Anwendungsprogramm Microsoft Excel.

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass ein Bewertungsprogramm die für Bewertungszwecke notwendige systematische, detaillierte und zukunftsorientierte Umwelt- und Unternehmensanalyse nicht ersetzen kann. Diese bleibt vielmehr unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Anwendung realistische Werte ermitteln kann.

Die folgende Abbildung gibt einen Eindruck von der Benutzeroberfläche des Programms.



5.3 Veröffentlichungen in Zeitschriften

- Peemöller, V. H.; Finsterer, H.:** Controlling und Insolvenzordnung, in: BuW 2000, S. 897-902.
- Kunowski, S.; Popp, M.:** Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes auf die Unternehmensbewertung, in: StuB 2000, S. 1013-1024.
- Fischer, J.:** Prozessorientiertes Kanzlei-Kostenrechnungssystem, in: BBK 10/2000, S. 459-468.
- Peemöller, V. H.; Weichert, S.:** Zwischenergebniseliminierung nach US-GAAP, in: DB 40/2000, S. 1973-1981.
- Geiger T.:** Segmentberichterstattung nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 des DRSC (DRS 3), in: StuB 15/2000, S. 772-779.
- Peemöller, V. H.; Kunowski, S.; Fischer, J.:** Strategische Informationsversorgung im Kanzlei-Controlling, in: DSWR 2000, S. 78-81.
- Peemöller, V. H.; Beckmann, C.; Geiger, T.:** Standardentwurf E-DRS 4 zu Unternehmenserwerben im Konzernabschluss, in: BB 2000, S. 1080-1085.

5.4 Arbeitspapiere

- Reiß, W.; Scheffler, W.; Peemöller, V. H. (Hrsg.):** Tagungsband zur Ringvorlesung: Herausforderungen des Europäischen Binnenmarktes für Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Nürnberg, 2000.

5.5 Sonstiges

- Peemöller, V.H.; Popp, M.; Kunowski, S.:** Bilanzwert 2.0 - Unternehmensbewertung am PC, CD-ROM und Benutzerhandbuch, Herne/Berlin, 2000.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Steuerlehre

Prof. Dr. Wolfram Scheffler

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-346

Fax: 0911/5302-428

E-mail: info@steuerlehre.com

URL: <http://www.steuerlehre.com>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Bei den Forschungsvorhaben des Lehrstuhls werden Probleme aus dem Bereich der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre und des Steuerrechts mit den speziellen Fragestellungen der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre verknüpft. Wesentliches Merkmal der Forschungsarbeiten bildet die Verbindung von methodischen Fragen mit praktisch relevanten Problemen. Im Mittelpunkt stehen EDV-gestützte Steuerwirkungsanalysen zum Einfluß der nationalen und der internationalen Besteuerungsnormen auf betriebliche Entscheidungen. Durch den Einsatz von (zum Teil selbsterstellten) EDV-Programmen können die Wirkungen der steuerlichen und der nicht-steuerlichen Einflußfaktoren sowie die zwischen ihnen bestehenden Wechselwirkungen analysiert werden.

Die Forschungstätigkeiten lassen sich schwerpunktmaßig folgenden Bereichen zuordnen:

Rechnungslegung und Besteuerung

- Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit Steuerbilanz und Vermögensaufstellung
- Steuerbilanzpolitik
- Steuergestaltungen im Insolvenzfall

Einfluß der Besteuerung auf die Rechtsformwahl, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen

- Bedeutung der Besteuerung im Verhältnis zu weiteren, für die Rechtsformwahl relevanten Kriterien
- Belastungsdifferenzen im Rahmen der laufenden Besteuerung, der Gründung, bei Umstrukturierungen und bei Beendigung der unternehmerischen Tätigkeit
- Beteiligung von Familienangehörigen einschließlich der Übertragung des Betriebs auf die nachfolgende Generation

Besteuerung von verbundenen Unternehmen

- Nationale Konzerne
- Internationale Konzerne
- Besteuerung von M&A

Einfluß der Besteuerung auf Finanzierungsentscheidungen

- Finanzierungsalternativen und Besteuerung
- Vorteilhaftigkeitsanalysen für Leasing
- Finanzierungseffekte bei der betrieblichen Altersversorgung und Stock Options
- Einfluß der Besteuerung auf Global Trading

Internationale Unternehmensbesteuerung

- Belastungsdifferenzen zwischen den verschiedenen Formen des Auslandsengagements
- Steuerplanung von international tätigen Unternehmen
- Einfluß des Rechts der EU einschließlich der Harmonisierung der direkten und indirekten Steuern
- Steuerbelastungsvergleiche zwischen Steuersystemen
- Personalauswahl bei ausländischen Tochterunternehmen und Personalentsendung

Computergestützte Lehr- und Lernverfahren zum inner- und interuniversitären Einsatz

- Didaktische Potentiale des Einsatzes der neuen Medien in der Lehre bei der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen
- Entwicklung von Lernsystemen

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1. Besteuerung von ausschließlich national tätigen und von grenzüberschreitend tätigen Konzernen unter Berücksichtigung der steuerlichen Behandlung von Einheitsunternehmen

Bearbeiterin: Dr. Antje Schwan

Projektstart und -ende: September 1997 – Juli 2000

Charakterisierung: Der Konzern ist eine der wichtigsten Organisationsformen für große und mittlere Unternehmen. Im deutschen Steuerrecht findet sich jedoch keine spezielle Regelung, die dem Spannungsfeld zwischen den Merkmalen rechtlicher Selbständigkeit und wirtschaftlicher Einheit konsequent gerecht wird. Auch werden nationale und grenzüberschreitend tätige Konzerne bei der Körperschaftsbesteuerung unterschiedlich behandelt. Ziel war es, für diese bedeutende Organisationsform einen Besteuerungsvorschlag zu entwickeln, der universell sowohl national als auch grenzüberschreitend tätige Konzerne einbezieht.

3.2. Der Steuerberater als Insolvenzberater

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Scheffler, Dipl.-Kfm. Peter-Christian Beigel

Projektstart und -ende: Februar 2000 – Juli 2000

Charakterisierung: Die betriebswirtschaftlichen Anforderungen des neuen Insolvenzrechts qualifizieren den Steuerberater als Insolvenzberater, fachlich und auf Grund seiner Ausbildung sowie seiner praktischen Erfahrung. Es wird den Ange-

hörigen des steuerberatenden Berufs verdeutlicht, daß die Beratung von finanziell angeschlagenen Unternehmen und speziell die Unterstützung bei der Erstellung eines Insolvenzplans ein attraktives Geschäftsfeld darstellt.

3.3. Ertragsbesteuerung des Electronic Commerce

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Scheffler
Projektstart und -ende: März 2000 – Juli 2000
Charakterisierung: Durch den Electronic Commerce wurden zwar keine grundlegend neuen Fragen aufgeworfen. Aufgrund der in diesem Bereich hohen Standortelastizität erhöht sich jedoch die Reaktion der Steuerpflichtigen auf die steuerlichen Rahmenbedingungen. Es werden die steuerplanerische Zielsetzung und die Grenzen der Steuerplanung von ausländischen Unternehmen in Deutschland (Inboundgeschäfte) und deutschen Unternehmen im Ausland (Outboundgeschäfte) untersucht.

3.4. Der Einfluss der Steuerreform auf die Finanzierung von deutschen Kapitalgesellschaften

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Scheffler
Projektstart und -ende: Februar 2000 – August 2000
Charakterisierung: Durch die Unternehmenssteuerreform wurde das Körperschaftsteuersystem geändert. Es wurde untersucht, wie sich der Wechsel vom Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren auf Finanzierungsentscheidungen von deutschen Kapitalgesellschaften auswirkt. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob Eigen- oder Fremdfinanzierung aus steuerlicher Sicht geringer belastet wird.

3.5. Einfluss der Unternehmenssteuerreform auf die Vorteilhaftigkeit von Sachinvestitionen

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Scheffler
Projektstart und -ende: Mai 2000 – Oktober 2000
Charakterisierung: Ein Kernstück der Unternehmenssteuerreform ist die Senkung des KSt.-Satzes von 40% auf 25%. Bei den Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform auf die Vorteilhaftigkeit von Sachinvestitionen sind jedoch auch die Änderungen bei den Abschreibungen zu beachten. Für bewegliche Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens wird bei der geometrisch-degressiven Abschreibung der maximal zulässige Abschreibungssatz reduziert. Bei den Afa-Tabellen ist eine deutliche Verlängerung des Abschreibungszeitraums vorgesehen. Es wurde untersucht, wie diese gegenläufigen Effekte in einer Gesamtbetrachtung wirken.

3.6. Was bleibt an Bilanzansatzwahlrechten nach der Steuerreform

Bearbeiterin: Dr. Luise Hölscher
Projektstart und -ende: Oktober 2000

Charakterisierung: Zur Gegenfinanzierung der Steuersatzsenkung wurde die Bemessungsgrundlage verbreitert. Es wurde untersucht, inwieweit das steuerbilanzielle Gestaltungspotential der Steuerpflichtigen bezüglich der Bilanzansatzwahlrechte durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 reduziert wurde.

3.7. Rechtsformwahl und Unternehmensnachfolge in einem typischen Familienunternehmen mit Betriebsaufspaltung

Kooperationspartner: Rödl & Partner Nürnberg

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Scheffler, Dipl.-Kfm. Frank Reinhardt

Projektstart und -ende: November 2000

Charakterisierung: Der fachliche Schwerpunkt dieses Workshops galt der Erarbeitung möglicher Gestaltungsvarianten einer optimalen Unternehmensnachfolge aus betriebswirtschaftlicher, steuerlicher und rechtlicher Sicht anhand praktischer Fälle. Die Themenschwerpunkte lagen hierbei auf folgenden Bereichen

- Optimierung der Unternehmenstruktur für den Schenkungsfall
- Gestaltung eines internationalen Erbfalls
- Optimales Timing der Nachfolge
- Bemessungsgrundlagenoptimierung durch Rechtsformwahl
- Neues Steuerrecht und Rechtsformwahl nach der Unternehmensübergabe
- Entwicklung einer optimalen Transaktionsstruktur für den Unternehmensverkauf / -kauf
- Gestaltungsmodelle für ein MBO / MBI.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Verbreiterung der Bemessungsgrundlage: Was bleibt von Rückstellungen in der Steuerbilanz?

4.1 Forschungskontext, Vorgehen und Ziel des Projekts

In steuerpolitischen Diskussionen spielt das Schlagwort „Senkung des Steuersatzes und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“ eine herausragende Rolle. Aus Sicht der Unternehmensbesteuerung stellt sich die Frage, wie sich diese Leitidee auf die Ermittlung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb auswirkt. Es interessieren jedoch nicht nur Details der steuerlichen Gewinnermittlung, sondern auch, welche Konsequenzen sich auf den in Deutschland traditionell engen Zusammenhang zwischen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz (Maßgeblichkeitsprinzip) ergeben.

Die gesetzlichen Entwicklungen des Bilanzsteuerrechts im Bereich der Rückstellungen werden vorgestellt und daraufhin untersucht, welche Auswirkungen sich hieraus auf die Reichweite des Maßgeblichkeitsprinzips ergeben. Betrachtungsgegenstand bilden die Gesetzesänderungen, die seit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtliniengesetzes vorgenommen wurden, da bei der Umsetzung der 4. EG-Richtlinie in nationales Recht das Ziel der Steuerneutralität ein äußerst wichtiger Aspekt war. Wäh-

rend in diesem Zusammenhang dem Maßgeblichkeitsprinzip eine hohe Bedeutung zugeschrieben wurde, haben die Änderungen der einkommensteuerlichen und in Teilbereichen der körperschaftsteuerlichen Normen die Übereinstimmung von Handels- und Steuerbilanz zumeist reduziert.

Die Analysen werden in erster Linie aus Sicht der Steuerbilanz durchgeführt. Soweit sie Ansatz und Bewertung von Rückstellungen betreffen, werden die gesetzlichen Änderungen des Bilanzsteuerrechts vorgestellt und daraufhin überprüft, ob die handelsrechtlichen Werte übernommen werden können oder ob sie zu einem Auseinanderfallen von Handels- und Steuerbilanz führen.

Zusätzlich wird noch kurz darauf eingegangen, welche Konsequenzen sich für die Handelsbilanz ergeben, wenn aufgrund der gesetzlichen Entwicklungen des Bilanzsteuerrechts die handels- und steuerrechtliche Bilanzierung und Bewertung auseinanderfallen.

4.2 Erkenntnisse

Bei der Abgrenzung der wirtschaftlichen Nachteile, die als passives Wirtschaftsgut in der Steuerbilanz anzusehen sind, wird unter Hinweis auf das Maßgeblichkeitsprinzip an den für die handelsrechtliche Rechnungslegung geltenden Passivierungsgrundsatz angeknüpft. Während jedoch beim Begriff der bilanziellen Schuld bzw. des negativen Wirtschaftsguts zwischen der handels- und der steuerrechtlichen Rechnungslegung weitgehend Übereinstimmung besteht, ergeben sich im Bereich der konkreten Bilanzierungsfähigkeit (was darf wirklich angesetzt werden) zahlreiche Unterschiede.

Die folgende Tabelle führt die einkommensteuerlichen Regelungen zum Ansatz von Rückstellungen auf und weist auf Einschränkungen durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 und Unterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz hin:

	Beurteilung anhand des Maßgeblichkeitsprinzips	Einschränkung durch StEntlG 1999/2000/2002?	Handelsbilanzwert höher als Steuerbilanzwert?
Einschränkungen bei den Rückstellungen wegen Verletzung von fremden Patent-, Urheber- oder ähnlichen Schutzrechten (§ 5 Abs. 3 EStG)	entspricht dem Objektivierungsgedanken	.-.	?
Einschränkungen bei den Rückstellungen für Jubiläumszusagen (§ 5 Abs. 4 EStG)	Durchbrechung des Maßgeblichkeitsprinzips	.-.	ja
Ansatzverbot für Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (§ 5 Abs. 4a EStG)	Durchbrechung des Maßgeblichkeitsprinzips	.-.	ja
Ansatzverbot für Rückstellungen für Aufwendungen, die zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten führen (§ 5 Abs. 4b S. 1 EStG)	Bestätigung der fehlenden abstrakten Bilanzierungsfähigkeit	nein	Nein
Ansatzverbot für Rückstellungen für die Verpflichtung zur schadlosen Verwertung von radioaktiven Reststoffen, soweit sie im Zusammenhang mit der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen stehen (§ 5 Abs. 4b S. 2 EStG)	Nebeneinander von Bestätigung der fehlenden abstrakten Bilanzierungsfähigkeit und Durchbrechung des Maßgeblichkeitsprinzips	z.T.	ja

Tab. 1: Einkommensteuerliche Regelungen zum Ansatz von Rückstellungen

Für die Bewertung von Rückstellungen gelten für die Handels- und Steuerbilanz trotz unterschiedlicher Wortwahl im Gesetz insoweit die gleichen Bewertungsgrundsätze. Es ist jedoch zu beachten, daß durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 für die Bewertung von Rückstellungen in der Steuerbilanz konkrete Vorgaben für die Bewertungsobergrenze eingeführt wurden.

In Tabelle 2 werden die Bewertungsvorschriften für Rückstellungen aufgeführt und beurteilt.

	Beurteilung anhand des Maßgeblichkeitsprinzips	Einschränkung durch StEntlG 1999/2000/2002?	Handelsbilanzwert höher als Steuerbilanzwert?
Berücksichtigung von Vergangenheitserfahrungen bei Rückstellungen für gleichartige Verpflichtungen sowie Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit, daß nur ein Teil der Verpflichtungen erfüllt werden muß (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchst. a EStG, § 20 Abs. 2 KStG)	entspricht dem Objektivierungsgedanken bzw. ergibt sich aus der Bewertung nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung sowie dem Teilwertgedanken	nein	?
Bewertung von Rückstellungen für Sachleistungsverpflichtungen mit den Einzelkosten und den angemessenen Teilen der notwendigen Gemeinkosten (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchst. b EStG)	Übertragung der Grundsätze zur Ermittlung der Herstellungskosten von der Aktivseite auf die Passivseite	nein	nein
Minderung des Rückstellungswerts durch künftige Vorteile, die mit der Erfüllung der Verpflichtung voraussichtlich verbunden sein werden (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchst. c EStG)	ergibt sich aus der Bewertung nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung sowie dem Teilwertgedanken	nein	?
zeitanteilige Passivierung von mehrjährigen Verpflichtungen (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchst. d EStG)	ergibt sich aus dem Periodisierungsgrundsatz (Abgrenzung von Aufwendungen der Sache nach, wirtschaftliche Verursachung)	nein	nein
grundständliches Gebot zur Abzinsung von Rückstellungen mit einem Zinssatz von 5,5 % (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchst. e EStG)	soweit in den Rückstellungen kein Zinsanteil enthalten ist: Durchbrechung des Maßgeblichkeitsprinzips	ja	ja

Tab. 2: Einkommensteuerliche Regelungen zur Bewertung von Rückstellungen

Die Analysen zeigen, daß in einigen Teilbereichen Rückstellungen in der Handelsbilanz mit einem höheren Wert ausgewiesen werden als in der Steuerbilanz, während in anderen Bereichen zwischen den beiden Rechnungslegungskreisen Übereinstimmung bestehen sollte. Die Divergenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben sich aus unterschiedlichen Gründen. Zum einen wird das Maßgeblichkeitsprinzip durchbrochen. Hier richtet sich die Kritik an den Gesetzgeber bezüglich der steuerlichen Bilanzierung und nicht an die handelsrechtliche Rechnungslegung. Zum anderen wird das Vorsichtsprinzip im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung in Teilbereichen höher gewichtet. Die Kritik wendet sich hier an den Ersteller der Handelsbilanz. Denn in diesen Bereichen sind die einkommensteuerlichen Vorschriften und damit auch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002

insoweit positiv zu beurteilen, als für diese Regelungen nachvollziehbare Begründungen angeführt werden können.

Durch die einkommensteuerlichen Vorschriften zum Ansatz und zur Bewertung von Rückstellungen ergeben sich sowohl positive als auch negative Rückwirkungen auf die Handelsbilanz. Zu begrüßen ist, daß in einigen Bereichen zumindest überdacht werden muß, ob und inwieweit die bislang gebildeten Rückstellungen überbewertet waren. Von Nachteil ist allerdings, daß sich in anderen Bereichen Unterschiede zwischen den handelsrechtlich zu bildenden und den steuerrechtlich zulässigen Rückstellungen ergeben. Die aus diesem Grund erforderlichen aktiven latenten Steuern beeinträchtigen sowohl die Ausschüttungsbemessungsfunktion als auch die Informationsfunktion des handelsrechtlichen Jahresabschlusses. Bei einer Beurteilung dieser Aussagen ist allerdings zu vermerken, daß die Auswirkungen des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 wesentlich geringer sind als es nach einigen Meinungsäußerungen den Anschein hat. Die meisten Regelungen haben nämlich lediglich die handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung im Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz ausdrücklich normiert.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1. Beiträge in Sammelwerken

Scheffler, W.: Steuerlich zweckmäßige Ausübung des Wahlrechts (Anrechnung, Abzug, Pauschalierung) zur Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung bei Gewinnen aus einer ausländischen Betriebsstätte, in: Grotherr, S. (Hrsg.), Handbuch der internationalen Steuerplanung, Herne/Berlin 2000, S. 107-128

Scheffler, W.: Ertragsbesteuerung des Electronic Commerce, in: Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Grundlagen – Strukturen – Anwendungsfelder, Wiesbaden 2000, S. 277-302

5.2. Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Hölscher, L.: Die Examensklausur aus der Betriebswirtschaftslehre, in: WISU 2000, S. 85-87

Hölscher, L.: Maßgeblichkeitsprinzip – quo vadis?, in: StuB 2000, S. 412-414

Hölscher, L.: Das Planspiel als Lehrmethode für Massenveranstaltungen, in: ZfB-Ergänzungsheft 3/2000, S. 155-177

Hölscher, L.: Was bleibt an Bilanzansatzwahlrechten nach der Steuerreform?, in: DSWR 2000, S. 344-346

Hölscher, L.: Herausforderungen des Europäischen Binnenmarktes für Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, in: StuB 2000, S. 1151-1153

Kusch, C.: Der Einfluß der Erbschaft- und Schenkungsteuer auf die Wahl des Güterstandes, in: StuW 2000, S. 246-256

Scheffler, W.: Leasing nach dem Eurowings-Urteil des Europäischen Gerichtshofs und vor der Unternehmenssteuerreform, in: DB 2000, S. 735-738

Scheffler, W.: Verbreiterung der Bemessungsgrundlage: Was bleibt von Rückstellungen in der Steuerbilanz?, in: StuB 2000, S. 489-494 und S. 541-548

- Scheffler, W.**: Überführung von Wirtschaftsgütern zwischen inländischem Stammhaus und ausländischer Betriebsstätte, in: RIW 2000, S. 569-577
- Scheffler, W.; Beigel, P.-C.**: Der Steuerberater als Insolvenzberater, in: DStR 2000, S. 1277-1284
- Scheffler, W.; Beigel, P.-C.**: Betriebswirtschaftliche Beratung im Insolvenzplanverfahren, in: DSWR 2000, S. 262-263
- Scheffler, W.**: Der Einfluss der Steuerreform auf die Finanzierung von deutschen Kapitalgesellschaften, in: BB 2000, S. 2441-2450
- Scheffler, W.**: Einfluss der Unternehmenssteuerreform auf die Vorteilhaftigkeit von Sachinvestitionen, in: DB 2000, S. 2541-2545

5.3. Arbeitspapiere

Kusch, C. (Hrsg.): Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 und Unternehmenssteuerreform. Praxisseminar von Prof. Dr. Wolfram Scheffler und Dipl.-Kff. Claudia Kusch, M.A. in Zusammenarbeit mit Arthur Andersen Stuttgart, Nürnberg 2000

5.4. Sonstiges

- Buttler, G.; Herrmann, H.; Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.)**: Existenzgründung, Rahmenbedingungen und Strategien, Heidelberg (Physika-Verlag) 2000
- Nieskens, H.; Scheffler, W. (Hrsg.)**: Umsatzsteuer-Kongress-Bericht 1999/2000 Elektronische Kommunikationsleistungen, Rechtsänderungen in der Umsatzsteuer, Vorsteuer im Binnenmarkt: Deutschland, Frankreich, Niederlande, Köln (Verlag Dr. Otto Schmidt) 2000
- Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.)**: Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Grundlagen – Strukturen – Anwendungsfelder, Wiesbaden (Verlag Dr. Th. Gabler) 2000
- Scheffler, W.**: Steuerberatung und Reform des Steuersystems aus betriebswirtschaftlicher Sicht, Vortrag anlässlich der DATEV Open goes EXPO 2000, Mission Zukunft, Neues Denken. Neue Dimensionen. Neue Ziele, in: <http://www.datevopen.de/Scheffl.pdf>.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Gesundheitsmanagement

Prof. Dr. Oliver Schöffski, MSP

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-313

Fax: 0911 5302-285

E-mail: gesundheitsmanagement@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/GM>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Der Lehrstuhl für Gesundheitsmanagement besteht seit Oktober 2000 und ersetzt den bisherigen Lehrstuhl für Operations Research (Prof. Dr. Manfred Meyer). Entsprechend wird eine inhaltliche Neuausrichtung vorgenommen, die aber noch nicht in allen Einzelheiten feststeht. In Forschung und Lehre wird der Lehrstuhl auf den folgenden vier Säulen stehen:

- Kostenträger im Gesundheitswesen (insbes. GKV und PKV)
- Ökonomische Aspekte der ambulanten ärztlichen Versorgung
- Krankenhausmanagement
- Pharmabetriebslehre

Einen Schwerpunkt in der Forschungstätigkeit wird die ökonomische Evaluationsforschung medizinischer Innovationen darstellen.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

Da der Lehrstuhl erst seit Oktober 2000 existiert, wurden noch keine Forschungsvorhaben bzw. Dissertationen beendet.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Ökonomische Aspekte der Gendiagnostik

Die beeindruckende Entwicklung im Bereich der Biotechnologie hat Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche des menschlichen Lebens. Die Begriffe „Genomanalyse“ und „Gendiagnostik“ sind seit einigen Monaten aufgrund des explosionsartig ansteigenden genetischen Wissens in das Zentrum der öffentlichen Diskussion geraten. Neben einer Reihe von medizinischen und ethischen Aspekten sind dabei insbesondere auch (gesundheits-)ökonomische Aspekte zu berücksichtigen. So ist beispielsweise zu überprüfen, ob ein bevölkerungsweites genetisches Screening auf Krankheitsveranlagungen

auch wirtschaftlich gesehen Sinn macht. Entsprechende Modellrechnungen wurden und werden am Lehrstuhl durchgeführt.

Kaum eine Frage wird allerdings im Zusammenhang mit den Möglichkeiten zur Analyse des menschlichen Genoms so heftig diskutiert, wie die Nutzung der Ergebnisse im Bereich des Versicherungsschutzes. Im Gegensatz zur Genomanalyse bei anderen Anlässen ist im Bereich der Versicherung ein Eigeninteresse der Betroffenen an der Offenlegung ihrer genetischen Veranlagung kaum ersichtlich. Im Gegenteil: Für den Versicherungsnehmer ist die Offenlegung in der Regel nachteilig, weil er gegebenenfalls ungünstigere Versicherungsbedingungen akzeptieren muß, vor allem aber Fremden Informationen gibt, die zum Kernbereich seiner Persönlichkeit zählen. Das Interesse der Antragsteller liegt ausschließlich im Abschluß eines Versicherungsvertrags, Genanalysen sind dabei im Regelfall eher hinderlich.

Eine Abschätzung des Risikos von Antragstellern wurde allerdings zumindest in der privaten Versicherungswirtschaft schon immer vorgenommen. Man könnte demzufolge davon ausgehen, daß Gentests nur ein neues Werkzeug darstellen. Genetische Tests für Erkrankungen, die bereits manifest sind, bereiten in diesem Zusammenhang auch keine neuen Probleme. Diese entstehen nur, wenn die Krankheit, auf die getestet wird, noch nicht manifest ist. Die Genomanalyse unterscheidet sich dabei im Vergleich zu herkömmlichen Diagnoseverfahren erheblich, beispielsweise durch die Unabhängigkeit der Ergebnisse vom Alter, vom klinischen Status und vom verwendeten Gewebe, die notwendige Menge an Proben, die Auswirkungen auf die Familie, die Korrelationen zwischen Genmutationen und ethnischer Zugehörigkeit, den Mangel an Interventionsmöglichkeiten, die Quantität der Daten und die mögliche soziale Stigmatisierung. Genetische Tests schaffen demzufolge eigentlich keine neuen Probleme, sie heben aber bestehende Probleme besonders hervor und verleihen ihnen ein zunehmendes Gewicht. Während derzeit nur auf sehr wenig Gendefekte direkt getestet werden kann und die Aussagen noch unsicher sind, ist die Entwicklung von „Multiplextests“ oder „Genchips“ in vollem Gange, mit denen auf Hunderte von Krankheiten und jeweils den häufigsten verantwortlichen Gendefekten sehr preiswert getestet werden kann. Dieses wird die Versicherungsbranche erheblich tangieren. Es geht insbesondere um die Frage, ob ein Vertrag überhaupt zustande kommt und zu welchen Konditionen. Die größte Bedeutung haben die neuen Erkenntnisse im Bereich der Gendiagnostik in der Kranken- und Lebensversicherung.

Aktuell besteht die Frage, inwieweit Antragsteller verpflichtet sind, die Ergebnisse bereits durchgeföhrter Tests offenzulegen bzw. einen oder mehrere Gentests im Rahmen des Antragsverfahrens durchführen zu lassen. Gesundheitspolitisch nicht akzeptabel wäre die Tatsache, daß Personen aus Angst vor diskriminierenden Maßnahmen der Versicherungsbranche davon abgehalten werden, aus medizinischer Sicht für sie sinnvolle genetische Tests durchzuführen bzw. mit dem Test zu warten, bis ein Versicherungsvertrag abgeschlossen wurde. Für eine erfolgreiche Intervention kann es dann bereits zu spät sein. Auch das „Recht auf Nichtwissen“, das höchstrichterlich den Bürgern zugestanden wird, muß gewährleistet bleiben. Es besteht demzufolge ein Problem der Abwägung. Die (berechtigten) ökonomischen Interessen von privaten Versicherungsunternehmen (und der bei ihnen organisierten Versichertengemeinschaft) müssen abgewogen werden gegenüber der sozialen Verantwortung dieser Unternehmen. Wo soll die Grenzlinie zwischen akzeptabler und nicht mehr akzeptabler Risikoprüfung gezogen werden? Hier sind noch eingehende Diskussionen aller Beteiligten not-

wendig. Im folgenden soll kurz auf die spezifische Problemlage bei der Kranken- und Lebensversicherung eingegangen werden und Lösungsmöglichkeiten skizziert werden.

Krankenversicherung wird in allen entwickelten Volkswirtschaften (vielleicht mit Ausnahme der USA) quasi als ein Grundrecht der Bevölkerung angesehen. Aus diesem Grund ist die Krankenversicherung in vielen Ländern rein staatlich oder parafiskalisch organisiert. Nur in wenigen Ländern wird der privaten Krankenversicherung die Möglichkeit geboten, vollen Versicherungsschutz anzubieten. Da in Deutschland die privaten Krankenversicherungsunternehmen bei der Krankheitskostenvollversicherung auf das ordentliche Kündigungsrecht verzichtet haben, müssen sie bestrebt sein, das gesundheitliche Risiko des Antragstellers möglichst genau abzuschätzen. Wird das Risiko systematisch unterschätzt, so müßte das Versicherungsunternehmen über kurz oder lang vom Markt verschwinden. Durch die verbesserten Möglichkeiten der Gendiagnostik können in Zukunft die Risiken weitaus besser abgeschätzt werden, denkbar ist eine „Superselektion“: Genfitte erhalten Versicherungsschutz enorm günstig, Personen, die Genmutationen aufweisen, wird der private Versicherungsschutz verweigert. Ein sozialpolitisch nicht akzeptables Rosinenpicken zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung wäre die Folge. Da eine gesetzliche Regelung dieses Problems bislang aussteht, muß geklärt werden, inwieweit Versicherungsunternehmen die Durchführung von Gentests vor Vertragsabschluß verlangen können und inwieweit die Versicherungsnehmer verpflichtet sind, Ergebnisse bereits durchgeführter Gentests offenzulegen. Es existieren mehrere mögliche Optionen zur Lösung des Genom-Problems für die Krankenversicherung, die von der Abschaffung der PKV und damit der risikogerechten Prämienkalkulation, über das Verbot der freiwilligen GKV-Versicherung bei gleichzeitigem Kontrahierungszwang mit begrenzten Prämiezuschlägen bei der PKV bis hin zum obligatorischen Abschluß einer „Gentest-Versicherung“ reichen. Ein Kompromiß, der ohne große Eingriffe ins System verwirklicht werden könnte, allerdings praktisch nicht einfach umzusetzen ist, könnte folgendermaßen aussehen: Die Versicherungsnehmer müssen gefahrerhebliche Tatbestände offenlegen, die Gefahrerheblichkeit wird dahingehend präzisiert, daß eine Disposition nur angegeben werden muß, wenn die Krankheit mit Sicherheit und in nächster Zukunft ausbrechen wird. Das außerordentliche Kündigungsrecht wird auf einen bestimmten Zeitraum (z.B. 3 Jahre) begrenzt.

Im Vergleich zur Krankenversicherung gibt es in der Lebensversicherung zwei Aspekte, die besonders bedeutsam sind: Zum einen das große Risiko der adversen Selektion und zum anderen die wesentlich geringere soziale Notwendigkeit zum Abschluß eines entsprechenden Versicherungsvertrags. Deshalb könnte nach allgemeiner Auffassung eine Abklärung der genetischen Risiken der Versicherungsnehmer bei Lebensversicherungsverträgen eher statthaft sein als in der Krankenversicherung. In Deutschland spricht man bei der Lebensversicherung aber von der 3. Säule der Altersvorsorge, die erheblich steuerbegünstigt ist. Dieses wäre in Frage zu stellen, wenn ein großer Teil der Bevölkerung keinen Zugang mehr zum Versicherungsschutz hätte. Auf den ersten Blick könnte die Gefahr der adversen Selektion als gering betrachtet werden, da die Nachfrage nach Versicherungsschutz eine natürliche Grenze hat, da zu Lebzeiten die Prämien bezahlt werden müssen. Entwickelt sich allerdings ein Sekundärmarkt für Versicherungspolicen, bei dem Dritte, denen die eigene schlechte Genkonstitution nachgewiesen wurde, die Police als günstige Kapitalanlage kaufen, werden Versicherungsunternehmen, die von dieser Konstitution keine Kenntnis haben, schnell zahlungsunfähig werden. Hier ist demzufolge ein Schutz der Versicherungsunternehmen unabdingbar, gleichzeitig müssen aber auch die Rechte der potentiellen Versicherungsnehmer gewahrt bleiben. Ein Kompro-

miß könnte in diesem Bereich folgendermaßen aussehen: Man akzeptiert, daß Lebensversicherungsschutz sozial notwendig ist und der größte Teil der Bevölkerung Zugang dazu haben sollte. Bis zu einer Versicherungssumme, die den „normalen“ Bedürfnissen des Versicherungsnehmers entspricht, könnte man den Versicherungsunternehmen die Nutzung von genetischen Informationen oder zumindest das Verlangen nach Durchführung eines Gentests untersagen. Bei über der Grenze liegenden Versicherungssummen können die Versicherungsunternehmen frei entscheiden, auf welcher Datengrundlage sie ihre Kontrahierungsentscheidung basieren lassen wollen.

Derzeit besteht in der Versicherungsbranche noch kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Die technischen Möglichkeiten der Gendiagnostik werden sich aber in den nächsten Jahren rapide weiterentwickeln und die skizzierten Auswirkungen könnten Wirklichkeit werden. Es muß ein breiter gesellschaftlicher Konsens gefunden werden, um hier zu einer allgemein akzeptablen Lösung zu gelangen.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls

5.1 Beiträge in Sammelwerken

Schöffski, O.: Genetische Diagnostik und private Krankenversicherung. In: Raem, A. M.; Braun, R. W.; Fenger, H.; Michaelis, W.; Nikol. S.; Winter, S. (Hrsg.): Gen-Medizin. Eine Bestandsaufnahme. Berlin, Heidelberg, New York: Springer 2000, S. 699-714.

5.2 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Schöffski, O.; Ruof, J.; Pirk, O.; Schulenburg, J.-M. Graf v.d.; Zeidler, H.: Topisches Diclofenac versus orale NSAR in der Therapie der Gonarthrose und Fingerarthrose - Eine Kostenanalyse. Aktuelle Rheumatologie 25, 1/2, 2000, S. 61-68.

Schöffski, O.; Schmidtke, J.; Stuhrmann, M.: Cost-effectiveness of population-based genetic hemochromatosis screening. Community Genetics 3/2000, S. 2-11.

Greiner, W.; Schöffski, O.; Schulenburg, J.-M. Graf v.d.: The transferability of international economic health-economic results to national questions. HEPAC Health Economics in Prevention and Care 1, 2, 2000, S. 94-102.

Schöffski, O.: Die Teilnahme und Zahlungsbereitschaft bei Gentests. Medizinische Genetik 12, 4, S. 499-508.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Industriebetriebslehre

Prof. Dr. Kai-Ingo Voigt

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-244

Fax.: 0911 / 5302-238

E-mail: voigt@industriebetriebslehre.de

URL: <http://www.industriebetriebslehre.de>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Theoretische Fundierung des strategischen Managements
- Zeitwettbewerb
- Produktionsmanagement
- Umweltmanagement im Industriebetrieb
- Management produktergänzender Dienstleistungen
- Beschaffungsmanagement
- Effizienzbetrachtungen der betrieblichen Leistungserstellung
- Einfluss des eBusiness auf den Produktverbindungs handel (Desintermediation)
- Technologie- und Innovationsmanagement:
 - Roadmapping
 - Innovationscontrolling
 - Innovationsnetzwerke und F&E-Kooperationen
- Existenzgründung:
 - Businessplan als Management-Instrument
 - Gründung und Entwicklung von innovativen Start-ups
 - Know-how-Entwicklung und Prognose im Zeitablauf bei Jung-Unternehmen
 - Bewertung von innovativen Geschäftsideen und Ableitung der Umsetzungsschritte
- Minority Leadership

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Verbesserung des Informationsstandes am Beispiel eines mittelständischen Industriebetriebes

Kooperationspartner: WALTHER Dachziegel GmbH, Langenzenn

Bearbeiter: Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dr. Ulrich Dörrie, cand. rer. pol. Richard Wander

Charakterisierung: Auf Basis einer Benchmarking-Analyse in der betrachteten Branche und einer Befragung des Baustoffhandels werden die Werbeinhalte des Dachziegel-Herstellers in den verschiedenen Medien untersucht und bewertet. Hierbei zeigt sich eine absehbare Verschiebung des Werbeschwerpunkts auf das Internet mit einer stärkeren Direktansprache des Endkunden.

3.2 Industrielle Beschaffungskooperationen in der Region Nürnberg

Bearbeiter: Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dipl.-Kfm. Marcus Thiell, cand. rer. pol. Julia Schäfer
Projektstart und –ende: Januar 2000 – April 2000
Charakterisierung: Empirische Untersuchung von 122 Unternehmen des produzierenden Gewerbes in der Region Nürnberg bezüglich Gestaltungsaspekten und Erfolgspotenzialen horizontaler Beschaffungskooperationen.

3.3 Beschaffungsmarketing via Internet

Kooperationspartner: Quelle AG, Fürth
Bearbeiter: Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dipl.-Kfm. Marcus Thiell, cand. rer. pol. Thorsten Leidermann
Projektstart und –ende: Mai 2000 – September 2000
Charakterisierung: Entwicklung einer theoretischen Konzeption für ein „Beschaffungsmarketing via Internet“ und dessen Übertragung auf einen Beschaffungsbereich der Quelle AG.

3.4 Integriertes Innovationscontrolling

Bearbeiter: Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dipl.-Kff. Carla Sturm
Projektstart und –ende: April 2000 – September 2000
Charakterisierung: Ausgehend von den Defiziten der „traditionellen“ Instrumente des Innovations- und Projektcontrollings, wird ein integriertes Konzept entwickelt, das – basierend auf dem Grundgedanken des proaktiven Kostenmanagements – Innovationsobjekte schon in der Planung von Projektinhalt und Projektumfang kritisch auf ihre Wertschöpfungsbeiträge hin bewertet und auswählt.

3.5 Einsatzformen und Auswirkungen von Electronic Business auf die wertschöpfenden Prozesse mittelständischer Investitionsgüterhersteller

Bearbeiter: Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dipl.-Kfm. Roland Weber, cand. rer. pol. Daniela May
Projektstart und –ende: Februar 2000 – August 2000
Charakterisierung: Aufbauend auf einer Darstellung spezifischer Merkmale von Investitionsgüterherstellern wird ein Referenzmodell entwickelt, das der weiteren Analyse zugrunde liegt. Untersucht wird dann, ob und ggf. in welchem Ausmaß die Marktwahl- und Produktentwicklungsprozesse, die Geschäftsbereitstellungsprozesse, die Order-to-Payment-Prozesse und die Controlling- und Unternehmensentwicklungsprozesse vom Electronic Business tangiert werden.

3.6 Elektronische Marktplätze im B2B-Bereich

Kooperationspartner: Diverse Unternehmen
Bearbeiter: Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dipl.-Kfm. Stefan Landwehr, cand. rer. pol. Armin Zech
Projektstart und –ende: April 2000 – Oktober 2000
Charakterisierung: Basierend auf einer theoretischen Betrachtung von Elektronischen Marktplätzen aus funktionaler und prozessualer Sicht und einer Expertenbefragung, werden die Erfolgspotenziale für Elektronische Marktplätze sowohl aus Anbieter- als auch aus Nachfragersicht näher untersucht. Dabei werden die Erfolgsdimensionen Kosten, Qualität und Zeit zugrunde gelegt und potenzielle Auswirkungen aufgezeigt.

3.7 Unternehmensgründung und Unternehmenskultur

Bearbeiter: Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dipl.-Kfm. Stefan Landwehr, cand. rer. pol. Jochen Kölz
Charakterisierung: Haben neu gegründete Unternehmen bereits eine Unternehmenskultur? Wenn ja – wie unterscheidet sich diese von der Unternehmenskultur etablierter Firmen? Wie sieht das Konzept des „kulturbewussten Managements“ neu gegründeter Unternehmen aus? Die Arbeit geht auch der Frage nach den Erfolgsfaktoren bei Neugründungen nach und differenziert in der Analyse zwischen Vorgründungs- und Gründungsphase.

3.8 Desintermediation im B2B-Bereich – Herausforderungen des eBusiness für den Großhandel

Kooperationspartner: Josef Blässinger GmbH & Co. KG, Heilbronn
Bearbeiter: Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dipl.-Kfm. Marcus Thiell, Dipl.-Kfm. Roland Weber
Charakterisierung: Untersucht wird die Frage, ob der Trend zum eBusiness mit einem „Händlersterben“ im Business-to-Business-Bereich verbunden sein wird. Zu diesem Zweck werden zunächst die Händlerfunktionen systematisiert. Kernstück der Untersuchung ist die Betrachtung verschiedener Wertschöpfungsketten-Modelle im B2B-Bereich und die Ableitung strategischer Optionen für dort tätige Großhändler.

3.9 MiLEON – Minority Leadership European Network (Pilotstudie)

Kooperationspartner: Policy Research Institute on Ageing and Ethnicity, University of Bradford, Großbritannien; Institut de Formation des Travailleurs Sociaux, Echirolles, Frankreich; Europäische Kommission, Brüssel, Belgien
Bearbeiter: Prof. Dr. Brij N. Kumar (†), Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dipl.-Kff. Fazilet Feyzioglu
Charakterisierung: Ziel der ersten Phase dieses länderübergreifenden Forschungsprojekts ist die empirische Befragung von 30 „Minority Leaders“ (Führungskräften aus Minderheiten) in den Ländern Frankreich, England und Deutschland. Es zeigt sich, dass diese Führungskräfte sowohl Vorbildfunktion gegenüber der eigenen Minderheit haben als auch – dank ihres multikulturellen Hinter-

grunds – im besonderen Maße in der Lage sind, Vorbehalte gegenüber der Minderheit abzubauen und möglichen Tendenzen zur Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Der Aufbau eines organisierten Netzwerks unterstützt dieses nachhaltig.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Roadmapping: Integriertes zeitorientiertes Technologie- und Innovationsmanagement

Bearbeiter: Prof. Dr. K.-I. Voigt, Dr. Ulrich Dörrie

Projektstart und –ende: September 2000 – Dezember 2000

Zum Technologiemanagement auf der einen Seite und zum Innovationsmanagement auf der anderen Seite besteht bereits ein recht leistungsfähiges Instrumentarium. Jedoch fehlt noch weitgehend ein Konzept, das beide Managementbereiche bzw. –ebenen miteinander verknüpft. Der Prozess dieser Verknüpfung lässt sich als Roadmapping bezeichnen, die visuelle Darstellung des Ergebnisses als (technologische) Roadmap des Unternehmens.

Roadmapping ist als strategische Planungstechnik auf optimalem Abstraktionsniveau ein zukunftsbezogenes Navigationssystem zur Abbildung betrieblicher (oder auch branchenbezogener) Technologielandschaften und deren marktlicher Bedeutung bzw. Hintergründe.

Entsprechend ist eine (Technologie-) Roadmap ein Planungsdokument, das den Roadmapping-Prozess ordnet, zusammenfasst und bildlich darstellt. Objekte (Inhalte) der Roadmap – entsprechend dem Vorgehen im Roadmapping – können sowohl

- Produkte als auch Verfahren (Prozesse),
- Innovationen als auch Technologien,
- Bedarfe als auch Potenziale,
- Märkte/Regionen als auch Kunden

sein.

Von der Ausrichtung und Prägung her können die Roadmaps betrieblich individuell oder branchenübergreifend sein.

Die formale Grundstruktur der Roadmap lässt sich dabei wie folgt darstellen:

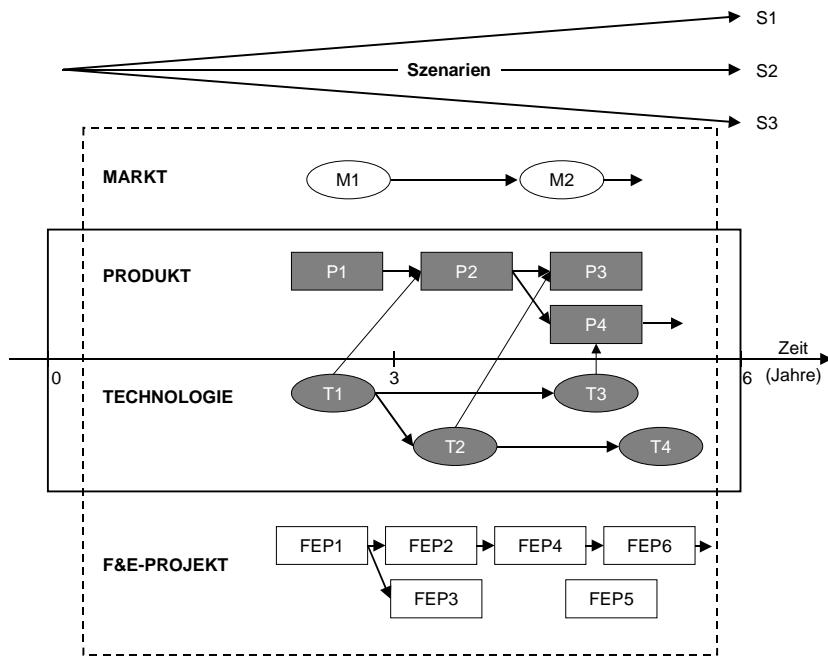


Abb. 1: Formale Grundstruktur einer Roadmap

Ein entscheidender Aspekt, der das Roadmapping – neben der konsequenten Zeitorientierung – von schon bekannten Managementansätzen unterscheidet, ist die Anpassung des Abstraktions- bzw. Aggregationsgrades der Planung.

So können „Produkte“ der Roadmaps – je nach Darstellungsgenauigkeit – sowohl Komponenten bzw. Baugruppen, Fertigprodukte, Systeme oder Supersysteme sein.

Der Ablauf des Roadmapping ist im Rahmen einer schon bestehenden oder neu zu schaffenden Workshop-Struktur denkbar. Dabei sind folgende Schritte zu durchlaufen:

1. Definition des Untersuchungs- bzw. Betrachtungsobjekts;
2. Ermittlung des Datenrahmens unter Verwendung der Delphi-Methode und der Szenario-Technik;
3. Ableitung der Zielmärkte, der Produkt- bzw. Prozessinnovationen und der zu ihrer Realisierung notwendigen Technologien; je nach spezifischer Ausrichtung des Unternehmens stehen die Innovationen (Market-pull-Strategie) oder die Technologien (Technology-push-Strategie) am Anfang der Analyse;
4. Variation des Aggregationsgrades der Betrachtung bis zum „optimalen“ Realisationsniveau;
5. Ableitung konkreter Maßnahmen;
6. Periodische Überarbeitung bzw. Fortschreibung der Roadmaps im Sinne der revolvierenden Planung.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass die Positionierung der eigenen Roadmaps im Zeitablauf und im Wettbewerbs-Kontext im Grunde auch die Entscheidung des Unternehmens über die Position im Zeitwettbewerb erfordert. Somit stellt „Roadmapping“ lediglich den integrativen Rahmen dar, in den schon bekannte Methoden, Konzepte und Planungstechniken (S-Kurve, Technologieportfolio, QFD, Meilen-

steinanalyse etc.) und neue Ansätze (Theorie des Technologieübergangs, Zeitwettbewerb, Innovationspipeline, Technologiekostenanalyse etc.) ihren Platz finden.

Die Güte der erstellten Roadmap in die (technologische) Zukunft des Unternehmens hängt jedoch zu einem großen Teil auch von dem (unternehmensindividuell zu gestaltenden) Roadmapping-Prozess ab.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Beiträge in Sammelwerken

Scheffler, W.; Voigt, K.-I.; Thiell, M.; Weber, R.: Entwicklungsperspektiven im Electronic Business – Einführung und Überblick, in: Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Wiesbaden 2000, S. 3-18

Thierauf, A.; Voigt, K.-I.: Businessplan-Wettbewerbe und ihre Bedeutung für die Unternehmensgründung – Erfahrungen aus dem BPW Nordbayern, in: Buttler, G.; Hermann, H.; Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.), Existenzgründung – Rahmenbedingungen und Strategien, Heidelberg 2000, S. 215-228

Voigt, K.-I.: Macht und Marktmacht – und wie man sie im Zaun hält, in: Wanke, G. (Hrsg.), Über die Macht, Erlanger Forschungen, Erlangen (erscheint 2001)

Voigt, K.-I.: Zeitwettbewerb, in: Götze, U.; Mikus, B.; Bloech, J. (Hrsg.), Management und Zeit, Heidelberg 2000, S. 193-220

Voigt, K.-I.; Thiell, M.; Weber, R.: Desintermediation im B2B-Bereich – Herausforderungen des e-Business für den Großhandel, in: Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Wiesbaden 2000, S. 107-132

5.2 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Voigt, K.-I.; Sturm, C.: Integriertes Innovationscontrolling, in: Kostenrechnungspraxis (krp), 45. Jg. 2001, Nr. 1, S. 7-12

5.3 Sonstiges

Buttler, G.; Hermann, H.; Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.): Existenzgründung – Rahmenbedingungen und Strategien, Heidelberg 2000

Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven im Electronic Business – Grundlagen, Strukturen, Anwendungen, Wiesbaden 2000

B. Volkswirtschaftliches Institut

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. Günter Buttler

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

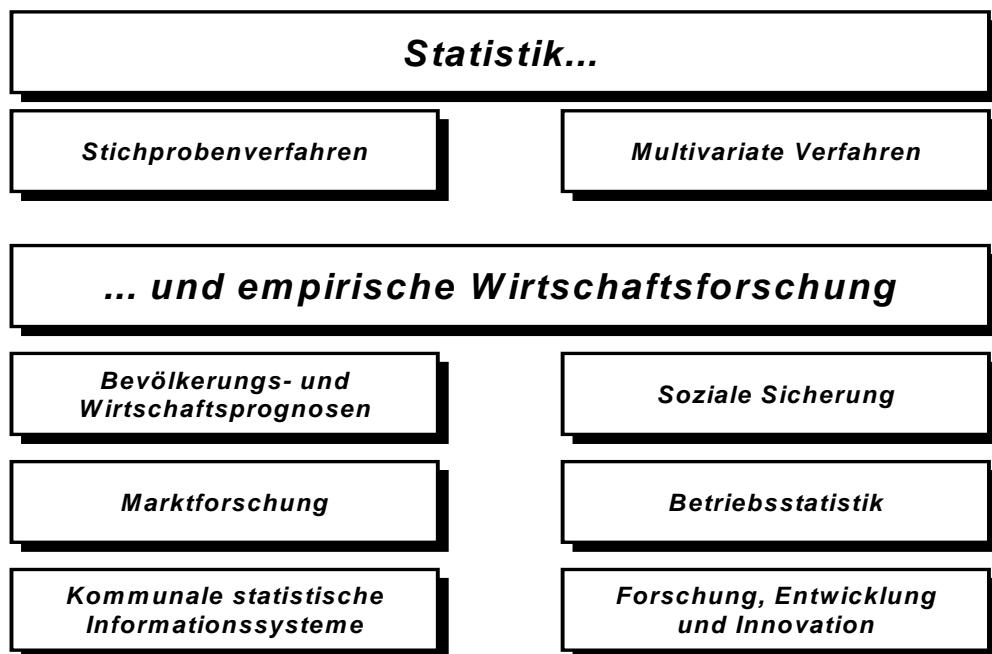
Tel.: 0911/5302-268

Fax: 0911/5302-178

E-mail: sachse@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/s1/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls



3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Modellrechnungen zur Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung

Bearbeiter: Prof. Dr. G. Buttler
Projektstart und -ende: Januar 1999 - Oktober 2000
Charakterisierung: Bei den seit längerem bearbeiteten Modellrechnungen wurde ein Feintuning vorgenommen. Außerdem erfolgten Sensitivitätsrechnungen zu den Auswirkungen von alternativen Lebenserwartungen und Verzinsungsannahmen.

3.2 Kundensegmentierung für Haarstyling-Produkte: Erprobung neuer Instrumente der Clusteranalyse

Kooperationspartner: GfK AG
Bearbeiter: Privatdozent Dr. Norman Fickel
Projektstart und –ende: Dezember 1999 - Dezember 2000
Charakterisierung: Eine Segmentierung von Kunden wird erschwert, wenn die Merkmale auf unterschiedlichen Skalenniveaus gemessen werden. Es wurde untersucht, welchen Beitrag hier das Paare-Verfahren der Clusteranalyse in einem konkreten Datensatz leisten kann.

3.3 Zerlegung der Variabilität einer Zeitreihe nach beobachteten Einflussfaktoren

Bearbeiter: Privatdozent Dr. Norman Fickel
Projektstart und –ende: April 1999 - September 2000
Charakterisierung: Eine Sequenzialregression ermöglicht es, ein Bestimmtheitsmaß auf alle Einflussfaktoren aufzuteilen. Für einen veröffentlichten Datensatz zur Umsatzentwicklung in einem Einzelhandelsgeschäft lässt sich so die relative Wichtigkeit der einzelnen Faktoren ermitteln.

3.4 Konstruktion eines neodeskriptiven Interpretationsrahmens für Regressionskoeffizienten

Bearbeiter: Privatdozent Dr. Norman Fickel
Projektstart und –ende: April 1999 - September 2000
Charakterisierung: Eine Sequenzialregression liefert Regressionskoeffizienten für unterschiedliche Arten von Einflüssen. Der zu Grunde liegende neodeskriptive Ansatz erlaubt es, einen Rahmen für die Verwendungsebenen der Indikation, Determination und Interpretation zu konstruieren.

3.5 Überlegungen zur Vorgehensweise bei der Qualitätsbeurteilung der Statistik

Bearbeiter: Prof. Dr. Siegfried Maaß
Projektstart und –ende: Februar 1999 - Oktober 2000

Charakterisierung: Kriterien zur Beurteilung der Qualität statistischer Daten und der Prozesse ihrer Gewinnung; Möglichkeit der Übertragung der Vorgehensweise auf Gesetze und ihre Gewinnung.

3.6 Bewertung einer Aktienanleihe

Bearbeiter: Oleg Müller
Projektstart und –ende: Juni 1999 - März 2000
Charakterisierung: Der aktuelle Markt für Aktienanleihen wurde im Internet recherchiert und bekannte Bewertungsverfahren verglichen. Darauf aufbauend konnten Tabellenkalkulations-Makros entwickelt werden, mit denen sich Bewertungen praktisch durchführen lassen.

3.7 Evaluation der zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe - dargestellt am Beispiel Bayern

Bearbeiterin: Claudia Schroth
Projektstart und –ende: Januar 2000 - Juli 2000
Charakterisierung: Kritische Auseinandersetzung und Evaluation der von der Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit Bayern (LAGZ) durchgeföhrten zahnmedizinische Gruppenprophylaxe in bayerischen Schulen

3.8 Kostenbetrachtung der Prozesskette „Recycling aluminiumhaltiger Verpackungen in Deutschland“

Kooperationspartner: Forschungszentrum Jülich
Bearbeiter: Thomas Liebetruth
Projektstart und –ende: November 1999 - April 2000
Charakterisierung: Kostenuntersuchung und Kostenvergleich verschiedener Aluminium-Recyclingprozesse. Teilprojekt des Sonderforschungsbereichs 525 "Ressourcenorientierte Gesamtbetrachtung von Stoffströmen metallischer Rohstoffe" beim Forschungszentrum Jülich.

3.9 Schätzung des Aufkommens und der Verwendung von Aluminiumschrott und dessen Projektion für die Bundesrepublik Deutschland

Kooperationspartner: Forschungszentrum Jülich
Bearbeiter: Robert Butscher
Projektstart und –ende: November 1999 - April 2000
Charakterisierung: Projektion zur Abschätzung der zukünftigen quantitativen Bedeutung des Recyclings von Aluminium. Teilprojekt des Sonderforschungsbereichs 525 "Ressourcenorientierte Gesamtbetrachtung von Stoffströmen metallischer Rohstoffe" beim Forschungszentrum Jülich.

3.10 Möglichkeiten der Erfolgsmessung und –steuerung einer internetbasierten Wissensdatenbank am Beispiel von Siemens Medizintechnik TD

Kooperationspartner: Siemens Medizintechnik TD

Bearbeiter: Andreas Herdegen

Projektstart und –ende: Januar 2000 - August 2000

Charakterisierung: Die Wissensdatenbank der Siemens Medizintechnik Technischer Dienst wurde dargestellt und in den Kontext des Wissensmanagements eingereiht. Darüber hinaus wurde die Möglichkeiten der Erfolgsmessung und –steuerung solcher Datenbanken eruiert und wissenschaftlich aufbereitet.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Informationsmanagement in der betrieblichen Marktforschung

Bearbeiter: Dr. Bernd Christian

Projektzeitraum: Januar 1997 - November 2000

Informationen über Märkte haben für ökonomische Entscheider schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Im Gefolge der Diskussion über die Informationsgesellschaft ist die Wichtigkeit dieser intangiblen Ressource allerdings noch stärker in das Zentrum der Aufmerksamkeit von Praktikern und Wissenschaftlern gerückt. Im Rahmen dieses Forschungsprojektes sollte untersucht werden, wie die Information aus Stabsstellen in Unternehmen zu organisieren sei, damit sie den Entscheidern in der richtigen Qualität und Quantität zugehen kann. Hierfür wurde ein systemisch-konstruktivistischer Blickwinkel angelegt, der Information nicht als existierende Einheit betrachte, die subjektunabhängig existiert, sondern als Konstruktion eines jeden Einzelnen. Daraus ergibt sich, dass die gängige Vorstellung zur Übertragbarkeit der Information nicht aufrecht erhalten werden kann. Vielmehr schafft sich jedes Individuum seine eigenen Information, indem es externe Vorgänge (und damit auch Daten) subjektiv interpretiert.

Dies hat für das Informationsmanagement weitreichende Konsequenzen, wenn es versucht, Information in einem Unternehmen vom Ort der Erstellung (beispielhaft wurde hierfür der Bereich der betrieblichen Marktforschung gewählt) zum Ort der Entscheidung zu transferieren. Zusammenfassend wird dafür plädiert, dass das Informationsmanagement multipersonal, dezentral und adaptiv angelegt wird. Dies soll im Folgenden anhand der Systemgestaltungsdimensionen erläutert werden.

Betrachtet man den Prozess des Informationsmanagements, so kann vereinfacht davon gesprochen werden, dass der Input Information in den Output Entscheidung zu transferieren ist. Beachtet man dabei oben Gesagtes, so muss festgestellt werden, dass hierbei zwei verschiedene Ordnungen der Information vorliegen: zum einen die von der Marktforschung generierte Information (im Sinne des Ergebnisses einer Datenanalyse), die die Information erster Ordnung darstellt; zum anderen die vom Empfänger subjektiv interpretierte Information (also eine eigene Sicht der Dinge). Um dabei möglichst wenig Reibungen zwischen den beiden Ordnungen entstehen zu lassen, ist es notwendig, dass sich die betriebliche Marktforschung nicht als Informationslieferant sieht, sondern in einer teilnehmenden Moderatorrolle, die versucht, die gefundenen Informationen gemeinsam mit den Entscheidern anhand

des jeweiligen Entscheidungsproblems zu entwickeln. Hierfür eignen sich Bezugsrahmen als „Redeinstrumente“, die helfen, die relevanten Aspekte der generierten Information festzustellen.

Auf einer organisationalen Ebene bedeutet diese Forderung, dass der betriebliche Marktforscher aus seiner Isolierung der Stabsstelle treten muss und in den Entscheidungsprozess zu integrieren ist. Dies ermöglicht nicht nur eine weitgehende Informationskongruenz, sondern ermöglicht auch eine prozessorientierte Organisation, wie sie in modernen Managementkonzepten häufig dargestellt wird. Um dabei die Spezialistenvorteile einer Stabsstelle nicht zu verlieren, sind die im Unternehmen verteilten Marktforscher virtuell zu einer Gruppe zusammenzufassen. Dies heißt, dass Marktforschung direkt bei der Entscheidung betrieben wird (ohne dass dies von den Entscheidern selbst zu bewerkstelligen ist) und zugleich, dass Spezialistenwissen – da explizit virtuell organisiert – nicht verloren geht.

Technologisch findet diese Organisationsform durch ein Data Warehouse und elektronische Marktplätze eine Unterstützung. Das Data Warehouse ermöglicht über alle Entscheidungsbereiche hinweg einer virtuellen Gruppe Marktforschung Zugang zu allen Daten. Hierdurch kann ein Informationstransfer gewährleistet werden. Durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz kann dies sogar proaktiv geschehen, d.h. der im Entscheidungsprozess eingebundene Marktforscher wird automatisch über für ihn relevante Bereiche informiert. Eine Schwäche früherer Management-Informationssysteme, die unmittelbar für den Entscheider konzipiert wurden, entfällt somit, da an diesen Stellen keine Informationsüberflutung mehr stattfindet. Auf elektronischen Marktplätzen öffnet sich die betriebliche (virtuelle) Marktforschungsabteilung hin zu externen Anbietern. So können Studien gemeinsam bestellt und/oder bearbeitet werden. Redundanzen, die stellenweise hohe Kosten nach sich ziehen, sind dadurch ausgeschaltet.

Selbstverständlich erfordern diese Veränderungen auch neuartige Fähigkeiten bei den Mitarbeitern. Die Marktforscher müssen lernen, Information und Wissen nicht mehr nur methodisch zu generieren, sondern unmittelbar in Entscheidungen zu transferieren. Dies erfordert einen erhöhten Trainingsbedarf. Neben diesem Aufbau von Fähigkeiten müssen die Mitarbeiter jedoch auch motiviert sein. Aufgrund der dezentralen Verortung der betrieblichen Marktforschung ist dabei an eine Prämienentlohnung zu denken. Dadurch, dass den marktforscherischen Handlungen nun unmittelbar Erfolg zugerechnet werden kann, ist durchaus vorstellbar, dass Teile der Entlohnung an die erfolgsverursachende Informationserstellung gekoppelt werden. Diese Form der Entlohnung ist in Stabsstellen nicht machbar.

Zusammenfassend zeigt sich, dass es dem Unternehmen als Gesamtsystem durch eine Auflösung der betrieblichen Marktforschung als eigene Stabsstelle erleichtert wird, Informationen aus der Umwelt zu generieren. Durch die Dezentralisierung und Verstärkung der personellen Basis erhöht sich die Aufmerksamkeitskapazität des Unternehmens enorm, was in einer turbulenten Umwelt zu einem erheblichen Wettbewerbsvorteil werden kann.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Buttler, G.; Herrmann, H.; Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.): Existenzgründung: Rahmenbedingungen und Strategien, Heidelberg 2000.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Buttler, G.; Christian, B.: Repräsentativität von Online-Umfragen, in: Scheffler, W.; Voigt, K.-I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven im Electronic Business: Grundlagen, Strategien, Anwendungsfelder, Wiesbaden 2000, S. 203-216.

Buttler, G.; Fickel, N.: Clusteranalyse, in: Voß, W. (Hrsg.), Taschenbuch der Statistik, München 2000, S. 565-581.

Fickel, N.: Cluster analysis for variables with mixed measurement levels, in: Social Science Methodology in the New Millennium, CD-ROM, Köln, 2000, Paper 090501.

Fickel, N.: Multiple Regression und Korrelation, in: Voß, W. (Hrsg.), Taschenbuch der Statistik, München 2000, S. 511-563.

Fickel, N.: Partition of the coefficient of determination in multiple regression, in: Inderfurth, K. [u. a.] (Hrsg.), Operations Research Proceedings 1999, Berlin [u. a.] 2000, S. 154-159.

Maaß, S.: Mittelwerte, in: Voß, W. (Hrsg.), Taschenbuch der Statistik, München 2000, S. 113-136.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Fickel, N.: Rezension des Buches 'Statistical Modeling by Wavelets' von B. Vidakovic, in: Allgemeines Statistisches Archiv 84 (2000), S. 363f.

5.4 Arbeitspapiere

Buttler, G.; Klein, I.: Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung durch die Einführung einer Zusatzrente auf Kapitalbasis: Ergebnisse von Modellrechnungen bis zum Jahr 2045. Diskussionspapier 35/2000.

Fickel, N.: Messung supplementärer und partikularer Einflüsse mittels Sequenzialregression: Excel-Makropaket „SeqReg“. Diskussionspapier 34/2000.

Fickel, N.: Sequential Regression: A Neodescriptive Approach to Multicollinearity. Diskussionspapier

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Finanzwissenschaft

Prof. Dr. Karl-Dieter Grüske

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-200

Fax: 0911/5302-396

E-mail karl-dieter.grueske@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/v2/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Verteilungstheorie und Umverteilung durch öffentliche Einnahmen und Ausgaben
- Effektivität und Effizienz im öffentlichen Sektor
- Wirtschaftlichkeitsanalysen
- Reform der öffentlichen Verwaltung
- Theorie und Politik der öffentlichen Einnahmen
- Geschichte der ökonomischen Analyse
- Familienleistungs- und -lastenausgleich
- Bildungsökonomik
- Gesundheitsökonomik
- Public Choice-Theorie
- Theorie und Politik der Regulierung und der öffentlichen Unternehmen

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Klassiker der Nationalökonomie

Kooperationspartner: Verlag Wirtschaft und Finanzen (Verlagsgruppe Handelsblatt), Professor Dr. Bertram Schefold, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Bearbeiter: Professor Dr. K.-D. Grüske, Dr. Udo H. Raab, Dr. Silvia Simon, Dipl.-Volksw. Jobst Leikeb

Projektlaufzeit: laufend seit 1986 im zweimonatigen Turnus

Charakterisierung: Zu den Faksimile-Ausgaben klassischer Werke der Nationalökonomie werden Begleitbände erstellt, in denen neben Kommentaren international renommierter Wissenschaftler (darunter zahlreiche Nobelpreisträger) zu dem faksimilierten Werk und seinem Autor ein wissenschaftlicher Apparat beigefügt wird. Dieser wissenschaftliche Apparat, bestehend aus Epigrammatischem, Lebenslauf, Werkverzeichnis, Bibliographie und einer Zeittafel,

wird am Lehrstuhl erstellt. Im Jahr 2000 erschienen Kommentarbände zu den „Drei Flugschriften über den Münzstreit der sächsischen Albertiner und Ernestiner“, zu Isaac de Pinto, Ibn Khaldun, Thorstein B. Veblen, Rudolf Hilferding und Nassau W. Senior. Der Kommentarband zu Veblen wurde zudem insgesamt eigenverantwortlich herausgegeben.

3.2 Umverteilung in der Sozialversicherung: Begründung, Analyse und Bewertung in gegenwarts- und zukunftsorientierter Perspektive

Bearbeiterin:	Dr. Silvia Simon
Projektlaufzeit:	Oktober 1996 – Juli 2000
Charakterisierung:	Ziel des Projektes ist, die vielfältigen Umverteilungsmechanismen im System der Sozialversicherung einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Zum einen wird der Frage nachgegangen, ob es überhaupt eine ökonomische Rechtfertigung für die Koexistenz von Sozial- und Individualversicherung gibt. Zum anderen erfolgt eine kritische Analyse und Beurteilung der Umverteilungseffekte im Status quo sowie unter besonderer Betrachtung zukünftiger Entwicklungen – insbesondere der aktuellen Globalisierungstendenz. Eine umfassende Analyse des allokativen und distributiven Marktversagens belegt, daß die Sozialversicherung ihre Existenzberechtigung vornehmlich durch ihre distributive Zielsetzung erhält. Allerdings weist die Analyse der systematischen Umverteilung durch die Sozialversicherung im Vergleich mit den vorgegebenen Distributionsnormen auf ineffektive Umverteilung hin. Grundlage dafür sind profunde theoretische sowie empirische Studien. Zudem belegt die Arbeit, daß die zunehmende Globalisierung und der damit einhergehende Systemwettbewerb zusätzliche Herausforderungen darstellen, die eine redistributive Sozialversicherungspolitik sowohl in intra- als auch intergenerativer Perspektive erschweren wird.

3.3 Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Band 2/2000)

Bearbeiterin:	Dipl.-Volksw. Ute Leber
Projektlaufzeit:	Januar 2000 – April 2000
Charakterisierung:	Ziel des Projektes ist, mit Hilfe einer theoretischen und empirischen Analyse der Daten des IAB-Betriebspansels die betriebliche Verwendung des Instruments der Rückzahlungsklausel zu untersuchen. Dabei handelt es sich um ein Instrument, das den Arbeitnehmer im Falle eines Arbeitsplatzwechsels an den Weiterbildungskosten beteiligt, die dem vorhergehenden Arbeitgeber entstanden. Der theoretische Teil leitet auf der Basis ausgewählter humankapitaltheoretischer Ansätze mögliche Einflußfaktoren für die betriebliche Verwendung des Instruments der Rückzahlungsklausel her. Die empirische Analyse beschreibt einerseits den Einsatz dieses Instruments, andererseits überprüft sie die zuvor theoretisch abgeleiteten Faktoren in einer multivariaten Analy-

se auf ihren empirischen Gehalt hin. Dabei zeigt sich, daß die Rückzahlungsklausel in der betrieblichen Praxis eine nicht unerhebliche Bedeutung erlangt hat.

3.4 Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik: Verbleibsquoten von ABM-Teilnehmern in Eingliederungsbilanzen (IAB Werkstattbericht Nr.5/2000)

Bearbeiter: Dipl.-Hdl. Dieter Vollkommer
Projektzeitraum: Oktober 1998 – Mai 2002
Charakterisierung: Ziel des Projektes ist es, die Faktoren zu untersuchen, die den Erfolg von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen maßgeblich beeinflussen. Grundlage ist die Eingliederungsbilanz, in der die Arbeitsämter zeigen, wie die ersuchten Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben und welche (Brutto-)Ergebnisse erzielt wurden. Für einen konsistenten Vergleich muß zunächst der Einfluß der Rahmenbedingungen regionaler Arbeitsmärkte und der Teilnehmerkomposition auf die Wiedereingliederung „herausgerechnet“ werden. Das regressionsanalytische Modell zeigt, daß die Chance im Anschluß an ABM nicht arbeitslos zu sein in städtischen Regionen geringer ist als in ländlichen Regionen und eine fortgeschrittene Tertiarisierung die Wiedereingliederung der Teilnehmer beeinträchtigt. Alle untersuchten Modelle deuten darauf hin, daß in Regionen mit günstiger Beschäftigungsentwicklung tendenziell mehr ABM-Abgänger nach der Maßnahme arbeitslos werden. Dieses unerwartete Ergebnis bedarf weiterer Forschungsanstrengungen.

3.5 Neuordnung des Familienleistungs- und -lastenausgleichs in Deutschland

Kooperationspartner: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Bearbeiter: Professor Dr. K.-D. Grüske (2. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen)
Projektzeitraum: Januar 2000 – Dezember 2000
Charakterisierung: Das Projekt ist in die Zielsetzung des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen eingebunden, die theoretischen Grundlagen eines Familienleistungsausgleichs im Sinne eines Ausgleichs von Leistungen der Familien für die Gesellschaft (positive externe Effekte) zu entwickeln sowie den Bedarf für einen darüber hinausgehenden redistributiv motivierten Familienlastenausgleich - auch auf Basis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum von Familien - zu ermitteln. Das Projekt mündet unmittelbar in zwei Abschnitte des Gutachtens, das im Jahr 2001 publiziert wird.

3.6 Das Neue Steuerungsmodell in der kommunalen Verwaltung – Grundlagen, Zwischenbilanz und kritische Analyse (s. 4.)

Kooperationspartner: Hermann Gutmann-Stiftung

Bearbeiter: Professor Dr. K.-D. Grüske, Dipl.-Volksw. Michael Maier

Projektlaufzeit: Mai 1999 – Mai 2000

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Das Neue Steuerungsmodell in der kommunalen Verwaltung – Grundlagen, Zwischenbilanz und kritische Analyse

4.1. Ziele und Vorgehensweise

Ziel der umfassenden Analyse war eine synoptische und kritische Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Umwälzungen der öffentlichen Verwaltungen unter besonderer Berücksichtigung des kommunalen Rechnungswesens (und hier vor allem die Kosten- und Leistungsrechnung), da dieses in der aktuellen Reformdebatte oftmals vernachlässigt wird. Der Schwerpunkt der Untersuchung lag zunächst auf der Analyse des Neuen Steuerungsmodells (NSM), das die derzeitigen Reformbemühungen dominiert.

Ausgehend von Allokations- und Produktionseffizienz als Referenzmaßstab werden in einem ersten Schritt die Ursachen für Abweichungen vom Optimum und damit für potentielle Ineffizienz mit entsprechenden Steuerungsmängeln kommunaler Verwaltungen analysiert und Forderungen für eine Verwaltungsreform theoretisch begründet werden. Vor diesem Hintergrund können dann die generellen Elemente des NSM erläutert und hinsichtlich ihrer Eignung zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit mit ihren Effizienzpotentialen bewertet werden.

Um den Stand der Umsetzung des NSM in der Verwaltungspraxis und damit die Relevanz und Akzeptanz der Reformbemühungen untersuchen zu können, mußten in einem weiteren Schritt verschiedene Umfragen und ergänzend eigene Auswertungen von Erfahrungsberichten ausgewählter Reformgemeinden herangezogen werden.

Auf der Grundlage der theoretischen und praxisorientierten Ausführungen folgt schließlich eine kritische Analyse des NSM. Als entscheidendes Problem erweist sich, daß die Aufgaben des Verwaltungscontrollings in Verbindung mit den Anforderungen an ein entsprechendes Informationssystem aus der Kosten- und Leistungsrechnung bisher nicht zweckorientiert spezifiziert werden konnten. Deshalb widmet sich der letzte Abschnitt des Projekts einigen Anregungen zu diesem Problemkreis.

4.2. Ergebnisse

Die theoretischen Grundlagen zur Verwaltungsreform in Deutschland lassen ein systematisches, umfassendes Gesamtkonzept vermissen. Deshalb wurde in dem Projekt als Basis ein Referenzmaß für die Effizienz von Kommunalverwaltungen formuliert: Produktions- und Allokationseffizienz. Damit konnten die Maßnahmen zur Steigerung von Effizienz und Effektivität der Kommunalverwaltung eingruppiert werden

Theoriegeleitet konnten Optimalbedingungen für eine grundlegende Verwaltungsreform ermittelt werden: Das Eigeninteresse der beteiligten Akteure ist über deren Nutzenfunktion grundsätzlich im Sinne der Ziele der Allokations- und Produktionseffizienz einzusetzen. Der fehlende politische und ökonomische Verbund zwischen Nutzern, Zahlern, Anbietern und Entscheidern sollte gestärkt werden. Auf der Finanzierungsseite sind direkte Gebühren und Entgelte oder aber eine Koppelung von regionalen Leistungen und deren regionaler Finanzierung nicht-zweckgebundenen, allgemeinen Steuern vorzuziehen. Der Prozeß der Bereitstellung kommunaler Güter und Dienste über den Einfluß der kommunalen Nutzer, Zahler, Kommunalpolitiker und Bürokraten ist aufzudecken und im Sinne eines allokativ optimalen Angebots zu verbessern. Die Rahmenbedingungen der Kommunalverwaltung sind an die Anforderungen an ein effizientes und effektives Dienstleistungsunternehmen anzupassen. Im Falle freiwilliger und marktfähiger öffentlicher Leistungen ist grundsätzlich die Möglichkeit der privaten Erfüllung von Aufgaben im Hinblick auf Effizienzgewinne zu prüfen. Wo dies nicht möglich ist, müssen monopolistische Angebotsstrukturen aufgelöst und Wettbewerbselemente eingeführt werden. Das bürokratische Organisations- und Führungssystem ist in ein modernes Managementkonzept zu überführen. Dazu ist es insbesondere erforderlich, das operative Wissen auf dezentraler und das strategische auf zentraler Ebene zu konzentrieren und zudem die Motivation der Verantwortlichen zur effizienten Bewirtschaftung zu erhöhen.

Generell sind Transaktionskosten bei veränderten institutionellen Arrangements zu berücksichtigen. So sind aufgrund der Dezentralisierung veränderte Prinzipal-Agent-Beziehungen zu erwarten, deren kostenmäßige Auswirkungen bei der Minimierung der totalen Organisationskosten einzubeziehen sind. Zudem müssen Verträge zwischen Prinzipalen und dezentralen Agenten unter dem Aspekt der Transaktionskosten auf Vertragstiefe und -dauer geprüft werden. Dazu sind klare positive und negative Sanktionsmöglichkeiten zu schaffen und operative Maßstäbe zur Kontrolle und Beurteilung der Zielerreichung festzulegen. Hierzu gehört vor allem die Formulierung von Leistungs-, Qualitäts- und anderen Standards. Zusätzlich sind vertrauensbildende Maßnahmen anzustreben, die positiv auf die Kooperationsbereitschaft der Mitarbeiter wirken und Transaktionskosten reduzieren. Der Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente wie Personalmanagement, Budgetierung, Controlling, Berichtswesen sowie Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sollte kritisch geprüft werden.

Die Ergebnisse verschiedener Umfragen belegen, daß zwar fast alle Kommunen z.T. umfassende Maßnahmen zur Modernisierung eingeleitet haben, gleichzeitig aber die eigentlichen Ziele des NSM bisher nur ansatzweise erreicht wurden. Dies gilt vor allem für die Outputorientierung, die aufgrund der meist „innenbezogenen“ Ausrichtung der Maßnahmen nur rudimentär auftritt. Die Umsetzung einzelner Elemente des NSM in der Verwaltungspraxis ist stark unterschiedlich vorangeschritten. Besonders schwer wiegen dabei die Reformdefizite bei jenen Elementen, die durch ihre mangelnde Umsetzung die Einführung weiterer Reformbausteine behindern. So blockiert der unbefriedigende Fortgang der Definition und Beschreibung von Produkten zunehmend die Einführung von betriebswirtschaftlichen Steuerungselementen wie das Controlling oder die KLR. Auch Maßnahmen zur prozeßorientierten Reorganisation sind wie das Kontraktmanagement auf Produkte angewiesen. Vermutlich gerade deshalb befinden sich die wichtigsten Methoden des Reformprozesses wie KLR, produktbezogene Budgetierung, Optimierung der Verwaltungsabläufe, Controlling und Berichtswesen sowie dezentrale Ressourcenverantwortung größtenteils erst im Planungsstand. Generell entsteht der Eindruck, daß die Kommunen zwar zahlreiche „Baustellen“ eines allgemeinen Reformkonzepts aufma-

chen, häufig aber die grundlegenden Änderungsstrategien im Rahmen einer integrierten Gesamtkonzeption nur unzureichend berücksichtigen.

Als wesentliche Hindernisse für eine rasche Modernisierung erweisen sich die problematischen staatlichen Rahmenbedingungen, die generelle Reformresistenz öffentlicher Institutionen und die unzureichende Einbindung der politischen Ebene. Daneben konnten zahlreiche typische Umsetzungsfehler in der Verwaltungspraxis identifiziert werden, die wiederum mit entsprechenden Erfolgsfaktoren korrespondieren. Insgesamt deuten die vielfältigen Erfahrungsberichte darauf hin, daß die Kommunen das NSM häufig als eine Art Patentrezept ansehen und die Anforderungen unterschätzen, die an eine umfassende Reform zu stellen sind.

Vor dem Hintergrund der theoretischen Anforderungen wurden einige spezifische Problembereiche transparent. Beispielsweise verstößt die überwiegende „Binnenorientierung“ des NSM gegen die konsequente Umsetzung des ökonomischen und politischen Verbundes und vernachlässigt die Rahmenbedingungen des föderativ verflochtenen Systems sowie die vielfältigen Außenbeziehungen, in denen sich politisches Handeln bewegt. Außerdem werden die zu Grunde liegenden Transaktionskosten generell nicht thematisiert, und es fehlen operationale Maßstäbe zur Kontrollfähigkeit von kommunalen Leistungen.

Die Folgen eines outputbezogenen NSM für den inneren Aufbau der kommunalen Verwaltung sind noch wenig konkretisiert. Hier lässt sich ein Mangel an prozeßorientierter Restrukturierung der kommunalen Organisation konstatieren. Insgesamt fehlt es dem NSM an einer integrierten Aufarbeitung der Managementprobleme durch die einzuführenden dezentralen Führungs- und Organisationsstrukturen und der Produktorientierung. Ein entscheidendes Problem besteht darin, daß Produkte meist auf die feststehenden Aufgaben der Kommunen ausgerichtet werden und deshalb die Kundenorientierung und die strategische Steuerungsfähigkeit verloren gehen. Als weitere, besonders folgenschwere Lücke des NSM erweist sich, daß die Anforderungen an ein controllinggerechtes Informationssystem nicht spezifiziert sind. Im Projekt wurden deshalb die Auswirkungen des NSM auf das Rechnungswesen in Verbindung mit dem Controlling gesondert analysiert und spezifische Anforderungen dazu formuliert. Das kommunale Controllingsystem ist im Rahmen des NSM als integratives, zielorientiertes Koordinationskonzept auszustalten, das das Koordinationsvakuum in Folge der Dezentralisierung und Neustrukturierung ausfüllen kann.

Allokationseffizienz erfordert die Entwicklung eines operationalisierbaren Ziel- und Informationssystems, das die Zielerreichung über geeignete Indikatoren erfassen, dokumentieren und beurteilen kann.

Produktionseffizienz läßt sich über Produkt- und Prozeßeffizienz konkretisieren. Zur Unterstützung von Produkteleffizienz sollte das Informationssystem in der Lage sein, alle erforderlichen input- und outputorientierten Informationen auf Mengen- und Wertebene für die einzelnen Produkte zu generieren. Eine getrennte Erfassung der Kosten für die Vorhaltung von Kapazitäten und die Abgabe von Leistungen ermöglicht überdies eine getrennte Analyse von Kostenabweichungen des Inputs auf Produktebene. Zur Beurteilung von Prozeßeffizienz bedarf es schließlich der möglichst kostenminimalen Abwicklung der Prozesse. Zwar sind die minimalen Soll-Kosten in der Realität nicht bekannt, sie können aber über politisch-strategische Wertentscheidungen vorgegeben werden. In diesem Zusam-

menhang sollte die Kostenrechnung in der Lage sein, die Soll-Kosten mit den Ist-Daten zu vergleichen, um Abweichungen systematisch analysieren zu können.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

- Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.):** Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von „Die drei Flugschriften über den Münzstreit der sächsischen Albertiner und Ernestiner“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2000.
- Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.):** Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Isaac de Pinto, „Traite de la Circulation et du Credit“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2000.
- Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.):** Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Ibn Khaldun, „Ökonomie aus Al-Muqaddima“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2000.
- Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.):** Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Thorstein B. Veblen, „The Theory of the Leisure Class“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2000.
- Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.):** Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Rudolf Hilderfing, „Das Finanzkapital“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2000.
- Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.):** Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Nassau William Senior, „An Outline of the Science of Political Economy“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2000.
- Grüske, K.-D.:** Zum Geleit: Thorstein B. Veblens „The Theory of the Leisure Class“, in: Grüske, Karl-Dieter; Hax, Herbert; Heertje, Arnold; Schefold, Bertram (Hrsg.), Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Thorstein B. Veblen, „The Theory of the Leisure Class“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2000.
- Lorentzen, C.:** Die Preisregulierung der Briefdienste: Ökonomische Analyse des deutschen Postgesetzes, Europäische Hochschulschriften, Reihe 5: Volks- und Betriebswirtschaft, Band 2628, Frankfurt a. M.: Lang, 2000
- Schiele, N.:** Unternehmensbesteuerung und Handelsbilanz: Eine ökonomische Analyse der Verknüpfung von Handelsbilanz und Steuerbemessungsgrundlage, Abhandlungen zur Nationalökonomie, Band 13, Berlin: Duncker und Humblot, 2000
- Schuler, F.:** Ökonomische Analyse politischer Umstürze, Forum Finanzwissenschaft, Band 19, Nürnberg 2000

6. Sonstiges: Preise

Verleihung des Wolfgang-Ritter-Preises (10.000 DM) an Dr. Thomas Hart

Verleihung des Staedtler-Preises (5.000 DM) an Dr. Thomas Hart

Verleihung des Staedtler-Preises (5.000 DM) an Dr. Norbert Schiele

Verleihung des Studienpreises der Körber-Stiftung (5.000 DM) an Andreas Löschel

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Prof. Dr. Wolfgang Harbrecht

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-337

Fax: 0911/5302-323

E-mail: wsiw01@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/iw/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Probleme der Managementsteuerung in Genossenschaften
- Auswirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf Geldwertstabilität, Beschäftigung und Finanztransfers sowie auf den europäischen Integrationsprozeß
- Probleme der Osterweiterung der Europäischen Union
- Möglichkeiten und Wirkungen einer europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Internationale Unternehmenskooperationen in Jordanien
- (Drittmittelprojekt; FORAREA – bayerischer Forschungsverbund)
- Informationseffizienz und –bewertung auf Terminmärkten

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Abgeschlossene Dissertationen

- Güttler, Bastian: Informationsbewertung und –effizienz auf Optionsmärkten im internationalen Vergleich, Diss., 2000

3.2 Abgeschlossene sonstige Projekte

- Preisanpassungsverhalten von Unternehmen auf Auslandsmärkten bei flexiblen Wechselkursen (Drittmittelprojekt; gefördert mit Mitteln der Hans Frisch-Stiftung)
- Ansätze zur Messung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt

(siehe Punkt 6)

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

- Güttler, B.:** Informationsbewertung und –effizienz auf Optionsmärkten im internationalen Vergleich, Eine theoretische und empirische Analyse der Informationseffizienzhypothese für die Optionsmärkte in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Aachen, 2000
- Baumgärtler, T.:** Neuere Ansätze zur Erklärung der Mitgliederpartizipation in Kreditgenossenschaften - Eine empirische Analyse der Beteiligungsfaktoren, Bd. 38 der Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen, Nürnberg 2000
- Fischer, A.:** Direktinvestitionen – Exportmotor oder –bremse?, Bd. 42 der Reihe Sozioökonomische Forschungen, Bern 2000

5.2 Beiträge in Sammelwerken

- Harbrecht, W.:** Zur Geldwertstabilität des Euro – Chancen und Risiken, in: Wolfgang J. Mückl (Hrsg.): Die Europäische Währungsunion, Probleme und Perspektiven, Paderborn-München-Wien-Zürich, 2000, S. 49-79
- Harbrecht, W.:** Zukunftsaufgaben der Genossenschaften im wirtschaftlichen Strukturwandel“ – in: Bernd Thiemann (Hrsg.): Die Genossenschaften an der Jahrtausendwende, Frankfurt am Main, 2000, S. 18-56
- Harbrecht, W.:** Die Zukunft der Genossenschaftsidee im 21. Jahrhundert im Lichte ihrer historischen Entwicklung, in: Genossenschaftsverband Bayern e.V. und Historischer Verein Bayerischer Genossenschaften e.V. (Hrsg.): Entwicklung und Realisierung des Genossenschaftsgedankens vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Schriftenreihe zur Genossenschaftsgeschichte, Bd. 2, München 2000, S. 316-335
- Reichel, R.:** Konvergenz auf Länderebene – der Einfluß unterschiedlicher Regierungen, in: Brümmerhoff, D. (Hrsg.): Nutzen und Kosten der deutschen Einheit, Baden-Baden, 2000, S. 88-102.
- Reichel, R.; Köhler, K.:** Harmonisierung oder Staatenwettbewerb in der Europäischen Union?, in: Farmer, K.; Haupt, R.; Lachmann, W. (Hrsg.): Individuelle Freiheit oder staatliche Lenkung: Markt und Staat im Lichte biblisch-christlicher Wirtschaftsethik, Münster, 2000

5.3 Veröffentlichungen in Zeitschriften

- Harbrecht, W.:** Verbrauchergenossenschaft als Selbsthilfeeinrichtung zur Sicherung der Grundversorgung im ländlichen Raum, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 1/2000
- Reichel, R.:** Gibt es ein „Gesetz der sinkenden Zinsspanne“ bei Kreditgenossenschaften?, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, 3/2000, S. 205-215.

5.4 Sonstiges

5.4.1 Sonstige Veröffentlichungen

Reichel, R.: Wertewandel, gesellschaftliche Zeitpräferenz und Kirchenaustritte im 20. Jahrhundert, in:
ProfessorenforumJournal, Vol. 1, 2000, S. 18-24,
<http://www.Professorenforum.de/volumes/v01n01/artikel2/reichel.pdf>

Reichel, R.: Trade, International Competitiveness, and Entrepreneurial Cooperation: The Case of Jordan, Forschungsbericht FORAREA-Projekt F9.

Reichel, R.: Urchristlicher Sozialismus, Solidarität und staatliche Umverteilung (WEP – Working papers des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschafts- und Entwicklungs- politik, Heft 2/2000)

5.4.2 Organisation und Durchführung von Symposien

- Durchführung eines Symposiums des Arbeitskreises „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ der List Gesellschaft e.V. Düsseldorf zum Thema: „Wechselkurssysteme für Entwicklungsländer“ am 12. Mai 2000 in Düsseldorf
- Durchführung eines Symposiums des Arbeitskreises „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ der List Gesellschaft e.V. zum Thema: „Realwirtschaftliche Konsequenzen der EU-Osterweiterung“ am 27. Oktober 2000 in Jena

6. Forschungstätigkeit des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen in 2000

6.1 Abgeschlossene Dissertationen

- Gabler, Reinhard: Qualitätsmanagement bei Genossenschaftsbanken, Diss., 2000.

6.2 Abgeschlossene sonstige Projekte

- Holzner, Jochen; Vogel, Wolfgang: Entscheidungstatbestände und Besonderheiten bei der Gründung einer Genossenschaft in der Softwarebranche, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen Nr. 2/2000

6.3 Organisation und Durchführung von Tagungen

- Durchführung der 14. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung „Die Zukunft der Genossenschaft in der Europäischen Union an der Schwelle zum 21.Jahrhundert“ in Nürnberg - 5.-7.September 2000

6.4 Ausführlicher Bericht zu einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Bericht über die 14. Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung „Die Zukunft der Genossenschaft in der Europäischen Union an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“

Vom 5. bis 7. September 2000 veranstaltete das Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Genossenschaftswissenschaftlicher Institute (AGI) e. V. die 14. Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung. Der AGI gehören 13 genossenschaftswissenschaftliche Forschungseinrichtungen an Universitäten aus dem deutschsprachigen Raum sowie zahlreiche persönliche Mitglieder aus ganz Europa, Israel und Japan an. Der Kongress, der in den Räumen der WiSo-Fakultät stattfand, ist der jüngste einer renommierten, seit Mitte der fünfziger Jahre unregelmäßig alle drei bis sechs Jahre an wechselnden Orten in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführten Veranstaltungsreihe. Die letzte derartige in Bayern abgehaltene Tagung fand 1957 statt.

Inhaltlich konzipiert wurde die Tagung über eine zweijährige Vorlaufphase unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Harbrecht, Vorstandsvorsitzender des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg. Für die organisatorische Durchführung und Finanzierung der Veranstaltung war Dr. Wolfgang Vogel, Geschäftsführer des Forschungsinstituts, mit seinen Mitarbeitern verantwortlich. Das dreitägige Vortragsprogramm bot namhafte Referenten und Sitzungsleiter aus Wissenschaft und Praxis aus neun europäischen Ländern auf, der Einladung zur Tagung waren darüber hinaus sogar Wissenschaftler aus Japan und Südkorea gefolgt.

Eröffnet wurde die Tagung mit einer Begrüßung durch Prof. Harbrecht, der in die Thematik einführte. Ziel sei es, die unterschiedlichen historischen Wurzeln der Genossenschaftsidee in Europa zu beleuchten, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu ergründen und schließlich die drei großen Entwicklungslinien des deutschen, romanischen und angelsächsischen Genossenschaftswesens direkt miteinander zu vergleichen. Daneben stünden spezielle Probleme der Genossenschaften in Europa, so die Verbund- und Verbandsstruktur, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, das Wettbewerbsrecht sowie die Eigenkapitalversorgung in eigenen Tagungsabschnitten zur Diskussion. Verbandsdirektor Gerhard Bürkle, Vorsitzender der Fördergesellschaft des Nürnberger Genossenschaftsinstituts, die neben der genossenschaftlichen Praxis maßgeblich zur Finanzierung des Kongresses beitrug, begrüßte die Gäste im Namen der Fördergesellschaft und auch der 1.300 im Genossenschaftsverband Bayern organisierten Genossenschaften.

Oberbürgermeister Ludwig Scholz brachte in seinem Grußwort seine Freude darüber zum Ausdruck, dass Nürnberg im Jahr des 950. Stadtjubiläums zum Austragungsort des 14. Kongresses dieser renommierten Tagungsreihe gewählt worden sei. Er dankte dem Genossenschaftsinstitut für sein Engagement und würdigte es als hervorragendes Beispiel für interdisziplinäre Kooperation; das Institut habe eine herausragende Stellung und sei mittlerweile zu einer Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Genossenschaften geworden, von denen eine ganze Reihe namhafter Unternehmen in Nürnberg ihren Standort hätten.

Prorektor Professor Dr. Karl-Dieter Grüske zeigte sich stolz darüber, dass die Friedrich-Alexander-Universität Gastgeber einer internationalen und interdisziplinären Tagung mit europaweiter Bedeu-

tung sei. Er würdigte das Genossenschaftsinstitut, das seit über 50 Jahren als einziges seiner Art in Bayern mit seinem Renommee und seiner Ausstrahlung in Wissenschaft und Praxis auch zur Profilierung der hiesigen Universität beiträgt, und dankte dem wissenschaftlichen Leiter, Prof. Harbrecht, sowie den Mitarbeitern des Instituts für ihr Engagement.

In seiner Eigenschaft als Präsident des Freien Ausschusses der deutschen Genossenschaftsverbände und damit als oberster Repräsentant der bundesdeutschen Genossenschaften hieß Senator a. D. Jürgen Steinert die Tagungsteilnehmer herzlich willkommen.

Prof. Dr. Helmut Haussmann, Bundeswirtschaftsminister a. D. , widmete sich in seiner Festansprache der Frage, ob „Genossenschaften – Relikt oder Zukunftsmodell für den Mittelstand“ seien. Haussmann kam zu dem Schluß, dass Genossenschaften als Teil des Mittelstandes und Partner des Mittelstandes eine Zukunft hätten. Gerade dem Mittelstand könne er die Kooperation und namentlich die eingetragene Genossenschaft als passende Antwort auf die Herausforderungen, die Globalisierung und neue Technologien mit sich bringen, nur empfehlen.

Mit seinem Einführungsvortrag zeigte der Präsident des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken, Dr. Christopher Pleister, die unterschiedlichen Wurzeln der Genossenschaftsidee in Europa auf und eröffnete damit die inhaltlichen Referate. Zum Schluß des ersten Sitzungstages erhielt Prof. Dr. Hyeong So Jeong aus Seoul vom 1. Vorsitzenden der AGI, Prof. Blomeyer, den mit 10.000 DM dotierten Wissenschaftspreis der AGI für seine Forschungen zum Genossenschaftswesen überreicht. Zum gesellschaftlichen Höhepunkt kam es gleich am Abend des Eröffnungstages. Die Bayerische Staatsregierung lud die Teilnehmer zu einem Empfang auf die Nürnberger Kaiserburg ein, bei dem Wirtschafts-Staatssekretär Hans Spitzner die herzlichen Grüße von Ministerpräsident Edmund Stoiber und der gesamten Bayerischen Staatsregierung überbrachte.

Die beiden folgenden Kongresstage waren von vielen interessanten und fundierten wissenschaftlichen Vorträgen und intensiven Diskussionen gekennzeichnet. Im ersten Tagungsabschnitt referierte Prof. Münkner (Universität Marburg) über den rechtlichen Rahmen der Genossenschaft in ausgewählten Staaten Europas und stellte dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede augenfällig heraus. Die Sitzungsleitung hierzu hatte Prof. Steding aus Potsdam. Im sich anschließenden Tagungsabschnitt, den Prof. Blomeyer aus Erlangen leitete, wurden die drei Hauptströmungen des Genossenschaftswesens in ihren aktuellen Ausprägungen beleuchtet. Hierzu referierten Prof. Ian Snaith (Universität Leicester), Thierry Jeantet (Institut de l'Economie Sociale, Paris) sowie Prof. Theurl (Universität Münster). Den Blick in die Zukunft richtete Dr. Hans-Jürgen Schaffland vom DGRV in Bonn. Er referierte über die Vorschläge der Europäischen Union für ein Statut einer Europäischen Genossenschaft, die sich daran anschließende lebhafte Diskussion leitete Prof. Ringle aus Hamburg. Dr. Hans-Detlef Wülker, Vorstandssprecher des DGRV, machte eine Bestandsaufnahme zur genossenschaftlichen Verbund- und Verbandstruktur in der europäischen Union und zeigte mögliche Perspektiven auf.

Am dritten Sitzungstag trafen dann in problemorientierten Themenkreisen Wissenschaft und Praxis aufeinander. Der erste Themenkreis unter Leitung von Prof. Fehl aus Marburg widmete sich den Wettbewerbsaspekten im europäischen Binnenmarkt. Als ausgewiesener Kenner der Materie referierte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des ZGV, Dr. Günther Schulte, über die Auswirkungen des EU-Wettbewerbsrechts und der Wettbewerbspolitik auf die deutschen Genossenschaften.

Leif Erland Nielsen (Kopenhagen) und Ralf Trager (München) kommentierten dieses aus Sicht der Praxis. Der zweite Themenkreis beschäftigte sich mit den Möglichkeiten grenzüberschreitender Kooperation. Die Sitzungsleitung lag hier bei Prof. Brazda von der Universität Wien. Dr. Robert Schediwy von der Wirtschaftskammer Österreich zeigte Modelle zur Zusammenarbeit auf Primär- und Verbundebene am Beispiel der Konsum- und Handelsgenossenschaften auf, Dr. Arnold Kuijpers von der Rabobank (Utrecht/Niederlande) ging auf den Bankensektor ein. Kommentiert wurden die Ausführungen von Finn Bitsch, (Viby J/Dänemark) und Konrad Palla, Bozen/Italien). Der letzte Themenkreis stand unter der Leitung von Prof. Eichwald (München) und behandelte Probleme der Eigenkapitalfinanzierung im europäischen Vergleich. Hierzu referierten Etienne Pflimlin, Präsident des Crédit Mutuel, Paris, Gregory Tierney, ehemaliger Generalsekretär des Irish Co-operative-Organization, und Prof. Grosskopf von der Universität Hohenheim.

In seinem Schlusswort fasste der wissenschaftliche Leiter, Prof. Harbrecht, die wichtigsten Ergebnisse der Tagung nochmals zusammen und dankte den Teilnehmern und Referenten für ihre Mitwirkung. Abgeschlossen wurde die Tagung mit einer Exkursion in das Druck- und Versandzentrum der DATEV eG.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie

Prof. Dr. Ingo Klein

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-290

Fax: 0911/5302-277

E-mail: ingo.klein@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.statistik.wiso.uni-erlangen.de/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Grundlagen der Statistik, insb. Theorie des Messens
- Stichprobentheorie und Nonresponse-Probleme, Imputations- und Fusionstechniken
- Computational Statistics, insb. die Berechnung der Verteilung von Schätzern und Testgrößen in kleinen Stichproben
- Arbeitsmarktökonometrie
- Finanzmarktökonometrie
- Software Reliability

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Axiomatik der bivariaten Abhängigkeitsmessung

Bearbeiter: Prof. Dr. I. Klein

Projektstart und -ende: April 2000 - November 2000

Charakterisierung: In mehreren im Forschungsbericht 1999 vorgestellten Arbeiten des Bearbeiters wurden Streuung und Schiefe von ordinalskalierten Merkmalen axiomatisiert und ein allgemeines Bildungsgesetz für die gängigen Maße als Rangordnungsstatistiken hergeleitet. Die gängigen Abhängigkeitsmaße (z.B. Goodman und Kruskal, Spearman) lassen sich nicht in ein solches einheitliches Konstruktionsschema pressen. Es wird deshalb ausgehend von den Vorschlägen der Literatur eine Axiomatisierung der bivariaten Abhängigkeitsmessung vorgenommen und auf elementare Weise nur mittels der Differentialrechnung gezeigt, daß diese von den gängigen Maßen eingehalten wird.

3.2 g-h-transformierte symmetrische Verteilungen

Bearbeiter: Prof. Dr. I. Klein

Projektstart und -ende: Februar 2000 - Mai 2000

Charakterisierung: In einer im Forschungsbericht 1999 vorgestellten Arbeit von Martin Grottke wurde ein allgemeines Schema zur Generierung von schießen Verteilungen dargestellt, das auf der Technik der Skalenparametersplittung basiert. D.h. der linke und der rechte Ast einer zunächst symmetrischen Ausgangsverteilung bekommen jeweils unterschiedliche Skalenparameterwerte. Eine alternative Vorgehensweise ist die Erzeugung von schießen Verteilungen mittels der Technik der Variablentransformation. So hat bereits Tukey (1960) vorgeschlagen durch spezielle exponentielle Transformationen die Normalverteilung in eine schiefe und leptokurtische Verteilung zu transformieren. In der vorliegenden Arbeit wird diese Technik auf beliebige Ausgangsverteilungen übertragen und am Beispiel der Laplace- und der t-Verteilung illustriert. Dabei werden die Existenzprobleme für Momente und die Probleme der numerischen Behandlung diskutiert. Eine Anwendung auf den Datensatz der stetigen Renditen des Nikkei-Indexes zeigt, daß es eine Trade-off-Beziehung zwischen der Leptokurtosis der Ausgangsverteilung und dem Parameter h gibt, der die Leptokurtosis steuert. Letztlich lohnt es nicht, kompliziertere Ausgangsverteilungen zu wählen, da die g-h-transformierte Normalverteilung ausreichend flexibel in der Beschreibung empirischer Verteilungen ist.

3.3 Programme zur Schätzung von GARCH-Modellen für allgemeine Klassen von Fehlerverteilungen

Bearbeiter: Prof. Dr. I. Klein, Dipl.-Math. Matthias Fischer, Dipl.-Kfm. Martin Grottke

Projektstart und -ende: Februar - April 2000

Charakterisierung: Traditionelle Programmpakete verfügen zwar mittlerweile über ein Modul zur Schätzung von GARCH-Modellen. Dieses basiert aber ausschließlich auf der Normalverteilung als bedingter Verteilung. Es hat sich aber gezeigt, daß diese nicht ausreicht, um die Leptokurtosis der unbedingten Verteilung von Finanzmarktdaten ausreichend zu modellieren. Es wird deshalb ein Programm zur Verfügung gestellt, daß sowohl in MATLAB als auch in S-PLUS die Schätzung der Parameter eines beliebigen GARCH-Modells für eine großen Zahl von bedingten Verteilungen erlaubt. Zu diesen gehören u.a. so flexible Verteilungsfamilien wie die verallgemeinerte logistische Verteilung vom Typ IV (EGB2), die schiefe verallgemeinerte t-Verteilung (SGT2) und die hyperbolische Verteilung.

3.4 EGB2-Optionspreismodelle

Bearbeiter: Dipl.-Math. Matthias Fischer
Projektstart und -ende: Januar 1999 - August 2000
Charakterisierung: siehe 4.

3.5 FEGB2-Verteilung

Bearbeiter: Dipl.-Math. Matthias Fischer
Projektstart und -ende: Februar 2000 - August 2000
Charakterisierung: siehe 4.

3.6 Entwicklung der Testtool-Erweiterung *Teddi*

Kooperationspartner: imbus GmbH, Möhrendorf
Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Michael Grottke
Projektstart und -ende: Mai 2000 - Oktober 2000
Charakterisierung: Einen wichtigen Bereich der Testmetriken stellen die sogenannten Software-Zuverlässigkeit-Modelle dar. Diese dienen der Abschätzung und Prognose der Zuverlässigkeit einer getesteten Software bzw. der Effizienz des Testprozesses. Grundlage der Auswertungen sind die Ausfallzeitpunkte der getesteten Applikation, wobei sich gezeigt hat, daß die Verwendung bloßer „Kalenderzeiten“ ungenauere Ergebnisse liefert als der Rückgriff auf Metriken, welche im Hinblick auf den tatsächlich geleisteten Testaufwand aufschlußreicher sind.

Im Rahmen dieses Projekts wurde das interne Testplan-Management-Tool ProDok der auf das Testen von Software spezialisierten Firma imbus GmbH um Funktionalitäten zur unkomplizierten Erfassung von Testintervallen und Ausfallzeitpunkten erweitert. Das Testdaten-Deutungsinstrument erstellt aus diesen Daten Auswertungen der kumulierten Anzahl der beobachteten Ausfälle in Abhängigkeit von der eingesetzten Testzeit und der Anzahl der durchgeführten Testfälle. Zudem ist eine nach Testkapiteln getrennte Betrachtung möglich. Die verdichteten Informationen werden dabei in einem Format exportiert, welches die weitergehende Analyse mit Hilfe von statistischen Paketen erlaubt.

3.7 Werbewirkungsanalyse mit fusionierten Daten

Kooperationspartner: Hermann Gutmann-Stiftung, GfK AG Nürnberg, Abteilung Methodenforschung Nürnberg, Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie der Universität Marburg
Bearbeiter: Prof. Dr. Karl-Heinz Fleischer, Dr. Susanne Rässler
Projektstart und –ende: Februar 2000 - September 2000
Charakterisierung: Es werden zunächst Voraussetzungen, Determinanten und Distanzmaße für die Datenfusion formuliert sowie die statistischen Eigenschaften der

Datenfusion hergeleitet. Dann werden verschiedene Validierungsansätze diskutiert, um den „Erfolg“ einer Datenfusion zu quantifizieren. Dazu wird eine umfangreiche Simulationsstudie durchgeführt, welche zeigt, daß einzelne Ziele der Datenfusion miteinander konkurrieren können und sich prinzipiell bedingte Unabhängigkeit der nicht gemeinsam beobachteten Variablen einstellt. Im Hauptteil der Arbeit werden zunächst Möglichkeiten der Werbewirkungsmessung vorgestellt und diese anschließend in einer Simulationsstudie mit fusionierten Daten angewandt. Zur Messung der Werbewirkung wird auf das sogenannte STAS (Short Term Advertising Strength)-Differential und eine verbesserte Variante desselben focussiert. Als Fazit läßt sich feststellen, daß die Eignung fusionierter Daten für die Werbewirkungsmessung durchaus fraglich bleibt und wesentlich von der Qualität bzw. Vorhersagekraft der für die Fusion verwendeten Bindevariablen abhängt. Eine ausführliche Beschreibung der bei der GfK für die Datenfusion verwendeten Panelstichproben sowie der für die Simulationen entwickelte Programmcode runden das Projekt ab.

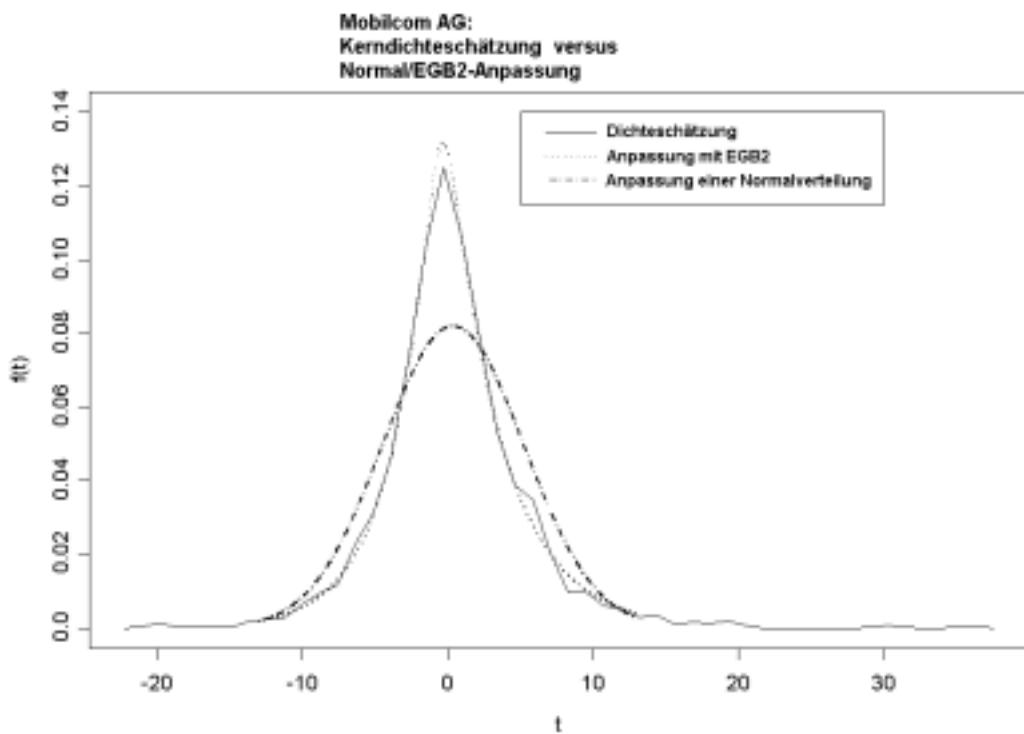
4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewähltem Forschungsprojekt: Optionsbewertung mittels Esscher-Transformation und (F)EGB2-Verteilungen

Bearbeiter: Dipl.-Math. Matthias Fischer

Das Messen von Risiko und die Bewertung von Derivaten wie zum Beispiel einer Option werden stark durch das statistische Modell für den zugrundeliegenden Preisprozeß beeinflußt. Die Qualität der Risikomessung und die Gültigkeit der Preise für das Derivat hängen folglich von der Fähigkeit des Modells ab, das Verhalten der zugrundeliegenden Finanztitel zu beschreiben. Die Auswahl eines ungeeigneten Modells würde zweifelsohne ein „Mispricing“ sowie eine Fehlallokation von Kapital nach sich ziehen.

Das bekannteste Optionspreismodell ist sicherlich das Modell von Black und Scholes aus dem Jahre 1973. Dies kann allgemein als Ausgangspunkt der Entwicklung der modernen Optionspreistheorie angesehen werden. Es fußt im wesentlichen auf einem speziellen stochastischen Prozeß als Modell für die Aktienkurse, nämlich der sogenannten geometrischen Brownschen Bewegung. Dies impliziert eine Normalverteilung als Modell für die zugehörigen Renditen, definiert als Differenzen der logarithmierten Preise. Empirische Untersuchungen haben jedoch gezeigt, daß die Renditen im allgemeinen eine Reihe von Besonderheiten (sogenannte stylized facts oder stylized features) aufweisen, die man durch eine Normalverteilung nicht modellieren kann. Zum einen sind empirische Rendite-Verteilungen durch starke Tails und Spitzgipfligkeit gekennzeichnet (siehe Abbildung unten). Außerdem wurde bei vielen Verteilungen eine leichte Asymmetrie festgestellt. Das Auftreten von stylized facts wird am Beispiel deutscher Finanzmarktdaten überprüft. Insbesondere werden Testverfahren sowie grafische Methoden zur Überprüfung der Normalverteilungsannahme rekapituliert und auf konkrete Finanz-

markttitel angewandt. Des weiteren wird untersucht, ob die Momente existieren. Es erfolgt außerdem eine Klassifikation hinsichtlich Tailverhalten und Schiefe.

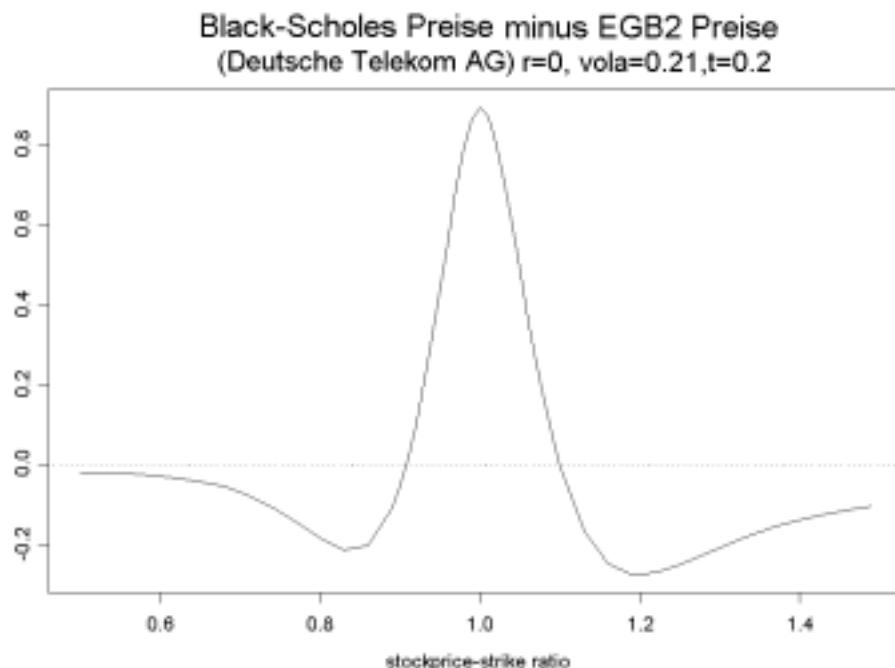


Um diese Besonderheiten aufzugreifen, wurden im Laufe der letzten Jahrzehnte eine Reihe von alternativen Verteilungen vorgeschlagen, darunter auch die stabilen Verteilungen. Ein Punkt, der gegen diese Verteilungsfamilie (mit nicht existierender Varianz) spricht ist das Vorhandensein von "aggregational Gaussianity". Dies bedeutet, daß mit zunehmender Aggregation der Daten die Verteilung der Renditen gegen eine Normalverteilung konvergiert, was aber die stabilen Verteilungen als Modell für Finanzmarktrenditen ausschließt. Alternativ wurde die Familie der verallgemeinert hyperbolischen Verteilungen von Eberlein und Prause (1999) vorgeschlagen. Diese Verteilung mit fünf Parametern beeinhaltet eine Reihe von Verteilungen als Spezial- bzw. als Grenzfälle und erweist sich als geeignet, um Renditen zu modellieren. Numerische Schwierigkeiten bereitet jedoch das Vorhandensein der modifizierten Besselfunktion in der normalisierenden Konstanten. Um diesen Nachteil zu beseitigen, wird die verallgemeinert logistische Verteilung vom Typ IV benutzt, kurz EGB2, welche einen ähnlich guten Fit an die Daten liefert. Mißt man die Schiefe und die Wölbung mittels der dritten bzw. vierten standardisierten Momente, so können mittels EGB2 nur eingeschränkte, in der Regel jedoch ausreichende Schiefe- und Kurtosiswerte erreicht werden. Dies wird durch die Einführung eines zusätzlichen Parameters behoben. Man gelangt damit zur sogenannten FEGB2 oder verallgemeinert logistischen Verteilung vom Typ V. Dann ist die Dichtefunktion nicht mehr in geschlossener Form angebar und muß durch numerische Verfahren wie z.B. Sattelpunktapproximation angenähert werden.

Schließlich wird die Bewertung von Finanzderivaten, insbesondere von Optionen fokussiert. Die grundlegende Idee basiert dabei auf dem No-Arbitrage-Prinzip, das zuerst von Black und Scholes benutzt wurde, um die berühmte Optionspreisformel aus dem Jahre 1973 herzuleiten. Letztere konstruierten ein Absicherungsportfolio, bestehend aus einer Kombination der zugrundeliegenden Aktie und Anteilen einer risikolosen Geldanlage, um den Auszahlungsstrom der Option zu duplizieren. Zu jeder Zeit sollte das Portfolio soviel wert sein wie die Option. Andernfalls könnten Arbitrageure durch

geschickte Handelsstrategien risikolose Gewinne ("free lunch") erzielen. Mathematisch formalisiert wurde die Idee durch Arbeiten von Harrison und Pliska (1981) sowie Harrison und Kreps (1983). In deren Terminologie wird der faire Preis einer Option oder allgemeiner einer Zufallsforderung durch den abdiskontierten Erwartungswert der Auszahlungsfunktion unter dem äquivalenten Martingalmaß bestimmt. Das äquivalente Martingalmaß wird gelegentlich auch als risikoneutrales oder risikoadjustierte Martingalmaß bezeichnet. Das heißt, der zugrundeliegende Preisprozeß ist ein Martingal bezüglich des äquivalenten Maßes. Man kann nun zeigen, daß die No-Arbitrage-Annahme äquivalent zur Existenz eines äquivalenten Martingalmaßes ist. Das Maß ist eindeutig, falls jede Zufallsforderung durch ein geeignetes Portfolio dupliziert werden kann. Im Falle des Modells von Black und Scholes wurde - wie schon erwähnt - eine geometrische Brownsche Bewegung für den Preisprozeß unterstellt. Das äquivalente Martingalmaß erhält man mittels der sogenannten Girsanov-Transformation. Um nun z.B. obige verallgemeinerte Renditeverteilungen für die Finanzmarkttitel zu erhalten, muß man zu anderen, verallgemeinerten Preisprozessen übergehen. Eine Möglichkeit stellen exponentielle Levy Bewegungen dar, die in der Lage sind, auch unstetige Preisverläufe, also Preisverläufe mit Sprüngen zu modellieren und die Menge der möglichen Renditeverteilungen auf die relativ große Klasse der unendlich teilbaren Verteilungen auszudehnen. Die Maßtransformation wird jetzt mit Hilfe der Esscher Transformation vollzogen.

Exemplarisch wird diese Art der Optionsbewertung anhand der EGB2 bzw. der FEGB2 Verteilung demonstriert. Dabei ergibt sich beim Vergleich der Optionspreise des neuen (F)EGB2-Modells mit dem bekannten Modell von Black und Scholes (siehe auch Abbildung unten) der sogenannte W-Verlauf. Die Vernachlässigung von Überschußkurtosis und Schiefe impliziert also beim Modell von Black und Scholes ein systematisches „Mispricing“ von Optionen. Es wird zudem empirisch gezeigt, daß auch der bekannte Smile-Effekt durch Übergang zum (F)EGB2-Modell reduziert werden kann.



5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Publikationen

- Buttler, G.; Klein, I.:** Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung durch die Einführung einer Zusatzrente auf Kapitalbasis – Ergebnisse von Modellrechnungen bis zum Jahr 2045. Diskussionspapier der Lehrstühle für Statistik der Universität Erlangen-Nürnberg 35/2000.
- Fischer, M.:** The Esscher-EGB2 option pricing model. Diskussionspapier der Lehrstühle für Statistik der Universität Erlangen-Nürnberg 31/2000.
- Fischer, M.:** The folded EGB2 distribution and its application to financial return data. Diskussionspapier der Lehrstühle für Statistik der Universität Erlangen-Nürnberg 32/2000.
- Klein, I.:** g-h-transformierte symmetrische Verteilungen. Diskussionspapier der Lehrstühle für Statistik der Universität Erlangen-Nürnberg 36/2000.
- Klein, I.:** Axiomatik der bivariaten Abhängigkeitsmessung. Diskussionspapier der Lehrstühle für Statistik der Universität Erlangen-Nürnberg 37/2000.
- Klein, I.; Fischer, M.; Grottke, M.:** GARCH-Modelle mit allgemeinen Fehlerverteilungen - MATLAB- und S-PLUS-Routinen. Diskussionspapier der Lehrstühle für Statistik der Universität Erlangen-Nürnberg 38/2000.
- Rässler, S.; Fleischer, K.:** An Evaluation of Data Fusion Techniques, Symposium 99, Combining data from different sources: Proceedings, Statistics Canada, Ottawa, Ontario, Canada, 129-136.
- Rässler, S.:** Ergänzung fehlender Daten in Umfragen, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 220/1.
- Raetzel, D. F.:** Werbewirkungsanalyse mit fusionierten Daten. Diplomarbeit Lehrstuhl Statistik und Ökonometrie der Philipps-Universität Marburg.

5.2 Wissenschaftliche Vorträge

- Fischer, M.:** The EGB2 option pricing model. Nachwuchs-Workshop Finanzökonometrie, Jagdschloß Glienicke, Berlin.
- Fischer, M.:** Anwendung ausgewählter unendlich teilbarer Verteilungen: Renditemodellierung und Optionsbewertung. Herbsttagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Nürnberg.
- Grottke, Martin:** Generating skewed distributions with scale parameter splitting. Nachwuchs-Workshop Finanzökonometrie, Jagdschloß Glienicke, Berlin.
- Grottke, Michael:** Software Reliability Engineering – Eine Einführung. Arbeitskreis Software-Qualität Franken (ASQF).
- Klein, I.:** Ausgewählte unendlich-teilbare Verteilungen. Forschungskolloquium, Universität Konstanz.
- Klein, I.:** Rangordnungsstatistiken als Verteilungsmaßzahlen für ordnungsskalierte Merkmale. Pfingsttagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft.
- Rässler, S.:** Fehlende Werte in sozialwissenschaftlichen Umfragen und Methoden der Datenergänzung. Österreichische Statistik-Tagen 2000 in der Sektion der Sozialwissenschaften an der Universität Innsbruck.
- Rässler, S.:** An Comparison of Imputation Techniques under Different Missingness Mechanisms. Workshop on item- and unit-nonresponse in panel surveys in Berlin.

- Rässler, S.:** Statistical Matching using Multiple Imputations and Bayesian Inference. Workshop 2000: Statistics with Deficient Data in München.
- Rässler, S.:** An Comparison of Imputation Techniques under Different Missingness Mechanisms. 5th International Conference on Logic and Methodology in Köln.
- Rässler, S.:** Statistical Matching using Multiple Imputations and Bayesian Inference. 5th International Conference on Logic and Methodology in Köln.
- Seitzinger, M.:** Valuation of European Options under Transaction Costs – Theoretical and empirical Aspects. Nachwuchs-Workshop Finanzökonomie, Jagdschloß Glienicke, Berlin.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschafts- und Entwicklungspolitik

Prof. Dr. h.c. Werner Lachmann, Ph. D. (Rutgers University)

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-232, -488

Fax: 0911/5302-419

E-mail: Werner.Lachmann@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/we/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Bedeutung der Wettbewerbspolitik für das wirtschaftliche Wachstum und für die Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungsländern
- Rolle einer unabhängigen Zentralbank und der Geldwertstabilität als ökonomische Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Entwicklungsländer
- Entwicklungspolitik als sozialpolitische Aufgabe zur Überwindung der Armut in der Dritten Welt
- Zusammenhänge zwischen Ethik, Glaube und wirtschaftlicher Entwicklung
- Übertragbarkeit wesentlicher Elemente der wirtschaftspolitischen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft auf Entwicklungsländer
- Politikversagen, Wirtschaftsethik, Krise der deutschen Wirtschaftspolitik
- Analyse Entwicklungspolitischer Strategien erfolgreicher asiatischer Schwellenländer
- Ordnungspolitische Analyse der Transformationsprobleme in Lettland und Usbekistan

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

keine

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Protestantische Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft und ihre theologische Bewertung

Bearbeiter: Prof. Dr. h.c. W. Lachmann, Ph. D.

Bekanntlich wurden wesentliche Stilelemente der später durch den Protestant Ludwig Erhard eingeführten Sozialen Marktwirtschaft in den Freiburger Kreisen entwickelt. Unter ihnen gab es den Freiburger Bonhoeffer-Kreis, in dem neben C. von Dietze, W. Eucken, A. Lampe, G. Ritter auch der Theologe H. Thielicke teilnahm. Sie waren Mitglieder der Bekennenden Kirche. Walter Eucken, der führende Kopf der Ordoliberalen, arbeitete in der Synode der hessisch-nassauischen Kirche mit und Constantin von Dietze war lange Zeit Präses der EKD. Auch der Religionssoziologe Alfred Müller-Armack war engagierter Protestant, der auf dem evangelischen Kirchentag von 1950 in Essen als Vorsitzender die Arbeitsgruppe Wirtschaft leitete. Es wird gezeigt, daß wesentliche reformatorisch-theologische Überlegungen in das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Eingang fanden und daß die Soziale Marktwirtschaft biblischen Bewertungskriterien entspricht. So kommt die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft dem realen biblischen Menschenbild nahe. Biblische Doktrinen sind in der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft berücksichtigt worden. Anhand der Kriterien „Sündhaftigkeit des Menschen“, „Menschenwürde und Eigenverantwortung“, „Segen und Wohlfahrt“, „Wahrhaftigkeit“ und der Vorschriften des Dekalogs werden die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verglichen. Ebenfalls wird auf die theologisch-ethische Kritik an der Sozialen Marktwirtschaft eingegangen. Es wird gezeigt, daß die Soziale Marktwirtschaft tragfähige Antworten für die moderne, weltweit arbeitsteilige Wirtschaft bietet, im Gegensatz zu anderen Religionen und Philosophien, die einige Akzente anders setzen.

Verwertet wurde auch das lange Zeit verschollene Protokoll der Unterlagen der Sitzungen des Arbeitskreises, die unter dem Titel „In der Stunde Null“ als Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises von Thielicke herausgegeben wurde.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Lachmann, W.; Farmer, K.; Haupt, R. (Hrsg.): Marktwirtschaft und Ethik Bd. 6: Individuelle Freiheit oder staatliche Lenkung?, LIT-Verlag Münster-Hamburg-London 2000.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Lachmann, W.: Ethik der Marktwirtschaft, in: Marktwirtschaft und Ethik Bd. 6: Individuelle Freiheit oder staatliche Lenkung?, LIT-Verlag Münster-Hamburg-London 2000.

Lachmann, W.: Ethik des Wettbewerbs aus nationaler und globaler Perspektive, in: Marktwirtschaft und Ethik Bd. 6, Individuelle Freiheit oder staatliche Lenkung? LIT-Verlag Münster-Hamburg-London 2000.

Lachmann, W.: Protestantische Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft und ihre biblische Bewertung, in: Mehr als man glaubt. Christliche Fundamente in Recht, Wirtschaft und Gesellschaft. Resch-Verlag Gräfelfing 2000.

Jahn, E.; Wagner, T.: Does Active Job-Search Reduce Unemployment? In: P. de Gijsel; R. Olthoff.; T. Zwick (Eds.): The Unemployment Debate: Current Issues, Marburg 2000, S. 155-183.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Marktanner, M.: Why do politicians in developed nations prefer foreign trade policy to income redistribution in order to counteract rising income inequality resulting from globalization? In: Global Business and Economics Review, December 2000.

5.4 Arbeitspapiere

Jahn, E.; Wagner,T.: Senkt aktive Jobsuche die Arbeitslosigkeit?, WEP Working Paper No.4, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, Nürnberg, Juli 2000.

Jahn, E.; Wagner,T.: Substitution and Crowding-Out Effects of Active Labor Market Policy, Discussion Paper No. 2, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Nürnberg, Juni 2000.

5.5 Sonstiges

Lachmann, W.: Entwicklungspolitik, in: Gablers Wirtschaftslexikon, Bd. 2, Wiesbaden 2000.

Lachmann, W.: 12 Jahre GWE – Erinnerungen, in: Marktwirtschaft und Ethik Bd. 6, Individuelle Freiheit oder staatliche Lenkung? LIT-Verlag Münster-Hamburg-London 2000.

Jahn, E.; Wagner,T.: Arbeitnehmerrechte in Civil Law und Common Law Ländern, Vortrag vor dem Verein für Socialpolitik, 19. – 22. September 2000, Berlin.

Jahn, E.; Wagner,T.: Labour's Law? Vortrag vor dem Weltkongress der Society of Labor Economics (SOLE) und European Association of Labour Economists (EALE), Juni 2000, Mailand.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftstheorie

Prof. Dr. Manfred Neumann

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-224

Fax.: 0911/5302-168

E-mail: manfred.neumann@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/v1/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Industrieökonomik (Wettbewerbspolitik, Unternehmensstrategie und Marktstruktur)
- Makroökonomik und Wachstumstheorie
- Alterssicherung und Kapitalbildung

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Lohnflexibilität und Arbeitslosigkeit

Bearbeiter: Prof. Dr. M. Neumann

Charakterisierung: Vergleiche der Arbeitsmarktsituation in den USA und Europa führen die höheren Arbeitslosenraten in Europa meist auf die geringere Flexibilität der Arbeitsmärkte und der Löhne zurück. Eine differenzierte Betrachtung legt jedoch nahe, daß der Zusammenhang keineswegs so eindeutig ist, wie oft behauptet. Aus statischer Sicht entstehen durch Lohnrigidität ohne Zweifel Effizienzverluste, die zu höherer Arbeitslosigkeit führen. Bisher wurde aber kaum beachtet, daß Lohnrigidität in dynamischer Perspektive zu Effizienzgewinnen führt. Die aus der Rigidität folgenden höheren Bruttolöhne setzen Anreize für arbeitssparende Innovationsprozesse, die statische Effizienzverluste kompensieren könnten.

3.2 Vertikale Integration und Foreclosure-Strategien

Bearbeiter: Prof. Dr. M. Neumann, Dr. Uli Fell

Charakterisierung: Kürzlich untersagte das Bundeskartellamt vertikal integrierten Mineralölkonzernen wie BP, Aral, Esso u.a., sog. freie Tankstellen durch entsprechende Preissetzung zu benachteiligen und damit vom Markt zu verdrängen. Ausgehend von diesem Fall werden Modelle sukzessiver Oligopole

herangezogen, um zu begründen, wann und warum dieses Verhalten der Mineralölkonzerne zu unterbinden ist. Außerdem legt die Arbeit nahe, der Intensivierung des Wettbewerbs bei der Kraftstoffproduktion (also auf Raffinerie-Ebene) mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

3.3 Vertikale Integration und vertikale Gegenmacht

Bearbeiter: Dr. Uli Fell
Charakterisierung: Theoretische Ansätze zu vertikaler Integration (Fusionen von Unternehmen nachgelagerter Wertschöpfungsstufen) sowie zu vertikaler Gegenmacht (horizontale Unternehmenszusammenschlüsse zum Ausgleich von Marktmacht auf vor- oder nachgelagerten Wertschöpfungsstufen) werden herangezogen, um aktuelle Entwicklungen bei der Privatisierung der Stromwirtschaft zu erklären und wettbewerbspolitisch zu bewerten. Siehe auch unter Punkt 4 (Ausführlicher Bericht zu einem ausgewählten Forschungsobjekt).

3.4 Sunk costs, Manageranreize und Firmenproduktivität – Eine empirische Analyse für Deutschland

Bearbeiterin: Dipl.-Volksw. Alexandra Groß-Schuler (mit Prof. Dr. Jürgen Weigand)
Charakterisierung: Ausgehend von der in den meisten modernen Großunternehmen praktizierten Trennung zwischen Eigentum und Kontrolle und dem daraus resultierenden Agency-Konflikt untersucht dieses Paper, in welcher Weise Kapitalstruktur und Corporate Governance Struktur die Leistung von Managern und damit die Produktivität einer Firma beeinflussen. Insbesondere die Spezifität von Kapital sowie die Finanz- und Eigentümerstruktur werden in diesem Kontext analysiert.

4. Ausführlicher Bericht zu einem ausgewählten Forschungsobjekt: Vertikale Integration und vertikale Gegenmacht - Theorie und wettbewerbspolitische Implikationen (Dr. Uli Fell)

4.1 Ziel des Projekts

"Vertikale Integration und vertikale Gegenmacht" dient der wirtschaftstheoretischen Fundierung wettbewerbspolitischer Streitpunkte. Die Arbeit konzentriert sich zunächst auf die wettbewerbspolitische Beurteilung von Fusionen und strategischen Allianzen von Unternehmen nachgelagerter Wertschöpfungsstufen (vertikale Integration). Weit verbreitet ist die Auffassung, daß vertikale Integration zu überwiegend positiven Effekten (Effizienzgewinnen) führt und demnach im Gegensatz zu horizontalen Fusionen wettbewerbspolitisch unbedenklich ist. Ziel des ersten Teils der Arbeit ist zum einen, einen konsistenten Überblick zu Forschungsansätzen vertikaler Integration zu liefern. Zum anderen dient

die Arbeit dem Zweck, Bedingungen zu isolieren, unter denen vertikale Integration zu ökonomischen Wohlfahrtsverlusten führen kann und somit eine wettbewerbspolitische Intervention angezeigt ist.

Der zweite Schwerpunkt der Arbeit untersucht horizontale Zusammenschlüsse, die der Strategie entspringen, durch den Aufbau von Nachfrage- oder Gegenmacht einer drohenden "Ausbeutung" durch die Marktgegenseite entgegenzuwirken (vertikale Gegenmacht). Der Bildung von Gewerkschaften als Gegengewicht zur vermeintlich dominierenden Macht der Arbeitgeber liegt diese Vorstellung zugrunde. Fraglich ist, ob sich solche Zusammenhänge auch auf Unternehmen nacheinandergelagerter Wertschöpfungsstufen übertragen lassen und welche Haltung Wettbewerbsbehörden gegenüber solchen Argumenten einnehmen sollten.

Die theoretischen Ansätze zu vertikaler Integration und zu vertikaler Gegenmacht werden anhand aktueller Entwicklungen der Stromwirtschaft illustriert, da beide Phänomene im Zuge der Branchen-Deregulierung auftreten und zu wettbewerbspolitischen Debatten Anlaß geben.

4.2 Ergebnisse

Auf Grundlage der theoretischen Erklärungsansätze läßt sich herausstreichen, daß wohlfahrtsförderliche Effekte **vertikaler Integration** durch

- technologische Einsparungen und Begünstigung technischen Fortschritts
- Transaktionskosteneinsparungen (eingeschlossen Kosten des Risikos) oder
- Vermeidung eines mehrfachen Preisaufschlags

hervorgerufen werden können.

Ein Sinken der ökonomischen Wohlfahrt muß hingegen befürchtet werden, wenn mit vertikaler Integration

- eine Erhöhung von Eintrittsbarrieren
- ein Umgehen von Regulierung
- ein Ausschluß (foreclosure) sowie eine Erhöhung der Kosten von Konkurrenten (raising rivals' costs) oder
- eine Erleichterung von Preisdiskriminierung

einhergeht.

Wie bei horizontalen Fusionen muß also bei der wettbewerbspolitischen Beurteilung vertikaler Integration zwischen Kosteneinsparungen und gestiegener Marktmacht abgewogen werden. Die herrschende wettbewerbspolitische Praxis, die vertikale Integration weitaus weniger restriktiv behandelt als horizontale Zusammenschlüsse, ist gerechtfertigt. Vertikale Zusammenschlüsse können aber auch wettbewerbswidrige Effekte zur Folge haben, so daß die hier skizzierten Modelle eine 'rule of reason' Beurteilung vertikaler Fusionen nahe legen. Wenn beispielsweise in der Stromwirtschaft Verbundunternehmen (E.ON, RWE etc.) durch die Kontrolle der Netze und Stadtwerke in der Lage sind, konkurrierende Stromproduzenten zu benachteiligen, so daß wirksamer Wettbewerb nicht zustande kommt, dann ist eine wettbewerbspolitische Intervention angezeigt, selbst wenn mit der vertikalen Integration Effizienzgewinne (economies of scope) realisiert werden können.

Der gegenwärtige Forschungsstand zur ökonomischen Theorie vertikaler Integration wird allerdings von Modellen sukzessiver Monopole und Oligopole dominiert. Der Aspekt der Nachfragemacht wird hier meist gänzlich vernachlässigt. Oft steht jedoch der Anbietermacht der Upstream-Stufe (z.B. eines Verbundunternehmens) ein "nachfragemächtiges" Downstream-Unternehmen (z.B. ein großes Stadtwerk) gegenüber, von dem zu erwarten ist, daß es das Preisdictat der Upstream-Industrie nicht ohne weiteres akzeptiert. Erst in jüngster Zeit wird diesem Umstand in industrieökonomischen Modellen stärker Rechnung getragen. Solche Ansätze werden als zweiter Schwerpunkt der Arbeit näher untersucht.

Zwei zentrale Ergebnisse ergeben sich aus der Theorie **vertikaler Gegenmacht**.

Im allgemeinen ist davon auszugehen, daß horizontale Fusionen zum Aufbau von Gegenmacht zwar zu geringeren Einkaufspreisen führen, jedoch ist in den meisten Fällen damit zu rechnen, daß mit der Erhöhung der Nachfragemacht auch die Anbietermacht gegenüber den Endkonsumenten zunimmt. Auf das Beispiel der Stromwirtschaft übertragen heißt das: Schließen sich Stadtwerke zusammen, um gegenüber maßgeblichen Stromproduzenten, den Verbundunternehmen, geringere Preise durchzusetzen, so ist damit zu rechnen, daß diese Einsparungen nicht - oder nur zu einem geringem Teil - an die Endverbraucher weitergegeben werden. Zwar dominieren gegenwärtig sicherlich bei der Zusammenlegung von Stadtwerken Kostenvorteile (economies of scale), dennoch sollte die Konzentration auf Vertriebsebene vor dem Hintergrund der Modelle zu vertikaler Gegenmacht skeptisch beurteilt werden, da langfristig die Ausweitung von Marktmacht auf dieser Wertschöpfungsstufe zu erwarten ist.

Ein zweites wichtiges Ergebnis der Modelle zu vertikaler Gegenmacht ist eine im Vergleich zu Modellen sukzessiver Marktmacht geänderte Bewertung vertikaler Integration. Vertikale Integration, z.B. die Übernahme von Stadtwerken durch Verbundunternehmen, kann dem strategischen Ziel entspringen, das wirksame Ausüben von vertikaler Gegenmacht auszuhebeln. Im Modellkontext vertikaler Gegenmacht ist die wettbewerbspolitische Beurteilung vertikaler Integration skeptischer zu beurteilen als auf der Grundlage von Modellen sukzessiver Marktmacht.

Neben der Übertragung auf den Strommarkt lassen sich die Ergebnisse der Arbeit auch auf aktuelle Entwicklungen bei der Verbreitung des Internets anwenden. Die Modelle können etwa herangezogen werden, um die Bildung von Gegenmacht durch Bündelung der Nachfrage im B2C- (Stichwort "powershopping") oder im B2B-Bereich (z.B. "Covisint") wettbewerbspolitisch zu bewerten.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Fell, U.: Vertikale Integration und vertikale Gegenmacht - Theorie und wettbewerbspolitische Implikationen, Bayreuth 2001

Neumann, M.: Wettbewerbspolitik. Geschichte, Theorie und Praxis, Wiesbaden 2000.

Neumann, M.: Competition Policy. History, Theory and Practice. Cheltenham/ Northampton 2001.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Neumann, M.: Flexibility of Wages and Unemployment, Some Reflections Regarding the Trade-off between Efficiency and Equity. erscheint in Festschrift für Karl Ramser.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Neumann, M.; Weigand, J; Groß, A.; Münter, M. T.: Market structure, fixed costs, and horizontal concentration, International Journal of Industrial Organization, 19, 823-840.

Groß, A.; Weigand, J.: Sunk Costs, Managerial Incentives, and Firm Productivity – Empirical Evidence for German Corporations, Quarterly Journal of Economic Research, 2, 2001.

Haid, A. und J.; Weigand, R&D: Liquidity Constraints and Corporate Governance, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 2001

5.4 Arbeitspapiere, Sonstiges

Neumann, M.; Fell, U.: Foreclosure Through Vertical Downstream Integration? The German Gasoline Case and Beyond. Nürnberg: 2001

Haid, A.; Wettig, E.: Konzentrationstendenzen im Weltbergbau, DIW-Wochenbericht 3/00, Berlin 2000

Haid, A.; Wettig, E.: Entwarnung auf dem Welt-Chrommarkt?, DIW-Wochenbericht 23/00, Berlin 2000

Haid, A.; Wettig, E.: Unternehmensübernahmen: Mehr Transparenz überfällig, DIW-Wochenbericht 35/00, Berlin 2000

Haid, A.; Wettig, E.; Dahlheimer, M.; Kruszona, M.; Wagner, H.: Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft., DIW-Beiträge zur Strukturforschung Heft 184, Berlin 2000

Haid, A.: Germany Must Intensify its R&D Efforts, Economic Bulletin 3/2000, Berlin 2000

Haid, A.; Hornschild, K.: Company Takeovers: Transparency Long Overdue, Economic Bulletin 10/2000

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik

Prof. Dr. Claus Schnabel

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel: 0911/5302-330, -481

Fax: 0911/5302-721

E-mail: claus.schnabel@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/am/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Empirische Arbeitsmarktökonomik
- Arbeitsbeziehungen (insbesondere Tarifpolitik und Mitbestimmung)
- Betriebliche Fehlzeiten
- Arbeitsmarktpolitik
- Allgemeine Wirtschaftspolitik

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Verbreitung und Bestimmungsgründe von Betriebsräten

Kooperationspartner: Prof. Dr. John T. Addison, University of South Carolina, USA und Prof. Dr. Joachim Wagner, Universität Lüneburg

Bearbeiter: Prof. Dr. C. Schnabel

Projektstart und –ende: März 1995 - Juni 2000

Charakterisierung: Mit Hilfe empirischer Analysen konnte u.a. gezeigt werden, dass nur ein Fünftel aller Industriebetriebe einen Betriebsrat haben; in diesen Betrieben arbeiten jedoch drei Viertel aller Industriebeschäftigten. Die Wahrscheinlichkeit der Existenz eines Betriebsrates hängt positiv von der Größe und dem Alter eines Betriebes sowie von seiner Beschäftigten- und Organisationsstruktur ab.

3.2 Innovative Beschäftigungspakte in Europa

Kooperationspartner: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Dublin

Bearbeiter: Prof. Dr. C. Schnabel, Dipl.-Volksw. Stefan Zagelmeyer

Projektstart und –ende: Juli 1998 - September 2000

Charakterisierung: siehe 4.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsbericht: Innovative Beschäftigungspakte in Europa

Vor dem Hintergrund einer lang andauernden Beschäftigungskrise und struktureller Anpassungsprobleme der europäischen Volkswirtschaften suchen in vielen Ländern Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber(verbände) nach Möglichkeiten, die Arbeitsmarktsituation zu verbessern. So kam es in den letzten Jahren in allen EU-Mitgliedsstaaten zu Vereinbarungen der Sozialpartner (mit und ohne Beteiligung der Regierungen), die auf die Sicherung und den Ausbau der Beschäftigung abzielen. Von Interesse sind diese Vereinbarungen nicht nur aus Sicht der Arbeitsmarktpolitik, sondern auch aus arbeitsmarkttheoretischer Perspektive, weil sie Beziehungspunkte zum „Modell der effizienten Verhandlungen“ aufweisen, in dem die Tarifpartner sich durch gleichzeitige Verhandlungen über Löhne und Beschäftigung (statt allein über Löhne) besser stellen können.

Ziel des von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin initiierten Projektes war es, einen Überblick über derartige bi- und tripartistische Beschäftigungsvereinbarungen sowie deren Hintergründe und Auswirkungen zu erhalten. Solche Vereinbarungen werden auch als „Bündnisse für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit“ oder – stark verkürzt – als „Beschäftigungspakte“ bezeichnet. Ein erster Ansatz war die Auswertung diesbezüglicher Einträge in der EIRO-Datenbank über Arbeitsbeziehungen in Europa. Darüber hinaus wurden von der Europäischen Stiftung Aufträge für betriebliche Fallstudien in elf EU-Mitgliedstaaten vergeben.

Die Auswertung dieser Informationen zeigte, dass Bündnisse für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit (BBW) in allen EU-Ländern zu finden sind, wenn auch teils auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichem Umfang. Außer in Großbritannien wurden in jedem Mitgliedstaat entsprechende Vereinbarungen auf nationaler, regionaler oder Branchenebene abgeschlossen. Betriebliche BBW gibt es praktisch überall mit Ausnahme von Griechenland.

Beschäftigungspakte dienen generell der Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen, variieren dabei jedoch hinsichtlich ihrer Zielsetzungen, Maßnahmen und beschäftigungspolitischen Verbindlichkeit. Vereinbarungen auf der nationalen und regionalen Ebene streben eher allgemein eine Verringerung der Arbeitslosigkeit an, legen aber kaum Beschäftigungs-Zielgrößen fest. Auf Branchenebene haben die Tarifvereinbarungen meist die Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen und die Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus zum Ziel. In wenigen Fällen enthalten diese Branchenvereinbarungen Klauseln zur Schaffung von Arbeitsplätzen für bestimmte Zielgruppen. Auf Unternehmens- bzw. Betriebsebene werden die Beschäftigungspakte oder Standortsicherungsvereinbarungen üblicherweise als Instrument der Beschäftigungssicherung oder der „sozialverträglichen“ Personalanpassung verwendet, wobei in manchen Fällen im Gegenzug von Arbeitgeberseite zusätzliche Investitionen zugesagt werden.

Der Grad der Verbindlichkeit des Beschäftigungsbezugs nimmt generell mit der Zentralisierung der Verhandlungen ab. Konkrete Beschäftigungszusagen bzw. –garantien finden sich lediglich auf der untersten Ebene der Unternehmen oder Betriebe. Betriebliche BBW werden oft im Zusammenhang mit Umstrukturierungen vereinbart und haben meist die Abmilderung harter Einschnitte, die Reduzierung der Kosten und die Sicherung von Arbeitsplätzen zum Ziel. Ihre wesentlichen Bestandteile lassen sich in vier Gruppen einteilen:

- Umverteilung der Arbeit
- Senkung der Kosten
- Erhöhung von Produktivität und Flexibilität
- Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer.

Der tatsächliche Erfolg der BBW, auf welcher Ebene auch immer abgeschlossen, kann derzeit noch nicht abschließend bewertet werden. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass einerseits nur in wenigen Fällen eine tiefer gehende Evaluation der Pakte durch die Beteiligten vorhanden oder öffentlich zugänglich ist und dass andererseits noch keine statistischen Analysen zur Wirksamkeit dieser Pakte vorliegen. Allerdings kann die nicht selten zu findende Erneuerung von Pakten als Indiz dafür gesehen werden, dass diese von den Beteiligten als erfolgreich betrachtet wurden.

Die vorliegenden Informationen deuten darauf hin, dass die Ziele der Unternehmens- bzw. Betriebsvereinbarungen in den meisten Fällen erreicht wurden: Zum einen konnte die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen oftmals verbessert werden, wobei es zwar zur Senkung von Arbeitskosten, aber nur selten zu Kürzungen tariflicher Grundlohnzahlungen kam. Zum anderen wurden damit Arbeitsplätze gesichert, wenn auch selten neue geschaffen. Derartige Bündnisse für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit sind damit ein innovatives Instrument, das auch - insbesondere in bisher eher konfliktorientierten Gesellschaften - zur Weiterentwicklung der Arbeitsbeziehungen beitragen wird. Beschäftigungspolitisch sind sie jedoch eher als defensive Maßnahmen einzustufen, die eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Tarifpolitik keineswegs ersetzen können.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Schnabel, C.: Tarifautonomie und Tarifpolitik, Köln 2000

Zagelmeyer, S.: Innovative Agreements on Employment and Competitiveness in the European Union and Norway , Luxembourg 2000

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Addison, J. T.; Schnabel, C.; Wagner, J.: Nonunion representation in Germany, in: Kaufman, B.E., Taras, D.G. (Hrsg.): Nonunion Employee Representation: History, Contemporary Practice, and Policy, Armonk und London 2000, S. 365-385

Jahn, E.; Wagner, T.: Does Active Job-Search Reduce Unemployment?, in: Gijsel, P. de, Olthoff, R.; Zwick, T. (Hrsg.): The Unemployment Debate: Current Issues, Marburg 2000, S. 155-183

Schnabel, C.: The German System of Collective Bargaining under Stress: Reforming or Abolishing the Flächentarifvertrag?, in: Silvia, S.J. (Hrsg.), Unemployment Ebbs in Germany: Explanations and Expectations, Washington, D.C. 2000, S. 121-139

Zagelmeyer, S.: Bargaining on employment in the European Union: The example of the European car industry, in: International Industrial Relations Association (Hrsg.): Proceedings of the 12th World Congress, Vol. 2, The impact of globalization on national and regional systems of industrial relations and employment relations, Tokyo 2000, S. 111-125

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

- Addison, J. T.; Schnabel, C.; Wagner, J.:** Die mitbestimmungsfreie Zone aus ökonomischer Sicht, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 45 (2000), S. 277-292
- Schnabel, C.; Zagelmeyer, S.:** Beschäftigungspolitik und Beschäftigungspakte in der Europäischen Union, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik 26 (2000), S. 147-164
- Zagelmeyer, S.:** Tarifverhandlungen in Euroland - Entwicklungen und Perspektiven, in: IW-Gewerkschaftsreport 34/2 (2000), S. 3-22

5.4 Arbeitspapiere

- Addison, J. T.; Schnabel, C.; Wagner, J.:** Die mitbestimmungsfreie Zone aus ökonomischer Sicht, Diskussionspapier No. 1, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Nürnberg 2000
- Jahn, E.; Wagner, T.:** Substitution and Crowding-Out Effects of Active Labour Market Policy, Diskussionspapier No. 2, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Nürnberg 2000
- Wegener, T.:** Institutionelle Aspekte der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik, Diskussionspapier No. 3, Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Nürnberg 2000

5.5 Sonstiges

- Jahn, E.:** Rezension: Klaus Schömann, Ralf Rogowski, Thomas Kruppe: Labour Market Efficiency in the European Union - Employment Protection and Fixed-Term Contracts, London 1998, in: KYKLOS 53 (2000), S. 103-104

C. Institut für Wirtschaftsrecht

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Privat- und Wirtschaftsrecht

Prof. Dr. Harald Herrmann

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-267

Fax: 0911/5302-177

E-mail: herrmann@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Wirecht/pre>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Versicherungsprivatrecht
- Freiberufsrecht
- Gesellschafts- und Wettbewerbsrecht

Alle Forschungsarbeiten und -projekte werden international vergleichend und mit Blick auf die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Grundlagen angegangen. Beim Rechtsvergleich stand bereits von Anfang an das amerikanische Recht im Vordergrund. Neuerdings treten Vergleichsuntersuchungen zum englischen, österreichischen, niederländischen und französischen Recht hinzu. Näheres zu den Forschungsinhalten der Vergangenheit kann dem Veröffentlichungsverzeichnis im Internet (www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Wirecht/pre) entnommen werden.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Neuerungen des Europarechts zum Fernabsatz und zur Online-Versicherung

Kooperationspartner: Institut für Versicherungswissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg

Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann

Projektstart und -ende: Januar 1999 - August 2000, Veröffentlichung s. 5.

Charakterisierung: Die EU-Richtlinie zum Fernabsatz ist im deutschen Fernabsatzgesetz vom Juni 2000 umgesetzt worden. Dadurch hat sich das Vertragsrecht grundlegend geändert (s. auch Richtlinien zu Finanzdienstleistungen). Es werden Vorschläge zur Harmonisierung mit dem bisher bestehenden Recht erarbeitet.

3.2 Europäische Versicherungskonzentration und Konzernrecht

Kooperationspartner: Institut für Versicherungswissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
Projektstart und -ende: Beginn Februar 2000; vorläufig abgeschlossen Oktober 2000
Charakterisierung: Die Konzentrationswelle von 1996-1998 flacht zwar ab, kommt aber vor allem im Hinblick auf die Integration von Vermögensverwaltungsgesellschaften nicht zur Ruhe. Die wichtigsten Probleme des Fusionskontroll- und Konzernrechts einschließlich des Versicherungsaufsichtsrechts für Funktionsausgliederungen werden untersucht.

3.3 Gesellschafts-, kredit- und kapitalmarktrechtliche Bezüge

Kooperationspartner: Gesellschaftsrechtliche Vereinigung
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
Projektstand: Beginn Februar 2000; vorläufig abgeschlossen Oktober 2000
Charakterisierung: Das KonTraG von 1998 hat ein Sonderrecht für die börsennotierte Aktiengesellschaft geschaffen, das schon für sich viele Auslegungsprobleme bewirkt hat, aber auch auf die nicht an der Börse, wohl aber auf anderen Kapitalmärkten tätigen Aktiengesellschaften ausstrahlt. Auch das Kredit- und Kreditsicherungsrecht sind wesentlich mit berührt und werden mit untersucht.

3.4 Chinesisches Versicherungsrecht, deutsches Versicherungsrecht und Sonderrecht Hongkongs

Kooperationspartner: Institut für Versicherungswissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann, Ass. Uta Wilkens
Projektstand: Beginn 1998, vorläufiger Abschluss Juli 2000
Charakterisierung: s. zunächst Forschungsbericht 1998. Nunmehr wurde ein DAAD-Projekt beantragt, das die Einbeziehung des Rechts Hongkongs thematisiert.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungprojekt: Europäische Versicherungskonzentration und Konzernrecht (s. Punkt 3.2)

Kooperationspartner: Institut für Versicherungswissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
Projektstart und -ende: Beginn Februar 2000; vorläufig abgeschlossen Oktober 2000

Folgende Untersuchungsergebnisse können hervorgehoben werden:

- (1) Die Konzentrationswelle europaweit und global tätiger Versicherer hat dazu geführt, dass Anfang des Jahres bereits 13 der 50 grössten europäischen Unternehmen, also gut 1/4 Finanzdienstleister waren. In qualitativer Hinsicht zeichnet sich ein zunehmendes Zusammengehen von Versicherungen mit Banken, Spezialbanken und Asset Management-Gesellschaften ab.
- (2) Obgleich die durchschnittlichen Marktanteile der Europäer auf den europäischen Versicherungsmärkten heute bereits bei 40 % liegen, sind in Deutschland keine marktbeherrschenden Stellungen begründet.
- (3) Das Konzernleitungsrecht hat durch die neue Rechtsprechung zur übertragenden Auflösung eine entscheidende Liberalisierung erfahren. Künftig ist das Hinausdrängen von Minderheitsgesellschaften gegen angemessene Abfindung zulässig, wenn überwiegende Konzerninteressen dafür sprechen. Das ist im Regelfall zu bejahen, wenn das übertragene Vermögen den wesentlichen Umfang des Gesamtvermögens der übertragenden Gesellschaft ausmacht, und die Auflösung dieser Gesellschaft mit der nötigen $\frac{3}{4}$ -Mehrheit beschlossen wird. Die Abfindung sorgt bei funktionsfähigen Kapitalmärkten hinreichend dafür, dass sich der Minderheitsaktionär anderweitig mit neuem und entsprechend rentierlichem Risikokapital versorgen kann.

Für das Versicherungskonzernrecht ergeben sich mehrerelei wichtige Folgerungen:

- Bestandsübertragungen verstossen nicht prinzipiell gegen den Grundrechtsschutz des Aktieneigentums der Minderheitsgesellschafter, wenn deren Barabfindungsinteresse gewahrt ist. Erst recht kann deshalb nicht das Eigentumsgrundrecht der Versicherungsnehmer verletzt sein, soweit dieses auf eine Teilnahme an stillen Reserven gerichtet sein sollte.
- Für anschliessende Auflösungen der übertragenden Gesellschaften und das damit bewirkte Hinausdrängen der Minderheitsgesellschafter ergibt sich, dass ein Verbleib von 5 % der Unternehmensgewinne und der stillen Reserven bei der abgebenden Versicherung unschädlich ist.

(4) Auch das Konzernaufsichtsrecht sollte von der kapitalmarktorientierten Auslegung auf Dauer nicht unbeeinflusst bleiben. Dazu passt insbes. nicht die engherzige Praxis des BAV zum Weisungsrecht bei Beherrschungsverträgen und Funktionsübertragungen. Zumindest sollte eine dezentrale Konzernorganisation bei Integration von asset management-Gesellschaften nicht unnötig erschwert werden.

(5) Die Konzernbildungskontrollen der geltenden deutschen Übernahme-Selbstbeschränkung erscheinen trotz der kapitalmarktrechtlichen Auslegung des Konzernleitungsrechts unzureichend. Besonders anstössig ist, dass die Teilnahme an der Selbstbeschränkung bislang nur im Neuen Markt als Zugangsbedingung verlangt wird, und dass die teilnehmenden Unternehmen sogar dort nicht zwingend daran gehindert werden, sich von der Selbstbeschränkung zu lösen, wenn sie eine Übernahmeaktion planen oder in eine solche verwickelt sind. Auch das Recht der Abwehrmassnahmen gibt den betroffenen Unternehmen keinen hinreichende Möglichkeit zur Selbsthilfe. Für vinkulierte Namensaktien wird die anstehende Novellierung des AktG die satzungsrechtliche Aufhebung durch Stimmkonsortien im Rahmen des Depotstimmrechts der Banken begünstigen. Eine kapitalmarktadäquate Übernahmegesetzgebung wird deshalb auch aus der hier vertretenen Sicht erforderlich.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Herrmann, H.: Grundlehren des Bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts, Band 1, Nürnberg 2000
Herrmann, H.: Grundlehren des Bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts, Band 2, Nürnberg 2000

5.2 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Sammelwerken

Herrmann, H.: Neues vom Europarecht zum Fernabsatz und zur Online-Versicherung, in: Scheffler, W.; Voigt, I., Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, 2000, S. 329, 343

Herrmann, H.: Existenzgründung. Rahmenbedingungen und Strategien in: Buttler, G.; Herrmann, H.; Scheffler, W.; Voigt, I. (Hrsg), 2000, S. 115-151.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Herrmann, H. in: Versicherungsbetriebe/Versicherungsfachwirt 2000, S. VIII.

5.4. Arbeitspapiere

Herrmann, H.: Deutsches und Europäisches Unternehmens- und Gesellschaftsrecht, Nürnberg 2000

Herrmann, H.: Deutsches und Europäisches Konzernrecht, Nürnberg 2000

Herrmann, H.: Sachen- und Kreditsicherungsrecht, Nürnberg 2000

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Deutsches und Internationales Steuerrecht, Finanz- und Haushaltsrecht

Prof. Dr. Wolfram Reiß

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-496

Fax: 0911/5302-165

E-mail: reiss@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Wirecht/ire/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- **Unternehmenssteuerrecht** unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsform des Unternehmensträgers und von Unternehmensverbindungen sowie des Internationalen Unternehmenssteuerrechts (Außensteuerrecht, DBA)
- **Gewinnermittlung und Bilanzierung**, Bezüge zum Handels- und Gesellschaftsrecht, Internationale Entwicklungen
- **Umsatzsteuer**, insbes. in Zusammenhang mit Fragen des E-Commerce
- **Steuerharmonisierung** in Europa bei indirekten und direkten Steuern

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1. Diplomarbeiten

3.1.1. Die ertragssteuerliche Behandlung von Entertainmentleistungen im Internet

Bearbeiterin: Doris Dürschner

Projektstart und –ende: September 1999 - Februar 2000

3.1.2. Der Trust im deutschen Steuerrecht

Bearbeiter: Thomas Wagner

Projektstart und –ende: September 1999 - März 2000

3.1.3. Die Realteilung und Erbauseinandersetzung nach dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002

Bearbeiterin: Carmen Hofmann

Projektstart und –ende: November 1999 – Mai 2000

3.1.4. Sondervergütungen im Doppelbesteuerungsabkommen USA-Deutschland

Bearbeiter: Simon Kreisbeck

Projektstart und -ende: Dezember 1999 – Juni 2000

3.1.5. Die Besteuerung von Investmentfonds und ihrer Anteilsinhaber einschließlich Spezialfonds

Bearbeiter: Friedhelm Böltner

Projektstart und –ende: März 2000 – September 2000

3.1.6. Änderungen der Eigenverbrauchsbesteuerung und des Vorsteuerabzugs durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002: Europakonforme Ausgestaltung oder nationaler Alleingang?

Bearbeiterin: Daniela Richter

Projektdauer und –ende: Mai 2000 – November 2000

Die Arbeiten setzen sich jeweils mit aktuellen Entwicklungen im Steuerrecht anhand neuerer höchstrichterlicher Rechtsprechung (so 3.1.2.), der Gesetzgebung (so 3.1.3., 3.1.5. und 3.1.6.) sowie im internationalen Bereich (so 3.1.1. und 3.1.4.) auseinander. Abgesehen von ihrem eigenständigen Wert bieten die o.a. Arbeiten für den Lehrstuhlinhaber auch wertvolle Hilfe bei seinen Forschungs- und Lehraufgaben.

3.2. Dissertationen

3.2.1 Die Harmonisierung der indirekten Steuern in Europa: Grenzen und Umfang unter besonderer Berücksichtigung von Art. 33 der 6. MWSt-RL und Art. 3 der System-RL

Bearbeiter: Dr. Alexander Hagen

Projektstart und –ende: Januar 1998 – Juli 2000

Charakterisierung: Die Dissertation leistet einen wesentlichen Beitrag zur Abgrenzung der Kompetenzen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der indirekten Steuern

3.3. Sonstiges

Aufbau einer umfangreichen und ständig aktualisierten **Web-Literaturdatenbank mit individueller Suchfunktion zum Thema „Besteuerung des E-Commerce“** mit Beiträgen (auch international) ab 1997; Einbau in die Homepage des Lehrstuhls

4. Ausführlicher Bericht von einem Forschungsprojekt

4.1. Besteuerung der Personengesellschaften

Abgeschlossen wurde die vollständige Neukommentierung der §§ 15 und 16 EStG im neuen Kurzkommentar von Kirchhof. Dabei erfolgte eine kritische Aufarbeitung der gesetzgeberischen Neukonzeption zur Besteuerung von Unternehmensgewinnen im Rahmen der Neuordnung der Besteuerung von Einzelunternehmern, Personengesellschaften und Körperschaften sowie ihrer Anteilseigner. Die jüngeren gesetzgeberischen Änderungen lassen jegliche Konzeption hinsichtlich einer dem Leistungsfähigkeitsprinzip verpflichteten Individualbesteuerung vermissen.

4.2. Umsatzsteuer und Börsengang

Der Börsengang eines Unternehmens erfordert die Inanspruchnahme erheblicher Beratungsvorleistungen. Nach herrschender Lehre und Rechtsprechung ist die dabei anfallende Umsatzsteuer für das an die Börse gehende Unternehmen nicht als Vorsteuer abzugsfähig, sofern dabei eine im Inland ansässige Emissionsbank eingeschaltet wird. Dagegen ist die Vorsteuer abzugsfähig, wenn eine in einem Drittland ansässige Emissionsbank eingeschaltet wird. Diese Auffassung ist bei einer zutreffenden Auslegung sowohl des nationalen als auch des EG-Umsatzsteuerrechtes nach der 6. Richtlinie unzutreffend. Darüber hinausgehend verstößt sie sowohl gegen das nationale Verfassungsrecht als auch gegen grundlegende Prinzipien des Gemeinschaftsrechtes.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Beiträge in Sammelwerken

Reiß, W.: Kommentierung der §§ 15 und 16 EStG in Kirchhof, EStG

Reiß, W.: Umsatzsteuer und Internet – Eine Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung des EU-Richtlinievorschlags zur mehrwertsteuerlichen Behandlung elektronischer Dienstleistungen, in: Scheffler, W.; Voigt, I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Grundlagen – Strategien - Anwendungsfelder, Wiesbaden 2000, S. 303 ff.

Reiß, W.: Umsatzsteuer und Grunderwerbsteuer beim Unternehmens(ver)kauf, in: Schaumburg (Hrsg.), Unternehmenskauf im Steuerrecht, 2. Auflage, Stuttgart 2000, S. 283 ff.

5.2 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Reiß, W.: Value Added Taxation in Germany, Bulletin for International Fiscal Documentation 2000, S. 405 ff.

Reiß, W.: Die Revitalisierung des Mitunternehmererlasses - keine gesetzestehnische Meisterleistung, BB 2000, S. 1965 ff.

Reiß, W.: Individualbesteuerung von Mitunternehmern nach dem Steuersenkungsgesetz, StuW 2000, S. 399 ff.

Schindhelm, S.; Reiß, W.: Richtlinievorschlag der EU-Kommission zur Umsatzbesteuerung elektronisch erbrachter Leistungen, CR 2000, S. 757 ff.

5.3 Arbeitspapiere

Reiß, W.: Umsatzsteuer und Internet, Vortrag zum Tag der Offenen Tür der WiSo am 7.7.2000

5.4. Sonstiges

Reiß, W.: Internet-Steuer stößt auf wenig Gegenliebe, Handelsblatt v. 6.6.2000

Reiß, W.: Für ein europataugliches Anrechnungsverfahren, SZ v.15.6.2000, S. 29

Reiß, W.: Das Anrechnungsverfahren europatauglich machen, Handelsblatt v. 28.6.2000, S. 63

Reiß, W.: Auslandsbank beim Börsengang günstiger, Handelsblatt v. 6.9.2000, S. 57

Schindhelm, S. (Hrsg.): (Unternehmens-)Steuern im globalen Steuerwettbewerb, Praxisseminar,
Seminarband 2, 2000

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Öffentliches Recht

Prof. Dr. K. A. Schachtschneider

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-311, -329

Fax: 0911/5302-297

E-mail: wsor01@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Wirecht/oere/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Das gesamte Öffentliche Recht einschließlich des Europarechts und des Weltrechts. Grundlegend ist die Freiheits-, Rechts- und Staatslehre und auch die Wirtschaftsphilosophie. Systematisch wird das Verfassungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialrecht das Europäische Verfassungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialrecht und das Weltverfassungs- und Weltwirtschaftsrecht bearbeitet. Besondere Beachtung finden das Staatsunternehmensrecht, das Arbeitsverfassungsrecht, das Geld- und Währungsrecht, das Stabilitätsrecht, das Umwelt- und Gewerberecht, das Sozialversicherungsrecht und das Recht der freien Berufe. Fundament aller Forschungs- und Lehrbemühungen ist der Kantianismus.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Der Anspruch auf materiale Privatisierung, am Beispiel des staatlichen und kommunalen Vermessungswesens in Bayern (siehe 4.)

3.2 Recht der Weltwirtschaft

Bearbeiter: Prof. Dr. iur. K. A. Schachtschneider u.a. (s. Charakterisierung)

Projektstart und –ende: Februar 1999 – Dezember 2000

Charakterisierung: Die Wirtschaft ist multinational, international und global. Das Recht der Weltwirtschaft verdichtet sich. Weltwirtschaftsrecht in Forschung und Lehre zu betreiben ist notwendig. In dem Buch sind behandelt: Der lange Weg zum monetären Völkerrecht. Geschichte der Geldlehren, Lehren der Geldgeschichte (Prof. Dr. Wilhelm Hankel); Die Ordnung des internationalen Handels, GATT – WTO – GATS (Dipl.-Kff. Dagmar I. Siebold); Recht und Zwang im Völkerrecht (Dr. iur. Angelika Emmerich-Fritzsche), Die europäische Bananenmarktordnung und ihr Verhältnis zu WTO- und deutschem Recht (Dipl.-Kff. Dagmar I. Siebold); Grenzen der Kapitalverkehrsfreiheit (Prof. Dr. iur. K. A. Schachtschneider); Die Multinationale Unternehmung

als Mittler zwischen privater Freiheit und öffentlichem Interesse – Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln im Prozeß der Globalisierung (Prof. Dr. Andreas G. Scherer); Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) (Dipl.-Volksw. Udo Wartha).

3.3 Dissertation: Einlagensicherungssysteme in Deutschland, Frankreich und Großbritannien unter dem europäischen Gemeinschaftsrecht

Bearbeiterin: Dipl.-Kff. Christiane Dowe

Projektstart und -ende: August 1996 – Februar 2000

Charakterisierung: Frau Dowe hatte die Einlagensicherungssysteme und insbesondere die Versuche, die nationalen Systeme vor dem Wettbewerb effizienterer Systeme, vor allem der aus Deutschland, zu schützen. Das ist durch die gemeinschaftsrechtliche Verpflichtung, den Sicherheitsstandard so abzusenken, daß die Systeme aller Mitgliedstaaten wettbewerbsfähig bleiben, versucht worden. Das Beispiel zeigt, daß auch im Bankenrecht die Integration zur Nivellierung der Standards führt.

3.4 Dissertation: Unternehmen in der Republik

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Wolfgang Freitag

Projektstart und -ende: Juni 1996 - Juni 2000

Charakterisierung: Herr Freitag hat eine philosophisch begründete Konzeption einer republikanischen Unternehmensverfassung erarbeitet, welche sich grundlegend von den praktizierten Unternehmensverhältnissen unterscheidet. Herr Freitag setzt die Ethik, welche in den fundamentalen Prinzipien der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit Grundlage des Rechts und des Staates ist, in einen geradezu radikalen Entwurf einer sozialen Unternehmensverfassung um. Die Arbeit schließt an die aufklärerischen Lehren des menschlichen Miteinanders an, deren Diskussion im vergangenen Jahrhundert in der Unternehmensrechtswissenschaft wenig gepflegt wurde.

3.5 Dissertation: Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung in Betrieben

Bearbeiterin: Dipl.-Sozialw. Kathrin Bedner

Projektstart und -ende: Oktober 1996 – November 2000

Charakterisierung: Frau Bedner hat das Recht des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung in den Betrieben dargelegt. Sie erörtert die in den Menschen- und Grundrechten begründeten Schutzpflichten und deren Umsetzung in völkerrechtlichen Verträgen, in gemeinschaftsrechtlichen Richtlinien und nationalen Gesetzen. Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen stehen die Politik und die Begriffe der Weltgesundheitsorganisation, welche zunehmend die Praxis auch Deutschlands bestimmten.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Der Anspruch auf materiale Privatisierung des Vermessungswesens in Bayern (s. 3.1)

Bearbeiter: Prof. Dr. iur. K. A. Schachtschneider

Das Rechtsgutachten, welches demnächst veröffentlicht werden wird, behandelt am Beispiel des bayerischen Vermessungswesens die Grundsatzfragen eines Rechts auf materiale Privatisierung staatlicher Verwaltungen. Zunächst wird das reich gegliederte staatliche und kommunale Vermessungswesen in Bayern dargestellt, welches neben den amtlichen Vermessungen auch privatwirtschaftliche Vermessungen sowohl des Freistaats Bayern als auch der bayerischen Kommunen, aber auch der freiberuflichen Vermessingenieure kennt. Als einziges Land in Deutschland kennt Bayern die öffentlich bestellten Vermessingenieure nicht. Ein Recht auf materiale Privatisierung staatlicher Verwaltungen verwirklicht das menschheitliche Subsidiaritätsprinzip vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Die Privatisierungsproblematik setzt eine Lehre von der Staatlichkeit oder Privatheitlichkeit öffentlicher Aufgaben und diese wiederum eine Lehre vom institutionellen und funktionalen Begriff des Staates und des Bürgers voraus. Öffentliche Aufgaben sind nicht ihrer Eigenart nach staatlich oder privatheitlich. Vielmehr bestimmen im Rahmen der Verfassung und des Verfassungsgesetzes die Gesetze, ob der Staat im institutionellen Sinne Aufgaben der Lebensbewältigung übernimmt, also die Aufgabenbewältigung verstaatlicht. Die Praxis benutzt den Begriff der öffentlichen Aufgabe, um Handlungsbereiche der institutionell Privaten funktional in den Bereich des Staatlichen einzugliedern und nicht nur weitgehend dem Recht des Staates zu unterwerfen, sondern auch als mittelbare Staatsverwaltung dem Grundrechtsschutz zu entziehen. Der Staat bedarf hinreichender Gründe, um eine Aufgabe an sich zu ziehen, weil das Subsidiaritätsprinzip grundrechtlich geschützt ist. Die Verfassung der Freiheit führt zu einem Privatheitsprinzip als dem menschheitlichen Subsidiaritätsprinzip, welches in den Grundrechten, vor allem in der Eigentumsgewährleistung, in der Berufsfreiheit und in der allgemeinen (Handlungs-)Freiheit, aber auch, je nach Lebensbereich, in den anderen Grundrechten geschützt ist. Das Privatheitsprinzip ist der Grundsatz und Vorrang privater Lebensbewältigung. Das Privatheitsprinzip ist aber auch europarechtlich im Binnenmarktprinzip verankert, vor allem in der Niederlassungs- und in der Dienstleistungsfreiheit. Darüber hinaus schützt das Kommunalrecht ein gemeinde- und bezirksrechtliches Privatheitsprinzip, wonach Kommunalunternehmen einen öffentlichen Zweck, der nicht allein die Gewinnmaxime sein darf verfolgen müssen. Entgegen der Praxis ist das Privatheitsprinzip judizierbar. Wie alle Prinzipien der praktischen Vernunft ergibt sich eine institutionelle Judiziabilität daraus, daß der Wesensgehalt der allgemeinen Freiheit verfassungsbeschwerdefähiges Grundrecht ist. Das Privatheitsprinzip ist eher weniger offen als etwa der ständig praktizierte Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das Willkürverbot. Es gibt ein allgemeines subjektives Recht auf Privatisierung, welches seine Rechtsgrundlage auf allen Ebenen der Rechtsordnung findet. Demgegenüber werden privatheitswidrige Mischformen praktiziert, welche legitimen und noch mehr illegitimen Interessen der Praxis entgegen kommen. Einerseits ermöglicht die Fiskusdoktrin die formelle Privatisierung sowohl der Organisations- als auch der Handelsformen des Staates, so daß der Staat und die Kommunen sich privatheitlich, als seien sie Unternehmer, an den Markt und in den Wettbewerb begeben und die Rechtsformen privatheitlicher Lebensbewältigung wählen. Der Staat darf jedoch ausschließlich staatlich handeln. Er darf sich in keiner seiner Hand-

lungsweise den staatsrechtlichen Vorschriften, insbesondere den Vorschriften des Grundgesetzes, entziehen. Das Grundgesetz verbietet die formelle Privatisierung des Staatlichen. Die Praxis richtet sich nach diesem Verbot nicht, weil das Interesse an den privatheitlichen Möglichkeiten, insbesondere das Interesse an den privatheitlichen Entgelten, allzu groß ist. Während die Fiskusdoktrin dem Staat ermöglicht, privatheitliche Rechtsformen zu mißbrauchen, erlaubt die ebenso staats- wie privatheitswidrige Beleihung, daß Unternehmer, die begrifflich durch ihre Privatheit definiert sind, mit öffentlichen Aufgaben und hoheitlichen Befugnissen betraut und dadurch Teil der mittelbaren Staatsverwaltung werden. Die staatliche Hoheit läßt sich unter Rechtsgesichtspunkten nicht auf Private übertragen, weil diese nicht demokratisch legitimiert sind. Im übrigen fehlt einer solchen Hoheitsübertragung die verfassungsgesetzliche Grundlage. Die Handlungsweisen der (vermeintlich) beliehenen Unternehmer rechtfertigen sich aus den Gesetzen. Die Dogmatik von der Delegation von staatlicher Gewalt auf Private, welche mit freiheitlichen Rechtsprinzipien unvereinbar ist, muß ersetzt werden durch eine Dogmatik der Legalisierung privatheitlichen Handelns. Nur dadurch gewinnen die Unternehmer, soweit ihnen durch den Gesetzgeber Aufgaben auferlegt werden, den Grundrechtsschutz zurück. Eine Aufgabe verliert ihren Charakter als staatliche Aufgabe dadurch, daß sie von Privaten erledigt wird, wie umgekehrt eine Aufgabe dadurch staatlich wird, daß sie der Staat übernimmt. Das überkommene Rechtsinstitut der Beleihung Privater mit staatlicher Hoheit läßt sich in einer durch die Freiheit definierten Republik nicht rechtfertigen. Staatsgewalt ist unübertragbar, weil sie nichts anderes ist als die Freiheit des Volkes, welche sich in demokratisch legitimierten, also staatlichen Handlungen der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung verwirklichen läßt. Die Beleihung von Vermessungsingenieuren mit öffentlichen Aufgaben, welche diese in einen (sogenannten) staatlichen Beruf einbindet, ist verfassungsrechtlich nicht tragfähig. Das Vermessungswesen ist somit weitestgehend zu privatisieren, weil es, wie die Praxis in anderen Ländern Deutschlands, vor allem aber im Ausland beweist, privatheitlich besser bewältigt werden kann. Der Staat hat eine Aufgabe an sich gezogen, welche ihm unter Rechtsgesichtspunkten nicht zusteht. Die praktizierten Mischformen sind verfassungswidrig. Die durch die Fiskusdoktrin bestimmte Praxis beurteilt staatliche und kommunale Handlungen, welche mit privatheitlichen Handlungen gleicher Art konkurrieren, als Wettbewerbsverhältnisse. Unter Rechtsgesichtspunkten gibt es keine Wettbewerbsverhältnisse zwischen Staat und Privaten. Wettbewerbsrecht ist kein Recht für den Staat, sondern ausschließlich für Private. Der Staat gestaltet den Wettbewerb, ist aber kein Wettbewerber. Wenn man jedoch das Wettbewerbsrecht auf das staatliche und kommunale Vermessungswesen in Bayern anwendet, sind die Vermessungen des Freistaates Bayern und der bayerischen Kommunen wettbewerbswidrig. Den durch die privatheitswidrige Staatlichkeit des Vermessungswesens betroffenen Vermessungsingenieuren steht Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten, aber auch vor den Zivilgerichten zu. Sie können sich letztlich auch durch eine Verfassungsbeschwerde vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof, aber auch vor dem Bundesverfassungsgericht durchzusetzen versuchen. Auch die bayerische Popularklage kommt in Betracht. Letztlich kann die Privatisierungsfrage wegen der Verletzung des binnenmarktlichen Privatheitsprinzips auch vor den Europäischen Gerichtshof getragen werden. Die Studie ist exemplarisch für alle Privatisierungsfälle. Trotz mannigfacher materieller Privatisierungen wehren sich Bund, Länder und Gemeinden doch noch kräftig gegen die Verwirklichung des Privatheitsprinzips oder eben des Subsidiaritätsprinzips. Die Europäische Gemeinschaft bedrängt sie freilich nach Kräften, um ihr Binnenmarktpunkt zu verwirklichen.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

- Emmerich-Fritzsche, A.:** Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Direktive und Schranke der EG-Rechtsetzung. Mit Beiträgen zu einer gemeineuropäischen Grundrechtslehre sowie zum Lebensmittelrecht, 2000
- Kläver, M.:** Die Verfassung des Marktes. Friedrich August von Hayeks Lehre von Staat und Markt im Spiegel grundgesetzlicher Staats- und Verfassungslehre, 2000
- Dowe, C.:** Einlagensicherungssysteme in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, 2000
- Hauptkorn, B.:** Preisrecht. Ökonomische Rationalität und praktische Vernunft des allgemeinen und besonderen Rechts der Bildung und Verlautbarung von Preisen, 2000
- Müller, J. C. W.:** Kapitalverkehrsfreiheit in der Europäischen Union. Bedeutung, Inhalt und Umfang, Weiterentwicklung, Auswirkung auf Völkerrecht und nationales Recht, 2000
- Noe, M.:** Berufsständische Elemente in den deutschen Staatsverfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, 2000

5.2 Beiträge in Sammelwerken

- Schachtschneider, K. A.:** Der republikwidrige Parteienstaat, in: Murswieck, D.; Storost, U.; Wolff, H. A. (Hrsg.), Staat – Souveränität – Verfassung. Festschrift für Helmut Quaritsch zum 70. Geburtstag, S. 141-161.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

- Schachtschneider, K. A.; Siebold, D. I.:** Die "erweiterte Zustimmungslösung" des Transplantationsgesetzes im Konflikt mit dem Grundgesetz, DÖV 4/2000, S. 129-137
- Schachtschneider, K. A.:** Vertragsärzte in der gesetzlichen Krankenversicherung, Rheinisches Zahnärzteblatt Nr. 3, 3/2000, S. 8-13
- Schachtschneider, K. A.:** Die Universität in der Republik, BAQS-Perspektive, Sonderausgabe 9/2000, S. 48-54
- Schachtschneider, K. A.:** Republikanismus versus Globalismus, exemplifiziert an der Kapitalverkehrsfreiheit, Zeitschrift für Sozialökonomie, 126/2000, S. 3-14
- Schachtschneider, K. A.:** Ein Oktroi, nicht die gemeinsame Erkenntnis freier Menschen von ihrem Recht, FAZ 5.9.2000, S. 9
- Schachtschneider, K. A.:** Jeder Widerspruch gegen die Charta ist angezeigt, Zeit-Fragen-Sonderbeilage Oktober 2000, S. 1-10
- Schachtschneider, K. A.:** Eine Charta der Grundrechte für die Europäische Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52/2000, S. 13-21
- Emmerich-Fritzsche, A.:** Anmerkung zu BVerfG v. 7.6.2000, Akz.: 2BvL 1/97, BVBl 2000, S. 755 ff.

5.4 Wissenschaftliches Gutachten

- Schachtschneider, K. A.:** Der Anspruch auf materiale Privatisierung des staatlichen und kommunalen Vermessungswesens in Bayern, 2000

5.5 Wissenschaftliche Fallstudien

Kommunaler Wettbewerb, 2000 (Neubearbeitung)

Atomrecht, 2000 (Neubearbeitung)

Streik im öffentlichen Dienst, 2000 (Neubearbeitung)

Glykol, 2000 (Neubearbeitung)

D. Sozialwissenschaftliches Institut

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Soziologie

Prof. Dr. Johann Bacher

Findelgasse 7-9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-679

Fax.: 0911/5302-660

E-mail: soziologie@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/sozio1>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- **Allgemeine Soziologie:** Systematisierung, Weiterentwicklung, Integration und empirische Prüfung soziologischer Theorien, strukturell-individualistischer Ansatz.
- **Methoden der empirischen Sozialforschung:** Entwicklung und Anwendung neuer Verfahren der Datenerhebung, der Datenauswertung und des Datenmanagements.
- **Wirtschafts-, Organisations- und Betriebssoziologie:** Systematisierung des Gegenstandsbereichs, insbesondere in der Wirtschaftssoziologie, empirische Erforschung ausgewählter organisationssoziologischer Fragestellungen.
- **Soziologie der Familie, Jugend und Kindheit:** Analyse der Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien und deren Auswirkungen auf das soziale Handeln, die Entwicklung/Sozialisation sowie das Wohlbefinden.
- **Medizinsoziologie/Gerontosozialologie:** Soziologische Analyse des Gesundheitswesens, soziale Ursachen und Folgen von Krankheit (soziale Netzwerke und psychische Erkrankung, Probleme interkultureller Pflege). Altern in postindustriellen Gesellschaften, Altern und soziale Integration, Altern und soziale Lage (Bedingungen der Erhaltung und Förderung von Selbständigkeit im höheren Lebensalter).

3. Beendete Forschungsprojekte in 2000

3.1 Lebensbedingungen und Wertorientierungen von Nürnberger BerufsschülerInnen

Kooperationspartner: Staedtler-Stiftung, Schul- und Kulturreferat der Stadt Nürnberg

Bearbeiter: Prof. Dr. J. Bacher

Projektstart und -ende: März 1999 – Februar 2000

Charakterisierung: Analyse der Lebensbedingungen, Wertorientierung und Verhaltensweisen von Nürnberger BerufsschülerInnen. Erfasst wurden Ausbildungssituation, politische Einstellungen, zentrale Wertorientierungen, Einstellungen zu Geschlechterrollen, Zukunftsängste, Freizeitverhalten und Freundeskreis.

3.2 Der Kosovo-Krieg im Meinungsbild

Bearbeiter: Dr. Bernhard Prosch
Projektstart und -ende: April 2000 - Dezember 2000
Charakterisierung: Ziel des Projekts war die Erhebung von Befürchtungen, Akzeptanz und Kritik der Bevölkerung im Zusammenhang mit der deutschen Beteiligung im Kosovo-Krieg ein Jahr danach. Dazu wurde an zwei (west- und ostdeutschen) Standorten eine telefonische Bevölkerungsbefragung durchgeführt.

3.3 Verpflichtungen und Pfänder als Kooperationsmechanismen

Kooperationspartner: Sören Petermann (Universität Halle-Wittenberg)
Bearbeiter: Dr. Bernhard Prosch
Projektstart und -ende: Februar 1996 - Mai 2000
Charakterisierung: Spieltheoretische Analysen belegen, dass Selbstverpflichtungen in Form von Pfändern eine kooperationsfördernde Wirkung entwickeln können. In Verhaltensexperimenten auf der Basis des Chicken-Game wurden dazu mit über 300 Versuchspersonen empirische Tests durchgeführt.

3.4 PraktikerInnentag "Arbeit und Beschäftigung"

Kooperationspartner: Lehrstuhl für Psychologie, insbes. Wirtschafts- und Sozialpsychologie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (Prof. Dr. Klaus Moser, Dipl.-Psych. Jeannette Zempel); in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum (SFZ); Förderung durch Hermann Gutmann-Stiftung
Bearbeiter: Prof. Dr. J. Bacher
Projektstart und -ende: März 2000 – Mai 2000
Charakterisierung: Durch den PraktikerInnentag sollten PraktikerInnen über neuere Forschungsarbeiten zum Thema der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung informiert und die Zusammenarbeit zwischen Universität und Praxis intensiviert werden

3.5 Schwangerschaftskonfliktberatung in Nürnberg

Kooperationspartner: Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Nürnberg
Bearbeiter: Dr. Reinhard Wittenberg
Projektstart und -ende: Oktober 1999 – September 2000
Charakterisierung: Evaluation der Schwangerschaftskonfliktberatung der fünf in Nürnberg dazu eingerichteten Institutionen. Dazu werden die dort vorliegenden Protokolle der Beratungsgespräche dokumentenanalytisch erfasst und ausgewertet.

3.6 Medizin-/Gerontoziologie

Die im Rahmen dieses Schwerpunktes betreuten Projekte sind am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum (SFZ) angesiedelt, das als Zentralinstitut nicht zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gehört. Eine Übersicht über die Projekte sowie eine Publikationsliste sind am SFZ (Prof. Dr. Manfred Stosberg, SFZ, Findelgasse 7-9, D-90402 Nürnberg) erhältlich.

4. Ausführlicher Bericht über ein Forschungsprojekt: Ausländerfeindlichkeit von BerufsschülerInnen

Bearbeiter: Prof. Dr. J. Bacher

Ausgangslage

In der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Diskussion über den Rechtsextremismus und die Gewalt von Jugendlichen werden vor allem vier Konzepte vertreten: modernisierungstheoretische, belastungs- bzw. stresstheoretische, persönlichkeits- bzw. sozialisationstheoretische und kontrolltheoretische Erklärungsansätze.

Die Forschungsarbeiten des Bielefelder Soziologen Heitmeyer (z.B. Heitmeyer 1989) sind ein gutes Beispiel für modernisierungstheoretische Erklärungen. Die zentrale Ursache rechtsextremer Einstellungen wird im Auftreten von durch Veränderungen auf der Makroebene ("Modernisierung") ausgelösten Verunsicherungen gesehen, die auf der individuellen Ebene zu Zukunftsängsten und Bedrohungsempfindungen führen, die ihrerseits durch eine Zuflucht zu rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensmustern zu reduzieren versucht werden.

Das Defizit dieses Ansatzes besteht darin, dass nicht erklärt werden kann, warum Jugendliche bei erfolgloser Bewältigung zu rechtsextremen Orientierungen neigen. Denkbar wäre auch ein Rückzug in eine Drogensubkultur, das Auftreten von psychosomatischen Beschwerden oder eine Hinwendung zu linken Gruppen.

Alternativer Erklärungsansatz

Im Rahmen einer Befragung von BerufsschülerInnen in Nürnberg wurde daher ein lerntheoretischer Ansatz geprüft, um offene theoretische Fragen zu klären. Dabei wurde angenommen, dass Jugendliche Ausländerfeindlichkeit durch differentielle Kontakte erlernen. Hat ein Jugendlicher insgesamt mehr Kontakte zu fremdenfeindlichen Einstellungen (z.B. im Elternhaus oder in der Schule), so ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass er fremdenfeindliche Orientierungen entwickelt. Diese hier skizzierten Grundüberlegungen wurden erstmals in den 40er Jahren von Sutherland (1968) für kriminelles Verhalten entwickelt. In dem genannten Forschungsprojekt sollte geklärt werden, ob sich dieser Ansatz auch zur Erklärung von Ausländerfeindlichkeit eignet.

Datenbasis

Die Befragung wurde im Frühjahr 1999 durchgeführt. Die Auswahl der zu befragenden Schüler und Schülerinnen erfolgte durch ein mehrstufiges Auswahlverfahren. Insgesamt wurden 620 Schüler und Schülerinnen an Berufsschulen befragt¹. Ziel der Erhebung war eine Beschreibung der Lebensbedingungen, zentralen Wertorientierung und Verhaltensweisen von BerufsschülerInnen.

Ausländerfeindlichkeit

In der Erhebung wurde folglich eine Vielzahl von Themen angesprochen, die Ausländerfeindlichkeit bildete nur einen kleinen Teilaspekt. Es zeigte sich, dass über ein Viertel der Befragten eine starke ausländerfeindliche Haltung hat. Weitere 52% sind in der Tendenz ausländerfeindlich. Ausländerfeindliche Einstellungen überwiegen somit eindeutig und sollten Anlass sein, über Maßnahmen nachzudenken.

Hilfreich hierfür ist ein Wissen über ihre Entstehungsbedingungen, um den Erfolg von Maßnahmen abschätzen zu können. Sollte sich z.B. empirisch herausstellen, dass Jugendliche ausländerfeindliche Einstellungen in der (Berufs-)Schule erlernen, so kann angenommen werden, dass Maßnahmen im schulischen Bereich erfolgreicher sein werden als wenn sie ihre Vorurteile durch Freunde oder in der Herkunfts-familie lernen.

Ausländerfeindlichkeit und Lernerfahrungen

Die diesbezüglichen Ergebnisse sind nicht besonders ermutigend. Schulische Lernerfahrungen korrelieren nämlich nur schwach mit Ausländerfeindlichkeit (siehe Tabelle 1). Der Schule - hier Berufsschule - kommt somit für den Erwerb von ausländerfeindlichen Einstellungen nur eine geringe Bedeutung zu. Die stärksten Zusammenhänge zeigen sich für die Gleichaltrigengruppe, gefolgt von der Familie und dem Arbeitsplatz. Eine multivariate Betrachtung führt zu dem Ergebnis, dass nur die Familie und der Freundeskreis direkt wirken.

Tabelle 1: Ausländerfeindlichkeit in Abhängigkeit von differentiellen Lernerfahrungen

Differentielle Lernerfahrungen	Mittel- bzw. Anteilswert	Korrelation mit Ausländerfeind- lichkeit	n (für Korre- lationskoeff.)
Über Ausländer werden im Betrieb oft Witze gemacht (1=trifft überhaupt nicht zu, ..., 4=trifft voll zu)	1.87	.32***	353
In der Schule werden Ausländer blöd angemacht (1=trifft überhaupt nicht zu, ..., 4=trifft voll zu)	1.78	.16**	342
Zu Hause wird über Ausländer Geschimpft (1=trifft überhaupt nicht zu, ..., 4=trifft voll zu)	2.11	.39***	353
Freunde machen gern Witze über Ausländer (1=trifft überhaupt nicht	1.98	.54***	347

¹ Die Nürnberger BerufsschülerInnenbefragung wurde finanziell von der Staedtler-Stiftung und dem Schul- und Kulturreferat der Stadt Nürnberg unterstützt.

zu, ..., 4=trifft voll zu)				
----------------------------	--	--	--	--

* p < 5%, ** p < 1%, *** p < 0.1%

Quelle: Nürnberger Berufsschülerbefragung 1999, nur Auszubildende mit deutscher Herkunft.
Ausländerfeindliche Einstellungen lassen sich gut durch Lernerfahrungen in der Familie und im Freundeskreis erklären, wobei theoretisch der kausale Zusammenhang für den Freundeskreis auch umgekehrt sein könnte. (Ausländerfeindliche SchülerInnen suchen sich ausländerfeindliche Freunde).

Praktische Schlussfolgerungen

Die Studie lässt folgende praktische Schlussfolgerungen zu:

- Bei Bemühungen in der Schule und am Arbeitsplatz zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit ist vor einer allzu großen Euphorie zu warnen.
- Maßnahmen sollten dabei deutlich machen, dass Demokratie (welche von den BerufsschülerInnen positiv bewertet wird) Ausländerfeindlichkeit ausschließt, dass Demokratie also nicht nur formal zu verstehen ist als eine bestimmte Art der Entscheidungsfindung, sondern immer auch eine materielle Komponente hat, nämlich Verbot jeder Art von Diskriminierung auf Grund von Rasse, Ethnie, Nation, Geschlecht usw.

Auch wenn Maßnahmen schwierig und wenig erfolgreich erscheinen, sollte auf jeden Fall etwas getan werden, da die Ergebnisse darauf hinweisen, dass Auszubildende eine Gruppe mit besonders starker Ausländerfeindlichkeit sind.

Literatur

Heitmeyer, Wilhelm, 1989: Jugend, Staat und Gewalt in der politischen Risikogesellschaft. S. 11-46 in: Wilhelm Heitmeyer, Kurt Möller und Heinz Sünker (Hrsg.): Jugend - Staat - Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung. Weinheim und München: Juventa.
Sutherland, Edwin H., 1968: Die Theorie der differentiellen Kontakte. S. 395-399 in: Fritz Sack und René König (Hrsg.): Kriminalsoziologie. Frankfurt a.M.: Akademische Verlagsgesellschaft.

5. Veröffentlichungen in 2000

5.1 Bücher

Prosch, B.: Praktische Organisationsanalyse - Ein Arbeitsbuch für Berater und Führende, Leonberg: Rosenberger, 2000.

Wittenberg, R.; Cramer, H.: Datenanalyse mit SPSS für Windows. 2. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius (UTB 1841), 2000.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Bacher, J.: Bestimmung sozialer Schichten mit Hilfe einer probabilistischen Clusteranalyse für Variablen mit gemischem Meßniveau, in: Reinecke, J.; Tarnai, C. (Hrsg.): Angewandte Klassifikationsanalyse in den Sozialwissenschaften. Münster: Waxmann, 2000, S. 17-35.

Büsches, G.: Empirische Soziologie in praktischer Absicht, in: Festschrift 50 Jahre Wissenschaft für die Praxis, Schriftenreihe des Instituts für empirische Soziologie, Band 16, Nürnberg: Institut für empirische Soziologie, 2000, S. 23-34.

Prosch, B.: Kooperation durch die Schaffung von Institutionen - Eine Theorietestung in Verhaltensexperimenten, in: Metze, R.; Mühler, K.; Opp, K.-D. (Hrsg.): Normen und Institutionen: Entstehung und Wirkungen, Leipzig: Universitätsverlag, 2000, S. 93-114.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Abraham, M.; Prosch, B.: Long-Term Employment Relationships by Credible Commitments, in: Rationality and Society, 12, 2000, S. 283-306.

Bacher, J.: A Probabilistic Clustering Model for Variables of Mixed Type, in: Quality & Quantity, 34, 2000, S. 223-235

Bacher, J.: Auffinden komplexer Zusammenhänge? - Ein Erfahrungsbericht über Erkenntnisstand und Forschungsbedarf der Clusteranalyse, in: ÖZS, 25, Heft 4, 2000, S. 48-60.

Wittenberg, R.: Antisemitische Einstellungen in Deutschland zwischen 1994 und 1998, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 52, 2000, S. 118-131.

Wittenberg, R.: Ernährung und Gesundheit an Nürnberger Hauptschulen, in: Sozialpädiatrie, Kinder- und Jugendheilkunde, 22, 2000, S. 58-62.

5.4 Berichte

Prosch, B.: Praktische Organisationsanalyse, in: Management Berater, 4, 9/2000, S. 35-42.

Wittenberg, R.: AbsolventInnen des Studiengangs Sozialwissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg: Studium und Beruf. Berichte des Lehrstuhls für Soziologie 2000-2.

Wenzig, C.: Armutsvorlaufsmuster und ihre Auswirkungen auf das Wohlbefinden bei 17- bis 24-jährigen. Eine Analyse des Sozio-ökonomischen Panels 1985-1996. Berichte des Lehrstuhls für Soziologie 2000-1.

5.5 Arbeitspapiere

Bacher, J.: Einführung in die Grundzüge der Soziologie I. Arbeits- und Diskussionspapiere des Lehrstuhls für Soziologie 2000-4.

Bacher, J.; Wittenberg, R.: Trennung von Kohorten-, Alters- und Periodeneffekten. Arbeits- und Diskussionspapiere des Lehrstuhls für Soziologie 2000-1.

Wittenberg, R.: Einführung in die Techniken wissenschaftlichen Arbeitens I - Skript. Arbeits- und Diskussionspapiere des Lehrstuhls für Soziologie 2000-2.

Wittenberg, R.: Schwangerschaftskonfliktberatung. Ergebnisse einer Analyse der Nürnberger Beratungsprotokolle des Jahres 1998. Arbeits- und Diskussionspapiere des Lehrstuhls für Soziologie 2000-3.

5.6 Sonstige Veröffentlichungen (Auswahl)

Bacher, J.: Modell Bürgerarbeit – Möglichkeiten und Grenzen eines gesellschaftspolitischen Modells. Kontraste, Nr. 4, Juni 2000, S. 9-12.

- Bacher, J.:** Paradoxe Effekte von Wohlfahrtsleistungen. Kontraste, Nr. 2, April 2000, S. 17.
- Bacher, J.:** Migrationsforschung in Österreich. Kontraste, Nr. 2, April 2000, S. 19.
- Prosch, B.:** Von milden Söhnen zu strengen Enkeln - Rezension: Winfried Schulze & Otto Gerhard Oexle (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, 1999, in: TRIBÜNE, 39, 156/2000, S. 204-206.
- Prosch, B.:** Der falsche Krieg - Rezension: Niall Ferguson: Der falsche Krieg - Der Erste Weltkrieg und das Zwanzigste Jahrhundert, 1999, in: Loyal, 12/2000, S. 47.
- Prosch, B.:** Vertrauen in der zwischenbetrieblichen Kooperation - Rezension: Maja Apelt: Vertrauen in der zwischenbetrieblichen Kooperation, 1999, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, 1, 2000, S. 400-402.
- Wittenberg, R.:** Sammelbesprechung von: K. F. Punch: Introduction to Social Research. Quantitative and Qualitative Approaches, 1998; A. Tashakkori und C. Teddlie: Mixed Methodology. Combining Qualitative and Quantitative Approaches, 1998, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 52, 2000, S. 180-183.

5.7 Vorträge (Auswahl)

- Bacher, J.:** Ausrichtung des PraktikerInnentages "Arbeitslosigkeit und Beschäftigung", 29.4.2000, Nürnberg, (gem. mit K. Moser und J. Zempel). Vortrag: Strukturwandel der Erwerbsarbeit.
- Bacher, J.:** Teilnahme am Erasmus Intensive Course "EU-Enlargement", 1.-10.6.2000, Linz, Betreuung der studentischen Gruppe aus Nürnberg.
- Bacher, J.:** Teilnahme am Workshop "Selbstbildung als Kategorie der Sozialberichterstattung", 6.7.2000, München. Vortrag: Ökonomische Lage von Kindern.
- Bacher, J.:** Ausrichtung der Sektionsveranstaltung der Sektion "Soziologische Methoden und Forschungsdesigns" im Rahmen des Österreichischen Kongresses für Soziologie, 20. und 21.9.2000, Wien.
- Bacher, J.:** Leitung der Sektion "Cluster Analysis" der 5. Internationalen Konferenz in Logik und Methodologie (Fifth International Conference on Logic and Methodology), 3-6.10.2000, Köln, Vorträge: Official Data and Survey Data: Are they measuring the same? (gem. mit S. Bender, R. Brand und S. Rässler), Evaluation and Comparision of Clustering Techniques in Standard Statistical Software (gem. mit J. Gerich).
- Bacher, J.:** Teilnahme am Workshop "Angewandte Klassifikationsverfahren" in Rothenberge bei Münster, 2000, Vorträge: Dimensionale Analyse von mehrdimensionalen Items (gem. mit H.-G. Wolff) und Repräsentantenverfahren (gem. mit K. Wenzig).
- Bacher, J.:** Forschungsaufenthalt in Krakau, 18.-20.12.2000, Vortrag am Institut für Soziologie der Universität Krakau: Dimensional Analysis of Behavioural Data.
- Büsches, G.:** Vom praktischen Nutzen empirisch-soziologischer Forschung, Vortrag im Rathaussaal der Stadt Nürnberg anlässlich des Festaktes: 50 Jahre Institut für empirisch-soziologische Forschung, 6.11.2000.
- Büsches, G.:** Autorität in unserer Zeit, Vortrag im Rahmen des ökumenschen Bibelseminars der Evangelischen und Katholischen Kirchengemeinde in Nürnberg-Mögeldorf, 16.11.2000.

Büsches, G.: Sicherheit des Straßenverkehrs als soziales Problem, Vortrag im Rahmen des Kolloquiums "Automobil und Kultur: gestern - heute - morgen" im SFZ der Universität Erlangen-Nürnberg, 8.12.2000.

Prosch, B.: Workshop "Regionalinitiativen und Regionalevaluationen" des Lehrstuhls für Soziologie in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg, 14.11.2000, Vortrag "Region und Marketinginitiative im Meinungsbild".

Prosch, B.: "Die Absicherung von Arbeitsbeziehungen", Vortrag am Pädagogischen Institut der Hochschule der Bundeswehr München, 17.11.2000.

Wittenberg, R.: Ganztägige Fortbildung für MitarbeiterInnen der Bundesanstalt für Arbeit: Methoden der empirischen Sozialforschung, 11.5.2000.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (Romanischsprachige Kulturen)

Prof. Dr. Walther L. Bernecker

Findelgasse 9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-656, -655

Fax: 0911/5302-658

E-mail: bernecker@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/awrom/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Geschichte, Wirtschaft, Politik und Kultur Spaniens, Portugals, Frankreichs, Italiens und Lateinamerikas
- Vier laufende Dissertationen

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Nachhaltige Entwicklung als Leitbild. Das Beispiel des Biosphärenreservats Manú in Peru (Dissertation)

Bearbeiter: Dr. Kristina Birn

Projektstart und –ende: 1997 - 2000

Charakterisierung: Die von der Universität Erlangen-Nürnberg und der Friedrich Naumann-Stiftung geförderte Arbeit nähert sich dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung methodisch und beleuchtet seine Umsetzbarkeit in der aktuellen Situation eines lateinamerikanischen Entwicklungsgebietes. Dazu werden verschiedene Auslegungsmöglichkeiten von Nachhaltigkeit und nachhaltiger Entwicklung sowie deren jeweilige Stärken und Schwächen vorgestellt. Daß nachhaltige Entwicklung ganz allgemein formuliert wird, wird sehr kontrovers diskutiert und sowohl als Chance als auch als Nachteil gesehen. Über die Konsequenz daraus besteht hingegen Einigkeit: Das abstrakte Leitbild nachhaltiger Entwicklung muß erst konkretisiert werden, bevor es in entwicklungspolitische Maßnahmen umgesetzt werden kann.

Nachhaltige Entwicklung wird hier als Weg, nicht als Zielpunkt verstanden, als dynamischer Ausgleichsprozeß zwischen verschiedenen teils widersprüchlichen Entwicklungszielen, der eine permanente Abstimmung sowohl mit den jeweils herrschenden Rahmenbedingungen als auch mit sich im

Zeitablauf verändernden Bedürfnissen und Entwicklungsrioritäten des jeweiligen Untersuchungsgebietes erfordert. Die Ergebnisse dieser Untersuchung erleichtern die Bestimmung der Komponenten eines individuellen nachhaltigen Entwicklungsindikators. Als Untersuchungsgebiet wurde das Biosphärenreservat Manú im Südosten Perus gewählt, an dem sich als drittgrößtem Naturschutzgebiet des Landes und Weltkulturerbe der UNESCO viele Chancen und Probleme nachhaltiger Entwicklung anschaulich darstellen lassen.

Nachhaltige Entwicklung bedarf des ständigen Informationsaustauschs und des Ausgleichs zwischen vielen beteiligten Einzelinteressen. Politischer Wille und institutionelle Koordination müßten hierfür den Weg bahnen, eine fortgesetzte Überprüfung der erzielten Ergebnisse anhand neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse könnte Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennen und vermeiden.

3.2 Emerging Markets. Markteintrittsstrategien für den Mittelstand. Das Beispiel Lateinamerika. (Dissertation)

Bearbeiter: Dr. Marcus Meyer

Projektstart und –ende: 1997 - 2000

Charakterisierung: Die fortschreitende Internationalisierung der Märkte und der daraus resultierende intensivierte Wettbewerb schaffen neue Herausforderungen, denen sich heute jedes Unternehmen stellen muß. Da stimmt es bedenklich, daß ausgerechnet das "Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft", der Mittelstand, noch immer auf traditionelle Märkte focussiert und erfolgversprechende emerging markets in Asien oder Lateinamerika oftmals sträflich vernachlässtigt.

Einem der wichtigsten Gründe für dieses Internationalisierungsdefizit, dem Mangel an geeigneten Informations- und Planungstechniken zur Optimierung des internationalen Markteintritts, will die vorliegende Arbeit entgegenwirken. Hierfür wird ein Modell zur Analyse von Unternehmens- und Zielmarktcharakteristik entwickelt, welches den Anwender in die Lage versetzen soll, die Fülle an verfügbaren Informationen in zielgerichtete Bahnen zu lenken und so die bestmögliche Kombination von Zielmarkt und Markteintrittsstrategie abzuleiten. Dabei unterscheidet sich das vorgestellte Modell von vergleichbaren Entwürfen dadurch, daß es die relevanten Merkmale eines potentiellen Zielmarktes nicht allein statisch erfaßt, sondern in einer dynamischen Betrachtung auch die – für einen Markteintritt meist entscheidenden – zukünftigen Entwicklungen der Zielmarktcharakteristika antizipiert. Zudem zeichnet es sich durch eine hohe Transparenz und Flexibilität aus, um den praktischen Bedürfnissen des Mittelstandes bestmöglich gerecht zu werden. Anwendbarkeit und Handhabung des Modells

werden in der vorliegenden Arbeit exemplarisch anhand dreier lateinamerikanischer emerging markets (Argentinien, Brasilien und Chile) detailliert aufgezeigt.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Lateinamerika im 19. Jahrhundert: Emanzipation und neue Abhängigkeiten

4.1 Forschungskontext, Vorgehen und Ziel des Projekts

Während die historische Forschung in Europa zugleich mit der Nationalstaatengründung einsetzte und rasch einen Boom erlebte, der bis heute nicht abgeklungen ist, entwickelte sich die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte Lateinamerikas zunächst sehr zaghaft. In den letzten 50 Jahren ist aber eine deutlich steigende Tendenz festzustellen, wobei der Schwerpunkt eindeutig in den USA liegt. Mittlerweile liegen auch einige Handbücher vor, in denen Forschungsergebnisse einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Die beiden wichtigsten Handbücher sind zweifellos die Cambridge History of Latin America und das Handbuch der Geschichte Lateinamerikas (an dessen Herausgabe der Lehrstuhlinhaber maßgeblich beteiligt war). Abgesehen von einer in den 1960er Jahren veröffentlichten Geschichte Lateinamerikas herrscht an einführenden Überblicksdarstellungen über die Geschichte Lateinamerikas, die moderneren wissenschaftlichen Auffassungen genügen, nach wie vor großer Mangel.

4.2 Forschungsziel und Vorgehen

Diesem Defizit versucht die FernUniversität Hagen mit zwei im Herbst 2000 fertiggestellten Studienbriefen (19. Jahrhundert; 20. Jahrhundert) abzuholen. Der Lehrstuhlinhaber hat hierzu zusammen mit seinem Mitarbeiter, Dr. Thomas Fischer, im Teil über das 19. Jahrhundert die jüngere Forschung ausgewertet und kritisch aufgearbeitet. Diese Epoche ist für Lateinamerika von entscheidender Bedeutung, weil die Erringung der Unabhängigkeit neben der Entdeckung, Eroberung und Kolonialisierung durch spanische und portugiesische Konquistadoren der zweite große Einschnitt in der Geschichte des südlichen Teils des amerikanischen Doppelkontinentes war.

4.3 Ergebnisse

Das 19. Jahrhundert lässt sich aus lateinamerikanischer Sicht in drei Phasen unterteilen: Die erste Phase umfasst den Unabhängigkeitsprozeß zwischen 1810 und 1825. Als auslösendes Element wird allgemein der Einfall französischer Truppen in Spanien und Portugal betrachtet (1808). Dadurch entstand in den Vizekönigtümern Spanisch-Amerikas ein Herrschaftsdefizit, das den kreolischen Bestrebungen nach mehr Autonomie förderlich war. In den vier spanischen Vizekönigreichen Río de La Plata, Peru, Neu-Granada und Neu-Spanien gärt es schon lange, weil die spanischen Verwaltungsreformen die Aufstiegschancen der aufstrebenden lokalen Oberschichten begrenzten. Mit ihren militärischen Kampagnen vermochte die spanische Monarchie das Rad der Geschichte nicht mehr zurückzudrehen. Kein einziges Vizekönigtum blieb in seiner Gesamtheit erhalten, sondern es entstanden viele nach den kreolischen Vorstellungen modellierte Republiken.

Es ist aufschlußreich, den Unabhängigkeitsprozeß in Spanisch-Amerika mit Luso-Amerika zu vergleichen. Hierbei fällt auf, daß das portugiesische Königshaus ein Herrschaftsvakuum wie in Spanisch-Amerika abwenden konnte, indem es 1807 mitsamt dem Hofstaat in die Neue Welt aufbrach und vom neuen Machtzentrum Rio de Janeiro aus regierte. Als Folge davon fand der Übergang in die Unabhängigkeit (1822) im Rahmen monarchischer Prinzipien statt.

Die zweite Phase begann 1825 und dauerte bis zur Jahrhundertmitte. Diese Periode war von großer politischer Instabilität geprägt. In allen spanischsprachigen Ländern wurden Verfassungen als Grundlage des politischen Handelns verabschiedet, doch mißachteten die führenden Politiker oft die selbsterlassenen Normen. Davon, daß sich die rivalisierenden Provinzen zumeist nicht auf gemeinsame zentralstaatliche Institutionen einigen konnten, profitierten Caudillos, deren Machtbasis klientelistische Netze und Militäreinheiten darstellten. Unter diesen Bedingungen waren auch die anstehenden Entscheidungen über das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat, das anzuwendende wirtschaftliche Entwicklungsmodell und die Form der Einbeziehung der Unterschichten wenig konsensfähig. Diese Themen mobilisierten die Bevölkerung und führten regelmäßig zu gewaltsauslösenden Auseinandersetzungen.

Auch in Brasilien wirkten die monarchisch-zentralistische Staatsform und die Verfassung von 1824 nur partiell integrierend. Das Kräftemessen zwischen Provinzen und Zentralregierung führte zu vielen Auseinandersetzungen. Besonders konfliktreich war in diesem Land das Thema der Sklaverei, die aufgrund der Stärke der Großgrundbesitzer erst 1888 endgültig abgeschafft wurde. Außenpolitisch waren die „jungen“ lateinamerikanischen Nationalstaaten vor allem damit beschäftigt, Verletzungen der territorialen Souveränität durch Großmächte und Nachbarn mit Expansionsinteressen abzuwehren. Die mit den europäischen Industriestaaten und den USA abgeschlossenen Handels-, Schiffahrts- und Freundschaftsverträge erwiesen sich dabei nur partiell als „Schutzversicherung“, denn die Großmächte schreckten vor militärischen Interventionen nicht zurück, wenn es der Durchsetzung von Geschäftsinteressen förderlich war.

Eine dritte Phase umfaßt die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. In diesem Zeitabschnitt ist eine politische Konsolidierung festzustellen, die mit der Herausbildung politischer Parteien einherging. Zugleich wirkte in den meisten Staaten die nun endlich Früchte tragende Eingliederung in den Weltmarkt stabilisierend. Für die lateinamerikanischen Bergbauprodukte und Agrargüter wurden in Europa und den USA relativ hohe Preise gezahlt. Allein, für den Aufbau der Transportinfrastruktur war Lateinamerika immer noch auf ausländisches Kapital und Know-how angewiesen, so daß die ausländische Präsenz unübersehbar war. Zugleich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung im Rahmen der „Entwicklung nach außen“ begann ein enormer sozialer Wandel, der im Cono Sur durch die ab den 1880er Jahren einsetzende Masseneinwanderung noch verstärkt wurde. Außenpolitisch setzten sich die Grenzkriege und die Interventionen durch Großmächte fort. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts zeichnete sich insofern eine bedeutsame Veränderung ab, als die USA zur Hegemonialmacht im Karibikbecken aufstiegen und zuerst Großbritannien, dann auch die anderen europäischen Länder ihre geopolitischen Ambitionen in der Hemisphäre begraben mußten.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

- Bernecker, W. L.**: Port Harcourt, 10. November 1995. Aufbruch und Elend in der Dritten Welt. München 1997. (Taiwanesische Ausgabe, Taipeh 2000)
- Bernecker, W. L.; Pietschmann, H.; Zoller, R.**: Eine kleine Geschichte Brasiliens. Frankfurt am Main 2000
- Bernecker, W. L.**: Carlos I de España y V de Alemania (= Schwerpunkttheft der Zeitschrift Hispanorama, Nr. 89, August 2000). Augsburg 2000
- Fischer, T.; Krennerich, M. (Hrsg.)**: Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt am Main 2000

5.2 Beiträge in Sammelwerken

- Bernecker, W. L.**: "Reconstruction" and Francoism: A Comparison of the Consequences and Effects of the American and Spanish Civil Wars. In: Krumwiede, H.-W.; Waldmann, P. (Hrsg.): Civil Wars: Consequences and Possibilities for Regulation. Baden-Baden 2000, S. 130-150
- Bernecker, W. L.**: Cepalismo, Desarrollismo, Dependencia: regionale Wirtschaftstheorien und Entwicklungsstrategien in Lateinamerika. In: Bahadir, S. A. (Hrsg.): Kultur und Region im Zeichen der Globalisierung. Wohin treiben die Regionalkulturen? Neustadt an der Aisch 2000, S. 247-261
- Bernecker, W. L.**: Europäische Auswanderung nach Lateinamerika: das 19. und frühe 20. Jahrhundert. In: Prutsch, U. (Hrsg.): Arbeit als Machtinstrument. Soziale, ökonomische und kulturelle Auswirkungen in Lateinamerika (= *¡atención!*, Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerikainstituts, Bd. 3). Frankfurt am Main 2000, S. 55-73
- Bernecker, W. L.**: Luis Araquistáin y la crisis de la República de Weimar. In: de Salas, J.; Briese-meister, D. (Hrsg.): Las influencias de las culturas académicas alemana y española desde 1898 hasta 1936. Frankfurt am Main 2000, S. 111-127
- Bernecker, W. L.**: Spain: The Double Breakdown. In: Berg-Schlosser, D.; Mitchell, J. (Hrsg.): Conditions of Democracy in Europe, 1919-39. Systematic Case Studies. New York 2000, S. 396-425
- Bernecker, W. L.**: Nürnberg und die überseeische Expansion im 16. Jahrhundert. In: Helmut Neuhaus (Hrsg.): Nürnberg. Eine europäische Stadt in Mittelalter und Neuzeit. Nürnberg 2000, S. 185-218
- Bernecker, W. L.**: El fin de siglo en el Río de la Plata: Intereses internacionales y reacciones latinoamericanas. In: Ette, O.; Heydenreich, T. (Hrsg.): José Enrique Rodó y su tiempo. Cien años de Ariel. Frankfurt am Main 2000, S. 15-39
- Bernecker, W. L.**: Der lange Weg nach Europa. Spanien im 20. Jahrhundert. In: Raimund Allebrand: Alles unter der Sonne. Irrtümer und Wahrheiten über Spanien. Bad Honnef 2000, S. 130-148
- Bieber, L.**: El comercio germano-boliviano 1936-1939. Un fracaso singular en el contexto del comercio de compensación de Alemania con América Latina. In: Böttcher, N.; Hausberger, B.

- (Hrsg.): Dinero y negocios en la historia de América Latina. Geld und Geschäft in der Geschichte Lateinamerikas. Madrid / Frankfurt am Main, S. 487-516.
- Fischer, T.:** War and Peace in Colombia. In: Krumwiede, H.-W.; Waldmann, P. (Hrsg.): Civil Wars: Consequences and Possibilities for Regulation. Baden-Baden 2000, S. 290-320
- Fischer, T.; Krennerich, M.:** Das schwierige Verstehen politischer Gewalt. In: Thomas Fischer/Michael Krennerich (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt am Main 2000, S. 7-13
- Fischer, T.; Cubides, F.:** Paramilitarismus in Kolumbien: Von der Privatjustiz zum politischen Akteur? In: Fischer, T.; Krennerich, M. (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt am Main 2000, S. 113-132
- Fischer, T.:** Die Rekonstruktion politischer Gewalt. Zur Rolle von Wahrheitskommissionen in Lateinamerika. In: Fischer, T.; Krennerich, M. (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt am Main 2000, S. 259-290
- Fischer, T.:** Internationale Politik und Region: Lateinamerika zwischen Völkerbund und Panamerikanischer Union. In: Bahadir, S. A. (Hrsg.): Kultur und Region im Zeichen der Globalisierung. Wohin treiben die Kulturen?. Neustadt an der Aisch 2000, S. 287-298

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

- Bernecker, W. L.:** Nuevas tendencias en la historiografía alemana sobre España. Temas, enfoques, resultados. In: Historia Contemporánea Nr. 20, 2000, S. 117-147
- Bernecker, W. L.:** Der Waffenstillstand von ETA war nur eine Täuschung. Ethnischer Nationalismus und Terrorismus im Baskenland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. August 2000, S. 12
- Bernecker, W. L.:** Carlos (I de España y V de Alemania) y Felipe II: España en el siglo XVI. In: Hispanorama Nr. 89, August 2000, S. 12-21
- Bernecker, W. L.:** Novedades editoriales con motivo del quinto centenario del nacimiento de Carlos V. In: Hispanorama Nr. 89, August 2000, S. 51-53. Wiederabgedruckt in: NOTAS 20/2000, S. 28-32
- Bieber, L.:** Orden constitutivo de la República Federal de Alemania, in: Homines, Bd. 21, Nr. 1-2, Bd. 22, Nr. 1-2, San Juan (Puerto Rico), S. 64-73
- Brinkmann, S.:** Nación sin tradición. La "decadencia" de España en la conciencia histórica del liberalismo decimonónico. In: Ibero-Amerikanisches Archiv. Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Geschichte. Neue Folge, Jahrgang 26/2000, Heft 1-2, S. 111-133
- Fischer, T.:** Konkurrierende Erinnerungen. Über das kollektive autobiographische Gedächtnis. In: Psychoscope Nr. 8, 2000, S. 10-13
- Fischer, T.:** La „gente decente“ de Bogotá - Estilo de vida y distinción en el siglo XIX. In: Revista Colombiana de Antropología Nr. 35, 2000, S. 41-67
- Fischer, T.:** Panama. In: Hispanorama Nr. 90, 2000, S.23-26 [Einführung in den Themenschwerpunkt und Zusammenfassung der Beiträge]
- Fischer, T.:** Die Separation Panamas im Lichte der historischen Forschung. In: Hispanorama Nr. 90, 2000, S. 34-42

Zoller, R.: Souveränität und Geschäfte. Panamas Verhandlungen mit den USA über die Revision der Kanalverträge von 1903. In: Hispanorama Nr. 90, 2000, S. 42-49

5.4 Sonstiges

Fischer, T.: Bolivien. In: Historisches Lexikon der Schweiz [<http://www.dhs.ch>]

Fischer, T.: Brasilien. In: Historisches Lexikon der Schweiz [<http://www.dhs.ch>]

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (Englischsprachige Kulturen)

Prof. Dr. Reinhard R. Doerries

Findelgasse 7/9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-296

Fax: 0911/5302-696

E-mail: Doerries@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/awengl/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Geschichte von Politik, Wirtschaft und Kultur der U.S.A.
- Geschichte von Politik, Wirtschaft und Kultur Großbritanniens
- Geschichte von Politik, Wirtschaft und Kultur Kanadas
- Geschichte Irlands im 19. und 20. Jahrhundert
- International Relations, besonders Europa-Nordamerika
- Migration von Europa nach Nordamerika
- Akkulturationsprozesse von ethnischen Minderheiten in Mehrheitsgesellschaften
- Deutsche Außenpolitik gegenüber den U.S.A.
- Die Weltkriege und ihre Bedeutung für Europa und die U.S.A.
- Anglo-amerikanische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert
- Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert
- Britische Außenpolitik
- Massenmedien in den U.S.A. und Großbritannien
- Nachrichtendienste und Außenpolitik
- Nationale Identität und politische Partizipation in den U.S.A., 18. und 19. Jahrhundert
- Öffentlichkeit und politische Prozesse in den U.S.A. am Ende des 18. Jahrhunderts
- Kunst im 19. und 20. Jahrhundert

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Washington und Berlin 1922-1939. Die Mixed Claims Commission und die transatlantischen Beziehungen.

Bearbeiter: Dr. Burkhard Jähnicke

Charakterisierung: Wissenschaftliche Studie zur deutsch-amerikanischen Mixed Claims Commission, auf dem Grenzgebiet zwischen Internationalem Recht und Diplomatiegeschichte.

3.2 Der Contract with America: Die Wiederherstellung des American Dream.

Bearbeiter: Dr. Regina Mitterberger

Charakterisierung: Eine wissenschaftliche Untersuchung des sozialen und wirtschaftlichen Programms der Republican Party am Ende des 20. Jahrhunderts.

3.3 Technologie und Kultur. Europas Blick auf Amerika vom 18. bis zum 20. Jahrhundert.

Bearbeiter: Herausgegeben von Dr. Michael Wala und Prof. Dr. Ursula Lehmkuhl

Charakterisierung: Eine wertvolle Sammlung von wissenschaftlichen Aufsätzen über das Verhältnis von Technik und Kultur in den USA und die Ausstrahlung auf Europa.

3.4 Amerikanisierung und Überfremdungsängste: Amerikanische Technologie und Kultur in der Weimarer Republik.

Bearbeiter: Dr. Michael Wala

Charakterisierung: Wissenschaftlicher Beitrag zu einem Sammelband deutscher Amerikanisten.

3.5 Prelude to the Easter Rising. Sir Roger Casement in Imperial Germany.

Bearbeiter: Prof. Dr. R. R. Doerries

Charakterisierung: Eine Studie zur deutschen Politik gegenüber Irland im Ersten Weltkrieg und den damit im Zusammenhang stehenden Beziehungen Berlins zu Großbritannien und den USA. Ebenso wissenschaftliche Edition der entsprechenden Dokumentation im Auswärtigen Amt.

3.6 Immigrants and the Church: German-Americans in Comparative Perspective.

Bearbeiter: Prof. Dr. R. R. Doerries

Charakterisierung: Wissenschaftlicher Beitrag über die Bedeutung von Religion im Akkulturationsprozeß der Deutscheramerikaner. Für einen amerikanischen Sammelband.

3.7 The "Brain Drain": Großbritannien und die technologische Herausforderung Amerikas in Zeiten des "economic decline".

Bearbeiter: Dr. Daniel Gossel

Charakterisierung: Wissenschaftliche Untersuchung zur Abwanderung britischer Fachleute in die USA in der Nachkriegszeit.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

"Demagogen, Massenmedien und Demokratie: Zum Verhältnis von Publizistik und Politik in den USA und Deutschland im ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts".

Bearbeiter: Dr. Daniel Gossel

Charakterisierung: Bericht zu einem Habilitationsprojekt.

Ziel des Forschungsprojektes ist es, die politische Stellung von Organisationen der Massenmedien, insbesondere der Presse, in offenen, demokratisch verfaßten Gesellschaften näher zu bestimmen. Seit der Aufklärung haben sich Zeitungen und andere Printmedien zunehmend zu Foren einer entstehenden Öffentlichkeit und damit auch zu Wächtern bürgerlicher Freiheiten entwickelt. Infolge von Konzentrationsprozessen seit der Phase der Hochindustrialisierung hat die sich in der Medienlandschaft widerspiegelnde Meinungsvielfalt jedoch erheblich abgenommen. Mit der Entstehung von gewaltigen Medienkonzernen stellt sich daher das Problem möglicher Monopolisierungstendenzen und deren politischer Konsequenzen auf diesem für die Funktionsfähigkeit von demokratischen Systemen zentralen Sektor.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht noch immer die Frage nach der Rolle, die die Eigentümer/Kontrolleure dieser Medienunternehmen im politischen Meinungsbildungsprozeß ausüben. So wird z.B. Alfred Hugenberg, der zwischen den beiden Weltkriegen den Hugenberg-Konzern (UFA, Scherl usw.) führte, ein maßgeblicher Anteil am Zusammenbruch der Weimarer Republik vorgeworfen. Ähnliche Kritik über den negativen, demokratiegefährdenden Einfluß wurde auch, wenngleich nicht so weitgreifend, über William Randolph Hearst (USA) geäußert. Die Liste solcher "Medienzaren" ließe sich bis in die Gegenwart fortführen (R. Murdoch, S. Berlusconi). Zwar gibt es zahlreiche Belege, die auf einen solchen, potentiellen negativen Einfluß hinweisen, aber dennoch fehlt es bisher an schlüssigen Erklärungen, wie die Einflußnahme funktioniert, welche Wege sie nimmt, welche Möglichkeiten, aber auch, welche Grenzen sie hat.

Im Unterschied zu anderen Studien, die sich mit dieser Problematik beschäftigen und dabei zumeist einen biographischen oder organisationsgeschichtlichen Ansatz gewählt haben, versucht diese Arbeit, die institutionellen und personellen Verflechtungen zwischen den Massenmedien und dem politischen Sektor, insbesondere den Parteien, offen zu legen. Die Untersuchung wird auf zwei Ebenen durchgeführt. Während auf der Makroebene das Verhältnis von Publizistik und Politik vorwiegend unter kulturellen, ideologischen und institutionellen Gesichtspunkten analysiert wird, stehen auf der Mikroebene die Interessen, Handlungsstrategien und personellen Vernetzungen der beiden größten

Medienunternehmer im Mittelpunkt der Untersuchung. Die Studie ist komparatistisch angelegt, um durch den Vergleich unterschiedlicher Systemstrukturen eventuell auch Aufschluß über nationale Besonderheiten zu erhalten.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Doerries, R. R.: Prelude to the Easter Rising. Sir Roger Casement in Imperial Germany, London 2000.

Wala, M.; Lehmkuhl, U. (Hrsg.): Technologie und Kultur. Europas Blick auf Amerika vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Band 7: Beiträge zur Geschichte und Kulturpolitik, hrsg. von Kurt Düwell, Köln/Wien 2000.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Gossel, D.: "The Brain Drain": Großbritannien und die technologische Herausforderung Amerikas in Zeiten des "economic decline", in: Wala, M.; Lehmkuhl, U. (Hrsg.), Technologie und Kultur, Köln/Wien 2000.

Wala, M.: Amerikanisierung und Überfremdungsängste: Amerikanische Technologie und Kultur in der Weimarer Republik, in: Wala, M.; Lehmkuhl, U. (Hrsg.), Technologie und Kultur, Köln/Wien 2000.

5.3 Herausgeberschaft

Doerries, R. R. (Hrsg.): American Studies: A Monograph Series. Heidelberg: Universitätsverlag C. Winter.

Doerries, R. R. (Hrsg.): Amerikastudien/American Studies. A Quarterly, Heidelberg: Universitätsverlag C. Winter.

Wala, M. (Hrsg.): European Studies in American History, New York/Oxford: Berghahn Books.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte

Prof. Dr. W. Feldenkirchen

Findelgasse 7

90402 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-608

Fax.: 0911/5302-616

E-mail: Feldenkirchen@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/gesch/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts
- Geschichte des wirtschaftlichen Strukturwandels
- Industrie- und Branchengeschichte
- Banken- und Sparkassengeschichte (Herausbildung einzelner Funktionen, Institutionen und Typen von Banken, hist. Kapitalmarktforschung)
- Versicherungsgeschichte (Struktur, Bedeutung und Probleme der Versicherungswirtschaft)
- Aspekte der Wirtschafts- und Handelspolitik (Fragen der Agrarpolitik, langfristiger Wandel sozial-politischer Ordnungssysteme)
- Unternehmer- und Unternehmensgeschichte (Anwendung mikroökonomischer Theorien in historischer Perspektive, Entwicklung einzelner Unternehmensbereiche, Konzentrations- und Kartellierungsvorgänge, historisch determinierte Aspekte der Corporate Identity und Unternehmenskultur, international vergleichende Unternehmensgeschichte)
- Entwicklung von Verbandsorganisationen und Interessengruppen
- Geschichte des Konsums

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Zur Geschichte der Unternehmensberatung in deutschen Unternehmen

Kooperationspartner: Siemens AG, Henkel KGaA, Daimler Chrysler AG

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Feldenkirchen, Dr. Susanne Hilger

Projektstart und –ende: Januar 1999 – Dezember 2000

Charakterisierung: Deutschland ist heute der bei weitem wichtigste europäische Markt für Unternehmensberatungsgesellschaften. Firmen wie Arthur D. Little, McKinsey und Booz, Allen & Hamilton nahmen ihre Tätigkeit in Westdeutschland in den 1960er Jahren auf und spielen bis heute eine bedeutende Rolle in der Reorganisation und Modernisierung von Unternehmen. Am Beispiel der

deutschen Unternehmen Siemens, Daimler Chrysler und Henkel beschäftigen sich die Beiträge mit der Arbeit und dem Erfolg von Beratungsgesellschaften in der deutschen Industrie.

3.2 Siemens in den USA

Kooperationspartner: Siemens AG
 Bearbeiter: Prof. Dr. W. Feldenkirchen
 Projektstart und –ende: Januar 1999–Dezember 2000
 Charakterisierung: Obwohl Siemens sein US-Geschäft bereits im 19. Jahrhundert eröffnete, gelang es dem Unternehmen nicht, eine stärkere Präsenz zu zeigen, nachdem es in den 1890er Jahren mit seinen Bemühungen, einen Produktionsbetrieb in Chicago zu eröffnen, gescheitert war. Bis in die 1950er Jahre hinein blieben die US-Aktivitäten von Siemens auf den Austausch von Patenten und Know-how mit amerikanischen Partnern beschränkt. Die einzige Ausnahme bildete das Medizingeschäft, das bei Siemens auch in Nordamerika bereits vor 1970 zu den erfolgreichen Umsatzbringern gehörte. Erst seit den 1980er Jahren bearbeitet Siemens den amerikanischen Markt mit Hilfe einer Reihe von Akquisitionen systematisch, so dass in den USA mittlerweile die höchsten Auslandsumsätze erwirtschaftet werden.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: „Menschen und Marken“ – 125 Jahre Henkel 1876 – 2001

Kooperationspartner: Henkel KGaA Düsseldorf
 Betreuer: Prof. Dr. W. Feldenkirchen
 Bearbeiterin: Dr. Susanne Hilger
 Projektstart und –ende: Januar 1997–Dezember 2000

Die Henkel KGaA, die im Jahr 2001 ihr 125jähriges Bestehen feiert, gehört heute zu den weltweit führenden Unternehmen auf dem Markenartikel- und Chemiesektor. Das obengenannte Projekt beschäftigt sich am Beispiel des Düsseldorfer Konzerns mit dem langfristigen Erfolg von Unternehmen, einer Frage, die in der internationalen Betriebswirtschaftslehre eine zentrale Rolle spielt.² Neben „harten Faktoren“ wie der Finanz- und Wettbewerbspolitik rücken dabei zunehmend auch die „weichen Faktoren“ wie die Kultur eines Unternehmens und seine Corporate Identity in den Fokus der Betrachtung.³

² Arie de Geus, The Living Company, in: Harvard Business Review, March-April 1997, S. 52–59.

James C. Collins/Jerry I. Porras, Built to last. Successful Habits of Visionary Companies, New York 1997.

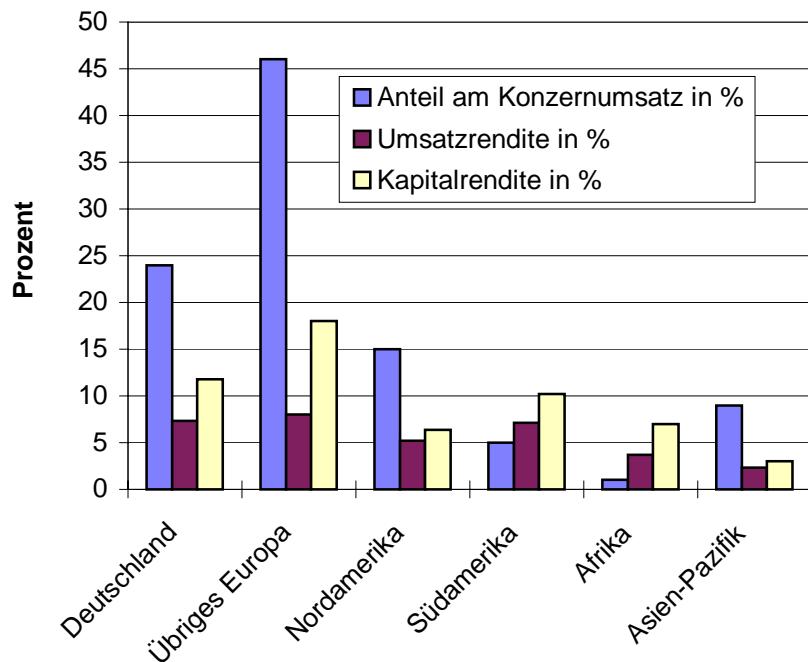
³ Wegweisend ist in diesem Zusammenhang die Studie von Thomas J. Peters/Robert H. Waterman, In Search of Excellence. Lessons from America's Best Run Companies, New York 1982.

„Menschen und Marken“ verdankt Henkel einen Gutteil seines Erfolges: Mit Markenprodukten wie Persil ist der Konzern groß geworden. Den Menschen, die mit ihren Ideen in Entwicklung und Vertrieb Produkte immer benutzerfreundlicher, kostengünstiger und umweltverträglicher gestalteten und zunächst regional, dann national und heute global verkaufen, verdankt das Unternehmen seinen Erfolg. Doch müssen bei der Unternehmensentwicklung auch die externen Rahmenbedingungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigt werden. Sich mit der Geschichte eines 125 Jahre alten Unternehmens zu beschäftigen, bedeutet deshalb auch, über die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der industriellen Take-off-Phase in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über die Jahre der Kriege und der Wirtschafts- und Währungskrisen des 20. Jahrhunderts bis hin zur Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg und das heutige Zeitalter der Globalisierung zu reflektieren. Demgemäß ist die Studie in vier Querschnitt-Kapitel (1876–1914/18, 1918–1945, 1945–1973, 1973–2001) eingeteilt, die die wirtschaftshistorischen Abläufe mit der internen Entwicklung des Unternehmens in Verbindung setzen. Im Anschluss daran werden einige zentrale Funktionen des Unternehmens wie Organisation, Finanzpolitik, Auslandsgeschäft, Marketing, Sozialpolitik und Unternehmenskultur längsschnittartig betrachtet.

Dabei treten Determinanten zutage, die im Verlauf der 125-jährigen Firmengeschichte für den Unternehmenserfolg von herausragender Bedeutung waren und vielfach auch noch sind. Angesichts des sich ständig wandelnden Wettbewerbsumfeldes und neuer zeitspezifischer Anforderungen bilden Flexibilität, Aufgeschlossenheit und Offenheit wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg von Unternehmen. Die notwendige Flexibilität stellte Henkel immer wieder unter Beweis, so etwa als nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund der Verkehrsblockade im Düsseldorfer Süden durch die Besatzungsmacht die Leimvorräte zum Verschließen der Waschmittelpackungen ausgingen und Henkel sich kurzerhand daran machte, den fehlenden Klebstoff selbst herzustellen.

Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen bewies das Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb: Als weltweit agierende Konzerne wie Procter & Gamble und Colgate ab den 1950er Jahren neue Produkt-, Marketing- und Vertriebsstrategien auf den europäischen Waschmittelmarkt brachten, expandierte Henkel seine Aktivitäten über das Stammgeschäft hinaus in neue Geschäftsbereiche wie Kosmetik und Körperpflege, Oberflächentechnik, Hygiene, Metallchemie sowie Nahrungsmitteltechnologie. Die auf diese Weise neu erschlossenen Marktsegmente wurden ab den siebziger Jahren zunehmend auch internationalisiert. Seit Mitte der 1980er Jahre erzielt die Henkel-Gruppe die höchsten Umsätze auf den Auslandsmärkten, wobei neben dem Europa-Geschäft die Marktaktivitäten in Nord- und Südamerika sowie vor allem im Raum Asien-Pazifik sukzessive ausgebaut werden, wie auch aus der folgenden Abbildung ersichtlich wird.

Henkel Gruppe, Weltumsätze in Prozent, 1997



Offen zeigte sich Henkel auch gegenüber der Umweltbewegung und dem zunehmenden Umweltbewusstsein der Verbraucher seit den 1970er Jahren. Früher als andere Chemieanbieter setzte sich das Unternehmen offensiv mit umweltpolitischen Fragen auseinander, stellte sich der Diskussion mit der Öffentlichkeit und zog daraus Impulse für neue Marketingstrategien. Durch Produktinnovationen wie Phosphatersatzstoffe in Waschmitteln, nachwachsende Rohstoffe, abbaubare Tenside, oder Ersatzstoffe für Lösungsmittel eröffneten sich vor allem in den traditionellen Geschäftsbereichen wie dem Wasch- und Reinigungsmittelgeschäft, den Klebstoffen oder der Oleochemie eine Vielzahl von Wettbewerbsvorteilen.

Eine weiteres Spezifikum des Unternehmens zeigt sich in der nach wie vor engen Familienbindung. Trotz der Börseneinführung von Stammaktien und den Maßnahmen zur Steigerung des Unternehmenswertes wurde der Aktienbindungsvertrag der Familie, der für Kontinuität und Orientierung an den Familieninteressen steht, in modifizierter Form verlängert. In einem engen Zusammenhang dazu steht die solide Finanzpolitik der Henkel-Gruppe. Wie schon zu Gründerzeiten bemüht sich die Unternehmensleitung um eine angemessene Eigenkapitalbasis. Da weiteres Wachstum mit steigendem Finanzbedarf einherging, war die Erschließung neuer Finanzierungsquellen mittelfristig nicht mehr zu umgehen. Zur Vorbereitung der Kapitalaufnahme an der Börse wurde die Henkel GmbH im Jahr 1975 in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) umgewandelt, die als Gesellschaftsform in besonderem Maße den Bedürfnissen und Vorstellungen einer großen Familiengesellschaft zu entsprechen schien, indem sie „auf der einen Seite den Einfluss und die besondere Position der Familieneigentümer [sicherte], auf der anderen Seite [...] die Zuführung von langfristigem Kapital“ erleichterte. Der Börsengang ermöglichte schließlich 1985 erstmals in der Geschichte des Unternehmens eine Beteiligung von Fremdaktionären.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert verändern sich die Märkte schneller als je zuvor. Der Blick auf die 125-jährige Firmengeschichte von Henkel zeigt, dass sich das Unternehmen neuen Herausforderungen stets erfolgreich gestellt hat. Innovationskraft aus Know-how und Kreativität gehörten somit zu den zentralen Bestandteilen der Henkel-Kultur. Henkel gestaltete in diesen 125 Jahren nicht nur sein Produktpotential nachhaltig um, sondern entwickelte sich ebenso von einem überwiegend auf dem deutschen und europäischen Markt tätigen Unternehmen zu einem „Global Player“.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Feldenkirchen, W., Bartels, A.: Werner von Siemens, München 2000.

Feldenkirchen, W., Hilger, S.: Louis Leitz, München 2000.

Feldenkirchen, W.: Siemens. From Workshop to Global Player, München 2000.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Feldenkirchen, W.: Erfolgsfaktoren der Sparkassen vom 19. Jahrhundert bis heute. In: Feldenkirchen, W.; Krüger, I. (Hrsg.), Standortbestimmung: Sparkassengeschichte. Festschrift für Manfred Pix zum 65. Geburtstag (=Zeitschrift für bayerische Sparkassengeschichte, Bd. 14, 2000; Sparkassen in der Geschichte, Abt. 1: Dokumentation, Bd. 19), Stuttgart 2000, S. 19-30.

Feldenkirchen, W.: Einführung. In: Wischermann, C.; Borscheid, P.; Ellerbrock, K.-P. (Hrsg.), Unternehmenskommunikation im 19. und 20. Jahrhundert (=Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, Bd. 19), Dortmund 2000, S. 13-16.

Feldenkirchen, W.: Vom Elektroschalter zum Mikrochip: Siemens in Regensburg. In: Schmidt, P. (Hrsg.), Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. 2, Regensburg 2000, S. 509-517.

Feldenkirchen, W.: Siemens in Rußland. In: Eine große Zukunft. Deutsche in Russlands Wirtschaft, hrsg. Von Dittmar Dahlmann, Klaus Heller, Tamara Igumnowa, Jurij Pitrow, Kai Reschke (Begleitband zur Ausstellung), o. J. o. O., S. 226-232.

Hilger, S.: Von der "Hilfe zur Selbsthilfe" zum betrieblichen Anlagekapital: Zur Entwicklung der Betriebssparkassen in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis 1945. In: Feldenkirchen, W.; Krüger, I. (Hrsg.), Standortbestimmung: Sparkassengeschichte, Festschrift für Manfred Pix zum 65. Geburtstag (= Zeitschrift für bayerische Sparkassengeschichte, Bd. 14, Sparkassen in der Geschichte, Abt. 1: Dokumentation, Bd. 19), Stuttgart 2000, S. 227-247.

5.3 Herausgeberschaft

Feldenkirchen, W. (Hrsg.): European Yearbook of Business History. Hampshire: Ashgate Publishing Ltd.

Feldenkirchen, W., Borscheid, P., Tanner J. (Hrsg.): Zeitschrift für Unternehmensgeschichte. München: C.H. Beck Verlag.

Feldenkirchen, W., Krüger, I. (Hrsg.): Standortbestimmung: Sparkassengeschichte. Festschrift für Manfred Pix zum 65. Geburtstag, Stuttgart: Deutscher Sparkassenverlag.

5.4 Sonstiges: Vorträge auf Fachtagungen

Third Japanese-German Business History Conference in Tokyo (March 24-25, 2000).

Thema: „Japanese and German Business in the early wave of „Americanisation“ – 1950s and 1960s“. (Feldenkirchen, W., Hilger, S.)

International workshop University Erlangen-Nuremberg, University Düsseldorf and University of Reading in Reading (May 18-20, 2000).

Thema: „External Experts in Organisations“. (Feldenkirchen, W., Hilger S.)

Gastvortrag an der Universität Frankfurt, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte (27. Juni 2000).

Thema: „Die amerikanischen Einflüsse auf das Konsumgütergeschäft der Firma Henkel nach 1945“. (Hilger, S.)

Vortrag auf einer Tagung in Wien (8./9. Oktober 2000)

Thema: „Die deutsche Elektroindustrie in Südosteuropa“. (Feldenkirchen, W.)

Wissenschaftliche Konferenz im Rahmen einer vom Moskauer Goethe-Institut und dem Staatlichen Museum in Moskau veranstalteten Ausstellung (8./9. Dezember 2000).

Thema: „Eine große Zukunft. Deutsche in Rußlands Wirtschaft“. (Feldenkirchen, W.)

International Conference of the European Business History Association in Bordeaux (September 14-17, 2000).

Thema: „The making of a global economy 1800-2000“. (Hilger, S.)

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie

Prof. Dr. Henrik Kreutz

Findelgasse 9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-690

Fax: 0911/5302-693

E-mail: wssa01@wsfg1.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/sozio2>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

2.1 Hauptsächliche wissenschaftliche Arbeitsgebiete

- *Pragmatische Soziologie*: Relationale Logik und Abduktion, Entwicklung von Modellen für Mikrosimulation, semiotische Analyse von symbolischer Kommunikation.
- *Methoden der empirischen Sozialforschung und Evaluationsforschung*, Logik der Forschung und Design von Erhebungen, Semiotik, Beobachtungsverfahren.
- *Finanzsoziologie*: Theorie der Tauschmedien, Korruption, Strategien von Banken und Versicherungen.
- *Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie*: Kulturelle und gesellschaftliche Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Regionale Schwerpunkte:
 - 1) Ostmitteleuropa (Transformationsforschung)
 - 2) Ostasien, Pazifischer Raum.
- *International vergleichende Sozialstrukturanalyse*: Wertrationalität, Verantwortlichkeit und soziales Kapital. Gesellschaftliche Bedingungen ihrer Entstehung und Entwicklung.
- *Musik- und Kunstsoziologie*: Zusammenhang zwischen kreativen Innovationen, Trivialisierung des Massengeschmacks und Publikumsentwicklung, Wechselwirkung zwischen symbolischen und ökonomischen Werten.

2.2 Wichtigste aktuelle Forschungsthemen

- Sozio-ökonomische Entwicklung des mitteleuropäischen Zentralraumes: Professor Kreutz nimmt seit dem Sommersemester 1999 fortlaufend eine Gastprofessur an der Péter-Pázmány-Universität in Budapest wahr. Im Rahmen dieser Gastprofessur sind auch intensive Forschungskontakte in mehreren Ländern Ostmitteleuropas aufgenommen worden, die sich in drei Forschungsprojekten verdichtet haben, deren Vorarbeiten im Jahr 1999 abgeschlossen wurden. Diese Arbeiten stehen im Zusammenhang mit der Entwicklungsförderung, die die EU auf Südosteuropa konzentriert.

Studierende v.a. des postgradualen Studiengangs "Entwicklungsökonomik" sowie Doktoratsstudenten, die im gemeinsamen Promotionsstudium, das die FAU mit der TU Budapest sowie mit der Péter-Pázmány-Universität vertraglich vereinbart hat, sollen an dem Projekt mitwirken. Im April 2001 wird Prof. Kreutz eine Gastprofessur an der Yale-Universität wahrnehmen und dortige „postgraduates“ mit in das Vorhaben einbeziehen. Die Forschungsarbeiten werden im Rahmen eines interdisziplinären und internationalen Projektes auf die Erforschung der gesellschaftlichen Bedingungen von Wertrationalität und der Wahrnehmung von Verantwortung. Die Schwerpunkte liegen hierbei v.a. auf Handeln und Verhalten bei wirtschaftlichen Markttransaktionen, speziell im Banken-, Versicherungs- und Börsenwesen, aber auch im Einzelhandel sowie in der Medienwirtschaft.

- Methodologische Arbeiten: Relationale Logik als Grundlage für die Inhaltsanalyse von Bildmaterial und von Texten; existentielle Graphen als Mittel der Analyse, Anwendung der Verfahren auf Untersuchung politischer Ereignisse.
- In Zusammenarbeit mit dem Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. Dresden sowie einem Forschungsverband von acht wissenschaftlichen Institutionen in Ungarn: Vergleichende Erforschung der Logik der Entwicklung der Wohnungsmärkte in Südosteuropa, insbesondere in der Tschechei, in Ungarn, in Polen und in der Slowakei.
- Evaluation und Verbesserung des Beobachtungsverfahrens SYMLOG als Rating- und als Beobachtungsverfahren, Weiterentwicklung des Verfahrens zur Erfassung von Werthaltungen und systematische Verknüpfung mit der Realkontaktbefragung sowie mit der Verwendung von audiovisuellen Hilfsmitteln bilden einen Schwerpunkt der Arbeit des Lehrstuhls auf dem Gebiet der Weiterentwicklung von Methoden der empirischen Feldarbeit
- Weiterentwicklung der Rollentheorie, empirische Verfahren zur Messung von Rollenverhalten, Entwurf und Durchführung soziologischer Rollen- und Entscheidungsspiele.
- Evaluation der Lehre in Universitäten. Vergleichende Verfahren zur Messung von Lehrqualität, systematische Beobachtung von Lehrveranstaltungen, Anwendung von Rollenspielen zur Reform universitärer Strukturen, Initiierung von strategischem Wandel der Universität im Sinne von „self-directed learning“.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Von der offenen zur geschlossenen Gesellschaft: Der Fall Proksch als ein Wendepunkt der Entwicklung Österreichs in der Zeit von 1970 bis 2000

Bearbeiter: Prof. Dr. H. Kreutz

Projektstart und -ende: Oktober 1999 - Dezember 2000

Charakterisierung: Ausgangspunkt der Arbeit ist die überraschende Tatsache, daß in Österreich mit der linksliberalen Regierung von *Bruno Kreisky* im Jahr 1970 eine Reform staatlicher Institutionen einzog, die auf eine vermehrte Freiheit und Partizipation des Individuums abzielte, die mittelfristig das Gegenteil ihres öffentlich deklarierten Ziels, nämlich das Wiedererstarken deutschnationaler und autoritärer Kräfte bewirkte. Liegt hier ein Fall vor, auf den die

häufig zitierte These von den nichtintendierten Folgen rationaler Handlungen paßt? Die Frage, der mittels abduktiver Schlußfolgerungen systematisch nachgegangen wurde, richtet sich daher auf die spezifischen Prozesse, insbesondere auf der Mikroebene des Handelns in Institutionen, die zu den unerwarteten Ergebnissen führen. Auf der Basis der Inhaltsanalyse von Massenmedien und der kritischen Sekundäranalyse von Befunden von Zeithistorikern, wurde anhand eines konkreten Ereignisses, also einer "Fallgeschichte" untersucht, wie im konkreten Geschehen dieser Umschlag von den liberalen Zielen zu den autoritären Folgen des Handelns erfolgen konnte.

Bei allem spezifischen Bezug zu Österreich zielt die Analyse aber bewußt nicht auf eine politikwissenschaftliche Arbeit, die sich theoretisch an der Geschichte eines Nationalstaats orientiert. Vielmehr zeigt sich auch an der nachgewiesenen Brauchbarkeit von soziologischen Theorien, die so allgemein gefaßt sind wie der Strukturfunktionalismus von Parsons oder das Generationsparadigma im Anschluß an Mannheim, daß hier am Beispiel Österreichs spezifische Ausprägungen von allgemein anzutreffenden gesellschaftlichen Vorgängen empirisch beobachtet und analysiert werden können.

3.2 Rollen zwischen Planung und Initiative. Entscheidung über die Aufteilung der Haushaltsmittel der Universität auf die einzelnen Fakultäten im Rahmen eines Rollenspiels.

Bearbeiter: Prof. Dr. H. Kreutz
Projektstart und -ende: Oktober 1999 - Juli 2000
Charakterisierung: Auf der Basis soziologischer Rollentheorien wurde ein neuer Typus des Rollenspiels entwickelt. Dieses thematisiert die interne Struktur und die Entscheidungsmechanismen innerhalb von Organisationen. Voraussetzung für das Spiel ist die empirische Erforschung und die Explikation der Zuordnung von Entscheidungs- und Mitwirkungsrechten der verschiedenen Klassen von Mitgliedern der Organisation. Die Mitspieler müssen sich mit den so erarbeiteten Rollenbildern vertraut machen und sie im Rahmen ihrer Mitwirkung an der Erfüllung eines Ziels der Organisation in ihrem Handeln verwirklichen.

3.3 Analyse von Markttransaktionen mit Hilfe der Methode der Realkontaktbefragung am Fallbeispiel "Handykauf".

Kooperationspartner: Staedtler-Stiftung
Bearbeiter/in: Prof. Dr. H. Kreutz, Dipl.-Sozialw. Alexander Endreß, Jessica Mohr, Ramona Schneider
Projektstart und –ende: Mai 2000 - August 2000

Charakterisierung: Bei dieser Arbeit handelt es sich um ein bereits abgeschlossenes Teilprojekt der Forschung "Interdisziplinäres, internationales Projekts zur Erforschung der gesellschaftlichen Bedingungen von Wertrationalität und der Wahrnehmung von Verantwortung". Im Mittelpunkt steht die Handlungslogik von Verkäufern im Einzelhandel. Im konkreten Fall wurden 15 Mobilfunkgeschäfte bzw. -stände unterschiedlicher Größe in Nürnberg und Fürth mittels der Methode der *Realkontaktbefragung* untersucht. Einige der erfaßten Verkaufsgespräche wurden auf Videofilm aufgezeichnet und so mikroanalytisch ausgewertet. Mittels dieser Daten kann eine exakte Rekonstruktion der Interaktionen vollzogen werden, die die Handlungslogik des Verkäufers in ihren Verhaltensentsprechungen für die wissenschaftliche Analyse direkt zugänglich macht.

3.4 Interaktive Exploration des Verhaltens von Internetbrokern. Handlungsorientierungen und Risikobewußtsein.

Kooperationspartner: Staedtler-Stiftung

Bearbeiter/in: Prof. Dr. H. Kreutz, Björn Neugebauer

Projektstart und –ende: Juni 2000 - Dezember 2000

Charakterisierung: Bei dieser Arbeit handelt es sich um ein bereits abgeschlossenes Teilprojekt der unter (3.3) bereits charakterisierten Forschung. Dieses Teilprojekt beruht auf Realkontaktbefragung mit 6 Discount-Brokern, mit denen Interaktionen aufgenommen worden waren.

Das Ergebnis dieser Studie ist erschreckend: Fast 40 % der Aussagen, die die Verkäufer in dieser Branche telefonisch an potentielle Kunden weitergeben, weichen vom schriftlichen Informationsmaterial der Firmen signifikant ab. Die Handlungslogik dieser Firmen ist mithin eindeutig zweckrational. Die unmittelbaren Kontakte mit den Kunden werden von schlecht bezahlten Hilfskräften wahrgenommen, deren Aussagen keinerlei Kompetenz beanspruchen, so daß sie überhaupt nicht als verantwortliche Repräsentanten ihrer Firmen auftreten können. Die zweckrationale Logik dieses Handelns zielt somit bewußt oder unbewußt darauf, die Kette der Verantwortlichkeit in der Interaktion zwischen Kunden und Firmen zu unterbrechen.

Bei folgenden umfangreichen Forschungsarbeiten mußte aus Platzgründen auf eine Charakterisierung verzichtet werden:

3.5 Der "Gib-und-Nimm"-Tauschring: Sozialstruktur, Marktchancen, Verbesserungsmöglichkeiten. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde.

Bearbeiter: Dr. Jürgen Schmidt

Projektstart und –ende: Januar 2000 - Dezember 2000

3.6 Der Einfluß des Internet auf die musikalische Praxis

Bearbeiter: Dipl.-Sozialw. Martin Scherl

Projektstart und –ende: August 1999 - April 2000

3.7 Soziobiographische Analyse der Identität und des Lebensmutes eines Holocaust-Zeitzeugen.

Bearbeiterin: Birgit Maier

Projektstart und –ende: Mai 1999 - März 2000

3.8 Von der bürgerlichen Intellektuellen zum Gründungsmitglied der ersten Generation der RAF - Die Biographie der Ulrike Meinhof und deren Auswirkung auf kollektive Prozesse innerhalb der RAF

Bearbeiterin: Anja Strohmaier

Projektstart und –ende: Mai 1999 - Juni 2000

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Das „serendipity pattern“ und die Abduktion.

Der Fachausdruck „serendipity pattern“ stammt aus der Wissenssoziologie von *R. K. Merton* und meint, daß im Verlauf von empirischen Forschungen immer wieder Fakten auftreten, die theoretisch nicht nur nicht erwartet, sondern darüber hinaus ursprünglich nicht einmal bewußt zum Gegenstand der Forschung gemacht worden sind und keinerlei Bezug zur forschungsleitenden Fragestellung hatten.⁴

„From a logical point of view“ stellt dieses „serendipity pattern“, das *Merton* bei seinen wissenschaftsgeschichtlichen Studien zweifelsfrei empirisch nachgewiesen hat, aber nichts anderes dar als die Forschungslogik, die *Charles S. C. Peirce* als „*Abduktion*“ oder „*Retroduktion*“ in den Mittelpunkt seiner pragmatistischen Wissenschaftsauffassung gestellt hat.⁵ Abduktion meint eben jenen Schluß von einem überraschenden, neu entdeckten Faktum auf seine möglichen Ursachen, der zwar nie eindeutig ist, aber doch den Ansatzpunkt für fruchtbare Forschungsprogramme liefert.⁶

⁴ Robert K. Merton, 1949, The Bearing of Empirical Research on Sociological Theory, in: Social Theory and Social Structure, Glencoe, Free Press, S. 103 - 108

⁵ Merton bezieht sich selbst in der Fußnote auf Seite 104 seiner Arbeit explizit auf Ch. S. Peirce und nennt auch dessen Bezeichnung dieser Schlußform, nämlich die *Abduktion*!

⁶ Zur Abduktion und dem auf dieser Schlußform aufbauenden pragmatistischen Forschungsprogramm in der Soziologie vgl.: *Henrik Kreutz*, 1988, Die Integration von empirischer Forschung, theoretischer Analyse und praktischem Handeln. Leitlinien eines pragmatischen Arbeitsprogramms, in: H. Kreutz, (Hrsg.), Pragmatische Soziologie, Opladen, Leske + Budrich, S. XI – XXXII. Zur Gleichwertigkeit von Abduktion und Deduktion vgl. *Henrik Kreutz*, 2000, Skriptum zur Einführung in die Methoden der empirischen Sozialforschung, 13te Lieferung

„Ereignisse“: Die Wechselwirkungen von Situationen, Populationen und Handlungen

Die empirisch verfahrende Soziologie ist dadurch in eine tiefgehende Krise geraten, daß sie sich zu stark und einseitig auf die Befragungen als Mittel zur Gewinnung von Daten gestützt hat. Eine rezente Übersicht von Max Kaase zeigt z.B., daß rund 90% der „empirischen“ Forschung auf die Erfassung lediglich der sprachlich vermittelten Aspekte menschlicher Interaktionen beschränkt ist.⁷

Der Aufbau einer Stichprobe in einer „Ereignispopulation“ und der „Seinsmodus“ der Studiengänge

Im Zuge einer empirischen Studie über die Auswirkungen staatlicher Sparmaßnahmen auf den Verlauf des Studiums, die durch eine Basisfinanzierung von Seiten der *Österreichischen Hochschülerschaft* möglich wurde, ergab sich die methodologisch interessante Aufgabe, aus einer sehr mobilen Population eine repräsentative Wahrscheinlichkeitsstichprobe zu ziehen, ohne auf ein Personenregister zurückgreifen zu können. Zu diesem Zweck wurde das einzelne Lehrangebot als Auswahleinheit festgesetzt und es wurde eine Stichprobe aus allen 44.033 Lehrveranstaltungen eines Semesters gezogen. Im Durchschnitt umfaßte jede Lehrveranstaltung 11 Termine, also beinhaltet die Grundgesamtheit rund 500.000 Einzeltermine. Wegen der extremen Ungleichverteilung der Größe der Veranstaltungen wurde eine geschichtete Stichprobe der Studienrichtungen gemäß der Zahl der Hörer vorgenommen. Ausgehend von der Hochschulstatistik, die die Zahl der Studierenden pro Studiengang ausweist, wurden drei Schichten von Studienrichtungen gebildet und diese disproportional in der Stichprobe berücksichtigt:

Tabelle 1: Verteilung der Grundgesamtheit sowie der Befragten auf die drei Schichten der Stichprobe

Universitätsstudien-gänge:	Zahl laut Statistik	empirische Zahl grundständiger... ...Studiengänge	in der Stichprobe berücksichtigte...	geschätzte Zahl der Hörer* absolut	%	Verteilung der Befragten %
große Studiengänge (486 und mehr Hörer)	50	45	45	181.223	81,1	82,7
mittlere (187 - 485 Hörer)	100	76	33	30.100	13,5	10,6
kleine (1 - 186 Hörer)	350	193	37	12.242	5,5	6,7
Summe	500	314	115	223.565	100	100

* Die Zahl der Hörer übersteigt wegen Doppelstudien die Zahl der Studierenden. Laut Hochschulstatistik belief sich die Zahl der in- und ausländischen ordentlichen Hörer an Universitäten auf 213.510, unsere Schätzung für den Zeitpunkt, der drei Semester liegt, später weicht hier nur um 4,7% ab.

⁷ Max Kaase, (Hrsg.), 1999, Qualitätskriterien der Umfrageforschung, Berlin, Akademieverlag, S. 284 ff. Vgl. dazu auch: Henrik Kreutz, 2000, Die Kritik der Urteilskraft als Grundlage der wissenschaftlichen Beobachtung menschlichen Verhaltens. Ein methodologisches Nachwort zu C. Marx, Das Beobachtungsverfahren Symlog, Wiesbaden, DUV, S. 261-270

Die Zahl der tatsächlich belegten Studiengänge ist sehr viel kleiner als in der amtlichen Statistik ausgewiesen. Der hier gewählte Zugang der Rekonstruktion der Gesamtpopulation der Studierenden aus der Gesamtheit der Ereignisse, in denen sie sich repräsentiert, ergibt daß die Studiengänge nach ihrem Seinsmodus zu unterscheiden sind: 62,8% können als „real existierend“ angesprochen werden, während 37,2% im Modus der Möglichkeit verharren. Bei allfälligen Reformen muß aber bedacht werden, daß eine „**lean university**“ auch ihre Potentiale zur Weiterentwicklung verliert.

Das „**Serendipity pattern**“ im Universitätsstudium: Die „**gentryfication**“

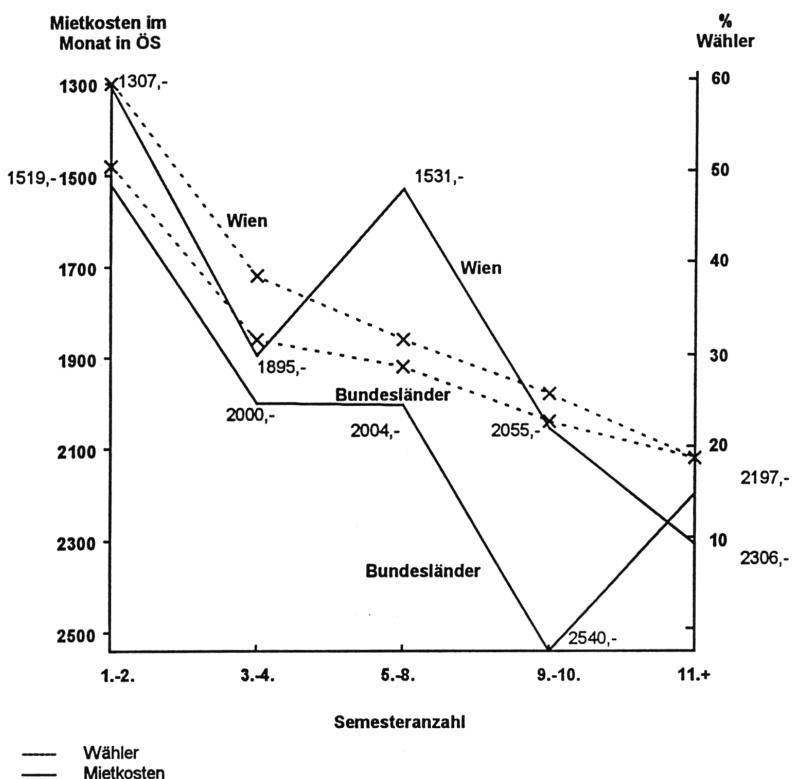
Die Erhebung (n = 6510 Befragte) wurde mit Ausnahme weniger Nachzügler in der Zeit von der 4ten bis zur 9ten Semesterwoche⁸. Anhand von Fragen und Zählungen lässt sich feststellen, daß rund 63% der Termine wahrgenommen wurden, als „versäumt“ wurden lediglich 10% der Termine eingestanden. Der bedeutende Rest von 27% wurde von uns als „**verdriftet**“ bezeichnet, da die Studenten nicht das Gefühl hatten, etwas versäumt zu haben. In diesen Fällen ist offensichtlich eine Art „**Drift**“ weg vom Studium gegeben, die faktisches Fehlen mit dem subjektiven Gefühl der getreuen Pflichterfüllung verbindet. Hier sind die Grundnormen, z.T. durchaus auch bei den Lehrenden abhanden gekommen. Dieses „**Driften**“ nimmt bei einem großen Teil der Studierenden im Verlauf des Studiums von Semester zu Semester zu. Das Hinausdriften erfolgt dabei auf zwei völlig unterschiedlichen Wegen, einen durch **negative, behindernde Faktoren** und einen durch **positiv erscheinende Alternativen** gekennzeichneten Prozess. Die „**gentryfication**“ der Bevölkerung ist hier und heute so weit fortgeschritten, daß nunmehr das als normale Lebensführung gilt, was bis 1950 den Wohlhabenden vorbehalten war. Abstriche von diesem Lebensniveau werden nicht hingenommen. Tritt bei den Studierenden Mittelknappheit ein, dann wird das „**Jobben**“ aufgenommen und die Zeit für das Studieren wird knapp. Durch die Verknappung der Zeit für das Studium werden die Leistungen schlechter. Es beginnt ein **negativer feedback-Prozess**, der schließlich zu dem Hinausdriften aus dem Studium führt. Für dieses „**Driften**“ ist letztlich die Normalität der Konsumgesellschaft samt den fixierten Erwartungen an das „**standesgemäße Lebensniveau**“ verantwortlich.

Die von **positiven „pull-Faktoren“** bewirkte Drift setzt Verschulung in der Universität voraus. Dabei stellt die Verschulung eine Gegenreaktion der Universität gegen die oben beschriebene negative Drift dar. Gerade die intellektuell wachen Studierenden werden aber von dem verschulten Massenbetrieb, nicht ausgefüllt und suchen sich **kreative Betätigungsfelder außerhalb der Universität**. Völlig überraschend ist dabei, daß der negative feed-back nur für rund 40%, der positive Sogeffekt aber für etwa 60% der Drift verantwortlich ist. Dies zeigt, daß die **Verschulung keine adequate Abwehrreaktion der Universitäten** gegen den Sog der „**gentryfication**“ darstellt.

⁸ Vgl. dazu die genaue Darstellung in: *Henrik Kreutz, 1998, Auswirkungen der staatlichen Sparmaßnahmen auf die Lage der Studierenden, Wien, Institut für Angewandte Sozialforschung, S. 65 ff.* Die Studie wurde im Sommersemester 98 durchgeführt. Ein erster Ergebnisbericht lag im Winter 98/99 vor. Im Jahr 1999 fand ein Enquête statt, bei der die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Die vertiefte wissenschaftliche Auswertung der Daten erfolgte im Jahr 2000 vorwiegend am L.SOSO in Nürnberg.

Exemplarisch soll dieses Hinausdriften aus der Universität abschließend anhand der Entwicklung der Beteiligung an den Wahlen zur studentischen Interessenvertretung, d.h. zu der „Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH)“ verdeutlicht werden. Im Verlauf des Studiums zeigt sich die Drift so deutlich an:

Schaubild 1: Die Entwicklung der persönlichen Mietkosten und der Beteiligung an ÖH-Wahlen im Verlauf des Studiums



Bezeichnend ist, daß die Beteiligung an den ÖH-Wahlen in dem Maß abnimmt, in dem die Höhe der Wohnungskosten im Lauf des Studiums ansteigt. Die im Laufe des Studiums ansteigenden Wohnungskosten verdeutlichen dabei den Druck der „standesgemäßen Lebenshaltung“, die auch ein „standesgemäßes“ Wohnen subjektiv erforderlich erscheinen läßt. In dem Maße, in dem marktorientierter Konsum allgemein wird, entfällt die Investition sowohl in die individuelle Kompetenzsteigerung durch Bildung, als auch in die kollektive Profilierung durch Mitwirkung bei der Verbandsbildung.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Pohoryles, R. J.; Giorgi, L.: Social Sciences in Progress – the Pragmatic Approach of Henrik Kreutz. Innovation: The European Journal of Social Sciences. Jg. 12, Nr.4, (Ed)

Wenny, A.: Ein-Personen-Unternehmen: Die Rolle der Unternehmensform im wirtschaftlichen Wandel, die soziale und wirtschaftliche Stellung von Selbständigen ohne eigene Beschäftigte. Marburg, Tecum Verlag (KMU – Wissenschaftspris der Stirn–Stiftung).

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Kreutz, H.: Von der offenen zur geschlossenen Gesellschaft. Der Fall Proksch als ein Wendepunkt der Entwicklung Österreichs in der Zeit von 1970 bis 2000. Wien, Österreichische Gesellschaft für Soziologie. <http://www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000>

Kreutz, H.: Die Kritik der Urteilskraft als Grundlage der wissenschaftlichen Beobachtung menschlichen Verhaltens. Ein methodologisches Nachwort zu Christine Marx: Das Beobachtungsverfahren SYMLOG in der Praxis. Wiesbaden, DUV, S. 261-270.

Kreutz, H.: Das Überleben des Untergangs der Titanic. Eine nichtreaktive Messung sozialer Ungleichheit. Wien, Österreichische Gesellschaft für Soziologie.
<http://www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000>

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

Kreutz, H.: Händeschütteln, kein Handschlag - atque tertium datur! Angewandte Sozialforschung, Jg. 21, S. 127 – 132.

Kreutz, H.: Kann "Logik" mehr sein als eine Menge von Erfahrungsregeln? Miszelle zum Versuch der Begründung einer soziologischen Situationslogik., Angewandte Sozialforschung, Jg. 21, S 167-178.

Kreutz, H.: Pragmatikus cselekvéselmélet - a kollektív cselekvés mint egyéni káros szenvédély e-redményének elmélete. (Die pragmatische Konzeption menschlichen Handelns–kollektives Handeln als Ergebnis individueller Suchtabhängigkeit) in: Szociologiai Szemle. (Zeitschrift der Ungarischen Gesellschaft für Soziologie), 2000/3, S. 3-15.

Kreutz, H.: Democracy: The Rule of the 'Demos' - Who is That? The Inherent Contradictions of Modern 'Democratic' Mass Societies, in: Innovation, The European Journal of Social Sciences, Vol. 13, No.: 2, p. 192-217.

Kreutz, H.: Liberté, égalité, fraternité - où la mort. Offene Systeme, Prozesse der freien Vergesellschaftung und ihre zwanghafte Entmenschlichung. in: Ethik und Sozialwissenschaft (EuS) Bd 11, Heft 1, S. 252-255.

Kreutz, H.: Der hybride Mensch und seine Überwindung. Die evolutionsgläubige Regression des Menschenbildes und die Wiedergewinnung der Dimensionen des Humanen in der liberal-konservativen Soziologie. Reflexionen aus Anlaß des Todes von zwei früheren dogmatischen Kommunisten. Angewandte Sozialforschung, Jg. 22, Heft 1/2.

Kreutz, H.: Mythologisches Denken als gesellschaftlicher Tatbestand. Gesellschaftsreform durch Widerlegung von Mythen auf der Basis von empirischen Fakten durch pragmatistische Forschung. Das Beispiel der geschlechts- und klassenspezifischen Mortalitätsraten auf der Titanic und ihre aktuelle Relevanz. Angewandte Sozialforschung, Jg. 22, Heft 1/2.

Marx, C.: Das Spannungsfeld zwischen Leben und Tod - Die Entwicklung gesellschaftlicher Normen in einem sensiblen Bereich, Angewandte Sozialforschung, 21. Jahrgang, Heft 3/4, S. 249-221.

Meleghy, T.: Zur Logik der Sozialwissenschaften: Überlegungen auf der Grundlage der Drei-Welten-Theorie von Karl Popper, Angewandte Sozialforschung, Jg. 21, S. 183-192.

Schmidt, J.: "Wanted: eine Welt voller Betriebswirte?" Von der Self-fulfilling Prophecy der ökonomischen Theorie, Angewandte Sozialforschung, Jg. 21, S. 245-248.

Kroggel, C.-D.: Die Faszination von Lilli Marlen - ein NPD-Parteitag aus der Perspektive einer Künstlerin, Angewandte Sozialforschung, Jg. 21, S. 265-271.

Schmidt, J. (zusammen mit Wagner, W. & Koch, H.): Der "Gib-und-Nimm"-Tauschring Nürnberg: Soziales Kapital für "Bastel-Biographien", erscheint in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 37. Jg, Nr. 129.

5.4 Arbeitspapiere/Forschungsberichte

Kreutz, H.: Rollen zwischen Planung und Initiative. Entscheidung über die Aufteilung der Haushaltsmittel der Universität auf die einzelnen Fakultäten im Rahmen eines Rollenspiels. Durchführung im Sommersemester 2000 mit Studierenden im Grundstudium. Teil I: Kurzbericht, 22 S.; Teil II: Evaluation und Dokumentation, Nürnberg; L.SOSO 37 S.

Kreutz, H.: Die Wiederholung der Geschichte: Demokratie als Mehrheitsdiktat und die Umdeutung der Vergangenheit. Stammbuchblatt zum Annotierten Vorlesungsverzeichnis des Lehrstuhls für Soziologie und Sozialanthropologie der FAU Erlangen-Nürnberg, Sommersemester 2000, S. 3-13. Ebenfalls veröffentlicht im www unter:
<http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/sozio2>.

Kreutz, H.: Die "Spaßgesellschaft", das "leichte Geld" und die Kosten. Sich Ausleben und Feiern als Lebensziel - die Umkehrung des "defferred gratification pattern" und die Folgen. Stammbuchblatt zum Annotierten Vorlesungsverzeichnis des Lehrstuhls für Soziologie und Sozialanthropologie der FAU Erlangen-Nürnberg, Wintersemester 2000/2001, S. 3-7. Ebenfalls veröffentlicht im www unter <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/sozio2>.

Endreß, A.: Kultur - Überlegungen zu einem Modellansatz. Ein Diskussionspapier über die Funktionalität kultureller Systeme und deren Nichtbeachtung, Nürnberg, L.SOSO - Tantum No. 2, 22 S.

5.5 Studienskripten und Materialien sowie

5.6 Wissenschaftliche Konferenzen und Akademische Veranstaltungen

Auf die Darstellung dieser Aktivitäten wird hier aus Platzgründen verzichtet, diese Informationen finden sich auf der Homepage des Lehrstuhls.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Psychologie, insbes. Wirtschafts- und Sozialpsychologie

Prof. Dr. Klaus Moser

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-259

Fax: 0911/5302-243

E-mail: klaus.moser@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso-psychologie.uni-erlangen.de/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Personalauswahl
- Leistungsbeurteilung
- Trainingsforschung
- Arbeitslosigkeit
- Datenerhebung im Internet
- Wirkung visueller Elemente in der Werbung

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

- Sex-Appeal in der Anzeigenwerbung
- Evaluation von Trainings für Langzeiterwerbslose

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Die Akzeptanz der Einführung von Mitarbeitergesprächen an der FAU

Bearbeiterin: Dipl.-Psych. Christiane Alberternst

Seit dem Jahr 1999 haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FAU die Möglichkeit, ein Mitarbeitergespräch zu führen. In der freien Wirtschaft gilt das Mitarbeitergespräch bereits seit Jahren als etabliertes Personalführungs- und –entwicklungsinstrument. Ziel dieses Gesprächs, das ca. einmal jährlich vom Mitarbeiter und seinem unmittelbaren Vorgesetzten geführt wird, ist es, eine Bilanz über die Arbeit seit dem letzten Gespräch zu ziehen und für den zukünftigen Zeitraum Ziele zu vereinbaren. Inhaltlich wird das Gespräch charakterisiert durch das Besprechen von Aufgaben des Mitarbeiters, seiner Stärken und Schwächen, gegenseitiges Geben von Feedback zur Zusammenarbeit

und das Planen der weiteren beruflichen Entwicklung des Mitarbeiters mit entsprechenden Weiterbildungsmaßnahmen.

Die Einführung dieser Maßnahme an der FAU wurde vom Lehrstuhl für Psychologie, insbesondere Wirtschafts- und Sozialpsychologie, begleitet. An dieser Stelle wird von der Akzeptanz der Mitarbeitergespräche bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern berichtet. Die dargestellten Ergebnisse stammen aus zwei Untersuchungen. Die erste hat zum Ziel, die Akzeptanz der Mitarbeitergespräche bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FAU festzustellen. Die zweite Untersuchung befragt Mitarbeiter, die bereits ein Gespräch geführt haben, nach ihren Erfahrungen damit. Für beide Untersuchungen gilt, dass die Befragten, die teilweise selbst als Vorgesetzte Mitarbeitergespräche führen, einzig in ihrer Rolle als Mitarbeiter befragt worden sind.

Für die erste Studie wurden 400 Mitglieder der Universität zufällig ausgewählt. Die Rücklaufquote betrug 22% bei gleicher Geschlechtsverteilung. Von den 84 Teilnehmern besitzen 37% einen Realabschluss und 39% einen Hochschulabschluss. Der größte Teil der Befragten ist länger als 10 Jahre an der FAU beschäftigt (42%). Ein Drittel stammt aus dem wissenschaftlichen Bereich der Universität, die nächst grösste Gruppe aus dem Pflegebereich des Klinikums, es folgen Verwaltung und ärztlicher Bereich. Von den Befragten haben bereits 29% mit ihren Vorgesetzten ein Mitarbeitergespräch geführt.

Ausgewählte Ergebnisse zeigen, dass die Akzeptanz der Maßnahme bei den Befragten positiv ausgeprägt ist. Abbildung 1 zeigt, dass zwei Drittel der Befragten die Einführung für notwendig und sinnvoll erachten.

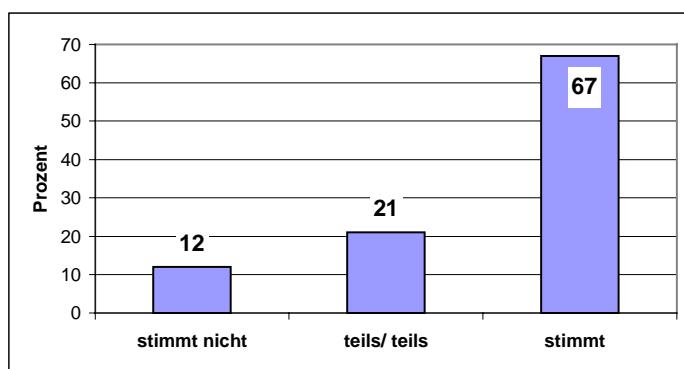


Abb. 1: „Ich bin der Meinung, dass die Einführung von Mitarbeitergesprächen notwendig und sinnvoll ist.“

Ebenfalls zwei Drittel lehnten die Behauptung ab, das Mitarbeitergespräch sei eine überflüssige Zusatzbelastung.

Der eingeschätzte Nutzen wird für die Universität und für die eigene Arbeitssituation unterschiedlich gesehen. Mehr als die Hälfte gab an, dass sie glaubt, dass die gesamte Universität langfristig von der Einführung der Mitarbeitergespräche profitiert, wie Abbildung 2 zeigt.

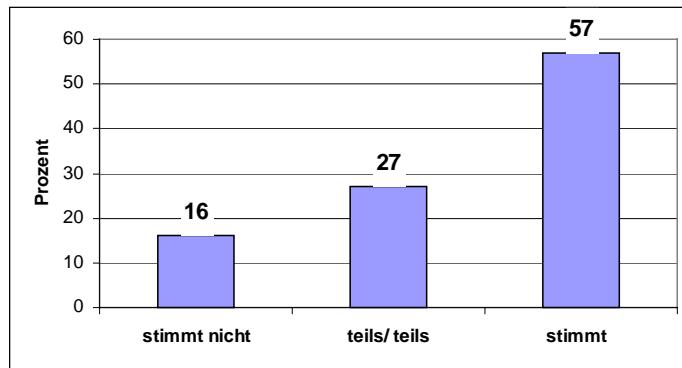


Abb. 2: „Ich glaube, dass die gesamte Universität langfristig von der Einführung der Mitarbeitergespräche profitiert.“

Die Auswirkungen auf die eigene Arbeitssituation werden dagegen weniger positiv eingeschätzt. Abbildung 3 zeigt die Verteilung der Antworten. Ein Drittel der Befragten lehnen die Einschätzung ab, das Mitarbeitergespräch habe vorwiegend positive Auswirkungen für sie selbst. Ein Viertel sieht die Auswirkungen gemischt. Der größte Teil allerdings geht doch davon aus, überwiegend positive Auswirkungen zu erfahren.

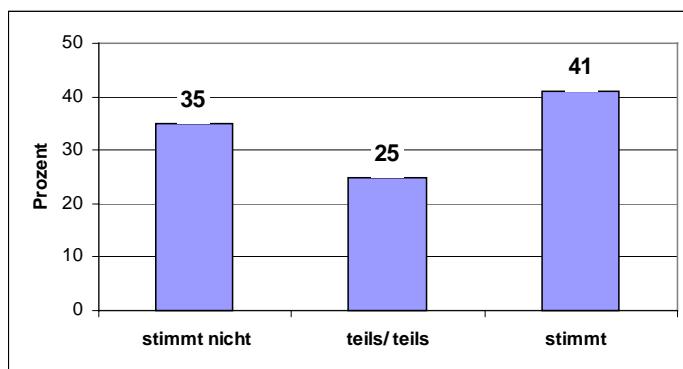


Abb. 3: „Ich glaube, dass die Einführung von Mitarbeitergesprächen vorwiegend positive Auswirkungen auf meine Arbeitssituation haben wird.“

Für die zweite Studie lagen die Antworten von 69 Befragten vor, die bereits ein Mitarbeitergespräch geführt haben. Von diesen gab die überwiegende Mehrheit von 75% an, dass sie generell mit dem Mitarbeitergespräch zufrieden ist. Abbildung 4 zeigt die Verteilung der Antworten.

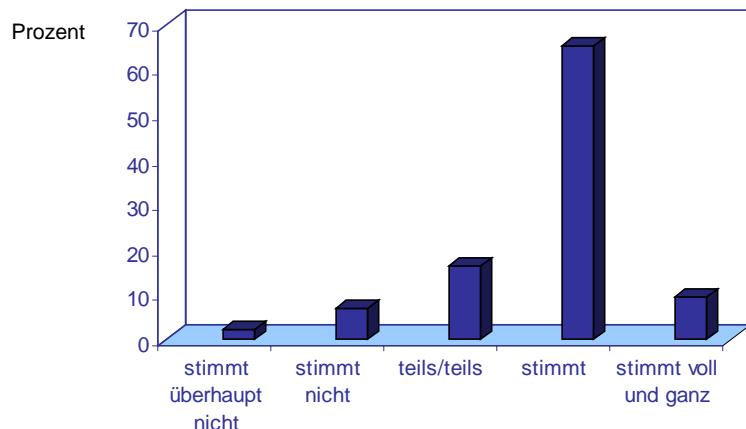


Abb. 4: „Generell bin ich mit dem Mitarbeitergespräch zufrieden.“

Ein wesentlicher Bestandteil des Gesprächs besteht im Feedback, das der Mitarbeiter von der Vorgesetzten zu seinen Arbeitsleistungen und zur Zusammenarbeit erhält. Das Feedback erfolgt einerseits in der Form von Anerkennung für erreichte Ziele und Kritik für nicht Erreichtes bzw. nicht optimal umgesetzte Ziele. Andererseits wird auch wertfreies Feedback gegeben, indem die beiden Gesprächspartner ihre Sichtweisen über bestimmte Aufgaben, Prioritäten, Vorgehensweisen, Problemlösungen etc. austauschen und auf diese Weise ihre Erwartungen besser kennenlernen. Abbildung 5 zeigt, dass das Feedback im Rahmen des Gesprächs von mehr als 70% als nützlich angesehen wird.

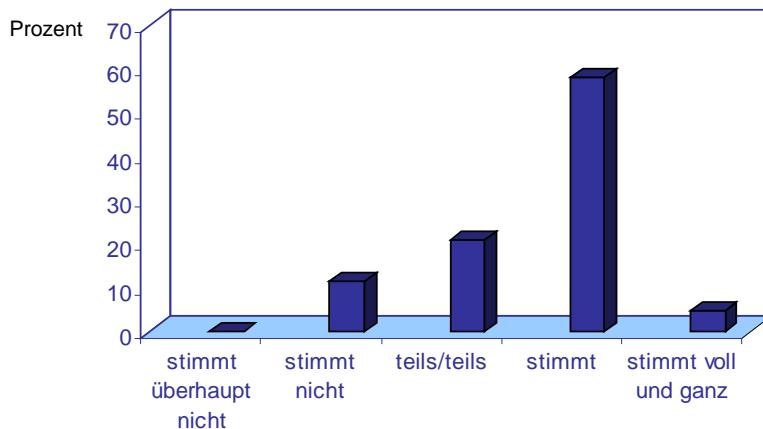


Abb. 5: „Das Feedback im Rahmen des Mitarbeitergesprächs empfinde ich als nützlich.“

Die Ergebnisse zeigen, dass der Großteil der Befragten die Mitarbeitergespräche als sinnvoll und notwendig einschätzt und glaubt, dass sie für die Friedrich-Alexander-Universität von langfristigem Nutzen sind. In der Einschätzung, ob das Mitarbeitergespräch vorwiegend positive Auswirkungen auf die eigene Arbeitssituation haben wird, gehen die Meinungen dagegen stärker auseinander. Den Befragten mit positiven Erwartungen stehen solche gegenüber, die auch negative Auswirkungen erwarten. In dieser Antwort spiegelt sich die vermutete Sorge der Mitarbeiter wider, dass das Mitarbeitergespräch dazu dient, höhere Anforderungen als bisher an ihre Leistungsbereitschaft und –erbringung zu

stellen. Dabei wird übersehen, dass der Prozess des Gesprächs von beiden Seiten gleichermaßen gestaltet werden soll und die Vereinbarungen, die beide für die weitere Zusammenarbeit treffen, zwar eine Herausforderung darstellen sollen, aber keineswegs eine Überforderung. Die Mitarbeiter sind daher gefordert, die eigenen Vorstellungen und Möglichkeiten zu kommunizieren und bei Bedarf weitere Unterstützung für die Zielerfüllung einzufordern.

Die Antworten der Teilnehmer, die bereits ein Mitarbeitergespräch geführt haben, zeigen, dass das Gespräch eine positive Erfahrung ist. Nur ein geringer Teil ist nicht zufrieden mit dem Gespräch. Dagegen überwiegt die Zufriedenheit und die Einschätzung, dass das Feedback von hohem Nutzen für die Befragten ist.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Batinic, B. (Hrsg.): Internet für Psychologen (2. Aufl.). Göttingen: Hogrefe, 2000.

5.2 Buchbeiträge

Batinic, B.: Einführung und Nutzungsmöglichkeiten eines Intranet. In Boos, M.; Jonas, K. J.; Sassenberg, K. (Hrsg.), Computer als Kommunikationsmedium - Psychologische Theorie und Praxis in Organisationen, S. 165-173. Göttingen: Hogrefe, 2000.

Batinic, B.: Der Internetnutzer - ein rein theoretisches Konstrukt? In Mahle, W. A. (Hrsg.), Der Nutzer in der Informationsgesellschaft, Tagungsbericht über das 14. Wissenschaftliches Gespräch der Bundesregierung, Beauftragter für Kultur und der Medien beim Bundeskanzler (S. 33-44). Konstanz: UVK Medien, 2000.

Göritz, A. S.; Batinic, B.; Moser, K.: Online-Marktforschung. In Scheffler, W.; Voigt, K. I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Grundlagen – Strategien – Anwendungsfelder (S. 187-204). Wiesbaden: Gabler, 2000.

Moser, K.: Implementierung und Durchsetzung von Potentialanalyse- und Personalentwicklungsinstrumenten. In Kleinmann, M.; Strauß, B. (Hrsg.), Potentialfeststellung und Personalentwicklung (S. 45-69). Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie, 1998, 2000².

Moser, K.; Zempel, J.: Die Implementierung neuer Potentialanalyseverfahren in Organisationen. In von Rosenstiel, L.; Lang-von-Wins, T. (Hrsg.), Perspektiven der Potentialbeurteilung (S. 181-200). Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie, 2000.

Moser, K.; Zempel, J.; Galais, N.; Batinic, B.: Selbständigkeit als Belastung und Herausforderung. In Müller, G. F. (Hrsg.), Existenzgründung und unternehmerisches Handeln - Forschung und Förderung (S. 137-151). Landau: Verlag empirische Pädagogik., 2000

Wolff, H.-G.; Wuggenig, U.: Stellung und Stellungnahme. Charismatische Ideologie und Anti-Ökonomismus im Kunstmuseum. In Tarnai, C.; Reinecke, J. (Hrsg.), Angewandte Klassifikationsanalyse (S. 233-251). Münster: Waxmann, 2000.

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

- Göritz, A. S.; Moser, K.**: Repräsentativität im Online-Panel. *Der Markt*, 155, 2000
- Göritz, A. S.; Schumacher, J.**: The WWW as a research medium: An illustrative survey on paranormal belief. *Perceptual and Motor Skills*, 90, 2000, S. 1195-1206.
- Göritz, A. S.; Reinhold, N.; Batinic, B.**: Marktforschung mit Online Panels: State of the Art. *Planung & Analyse*, 3, 2000, S. 62-67.
- Hasch, C.; Tomann, M.; Batinic, B.**: Push-orientierte Werbestrategien auch im Online-Segment? *Planung & Analyse*, 4, 2000, S. 66-70.
- Hertel, G.; Bretz, E.; Moser, K.**: Freiwilliges Arbeitsengagement: Begriffsklärung und Forschungsstand. *Gruppendynamik und Organisationsberatung*, 31, 2000, S. 121-140.
- Jacomet, C.; Zempel, J.**: Persönlichkeitsorientierte Trainings für Erwerbslose - Wirkung ist messbar. *Panorama* 5/00, S. 22-23.
- Moser, K., Hahn, T.; Galais, N.**: Expertentum und eskalierendes Commitment. *Gruppendynamik und Organisationsberatung*, 31, 2000, S. 439-449.
- Moser, K.; Zempel, J.; Schultz-Amling, D.**: Strategische Elemente in Leistungsbeurteilungen. *Zeitschrift Führung und Organisation*, 69, 2000, S. 218-225.
- Rahn, B.; Moser, K.**: Beiträge unterschiedlicher Prädiktoren zur Validität eines Assessment Centers. *Personalforschung*, 14, 2000, S. 177-190.
- Rybowiak, V.; Garst, H.; Frese, M.; Batinic, B.**: Error orientation questionnaire (EOQ): reliability, validity, and different language equivalence. *Journal of Organizational Behavior*, 20 (4), 2000, S. 527-547.
- Zempel, J.**: Erfolgsmessung in persönlichkeitsorientierten Trainings: Entwicklung von Evaluationskriterien und Anwendung von Evaluationsinstrumenten. (Projekt EVA 2. Teil; Arbeitsamt der Stadt Zürich) Zürich 2000.
- Zempel, J.; Moser, K.; Jacomet, C.**: Trainings- und Transfereffekte eines Trainings für Erwerbslose: Kurzbericht zu einer Längsschnittstudie. Zürich: Arbeitsamt der Stadt Zürich, 2000.

5.4 Vorträge

- Alberternst, C. A.; Zempel, J.; Wolff, H. G.; Frantzen, G.; Moser, K.**: Evaluation von Mitarbeitergesprächen (Poster beim 42. Kongreß der DGPs) Jena 2000.
- Batinic, B.**: Tätigkeits- und Arbeitsfelder im Internet für PsychologInnen (Vortrag auf dem Landespsychologentag „Psychologie in den Medien: Unterhaltung - Information - Manipulation?“ des BDP-NRW) Köln 2000.
- Batinic, B.**: Online Marktforschung in Deutschland (Vortrag auf dem Kongreß „Online Research“ des Management Forums Starnberg) Bad Homburg 2000.
- Batinic, B.; Moser, K.**: Online-Marktforschung für die Automobilindustrie – Möglichkeiten und Ausblicke (Vortrag beim Kolloquium „Automobil und Kultur II“) Nürnberg 2000.
- Bildat, L.; Zempel, J.; Moser, K.**: Handlungsstrategien und Persönlichkeitsvariablen als Moderatoren des Stresserlebens (Poster beim 42. Kongreß der DGPs) Jena 2000.
- Galais, N.; Moser, K.**: Self-Monitoring und Misserfolgsverarbeitung im Beruf (Vortrag beim 42. Kongreß der DGPs) Jena 2000.

- Göritz, A.S .; Moser, K:** Online Panel (Vortrag am Tag der offenen Tür der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg) Nürnberg 2000.
- Göritz, A. S.; Moser, K.:** Der Einfluss von Stimmungslagen auf kognitive Flexibilität (Vortrag beim 42. Kongreß der DGPs) Jena 2000.
- Göritz, A. S.; Moser, K.;** Werkstattbericht: Forschungsprojekt Online Panel (Vortrag auf der Professorenversammlung des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums der Universität Erlangen-Nürnberg) Nürnberg 2000.
- Kraft, A.; Moser, K.; Wolff, H.G.:** Personalentscheidungen nach Mißerfolg: Der Einfluß von Verantwortlichkeit (Vortrag beim 42. Kongreß der DGPs) Jena 2000.
- Moser, K.:** Arbeitslosigkeit und psychosoziales Befinden (Vortrag zur Tagung „Arbeit und Beschäftigung“) Nürnberg 2000.
- Moser, K.:** Unternehmerisch erfolgreiches Handeln (Vortrag im arbeits- und organisationspsychologischen Kolloquium) München 2000.
- Rhyssen, D.; Moser, K.:** Referenzen als eignungsdiagnostische Methode (Poster beim 42. Kongreß der DGPs) Jena 2000.
- Wolff, H.-G.; Bacher, H.:** Dimensionale Analyse von Verhaltensdaten (Vortrag auf der Tagung angewandte Klassifikationsanalyse, 22.11. – 24.11.) Rothenberge 2000.
- Zempel, J.:** Transfereffekte nichtfachbezogener Trainings (Vortrag auf der Tagung "Arbeit und Beschäftigung") Nürnberg 2000.
- Zempel, J.; Frese, M.:** Erwerbslosigkeit in den Neuen Bundesländern - Ergebnisse einer Längsschnittstudie (Vortrag auf dem DGVT-Kongreß 2000) Berlin 2000.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie

Prof. Dr. Gerd Peyke

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-321

Fax: 0911/5302-409

E-mail: gerd.peyke@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/wsgeo/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

2.1 Lehrstuhlinhaber Prof. Dr. Gerd Peyke

- Weiterentwicklung von Fuzzy-Techniken in der multikriteriellen Raumanalyse (u. a. ein DFG-gefördertes Projekt)
- Im Rahmen des Projekts „Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland“: Entwicklung von Systemkomponenten zu digitalen kartographischen Visualisierungen
- Forschungen zur Regionalentwicklung Mendoza (Argentinien)
- Verteilte geographische Informationssysteme im Internet

2.2 Prof. em. Dr. Wigand Ritter

- Fragen der Globalisierung und der weltwirtschaftlichen Entwicklung: Diese Arbeiten sind ausgerichtet auf eine empirische Erfassung von Prozessen der weiteren Vernetzung des Weltsystems.
- Untersuchungen zu den Industriellen Distrikten in Deutschland und im zentralen und südlichen Europa.
- Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung der Arabischen Halbinsel: Anbindung an den Welthandel, Ausbau touristischer Strukturen und vorhersehbare Entwicklung des Verkehrswesens.

2.3 apl. Prof. Dr. Rasso Ruppert

- In Zusammenarbeit mit städtischen Stellen der Region: Praxisnahe und anwendungsorientierte Fragestellungen, u.a. zur ökologischen Stadtneuerung, zum Einzelhandel sowie zur Wirtschaftsstruktur und zum Arbeitsmarkt der Region.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Genauere Aussagen in der Geographie durch Betrachtung der Unschärfe – Plädoyer für eine vermehrte Anwendung der Fuzzy-Theorie

Bearbeiter: Prof. Dr. G. Peyke, Dr. Wilfried Wolf

Charakterisierung: Das im Zusammenhang mit vielen geographischen Fragestellungen auftauchende Problem der Typisierung von Raumeinheiten/Objekten führte in der konventionell üblichen Form der Klassenbildung mit scharfen Grenzen auf willkürliche Weise zu Verlusten an Information. Auch die Anwendung multivariater Techniken wie Cluster- und Diskriminanzanalysen konnte daran nichts Grundlegendes ändern. Erst mit Anwendung der Fuzzy-Theorie können diese Probleme auf grundlegend bessere Weise angegangen werden. (Veröffentlicht in: Berliner Geographische Arbeiten 90, S. 159-179)

3.2 Die Arabische Halbinsel im Welthandel

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Ritter

Projektstart und –ende: Frühjahr 1999

Charakterisierung: Aktueller Stand der Anbindung an den Welt-Containerverkehr. Aufstieg neuer Handelszentren, insb. von Dubai, und die Reichweite des von dort ausgehenden Zwischenhandels.

3.3 Industrielle Distrikte im Zentralen Europa.

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Ritter

Kooperationspartner: Universität Lyon

Projektstart und –ende: Januar 1999 – August 1999

Charakterisierung: Die im 19. Jahrhundert ausgebildeten Distrikte zwischen Rhein, Karpaten und Donauraum sind in Deutschland meist im Rückbau oder Niedergang. In den Transformationsländern haben sie sich zumindest formal und mit den gleichen Produkten bis zur Wende erhalten. Kooperation mit der Universität Lyon. (Veröffentlicht in: Des Champagnes Vivantes, Nantes 2000)

3.4 Globalisierung unter Aspekten der Wirtschaftsgeographie

Bearbeiter: Matthias P. Ostertag (publizierte Diss.)

3.5 Brasiliens Reaktion auf die Erdölpreisschocks – ein Sonderweg in die Sackgasse?

Bearbeiter: Christian Schölzel (publizierte Diss.)

3.6 Die Ausbreitung von Golfanlagen in Bayern und Ostdeutschland – Innovation, Diffusion, Erfolgsfaktoren.

Bearbeiter: Peter Lauer (Diss.)
Charakterisierung: Vor dem Hintergrund planerischer und wirtschaftlicher Voraussetzungen werden die Ausbreitungstendenzen und die Instrumentalisierung von Golfanlagen zur Landesentwicklung geschildert.

3.7 Die Computerindustrie der deutschen Großstädte München, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf und Nürnberg im Vergleich

Bearbeiter: José Toro (Diplomarbeit)
Charakterisierung: Ausgehend von Beobachtungen, dass die Zentralität, die Größe und die jeweilige Bedeutung der Computerindustrie (gemessen an der Anzahl der Firmen je 1000 E) von Großstädten kaum miteinander korrelieren, versucht der Bearbeiter der Frage nachzugehen, welche Faktoren die Standortwahl von Hard- und Softwareunternehmen entscheidend beeinflussen.

3.8 Kreuzschiffahrt auf der Donau

Bearbeiterin: Tanja Lankes (Diplomarbeit)
Charakterisierung: Die Donau ist der beliebteste europäische Kreuzschiffahrtsfluß. Die Bearbeiterin ermittelt, dass 1999 immerhin 16 Reedereien aus 8 Ländern und zahlreiche andere Veranstalter über 500 Donaukreuzfahrten anboten, und dass die Donau am gesamten deutschen Kreuzfahrtmarkt (inkl. Hochsee und ausländischer Flüsse) einen Anteil von sehr beachtlichen 45 % hat.

3.9 Folgenutzungen abgewanderter Betriebe des produzierenden Gewerbes aus Nürnberg

Bearbeiterin: Margit Müller (Diplomarbeit)
Charakterisierung: Die Bearbeiterin untersucht, welche Folgenutzungen sich auf den aufgelassenen Standorten abgewanderter Gewerbebetriebe etablieren. Als Ergebnis gelingt, grob vereinfacht, der Nachweis, dass die Folgenutzungen eindeutig in Richtung Dienstleistungen und Wohnen gehen, und zwar um so mehr, je höherwertiger der ehemalige Standort ist.

3.10 Deutsche Direktinvestitionen in der Türkei

Bearbeiter: Ayhan Gürakar (Diplomarbeit)
Charakterisierung: Der Bearbeiter versucht durch Auswertung verschiedener Quellen (Literatur, zuständige Behörden und Institutionen, Expertengespräche, Zeitungsberichte) die deutschen Direktinvestitionen in der Türkei und ihre Hintergründe zu analysieren. Er führt dazu auch eine eigene schriftliche Firmenbefragung durch.

3.11 Dokumentation und Nachbetrachtung der ökologischen Stadterneuerung Gostenhof-Ost

Kooperationspartner: Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung
Bearbeiterin: Anette Leimbeck (Diplomarbeit)
Charakterisierung: Gostenhof-Ost war das erste Projekt in Nürnberg und eines der ersten in Deutschland überhaupt, bei dem man versucht hat, eine sogenannte "ökologische Stadterneuerung" (mit dem expliziten Ziel, die Lebensqualität der Bewohner "ganzheitlich und nachhaltig" zu verbessern) durchzuführen. Die Bearbeiterin beschreibt das Projekt und versucht mittels Befragung von 236 Haushalten und von vor Ort federführend Beteiligten seinen Erfolg zu beurteilen.

3.12 Das Einzelhandelszentrum Südstadt in Nürnberg. Eine wirtschaftsgeographische Analyse

Kooperationspartner: Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung, Wirtschaftsreferat
Bearbeiter: Robert Baier (Diplomarbeit)
Charakterisierung: Das Untersuchungsgebiet ist ein innerstädtisches EH-Zentrum vom Typ B (=zweitrangig, aber gleichwohl mit gesamtstädtischer und Umlands-Versorgungsfunktion), das einerseits gegen das nahegelegene innerstädtische A-Zentrum, andererseits gegen junge randstädtische EH-Entwicklungen konkurriert muss und gleichzeitig, infolge der Einbrüche und des Personalabbau traditioneller Südstadtgroßindustrien, mit abnehmender Kaufkraft seiner Bewohner zu kämpfen hat. Der Bearbeiter liefert auf der Grundlage einer persönlichen Befragung aller (189) Einzelhändler und von 300 Kunden eine umfassende Bestandsaufnahme des Einzelhandels und identifiziert Problembereiche (z.B. nachlassende Kaufkraft, Imageverlust, Parkplatzsituation) und Verbesserungswünsche (z.B. Parkplätze, Sauberkeit, Verbesserung der Wohnqualität, öffentliche Sicherheit) (s. auch Punkt 6: Veröffentlichungen des Lehrstuhls).

3.13 Berlin - eine wirtschaftliche Steuerungszentrale?

Bearbeiter: Renke Krüger (Diplomarbeit)
Charakterisierung: Der Bearbeiter versucht zu überprüfen, ob und inwieweit Berlin nach der Wiedervereinigung und der Rückverlegung der politischen Hauptstadtfunktion auf dem Weg ist, auch wieder zur wirtschaftlichen "Steuerungszentrale" Deutschlands zu werden. (Ausführlicher Bericht siehe 4).

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

4.1 Fuzzy-Set-Methoden bei Bewertungsverfahren in der Raumplanung unter Verwendung von Geographischen Informationssystemen (GIS)

Bearbeiter: Prof. Dr. G. Peyke, Dr. Wilfried Wolf, Dipl.-Inf. Stefan Zaunseder

„Die Computer zwangen den Menschen, seinen Glauben an die Exaktheit der Begriffe und Definitionen ernst zu nehmen, und als der Mensch sich auf die Suche nach diesen exakt definierten Begriffen und ihren scharf gezogenen Grenzen machte, stellte er fest, daß sie nicht existieren und noch nie existiert haben“ (Howard Gardner, zit. n. McNeill/Freiberger 1996: 144).

Entscheidungsprozesse in raumbezogenen Fragestellungen, insbesondere in der Raumplanung enden üblicherweise mit einer Gesamtaussage „Ja“ oder „Nein“. Diese kommt in der Regel durch eine Gesamtschau aus vielen Einzelwertungen zustande, die jede für sich genommen bereits komplexer Natur sind: viele Aussagen lassen sich nur mit einem gewissen Grad an „Schärfe“ treffen, nicht 100% „Ja“ oder 100% „Nein“ sondern mit einem irgendwo dazwischenliegenden Wert. Für raumbezogene Aspekte gilt überdies, dass es oft nicht möglich ist, scharfe Abgrenzungen für irgendwelche Phänomene zu definieren, sondern dass beispielsweise Übergänge zu berücksichtigen sind, die wir mehr oder weniger als Kontinua beschreiben können.

„Alle geographischen Grenzen sind Grenzen im *Kontinuum*. Sie trennen nicht voneinander unabhängige Teile der Erdoberfläche, sondern sie sind *Linien* oder *Säume* des Gestaltwandels. (...) Sie [sind] ein notwendiges methodisches Hilfsmittel aber kein reelles Abbild eines objektiven Tatbestandes“ schreibt Neef in seinem Buch „Die theoretischen Grundlagen der Landschaftslehre“ (1967: 26). In der Tat zeigen so einfach erscheinende Abstufungen resp. Übergänge wie z.B. zwischen: Hügel – Berg; Teich – See; Mulde – Becken; sandiger Lehm – lehmiger Sand usw. bei einer tiefergehenden Be trachtung die Problemhaftigkeit gängiger Klassifizierungsschemata in dem von Neef apostrophierten Sinne.

Es sind Phänomene wie Unschärfe, Vagheit, Unsicherheit und Ambivalenz, die dabei eine Zuordnung, Kategorisierung, Bewertung, Modellierung usw. erschweren. Sie wurden und werden im traditionellen Methodenkalkül als störend empfunden und deshalb durch mehr oder weniger objektivierbare Ausschlußkriterien, mathematische und logische Theoreme u.ä. entfernt. Wenig Beachtung findet dabei die Tatsache, daß damit zugleich eine entscheidende *Qualität* der betrachteten Dinge verloren geht. Viele Objekte und Systeme in Natur und Gesellschaft weisen solche Unschärfeeigenschaften auf und widersetzen sich auf Grund ihre Komplexität dem Bemühen, sie wissenschaftlich präzise in ihrer Struktur, Funktion und ihrem Verhalten zu erfassen. Man kann sagen, wenn die Komplexität eines Systems ansteigt, verlieren präzise Aussagen ihren Sinn und sinnvolle Aussagen ihre Präzision.

Für die hier in Rede stehende Unschärfe oder Vagheit in der Zugehörigkeit von Daten bzw. Sachverhalten zu vorgegebenen Kategorien, unscharfen Vorgaben, subjektiven Angaben und qualitativen Eigenschaften, kurz gesagt, für die Unbestimmtheit/Ungenauigkeit *nichtstochastischer* Art, bietet die von Zadeh 1965 entwickelte Theorie der unscharfen Mengen (Fuzzy-Theorie) ein geeignetes methodi-

sches Werkzeug zu deren Formalisierung und Problemlösung. Aus der Systemtheorie hervorgegangen, bietet die Fuzzy-Theorie nach Peißker (1992a: 5/17/41) besondere Vorteile, wenn

- mathematische Modelle nicht aufstellbar oder zu kompliziert sind
 - starke Nichtlinearitäten eine Formalisierung außerordentlich erschweren
 - zwischen den Einflußgrößen starke Wechselbeziehungen bestehen
 - die Meß-/Beobachtungswerte nur eine indirekte Beschreibung der realen Zustands-Prozeßgrößen erlauben bzw. als effiziente Beschreibungsmethode für vage Konzepte und Systemmodelle, wenn Unschärfe
 - in der Struktur des zu modellierenden Systems,
 - in den Systemparametern,
 - im Prozessverhalten
- bestehen.

Im Bereich der Wissensdarstellung werden sogenannte linguistische Variablen in der Fuzzy-Theorie verwendet, um Systeme mittels Aussagen zur Effektivität, Zuverlässigkeit, Belastbarkeit, Stabilität u.a.m. durch Begriffe der Umgangssprache *qualitativ* zu beschreiben.

Schließlich gewinnt die Fuzzy-Theorie in formalen Systemen der Klassifizierung von Objekten mit Unschärfeeigenschaften, fließenden Übergängen, ambivalenter Zugehörigkeit u.a.m. zunehmend an Bedeutung. Gerade in diesem Bereich gibt es bereits eine Vielzahl geographischer Arbeiten, in denen ihr methodisch innovatives Potential eindrucksvoll zur Geltung kommt. So gesehen bildet die Fuzzy-Theorie eine methodische Brücke, um evidenzmäßige Unschärfe und sprachliche Vagheit, die in der Bewertung und Abgrenzung von Klassen, Kategorien, Eigenschaften, Bewertungen, Zielvorgaben etc. zu Tage treten, zu modellieren und algorithmisch umzusetzen. Ihr großes methodisches Potential kommt insbesondere dort zur Geltung, wo für Bewertungen oder Entscheidungsprozesse keine eindeutigen Informationen, Maßstäbe oder Algorithmen vorliegen und die Formulierung der Zielstellungen und Mittel unscharf im Sinne von qualitativ, linguistisch beschrieben ist. Anstelle des „exakten“ mathematischen Methodenapparats gewinnt notwendigerweise die Subjektivität in Form des Expertenwissens bei der Problemlösung eine Schlüsselstellung.

4.2 Berlin - eine wirtschaftliche Steuerungszentrale? (Diplomarbeit)

Bearbeiter: Renke Krüger
Betreuer: Prof. Dr. Rasso Ruppert

Vor dem Zweiten Weltkrieg vereinte Berlin als Hauptstadt Deutschlands in klassischer Weise die politischen und wirtschaftlichen Steuerungsfunktionen auf sich. Nach der Teilung Deutschlands blieb zwar Ost-Berlin das politische und wirtschaftliche Zentrum der DDR, West-Berlin aber verlor seine Führungsfunktionen. Die politische Hauptstadt der BRD wurde Bonn. Die ökonomische Steuerung teilten sich (wegen des dafür zu kleinen Bonn) im wesentlich Frankfurt, München, Düsseldorf und Hamburg.

Ziel der Diplomarbeit von Herrn Krüger war es, zu überprüfen, ob und inwieweit Berlin nach der Wiedervereinigung und der Rückverlegung der politischen Hauptstadtfunktion auf dem Weg ist, auch wieder zur wirtschaftlichen "Steuerungszentrale" Deutschlands zu werden.

Methodisch geht Herr Krüger dabei zwei Wege: Zunächst, im eigentlicher Hauptteil, überprüft er in Anlehnung an den Ritterschen Katalog typischer Einrichtungen von Steuerungszentralen deren Entwicklung in Berlin. Als Grundlage dienen hauptsächlich allgemeine Adressverzeichnisse und auch branchenspezifische Quellen.

Bezüglich ökonomischer "Kerneinrichtungen" zeigt sich für Berlin in seiner Rolle als Finanzplatz (von einzelnen Segmenten abgesehen) nur ein geringer Bedeutungsgewinn, und nichts deutet darauf hin, dass es Frankfurt seine Führungsrolle streitig machen könnte. Bei wirtschaftlich wichtigen, der Regierung nachgelagerten Bundesämter und Bundesanstalten erleidet Berlin sogar einen Bedeutungsverlust. Standortverlagerungen erfolgen (z.T. sogar weg von Berlin) gemäß dem vorher in der BRD exercierten dezentral/föderativen Muster, und zwar vorwiegend in die Neuen Bundesländer. Dagegen erfährt Berlin, was die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft anbetrifft, einen sehr starken Bedeutungsgewinn. Insbesondere die Arbeitgeberverbände haben fast alle ihre Zentralen dorthin verlegt. Die Arbeitnehmerverbände reagieren langsamer. Auch die Konzernspitzen der größten deutschen Unternehmen, nach dem Krieg zuhauf aus Berlin abgewandert, zeigen nur geringe Bereitschaft in die neue Hauptstadt zu ziehen. Nimmt man die 500 größten Firmen in Deutschland, so hat sich zwar der Anteil der Sitze in Berlin in den letzten Jahren verdoppelt, ist aber aus absoluter Sicht nach wie vor fast zu vernachlässigen. Weit flexibler als bei den Konzernspitzen ist man, wie zu erwarten, bei Zweigstellen. Immerhin sind von den 100 größten deutschen Firmen heute drei Viertel mit Filialen in Berlin vertreten.

Bei den sogenannten "hinzutretenden Einrichtungen" zeigen ausländische Unternehmen besonders starke Reaktion. Hatte bis zum Fall der Mauer kein ausländisches Unternehmen seinen deutschen Firmensitz in Berlin, so sind heute von den weltweit größten 50 Unternehmen immerhin die Hälfte in Berlin engagiert. Mehrere Weltfirmen, z.B. Sony, haben sogar ihr Europa-Zentrale in Berlin angesiedelt. Auch internationale und deutsche Einrichtungen für Auslandskontakte konzentrieren sich bereits stark in Berlin. Dies gilt sowohl für politische als auch für wirtschaftliche und sowohl für staatliche als auch für private Stellen. Im Messe- und Ausstellungswesen ergibt sich dagegen nur wenig Bewegung. Hier hat Berlin wohl nur geringe Chancen seine Führungsposition zurückzuerobern. Anders im Medienbereich; im Multimediasektor, beim Fernsehen und bei den Printmedien ist Berlin bereits zur "Hauptstadt" aufgerückt oder auf dem besten Weg diese zu werden.

Als Folge einer Konzentration von Steuerungsfunktionen gelten gewisse "akzessorische Einrichtungen", z.B. im kulturellen Bereich, im Luxusgüterangebot, im wissenschaftlichen und technischen Bereich oder im Verkehrssektor sowie "nachgeordnete Dienste" wie Übersetzungsbüros, Druckereien oder Sicherheitsdienste. Auch was die Standorte derartiger Einrichtungen anbetrifft, erlebt Berlin große Dynamik.

In einem zweiten wesentlich kürzeren Abschnitt, aus eigener Initiative des Verfassers hervorgegangen, versucht er, den genannten objektiven Gegebenheiten subjektive Einschätzungen gegenüberzustellen. Um zu überprüfen, inwieweit Berlin quasi "in den Köpfen" schon zur wirtschaftlichen Haupt-

stadt geworden ist, befragt er per Fragebogen rund 300 deutsche Großunternehmen, Banken, Versicherungen und Vertreter der Medienbranche. Leider erzielt er nur eine Rücklaufquote von etwa 10 %. Man darf das Ergebnis (Immerhin schätzen deutlich über die Hälfte der Antwortenden die Stellung Berlins als wirtschaftliche Hauptstadt bereits jetzt als stark oder sehr stark ein, und die künftige Entwicklung als wirtschaftliches Innovations- und Kontrollzentrum wird von rd. drei Viertel als positiv oder sehr positiv angesehen.) deshalb nicht überbewerten. Es war aber ein lobenswerter Versuch.

Als inhaltliches Gesamtresultat kann man also festhalten, dass Berlin im Gefolge der Rückverlagerung der Hauptstadtfunktion in vielen ökonomischen Bereichen eine ganz massive Aufwertung erfahren hat. Von der Stellung einer wirklichen wirtschaftlichen Steuerungszentrale im Ritterschen Sinn ist es aber noch weit entfernt, zumal gerade die dafür entscheidenden Kerneinrichtungen der Finanzwelt und der Konzernzentralen mittlerweile an anderen Standorten fest etabliert sind und wenig Mobilitätsbereitschaft zeigen. Dies bedeutet letztlich auch, dass Berlin im europäischen Wettbewerb gegen Städte wie London und Paris vergleichsweise schlechte Karten hat.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

- Ostertag, M. P.:** Globalisierung unter Aspekten der Wirtschaftsgeographie, (Nürnberger wirtschafts- und sozialgeographische Arbeiten Bd. 55, Nürnberg 2000; Vorwort: Aufbruch zu einer neuen Welt von W. Ritter)
- Schölzel, C.:** Brasiliens Reaktion auf die Erdölpreisschocks – ein Sonderweg in die Sackgasse? (Nürnberger wirtschafts- und sozialgeographische Arbeiten Bd. 56, Nürnberg 2000; Vorwort : Ein Wort zu alternativen Energien von W. Ritter)
- Baier, R.:** Einzelhandelszentrum Südstadt Nürnberg. Eine wirtschaftsgeographische Analyse. Nürnberg, Selbstverlag der Gesellschaft für Regionalforschung und angewandte Geographie, Nürnberg 2000.

5.2 Beiträge in Sammelwerken

- Ritter, W.:** Structures géographiques des districts industriels en Allemagne, in: Des champagnes vivantes, Festschr. für Prof. Jean Renard, Nantes 2000, S. 451-460
- Ritter, W.:** Geographische Grenzen der Globalisierung, in: Wissenswert! Ökonomische Perspektiven der Wissensgesellschaft; 3. Freiburger Wirtschaftssymposium. Nemos Verlagsgesellschaft, Baden Baden 2000, S. 115-128

5.3 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften

- Peyke, G., Zaunseder, S.:** GIS und Internet-Nutzung. In: Kleine Arbeiten aus dem Geographischen Institut der Universität Tübingen, Heft 25. Tübingen 2000, S. 61-67
- Peyke, G. et al.:** 10 Jahre AK Geographische Informationssysteme in: Kleine Arbeiten aus dem Geographischen Institut der Universität Tübingen. Tübingen 2000

Ritter, W.: Die Wasserknappheit Arabiens, Mythos oder Realität, in: Geographie und Schule 22, Heft 128, 2000, S. 19-24

Ritter, W.: Das Böse? Rückbau des Primats der Politik, in: Akademia 2/2000, S. 130

5.4 Sonstiges

Peyke, G.: GIS und das Internet. Vortrag anlässlich der Jahrestagung des AK GIS am 25./26.02.2000 in Tübingen

Peyke, G.: Geographische Informationssysteme und das Internet. Öffentliche Antrittsvorlesung am 07.11.2000 an der WiSo-Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Peyke, G., Zaunseder, S.: Mitwirkung bei CD-ROMS „Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland“ Bände 1 „Gesellschaft und Staat“ sowie 9 „Freizeit und Tourismus“. Heidelberg 2000

Ritter, W.: Mehrere Wirtschaftskarten der Erde und der Kontinente, korrigiert und überarbeitet, in: Hölzel Themenatlas, 1. Aufl. Wien 2000; Verlag Ed. Hölzel

1. Bezeichnung der Professur

Professur für Sozialpolitik

Prof. Dr. Hermann Scherl

Findelgasse 7/9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-640

Fax: 0911/5302-636

E-mail: scherl@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/sozpol/>

2. Forschungsschwerpunkte der Professur

- Reformbedarf und Reformmöglichkeiten bei der **Sozialen Sicherung**;
- **Arbeitsmarktpolitik**: Ziele, Instrumente und Wirkungen;
- **Arbeitsordnungspolitik**: Ziele, Ausgestaltung und Wirkungen von staatlichen Regulierungen zum Arbeitnehmerschutz, zum Tarifwesen und zur Arbeitnehmermitbestimmung in Betrieben und Unternehmen;
- **Betriebliche Arbeits- und Personalpolitik**, insbes. Arbeitszeitgestaltung, Entgeltpolitik, Personalauswahl und -entwicklung, Arbeitsorganisation.

3. Beendete Forschungsprojekte der Professur in 2000

3.1 Personalbeschaffung und Personalmarketing via Internet

Bearbeiter: Prof. Dr. H. Scherl, Dipl.-Kfm. Michael Prell

Projektstart und -ende: Januar 2000 - August 2000

Charakterisierung: Im Rahmen eines längerfristig angelegten Forschungsprojektes über die Zukunftsperspektiven elektronischer Stellenmärkte wurde dieses Teilprojekt über Möglichkeiten, Chancen und Probleme der Nutzung des Internet auf Seiten der Stellenanbieter vorläufig abgeschlossen. (Publikation s. 5.)

3.2 Ansätze zu Reformen im Bereich der beruflichen Rehabilitation

Bearbeiter: Prof. Dr. H. Scherl

Projektstart und -ende: Januar 2000 - Juli 2000

Charakterisierung: Für die berufliche Rehabilitation von Personen mit physischen oder psychischen Beeinträchtigungen der Erwerbsfähigkeit, die hauptsächlich durch Berufsbildungsmaßnahmen, zum Teil in den besonderen Einrichtungen

von "Berufsbildungswerken" und "Berufsförderungswerken" erfolgt, und die überwiegend von der Bundesanstalt für Arbeit und den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der gesetzlichen Unfallversicherung finanziert wird, wurden in den letzten Jahren jeweils um 7 Mrd. DM aufgewendet. Sparzwänge bei den Finanzierungsträgern sowie Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung und am Erfolg der Maßnahmen regten in jüngster Zeit einige Reformüberlegungen an. In diesem Projekt wurden ausgewählte Reformansätze dargestellt und begutachtet. (Eine Publikation dazu erfolgte im Laufe des Jahres 2001).

3.3 Zur interpersonellen Verteilung von Arbeitslosigkeit in kohortenbezogener langfristiger Betrachtung.

Kooperationspartner: Institut- für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Scherl, Beate Kurtz
Projektstart und -ende: Januar 2000 - Dezember 2000
Charakterisierung: siehe 4.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Zur interpersonellen Verteilung von Arbeitslosigkeit in kohortenbezogener langfristiger Betrachtung – am Beispiel westdeutscher Männer der Jahrgänge 1925-1930

Bearbeiter: Prof. Dr. H. Scherl, Beate Kurtz

Aus statistischen Analysen von Zugängen in und Abgängen aus Arbeitslosigkeit während kurzer Betrachtungsperioden ist bekannt, dass sich Arbeitslosigkeit unter den Arbeitnehmern sehr ungleich verteilt. In Westdeutschland waren in den letzten 20 Jahren jährlich nur jeweils zwischen 12% und 19% der Arbeitnehmer davon betroffen, und unter den Zugangs- bzw. Abgangskohorten konzentriert sich rund die Hälfte des Arbeitslosigkeitsvolumens (d.h. der Summe der Arbeitslosigkeitstage) auf die 10% der Arbeitslosen mit den längsten Arbeitslosigkeitsdauern. Bislang ist aber nicht bekannt, wie sich Arbeitslosigkeit bei langfristiger Betrachtung ganzer Erwerbslebensläufe von Geburtsjahrgangskohorten verteilt. Wird ein Grossteil aller Arbeitnehmer irgendwann einmal betroffen, oder konzentriert sich auch hier das Arbeitslosigkeitsvolumen hochgradig auf einen kleinen Teil von Arbeitnehmern, die im Laufe ihres Erwerbslebens mehrfach wiederholt und insgesamt („kumulativ“) über eine lange Dauer arbeitslos werden?

Für eine Untersuchung der langfristigen Verteilung von Arbeitslosigkeit innerhalb von Geburtsjahrgangskohorten fehlten bislang dafür geeignete Datengrundlagen. Erst seit jüngster Zeit steht in Deutschland mit der „Ergänzungsstichprobe I“ zur „IAB-Beschäftigtenstichprobe“ eine dafür geeignete Datenbasis zur Verfügung, in der für eine repräsentative Auswahl von Erwerbsverläufen sozialversi-

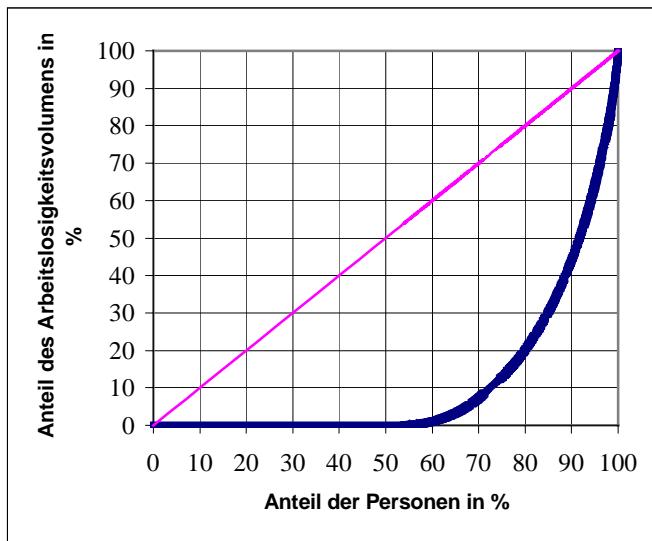
cherungspflichtiger Arbeitnehmer (bis 1995) Zeiten von Arbeitslosigkeit tagesgenau ausgewiesen werden. Diese Datengrundlage wurde für das hier dargestellte Forschungsprojekt ausgewertet.

Von vornherein wurde angestrebt, nur Personen in die Untersuchung einzubeziehen, die gleichermaßen über einen möglichst langen Beobachtungszeitraum bis Ende 1995 möglichst durchgehend eine Erwerbslaufbahn als sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer absolviert haben. Als Untersuchungsgesamtheit wurden dazu Männer der Geburtsjahrgänge 1925 bis 1930 ausgewählt, die ihre Erwerbslaufbahn bis Ende 1995 schon fast vollständig durch Übergang in den Ruhestand abgeschlossen hatten. Als Beginn des Beobachtungszeitraumes wurde das Jahr 1955 gewählt, in dem die betrachteten Personen bereits grösstenteils den Übergang vom Bildungssystem in das Erwerbsleben vollzogen hatten. Weil es bei vielen Frauen dieser Jahrgänge keine durchgehende Erwerbslaufbahn gibt, wurde die Untersuchung nur auf Männer beschränkt, und zwar auf solche, die sowohl 1955 wie auch 1985 als sozialversicherungspflichtig gemeldet waren und dazwischen in der Sozialversicherungspflicht keine Lücken von mehr als fünf Jahren aufweisen. Nicht einbezogen wurden Arbeitnehmer mit einer Erwerbslaufbahn in der ehemaligen DDR, weil es dort das Risiko von Arbeitslosigkeit kaum gab.

Im Ergebnis zeigte sich, dass es auch bei lebenslaufbezogener Betrachtung bei den untersuchten Jahrgangskohorten eine sehr ungleiche Verteilung bezüglich der Betroffenheit und der kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit gibt: Rund 54% der Untersuchungsgesamtheit waren seit Anfang 1955 bis zum Eintritt in den Ruhestand (zwischen 1985 und 1995) niemals arbeitslos, und von der Summe der von der Untersuchungsgesamtheit seit 1955 insgesamt absolvierten Arbeitslosigkeitstage entfällt mehr als die Hälfte auf die 10% der Betroffenen mit den längsten kumulativen Arbeitslosigkeitsdauern.

Übersichtlich zusammengefasst lassen sich die Hauptergebnisse zur Verteilung von Arbeitslosigkeit bei der Untersuchungsgesamtheit in Form einer Konzentrationskurve, einer sogenannten „Lorenzkurve“, darstellen (siehe Abbildung 1). Dazu werden Anteilswerte an der nach ansteigender Dauer der kumulativen individuellen Arbeitslosigkeit geordneten Untersuchungsgesamtheit auf der Abszisse dargestellt, und auf der Ordinate sind dazu die Anteilswerte an der Gesamtsumme der Arbeitslosigkeitstage abzulesen. Der Quotient aus der Fläche zwischen der Konzentrationskurve und der Diagonalen (die eine ganz gleichmässige Verteilung darstellen würde) dividiert durch die Gesamtfläche unterhalb der Diagonalen, der sogenannte „Gini-Koeffizient“, bringt zum Ausdruck, wie ungleichmäßig die kumulierte Arbeitslosigkeit innerhalb der Untersuchungsgesamtheit verteilt ist. Er weist hier einen Wert von 0,77 aus und bringt damit eine sehr stark ausgeprägte Konzentration zum Ausdruck.

Abbildung 1: Konzentration der kumulierten Arbeitslosigkeitsdauer bei männlichen Arbeitnehmern der Jahrgänge 1925-1930 im Beobachtungszeitraum von 1955-1995



Das dargestellte Ergebnis mag zwar für andere Jahrgangskohorten und Personenkreise in den Zahlenwerten etwas anders ausfallen, der grundlegende Befund einer ausgeprägten Konzentration von Arbeitslosigkeit in langfristiger, lebenslaufbezogener Betrachtung dürfte jedoch generell gelten.

Daraus lässt sich auch folgern, dass sich die Arbeitslosenversicherung in langfristiger lebenslaufbezogener Betrachtung nur für wenige Arbeitnehmer vorwiegend als eine nur intertemporale Einkommensumverteilung zwischen Phasen mit Beschäftigung und Phasen mit Arbeitslosigkeit auswirkt. Für die meisten Arbeitnehmer stellt sie vielmehr eine nachhaltige systematische interpersonelle Einkommensumverteilung dar, zu Lasten der Arbeitnehmer mit durchgehender oder nahezu ununterbrochener Beschäftigung und zugunsten der Arbeitnehmer mit wiederholter und insgesamt langdauernder Arbeitslosigkeit. Dass diese Folgerung Überlegungen zu einer Reform der Finanzierung der Arbeitslosensicherung anregen könnte, z.B. zu Beitragsdifferenzierungen oder zu einer Steuerfinanzierung, sei abschliessend nur kurz erwähnt.

Eine Publikation erfolgt in den „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ im Jahr 2001

5. Veröffentlichungen der Professur in 2000

5.1 Beiträge in Sammelbänden

Scherl, H.: Personalbeschaffung und Personalmarketing via Internet, in: Scheffler, W.; Voigt, K. I. (Hg), Entwicklungsperspektiven im Electronic Business, Wiesbaden 2000, S. 215 – 244.

5.2 Arbeitspapiere

Maier, M.; Prell, M.: Bestandsaufnahme zu Jobbörsen im WWW, FORWIN-Bericht, Nürnberg 2000.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Kommunikations- und Politikwissenschaft

Prof. Dr. Winfried Schulz

Professur für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Bettina Westle

Findelgasse 7/9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-674

Fax: 0911/5302-659

E-mail: Winfried.Schulz@wiso.uni-erlangen.de

Bettina.Westle@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/kommpol/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

2.1 Kommunikationswissenschaft

- *Nutzung und Wirkung der Massenmedien*

Untersuchungen darüber, wer welche Zeitungen und Zeitschriften liest, Radiosender hört und Fernsehsender sieht, wieviel Zeit den einzelnen Medien gewidmet wird, in welchem Lebenszusammenhang und aus welchen Motiven die verschiedenen Medien genutzt werden; Untersuchungen über die Folgen der Mediennutzung, z. B. über Veränderungen des Verhaltens (in Freizeit, Familie), von Wissen und Vorstellungen, Emotionen und Einstellungen; Untersuchungen über die Leistungen der Medien als Werbeträger.

- *Kampagnen-, PR-Forschung*

Untersuchungen über die Konzeption und Planung, über Implementation und Erfolg von Kampagnen zur Beeinflussung der Öffentlichkeit (Wahlkampagnen, Public Relations-Kampagnen, Social Marketing-Kampagnen), Resonanzanalysen.

- *Inhalte der Medien und ihre Entstehung*

Untersuchungen über die Arbeitsweise der Medien, Einflüsse auf die Nachrichtenproduktion, Inhaltsstruktur von Presse, Radio, Fernsehen und Nachrichtenagenturen, über die Qualität der Berichterstattung und Unterhaltungsbeiträge; inhaltsanalytische Methodenentwicklung.

- *Medienökonomie*

Untersuchungen zur Struktur und Dynamik der Medien- und Werbewirtschaft aus sektoraler und marktbezogener Perspektive, Interdependenzen mit gesellschaftlichen bzw. politischen Entwicklungen.

2.2 Politikwissenschaft

- *Politische Soziologie*

Untersuchungen zur politischen Sozialisation, Wertorientierungen und Wertwandel, Legitimitätsorientierungen (z.B. Bewertungen der Regierung, Demokratieverstellungen und nationale Orientierungen). Oder Untersuchungen zum Wahlverhalten, zur politischen Partizipation in Parteien und in uninstitutionalisierten Formen (von der Demo bis zur politischen Gewalt). Und im intermediären Bereich Untersuchungen zwischen Bürger und Staat die Genese, Funktionsweise und Funktionsprobleme von Interessengruppen, Bürgerinitiativen und Parteien.

- *International vergleichende Sozialforschung*

"Wir alle sind Ausländer - fast überall in der Welt" - dieser Spruch soll die Inhumanität von Fremdenfeindlichkeit bewußt machen und skandalisieren; er könnte jedoch auch ein Motto der IVS bilden. Woher wissen wir beispielsweise, ob die Deutschen "besonders" nationalistisch, fremdenfeindlich oder - freundlich, generös im Spendenverhalten, überheblich, materialistisch, politikverdrossen oder sonst etwas "besonderes" sind? Untersuchungen der International vergleichenden Sozialforschung streben den Vergleich verschiedener Länder unter kulturspezifischen Gesichtspunkten an.

- *Transformationsforschung*

Untersuchungen zur politischen-kulturellen Orientierung der Bürger in den postsozialistischen Staaten.

- *Regierungssystem der BRD/Innenpolitik und Vergleichende Analyse*

Untersuchungen zur Funktionsweise und Funktionsproblemen unseres Regierungssystems. Beispielsweise: Wie funktioniert eigentlich unser Bundestagswahlssystem genau? Oder: Welche Mchte und Kräfte haben dazu beigetragen, daß wir heute mit Rinderwahnsinn, Hormon-schweinen, Antibiotika-Hühnern, Gen-Tomaten etc. konfrontiert sind? Die Vergleichende Analyse Politischer Systeme geht davon aus, daß jedes politische System in jedem Staat im Prinzip dieselben Aufgaben zu bewältigen hat, dazu aber unterschiedliche Strukturen (Institutionen und Rollen/Ämter) entwickelt. Zentral sind daher, Entwicklung und Qualität der unterschiedlichen Strukturen im internationalen Vergleich.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 2000

3.1 Wählerverhalten in der Mediendemokratie

Kooperationspartner: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA)

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Schulz, Dipl.-Sozialw. Reimar Zeh, Dipl.-Sozialw. Oliver Quiring

Projektstart und –ende: 1999-2000

Charakterisierung: Es handelt sich um eine Longitudinalstudie anhand westdeutscher Wahlumfragen aus mehreren Jahrzehnten. Die Untersuchung geht den Folgen der Medialisierung für das Wählerverhalten nach. Der Medialisierungsthese

zufolge verändern Wechselwirkungen zwischen Massenmedien und Politik das Wählerverhalten und den Wahlkampf insgesamt, also auch das Verhalten der Kandidaten, der Parteien und deren Kampagnenorganisation. Die Medialisierung ist Folge des Aufkommens neuer Medien und Kommunikationsformen. In den Wahlumfragen lassen sich zwar Anzeichen für Auswirkungen des Medienwandels auf das Wählerverhaltens finden. Allerdings sind diese nicht so eindeutig, wie es die Medialisierungsthese postuliert (vgl. dazu Punkt 4 die ausführliche Beschreibung des Projekts).

3.2 Prozesse der Thematisierung in publizistischen Konflikten. Ereignismanagement, Medienresonanz und Mobilisierung der Öffentlichkeit am Beispiel von Castor und Brent Spar.

Kooperationspartner: Konrad-Adenauer-Stiftung

Bearbeiter: Dipl.-Sozialw. Harald Berens

Projektstart und -ende: 1995-2000

Charakterisierung: Wie gesellschaftliche Probleme zu öffentlich diskutierten Streitfragen werden, wie die entsprechenden Thematisierungsprozesse ablaufen und welche Rolle die Massenmedien dabei spielen, wird an zwei der spektakulärsten politischen Ereignisse der jüngeren Vergangenheit aufgezeigt, der Konflikte um die Ölplattform Brent Spar 1995 und um die Castor-Transporte nach Gorleben 1997. Es werden die Ziele und Strategien der am Konflikt beteiligten Akteure analysiert, mit denen sie Medienresonanz erzielen, um die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen. Dabei zeigt sich, daß die Thematisierung sprunghaft forschreitet und durch Schlüsselereignisse getrieben wird. Die Untersuchung stützt sich u.a. auf quantitative Inhaltsanalysen der Deutschen Presse-Agentur, der überregionalen Tageszeitungen und der Fernsehnachrichtensendungen.

3.3 Politische Mobilisierung durch Mediennutzung? Beziehungen zwischen Kommunikationsverhalten, politischer Kompetenz und Partizipationsbereitschaft

Kooperationspartner: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Schulz

Projektstart und -ende: 1999-2000

Charakterisierung: In den ALLBUS 1998 (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) waren – unter Beteiligung des Bearbeiters – erstmalig Ermittlungen zur Mediennutzung aufgenommen worden. Die Analyse der Umfrage-Ergebnisse zeigt, daß der spezifische Beitrag der Mediennutzung zur Erklärung der politischen Mobilisierung von intensiven Zeitungslesern äußerst gering ist. Ihr politisches Interesse, ihre Bereitschaft zur politischen Beteiligung und zum aktiven Engagement werden in erster Linie von motivationalen Faktoren bestimmt. Anders ist es bei intensiven Fernsehern. Je häufiger sie sich dem Medium zuwenden und je länger sie pro Tag vor dem Gerät verweilen, desto geringer ist ihr politisches Interesse, ihre Bereit-

schaft zu konventioneller politischer Beteiligung und zum aktiven Engagement. Fernsehen wirkt sich also ungünstig auf die politische Mobilisierung aus. Dieser Effekt ist unabhängig von motivationalen Faktoren der Fernsehnutzung, und er tritt im wesentlichen auch unabhängig vom Grad der politischen Kompetenz ein, d.h. vom Bildungsgrad und von der subjektiven Einflußüberzeugung der Personen.

3.4 Politische Partizipation. Mobilisierung als Faktor geschlechtsspezifischer Ungleichheit

Kooperationspartner: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)
Bearbeiterin: Prof. Dr. B. Westle
Projektstart und -ende: Januar 1998 - November 2000
Charakterisierung: Die Untersuchung auf Basis der ALLBUS-Umfrage 1998 analysiert die Dimensionalität, Verteilung und Bestimmungsgründe politischer Partizipation institutionalisierter Art (z.B. Wahlen, Mitarbeit in Parteien) und nicht-institutionalisierter Art (z.B. Demonstrationen, Mitarbeit in Bürgerinitiativen). Im Mittelpunkt steht dabei die Gender-Perspektive, also die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden politischer Partizipation durch Frauen und Männer und deren Ursachen wie insbesondere unterschiedliche Schulbildung, unterschiedliche Einbindung in mobilisierende Netzwerke durch die Konzentration der Lebenswelt auf die Familie vs. den Beruf, unterschiedliche Ansprüche an und Bewertungen von Politik bis hin zur sogenannten Politikverdrossenheit und unterschiedliche subjektive politische Kompetenzen.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt: Wählerverhalten in der Mediendemokratie (3.1)

4.1 Hintergrund und Zielsetzung

Anlaß des Projekts war die Expertentagung "50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland", veranstaltet vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA), das eingeladenen Teilnehmern einen kompletten Datensatz der seit 1949 in Deutschland durchgeführten Wahlstudien zur Verfügung stellte und sie um eine Langzeitanalyse bat. Die am Lehrstuhl durchgeführte Analyse ging den Folgen der Medialisierung für das Wählerverhalten nach. Die Medialisierungsthese besagt, daß Wechselwirkungen zwischen Massenmedien und Politik das Wählerverhalten veränderten und, mehr noch, den Wahlkampf insgesamt, also auch das Verhalten der Kandidaten, der Parteien und deren Kampagnenorganisation. Die Medialisierung der Politik ist Folge des Aufkommens neuer Medien und Kommunikationsformen und, damit einhergehend, einer enormen Angebotserweiterung, der Veränderung der Mediennutzung, der Veränderung in der relativen Bedeutung verschiedener Medien und inhaltlicher Genres, des Wandels der Kommunikationsstile, insbesondere des politischen Journalismus, und vor allem einer zunehmenden Interdependenz politischer Prozesse und medialer Kommunikation.

Die Analyse konzentrierte sich auf drei Tendenzen des Medienwandels und ihre Folgen:

- Die Angebotsexpansion, d.h. die quantitative Ausweitung der Mediengattungen ("neue Medien") und der inhaltlichen Angebote; es gibt mehr Vielfalt und mehr Wettbewerb, insbesondere seit der Dualisierung des Rundfunks in den achtziger Jahren.
- Die Dominanz des Fernsehens und die Amerikanisierung des Wahlkampfs.
- Der Stilwandel des politischen Journalismus in Richtung auf mehr Problematisierung und mehr Skandalierung, mehr Konflikt und Kontroverse, mehr Negativismus im Medienbild der Politik.

4.2 Ergebnisse

Angebotsexpansion

Die Jahrzehnte der Nachkriegszeit sind gekennzeichnet durch eine erhebliche Ausweitung des Medienangebots, beginnend mit dem Wiedererscheinen vieler Lokal- und Regionalzeitungen in den fünfziger Jahren, über die Ausbreitung des Fernsehens in den Sechzigern bis hin zum Aufkommen privater Radio- und Fernsehsender in den achtziger Jahren und deren Expansion in den Neunzigern. Diese Expansion eröffnete einerseits den Parteien zunehmend mehr Kommunikations- und Darstellungsmöglichkeiten, andererseits den Wählern neue Quellen politischer Information. Die Parteien reagierten auf diese neuen Möglichkeiten mit einer zunehmenden Professionalsierung des Kampagnenmanagements, z.B. durch Heranbildung von Spezialisten für die Wahlkampfplanung oder auch die Ausgliederung der Kampagnenplanung aus der Parteiorganisation (aktuelles Beispiel: die *Kampa* der SPD). Auf Seiten der Wähler führte die Expansion des Medienangebotes (verbunden mit sozialen Veränderungen wie z.B. zunehmender Freizeit) zu einer – wenn auch unterproportionalen - Ausweitung der Mediennutzung. Ein Vergleich der meistgenutzten Quellen politischer Information zwischen 1961 und 1969 bzw. zwischen 1969 und 1987 zeigt allerdings nicht nur den zu erwartenden Bedeutungszuwachs des Fernsehens, sondern auch einen Bedeutungszuwachs aller anderen Informationsquellen (Radio, Zeitung und Gespräche mit Freunden, Kollegen, Bekannten und Familie), der zudem auch bei Gruppen unterschiedlichen Bildungsniveaus ähnlich ausgeprägt ist. Eine mögliche Erklärung dafür ist, daß die Ausweitung des medialen Politikangebots die nicht-mediale Kommunikation angeregt hat und somit im Zusammenspiel mit anderen gesellschaftlichen Veränderungen für den Zuwachs der gesamten Kommunikation im Wahlkampf verantwortlich ist.

Dominanz des Fernsehens und Amerikanisierung des Wahlkampfes

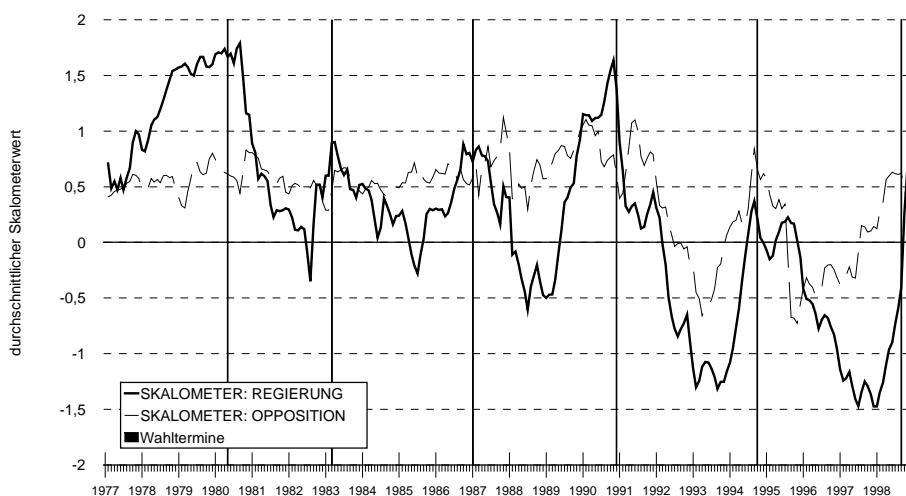
Die Kommunikationswissenschaft geht seit den siebziger Jahren der Annahme eines dominierenden Fernseheinflusses auf politisches Verhalten nach. Eine deutliche Dominanz des Fernsehens als Quelle politischer Information belegen Umfragedaten immer dann, wenn eine Rangordnung verschiedener Quellen verlangt wird. Fragt man hingegen die Beachtung verschiedener Informationsquellen einzeln ab, wie z.B. bei der letzten Welle der Vorwahlbefragung 1994, erreichen Wahlplakate einen gleich hohen Beachtungsgrad wie die redaktionellen und werblichen Inhalte des Fernsehens zusammen, wobei vor allem unpolitische Wähler leichter durch das Fernsehen als durch andere Quellen erreicht werden. Allerdings zeigt sich deutlich eine nachrangige Bedeutung der personalen Kommunikation. Zusätzlich wurden drei Auswirkungen, die mit der These der „Amerikanisierung“ des Wahlkampfes verbunden sind, geprüft. Erstens läßt sich zeigen, daß im Gegensatz zum Wahljahr 1994 bei

der Bundestagswahl 1998 die Kandidaten eine wichtigere Rolle für die Wahlentscheidung spielten als die Parteineigung der Wähler, was insbesondere bei intensiver Fernsehnutzung zutrifft (auch bei Kontrolle demographischer Merkmale). Zweitens lässt sich zeigen, daß die Wahl an sich als Thema (im Vergleich zu Sachthemen) im Bewußtsein der Wähler 1998 präsenter war als 1994. Diese beiden Befunde lassen sich im Sinne der Amerikanisierungsthese deuten. Allerdings lässt sich nicht feststellen, wie ursprünglich angenommen, daß das Fernsehen das Image der Kandidaten stärker prägt als alle anderen Medien. Zwar hat die Fernsehnutzung einen signifikanten Einfluß auf die Vorstellungen der Wähler von Eigenschaften der Spitzenkandidaten Schröder und Kohl im Jahr 1998, dies trifft allerdings auch für die Lektüre regionaler Tageszeitungen und der Bildzeitung zu. Insgesamt sprechen die Befunde eher für eine Medialisierung als für eine Amerikanisierung des Wahlkampfes.

Wandel des politischen Journalismus und des Medienbildes der Politik

Seit den sechziger Jahren lässt sich eine langsame Entwicklung des journalistischen Stils hin zu mehr Negativismus in der politischen Berichterstattung und einer zunehmenden Vermischung von Informations- und Unterhaltungsangeboten feststellen. Diese Entwicklung wurde mehrfach für eine zunehmende Politikverdrossenheit verantwortlich gemacht. Vergleicht man allerdings nicht nur punktuelle Messungen in großen Abständen, sondern relativ dichte Zeitreihen, ergibt sich ein differenzierteres Bild (vgl. Abb.1). Für eine kausale Verknüpfung des Politikbildes der Medien mit der Politikverdrossenheit und dem Wählerverhalten gibt es keine eindeutige Evidenz. Zwar ist der langfristige Trend der Zustimmung zu den politischen Institutionen negativ. So nimmt beispielsweise die Zustimmung der Bevölkerung zur Arbeit von Regierung und parlamentarischer Opposition besonders seit Mitte der achtziger Jahre dramatisch ab. Doch in Wahlkampfzeiten wird der Trend gebrochen und kehrt sich um. Die Aufhellung des Politikbildes ist allerdings immer nur von kurzer Dauer. Was folgt, ist tiefere Politikverdrossenheit als zuvor.

Abbildung: Das Urteil über Regierung und Opposition im Zeitverlauf



Frage: "Sind Sie mit den Leistungen der CDU/CSU/FDP-Regierung in Bonn eher zufrieden oder eher unzufrieden. Bitte beschreiben Sie es wieder mit dem Thermometer von plus 5 bis minus 5.“ "Und wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den Leistungen der SPD und der GRÜNEN in der Opposition in Bonn?“ (die Grafik zeigt gleitende Dreimonatsdurchschnitte aus den monatlichen Politbarometer-Umfragen in den alten Bundesländern).

Die Ergebnisse insgesamt zeigen, daß sich zwar durchaus Hinweise auf eine Medialisierung der Politik und des Wählerverhaltens finden lassen. Allerdings sind die Anzeichen für Auswirkungen des Medienwandels auf die Politik in den Wahlumfragen nicht so eindeutig, wie es die Medialisierungsthese postuliert. Das liegt möglicherweise auch an der insgesamt dürftigen Datenlage. Die Wahlforschung hat jahrzehntelang der Rolle der Medien im Wahlkampf kaum Bedeutung beigemessen und das Medienverhalten der Wähler nicht angemessen untersucht.

Veröffentlichungen

Schulz, Winfried; Zeh, Reimar; Quiring, Oliver: Wählerverhalten in der Mediendemokratie. In: Klein, Markus; Jagodzinski, Wolfgang; Mochmann, Ekkehard; Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten. Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 413-443

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 2000

5.1 Bücher

Niedermayer, O.; Westle, B. (Hrsg.): Demokratie und Partizipation - Festschrift zum 65. Geburtstag von Max Kaase, Opladen: Westdeutscher Verlag, 2000

5.2 Beiträge in Sammelwerken

Schulz, W.: Media change and the political effects of television: Americanization of the political culture? In: Karsten Renckstorf, Denis McQuail & Nicholas Jankowski (eds.), Television news research: Recent European approaches and findings. Berlin: Quintessenz, 2000, 279-292

Schulz, W.: Television audiences. In: Jan Wielen, Graham Murdock and Peter Dahlgren (eds.), Television Across Europe: A Comparative Introduction. London: Sage, 2000, 113-134

Schulz, W.: Medienexpansion und politische Kompetenz: Machen Medien mündiger? In: Schorr, A. (Hrsg.), Publikums- und Wirkungsforschung. Ein Reader. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2000, 227-245

Schulz, W.; Zeh, R.; Quiring, O.: Wählerverhalten in der Mediendemokratie. In: Klein, M; Jagodzinski, W.; Mochmann, E.; Ohr, D. (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten. Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 413-443

Westle, B.; Hofrichter, J.: Wahlkampf wirkt. Eine Analyse der hessischen Landtagswahl 1999, in: Mohler, P. P.; Lüttinger, P. (Hrsg.): Querschnitt, Festschrift für Max Kaase, Mannheim: ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen), 2000, S.149-176

Westle, B.: Politische Partizipation – Mobilisierung als Faktor geschlechtsspezifischer Ungleichheit, in: Niedermayer, O.; Westle, B. (Hrsg.): Demokratie und Partizipation - Festschrift zum 65. Geburtstag von Max Kaase, Opladen: Westdeutscher Verlag, 2000, S.136-159

5.3 Arbeitspapiere, Kongreßbeiträge (Auswahl)

Schulz, W.: Invisible Worlds: A Cross-National Comparative Analysis of International Reporting. Paper Presented to the Plenary Conference, Programme on "Changing Media - Changing Europe" of the European Science Foundation, Il Ciocco (Italy), August 2000

Schulz, W.: Konfrontation oder Dialog? NGOs in der politischen Kommunikation. Vortrag beim Workshop "NGOs und Unternehmen – Dialog oder Konfrontation?", veranstaltet von ipse Communication – GPC Germany im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin, Oktober 2000

Schulz, W.: Preconditions of Journalistic Quality in an Open Society. Paper Presented at the International Conference on "News Media and Politics – Independent Journalism", Budapest (Hungary), October 2000

Westle, B.: Europäische Identität im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten – Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Tagung der Sektion Politische Soziologie auf dem 21. wissenschaftlichen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft "Politik in einer entgrenzten Welt", Oktober 2000.

5.4 Sonstiges

Westle, B.: Legitimation, in: Holtmann, E. et al. (Hrsg.): Politiklexikon, München, Wien: Oldenbourg, 2000 (3. erw. Aufl.), S.341-346

Westle, B.: Legitimität, in: Holtmann, E. et al. (Hrsg.): Politiklexikon, München, Wien: Oldenbourg, 2000 (3. erw. Aufl.), S.346-350

Schulz, W.: Politische Kommunikation, in: Holtmann, E. et al. (Hrsg.): Politiklexikon, München, Wien : Oldenbourg, 2000 (3. erw. Aufl.), S. 506-509